



universität
wien

DISSERTATION

Titel der Dissertation

„Die Prinzipiengemeinschaft der Europäischen Union
und die Frage des Wertetransfers“

Verfasser

Mag. Phil. Bahij Spiewak

angestrebter akademischer Grad

Doktor der Philosophie (Dr. Phil.)

Wien, 2011

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 092 300

Dissertationsgebiet lt. Studienblatt:

Politikwissenschaft

Betreuerin / Betreuer:

Univ. Doz. Dr. Gernot Stimmer

Inhaltsverzeichnis

Danksagung	8
Vorwort	9
1. Einleitung	11
2. Problematik der Begrifflichkeit	14
2.1 Warum Prinzipien und nicht Werte?	14
2.2 Die europäische Moderne nach 1945	17
2.3 Die Gemeinschaft	19
2.4 Der Prinzipienkatalog	20
2.5 Der Wertetransfer	21
2.6 Ein Imperium oder eine Hegemonie	21
3. Politikwissenschaftliche theoretische Grundlagen	22
3.1 Die gesamteuropäische Gemeinschaft	22
3.2 Der Prinzipienkatalog	27
3.3 Der Wertetransfer	28
3.4 Imperialismus- und Imperientheorien	30
3.5 Die Inhaltshypothesen	34
3.6 Die Methode	36
4. Die gesamteuropäische Gemeinschaft	39
4.1 Die erste Gruppe: Die Euro-Amerikanischen Organisationen	39
4.1.1 Die Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit	41
4.1.2 Die NATO	42
4.1.3 Die Westeuropäische Union (WEU)	44
4.1.4 Zusammenfassung zur ersten Gruppe	48
4.2 Die zweite Gruppe: Der Europarat und die KSZE	49
4.2.1 Der Europarat	49
4.2.2 Die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa	53
4.2.3 Zusammenfassung zur zweiten Gruppe	57
4.3 Die dritte Gruppe: Die Verträge der Europäischen Union	58
4.3.1 Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)	59

4.3.2	Die Verträge von Rom 1957: Die EWG und die EAG	62
4.3.3	Von Maastricht 1992 bis Lissabon 2009	65
4.3.4	Zusammenfassung zur dritten Gruppe	71
4.4	Die vierte Gruppe: Die Verträge der Peripherie	72
4.4.1	Der Barcelona-Prozess 1995	72
4.4.2	Die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP)	75
4.4.3	Union für den Mittelmeerraum 2008	81
4.4.4	Zusammenfassung zur vierten Gruppe	84
4.5	Fazit zur gesamteuropäischen Gemeinschaft	85
5.	Die politischen Prinzipien der europäischen Moderne nach 1945	87
5.1	Der Schwungradeffekt	88
5.2	Der Prinzipienkatalog	91
5.2.1	Die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK)	93
5.2.2	Die Europäische Sozialcharta (ESC)	99
5.2.3	Begleitphänomene der Sozialcharta	102
5.2.4	Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union	105
5.2.5	Die Kopenhagener Kriterien	110
5.2.6	Die 10 Leitprinzipien von Helsinki	118
5.3	Die Funktionen des Prinzipienkatalogs	128
5.3.1	Die internen Funktionen, Output I	128
5.3.2	Die externen Funktionen, Output II	131
5.4	Zusammenfassung zum Prinzipienkatalog	135
6.	Die Frage des Wertetransfers	138
6.1	Der Wertetransfer zwischen dem Nationalstaat und der Europäischen Union	142
6.1.1	Der Wertetransfer als ein Europäisierungsinstrument	143
6.1.2	Der Wertetransfer als ein Instrument der europäischen Identitätsfindung	154
6.2	Die Sozialisierung des Prinzipienkatalogs	174
6.2.1	Die Theorie des Wertewandels von Ronald Inglehart	175
6.2.2	Kritik der Theorie des Wertewandels von Inglehart	179
6.2.3	Europäische Werteprioritäten	180
6.2.4	Europäische Werteprioritäten 2009 aus dem Standpunkt Inglehart	184

6.2.5	Die Protestkultur als Instrument einer Prinzipiengemeinschaft	185
6.2.6	Fazit zur Frage der Sozialisierung des Prinzipienkatalogs	188
6.3	Zusammenfassung zur Frage des Wertetransfers	188
7.	Die Frage des Imperiums	190
7.1	Der klassische Imperialismus	193
7.1.1	Das britische Imperium	195
7.1.2	Die Teilung der Welt am Anfang des 20. Jahrhunderts	198
7.2	Das Ende der europäischen Imperiendogmen nach 1945	200
7.3	Das Ende der Sowjetunion	203
7.4	Die Vereinigten Staaten von Amerika und das Unipolare System	206
7.4.1	Der Neokonservatismus	213
7.4.2	Die USA, ein militärisches Imperium?	221
7.5	Der Zwang zur europäischen „Imperienbildung“ nach 1989	225
7.5.1	Das Zeitalter der Globalisierung	227
7.5.2	Das wirtschaftliche Vakuum im Osten	229
7.5.3	Das politische Vakuum	231
7.5.4	Das militärische Vakuum	233
7.5.5	Ein modernes Zentrum-Peripherie-Verhältnis	234
7.6	Europa, ein demokratisches Imperium?	241
7.6.1	Die Gefahren der Despotie	243
7.6.2	Die drei Zukunftsszenarien	244
7.6.3	Reflexiver Konstitutionalismus	248
7.6.4	Kosmopolitische Demokratie	248
7.6.5	Vier Strategien zur Demokratisierung des europäischen Empires	251
7.6.6	Kritik des Kosmopolitismus	255
7.7	Zusammenfassung zur Frage des Imperiums	257
8.	Zusammenfassung und Perspektiven	259

Quellen	267
Weiterführende Literatur	271
Internetquellen	272
Links	276
Anhang	277
Abkürzungsverzeichnis	296
Abbildungsverzeichnis	297
Abstrakt	299
Abstract	301
Lebenslauf	303

meiner Frau Dani

Ausdruck

meiner

Liebe

Danksagung

Großer Dank gebührt Herrn Univ.-Doz. Dr. Gernot Stimmer für die wertvolle wissenschaftliche Betreuung und Unterstützung.

Frau Privatdoz. Mag. Dr. Karin Liebhart möchte ich herzlich danken für die Bereitschaft, meine Arbeit zu begutachten.

Mit Ideen und Anregungen haben mich zahlreiche Freunde und Verwandte unterstützt und zu dieser Arbeit in vielfältiger Weise beigetragen. Vor allem möchte ich mich bei Frau Dr. Christina Griessler, bei Frau Mag. Erna Hechenberger, bei Herrn Dr. Christian Kuhn, Herrn Mag. Herbert Krumpel und schließlich bei meinen Schwestern Salam, Basma und Fida, die mich stets ermutigt und unterstützt haben, herzlich bedanken.

Vorwort

Nach der Regierungsbeteiligung der FPÖ und den Sanktionen der EU 14 gegen Österreich im Jahre 2000 wurde der Begriff der *Wertegemeinschaft der Europäischen Union* allgegenwärtig und sowohl in den Medien als auch in politischen Erklärungen mehrmals erwähnt. Die FPÖ lieferte den entscheidenden Anlass dafür, weil sie im Wahlkampf 2000 durch fremdenfeindliche Parolen und faschistische Tendenzen besonderes aufgefallen war.

Die Sanktionen waren höchst umstritten, unter anderem auch deshalb, weil die Regierungskoalition ein Resultat demokratischer Wahlen war, was eigentlich in einem demokratischen Europa respektiert werden sollte. Die Sanktionen, die eher einen symbolischen Charakter hatten, beschränkten sich auf die Herabsetzung der bilateralen Beziehungen mit der österreichischen Regierung. Mehr konnten die EU 14 nicht machen. Es fehlte die eindeutige und schriftlich klar formulierte politische Legitimation. Die Sanktionen stellten trotzdem eine eindeutige Einmischung der Union in den souveränen Bereich eines Mitgliedsstaates dar. Die Union wollte zum Ausdruck bringen, dass die Gefährdung der politischen Stabilität in einem Mitgliedstaat durch die Regierungsbeteiligung einer rechtspopulistischen Partei mit nationalsozialistischem Hintergrund die Stabilität der Union gefährden würde und daher keine alleinige nationalstaatliche, sondern auch eine europäische Angelegenheit darstellt.

Es fehlten die juristischen und vertraglichen Mechanismen, die solchen Tendenzen entgegenwirken sollten. Trotzdem waren viele der Meinung, dass das europäische Projekt im Widerspruch zu Faschismus, Rechtsnationalismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit steht. Zehn Jahre später ist die FPÖ trotz Spaltung und Schwächung noch eine bedeutende politische Kraft und eine Regierungsbeteiligung bei der nächsten oder übernächsten Koalition ist genauso möglich wie im Jahr 2000. Inzwischen ist die Union auf EU 27 gewachsen und die europäische Parteienlandschaft ist durch die starke Beteiligung von rechtspopulistischen und nationalistischen Parteien gekennzeichnet. In Ungarn genauso wie in Schweden, Belgien oder in den Niederlanden.

Das führt zu der Annahme, die EU basiere auf Normen und Prinzipien, die Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ablehnen, deren Umsetzung in politische und soziale Maßnahmen aber schwach geblieben ist und die sozialen und wirtschaftlichen Umwälzungen in den letzten zehn Jahren zur Stärkung der nationalen Tendenzen und Lähmung der Prinzipiengemeinschaft der Europäischen Union geführt hätten.

Als ich dieses Thema für eine Dissertationsarbeit ausgesucht habe, war ich mir der großen Herausforderung bewusst. Ich wusste, es ist kein leichtes Vorhaben und ich würde nicht alle

Fragen ausreichend behandeln können. Trotz der vielen Fragen, die auf der Suche nach der Prinzipiengemeinschaft der Europäischen Union noch offen geblieben sind, hoffe ich, mit dieser Arbeit einen bescheidenen Beitrag geleistet zu haben.

Bahij Spiewak

Wien Juni 2011

1. Einleitung

Die Europäische Union umfasst heute 27 Staaten, erstreckt sich auf vier Millionen km² mit fast 500 Millionen Menschen, 23 Sprachen und genauso viele Kulturräume. Was verbindet die Menschen in einer supranationalen Gemeinschaft miteinander? Gemeinsame Werte, Ideale und Normen oder einfach gemeinsame Interessen? In der politischen Literatur tauchte in den letzten Jahren oft der Begriff der *Wertegemeinschaft* auf. In Festreden und parlamentarischen Erklärungen wie auch in Interviews versuchen Politiker der verschiedensten Parteien quer durch Europa es so darzustellen, als ob es diese schon gäbe. Nur in rechtsverbindlichen oder vertraglichen Texten findet man sie kaum. Das würde bedeuten, dass der Begriff in der politischen Literatur mehr Zuspruch genießt, während Juristen damit nicht viel anfangen können. Dazu gehört auch, dass wir von den europäischen Werten und Prinzipien, von der europäischen Identität oft, hören und lesen, wenn politische Krisen das europäische Projekt zu gefährden scheinen.¹

Sicher geben die Errungenschaften der europäischen Moderne nach 1945 und der erreichte Stand der Demokratisierung, die Entwicklung der Zivilgesellschaften und Grundfreiheiten dem Begriff der Wertegemeinschaft die notwendige Legitimation. Es ist auch nicht übertrieben, wenn begeisterte Europäer meinen, sie hätten miteinander mehr Gemeinsamkeiten als den Euro oder etwa offene Grenzen.

Nun, wie kann der Begriff der Wertegemeinschaft politikwissenschaftlich verwertet werden? Erste Versuche sich empirisch mit dem Thema der Werte zu befassen, zeigen, wie komplex und nahezu unerfassbar die Problematik ist. Wenn wir nur nach den politischen Werten suchen, würden wir trotzdem nach kurzer Zeit mit Ethik und Moral der europäischen Zivilisation und mit den sozialen, kulturellen und religiösen Stationen der europäischen Geschichte konfrontiert werden.²

Gleichzeitig müssen die fast 70 Jahre andauernden Integrationsbemühungen der europäischen Staaten ihren *Mehrwert* produziert haben. Wenn Ja, wie drückt sich das aus?

Die Verträge und Konventionen, die die Mitglieder der zahlreichen europäischen Organisationen seit 1945 beschlossen und ratifiziert haben, müssen nach dem Grundprinzip der Akkumulation ihren Mehrwert haben. Es ist nichts anderes als das, was wir im 21. Jahrhundert als selbstverständlich betrachten. Wer würde heute das parlamentarische demokratische System infrage stellen? Oder wer würde an den Prinzipien der Freiheit,

1 Ein Beispiel dafür war die Regierungsbeteiligung der FPÖ im Jahre 2000 und die Sanktionen der EU 14 gegen Österreich. Vgl. Melchior 2001: 157.

2 Zuletzt bestehen viele bürgerliche und konservative Parteien auf den „jüdischen und christlichen Wurzeln des Abendlandes“ als Argument gegen die Mitgliedschaft der Türkei in der EU. (siehe Begleitphänomene 6.1.1.3)

Gerechtigkeit und Gleichheit zweifeln? Welche Rolle spielen heute der Nationalismus und seine Subkulturen bei der Gestaltung des öffentlichen Lebens? Und wie reagiert die Mehrheit auf deren Anzeichen? Wie tief verankert sind Menschenrechte und Grundfreiheiten?³

Anders gedacht: Leben wir in einem prinzipienfreien Raum, oder ist unser Handeln durch politische Prinzipien geregelt? Kann man diese gemeinsamen Prinzipien zusammenfassen und in einem Katalog lesbar machen?

Die Antwort ist Ja, wie diese Arbeit zu belegen versucht. Sie sind nichts anderes als die Summe aller Ziele, Leitlinien und Verhaltensmuster der Europäischen Organisationen nach 1945. Diese Prinzipien können, in Gruppen klassifiziert, nach politischen und sozialen Bereichen differenziert, katalogisiert werden.

Die zweite Frage würde spätestens jetzt lauten: Würde das Vorhandensein des Prinzipienkatalogs zwangsweise zur Entstehung der Prinzipiengemeinschaft führen?

Die Antwort ist Nein. Zur Begründung der Prinzipiengemeinschaft gehört nicht nur der Prinzipienkatalog, sondern auch das prinzipienorientierte Verhalten der Gemeinschaft und ihrer Subinstitutionen. In einer von Realpolitik und Interessenaustausch geprägten Welt setzt sich eher eine Interessengemeinschaft auf Kosten der Prinzipiengemeinschaft durch. Der Prinzipienkatalog kann aber als ein Messinstrument funktionieren. Als Instrument, das das politische Verhalten der Gemeinschaft, sowohl innerhalb als auch außerhalb des Kontinents, misst.

Ein Begleitphänomen der europäischen Integration ist eine reflexive Beziehung zwischen der gesamteuropäischen Gemeinschaft und dem Nationalstaat, wobei hier der Prinzipienkatalog als ein Instrument zur Befestigung der Mitgliedschaft und dadurch zur Stärkung der Gemeinschaft dient. Die schrittweise Konsolidierung der Prinzipien des Prinzipienkatalogs im Nationalrecht der Mitgliedstaaten, die Reformierung des Nationalstaates und der Europäisierungsprozess sind Ausdruck der Entwicklung im Integrationsprozess. Sie sind auch das Ergebnis eines reflexiven Werte- und Normentransfers zwischen der Gemeinschaft und dem Mitgliedstaat.

Der Integrationsprozess hatte die Herausbildung einer neuen europäischen Identität zu Folge, die die nationale ergänzen sollte. Nur die starken nationalen Tendenzen und eine interessenorientierte Politik des Nationalstaates führte zur Schwächung der

³ Die Stadt Graz lieferte vor einigen Jahren ein Beispiel dafür: als ihr jahrelang gefeierter Nationalheld Arnold Schwarzenegger in Kalifornien einen zum Tode Verurteilten nicht begnadigte und hinrichten lies, wurde ein nach ihm benanntes Stadion umbenannt. Die Stadt wollte damit ihrer Ablehnung der Todesstrafe Ausdruck verleihen. Ein weiteres Beispiel ist die mediale und öffentliche Reaktion auf die Abschiebung der achtjährigen Zwillinge Komani in Oktober 2010 nach Pristina, obwohl ihre Mutter in Österreich im Spital lag. Vgl. Der Standard, 22. 10. 2010.

Integrationsdynamik und bremste die Konsolidierung einer Prinzipiengemeinschaft der europäischen Union.

Die Ausdehnung der Europäischen Union auf 4 Millionen km² mit fast 500 Millionen Einwohnern und die starken wirtschaftlichen und politischen Bindungen an die Anrainerstaaten tragen die Anzeichen der Entstehung eines europäischen Imperiums. Die Frage hier würde lauten: Kann das Imperium den Entstehungsprozess der Prinzipiengemeinschaft der Europäischen Union erschweren? Oder anderes formuliert: Würde die Entstehung des Imperiums den Prinzipien- und Normentwicklungsprozess der europäischen Moderne rückgängig machen?

Eines ist sicher: das europäische Imperium des 21. Jahrhunderts unterscheidet sich grundsätzlich und in vielerlei Hinsicht von Imperien des 19. Jahrhunderts. Es ist ein Produkt der Ausdehnung eines Systems, das auf Demokratie und Gewaltlosigkeit sowie auf Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten aufgebaut worden ist. Auch wenn der Begriff des Imperiums historisch negativ behaftet ist, enthält die Geschichte der europäischen Moderne nach 1945 positive Elemente, die das Bild des neuen Imperiums anders erscheinen lassen. Die moderne politische Literatur befasst sich mit dieser Thematik und es ist interessant zu beobachten, welche Ideen und Strategien es inzwischen gibt, die das Ziel verfolgen, das mögliche Imperium demokratisch zu steuern.

Die Dissertation wird versuchen diese Fragen in vier Hauptteilen näher zu behandeln:

Im ersten Teil werden die historischen, wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen, die zur Entstehung der europäischen Organisationen, Konventionen und Verträge geführt haben, rekonstruiert. Diese haben zur Entstehung einer gesamteuropäischen Gemeinschaft beigetragen. Der erste Teil der Forschungsarbeit ist fokussiert auf die europäische Geschichte nach 1945. Im Zentrum stehen die supranationalen und intergouvernementalen Bemühungen der europäischen Staaten, die zur Gründung von Organisationen mit genau definierten gemeinsamen Aufgaben und Zielen geführt haben. Eine neue, wirtschaftlich orientierte Moderne hat gewaltlos ein neues Staatensystem geschaffen, in das heute 27 Nationalstaaten eingebunden sind.

Im zweiten Teil werden die Bemühungen, Ziele, Leitlinien und Grundsätze der Organisationen und Konventionen der Europäischen Moderne nach 1945 klassifiziert und differenziert behandelt. Die Fokussierung betrifft die Limitierung und die Einschränkung auf jene schriftlich formulierten Grundsätze, mit dem Ziel, anstatt offener und allgemeiner Werte und Ideale, politische Prinzipien zu bilden. Das Ziel dieses Teils ist die Zusammenstellung

eines Prinzipienkatalogs, sowie die Behandlung seiner möglichen Funktionen und Beiträge im Europäisierungs- und Integrationsprozess.

Der dritte Teil behandelt die Frage des Wertetransfers und die reflexive Beziehung zwischen dem Nationalstaat und der Gemeinschaft sowie die Formen der Bindung der Europäer an den Prinzipienkatalog. Die Frage der europäischen Identität stärkt zweifelsohne das Konzept einer Prinzipiengemeinschaft, birgt aber gleichzeitig in sich die Gefahren der Abgrenzung, was sich schlussendlich auf eine offene Prinzipiengemeinschaft der europäischen Moderne nur negativ auswirken kann.

Der vierte Teil behandelt die Frage des Imperiums. Diese ergibt sich einfach aus der neuen Realität nach der Erweiterung auf EU 27, sowie auf Grund der Natur der wirtschaftlichen und politischen Verflechtungen der Europäischen Union mit den Nachbarstaaten. Die Auseinandersetzung mit dem amerikanischen Phänomen nach 1989 soll hier als ein Kontroll- und Vergleichsmoment dienen, mit dem Ziel, die Merkmale der europäischen Moderne hervorzuheben. Nach 1989 dehnten sich die Vereinigten Staaten von Amerika in verschiedenen Teilen der Welt aus. Das Ziel war das Vakuum nach dem Ende der Sowjetunion zu füllen. Die übertriebene Machtdemonstration sollte hier als ein Hauptinstrument zur Sicherung der wirtschaftlichen Interessen der Vereinigten Staaten von Amerika dienen. Die europäische Ausdehnung von EU 12 über die neutrale Zone EU 15 bis zur EU 27 ist deshalb ein historisches Phänomen, weil hier kein einziger Schuss abgefeuert wurde. Der Einfluss der wirtschaftlichen Vorteile erzeugte in der Peripherie einen Sogeffekt, der die Ausdehnung des Zentrums erleichterte. Die Kopenhagener Kriterien dienten vor allem dem Ziel, den Besitzstand des Zentrums trotz Ausdehnung nicht zu gefährden.

2. Problematik der Begrifflichkeit

2.1 Warum Prinzipien und nicht Werte?

Ein Überblick über die zahlreichen Definitionen und Interpretationen des Terminus *Werte* zeigt uns, dass es keine leichte Aufgabe sein wird, die Wertegemeinschaft zu definieren.

Die wissenschaftliche Verwendung der Ausdrücke *Werte* und *Wertegemeinschaft* ist unter anderem deshalb problematisch, weil die Wissenschaft noch keine geschlossene Theorie der Werte hat. Es kommt noch dazu, dass die Freiheit der politischen Sprache die vielfältigen Interpretationen des möglich Gemeinten einen großen Raum zulässt. Welche Vorstellungen und Gedanken bei der politischen Verwendung des Ausdrucks im Spiel sind, ist rein individuell. Die sozialpolitische Disposition hinter dem Gesagten ist für die Interpretation entscheidend wichtig. Daher hat der Diskurs der Werte mit zwei Sprachebenen zu tun:

1) Die analytische Sprache der Wissenschaft.

2) Die alltägliche Sprache der Politik.

Die Wissenschaft lehnt aber Ungenauigkeit und Vieldeutigkeit ab. Sie will möglichst wahre und verlässliche Erkenntnisse. Dies setzt voraus: Erstens muss man mit *normierten Termini* arbeiten. Zweitens müssen diese theoretisch zulänglich sein.⁴

Die Sozialwissenschaft beschäftigt sich seit mehr als 100 Jahren mit dem Begriff. So hat Max Weber den Wertbezug zum Kerngedanken der Kulturwissenschaften gemacht. Kultur wird durch Wertideen erfahrbar und begreifbar; die Wissenschaft nimmt wahr, dass alle Menschen an die *Geltung letzter und höchster Wertideen [...] glauben*; und *ohne die Wertideen des Forschers gäbe es kein Prinzip der Stoffauswahl*.⁵

Nach Max Weber erfüllen die Wertideen im sozialen Leben eine *realitätsstrukturierende und sinnstiftende*⁶ Funktion. Ohne sie gäbe es kein sinnvolles Handeln und kein sinnvolles Miteinander, keine sinnvolle Organisation der Gesellschaft.

Für Talcott Parsons stehen die gemeinsamen Werte im Kern der sozialen Struktur. Jede Gemeinschaft beruht auf der Gemeinsamkeit eines *core system of shared meanings*.⁷

Eine moderne, ökonomisch denkende Gesellschaft hat einen anderen Zugang zur Frage der Werte. Hannah Arendt zitierte Thomas Hobbes: *Der Wert des Menschen ist sein Preis, das ist das, was für den Gebrauch seiner Kraft gegeben würde*⁸ und baute darauf, dass die Austauschbarkeit der Werte von Angebot und Nachfrage bestimmt sei. Die Staatslehre hatte ihren eigenen Bezug zum Diskurs. Anfang des 20. Jahrhunderts wurde versucht, die Tugend, jene edlen positiven Eigenschaften des Mittelalters durch Werte zu ersetzen. In Deutschland versuchten Staatsphilosophen während der Zeit der Weimarer Republik (1919 bis 1933) die Verfassung und die Grundrechte in einem Wertsystem umzudeuten. Carl Schmitt meinte, dass in der freiheitlichen Demokratie die Würde des Menschen der höchste Wert sei. Sie sei untastbar. Gleichzeitig bekam sie neben anderen Gütern, Ziele, Ideale und Interessen, in einem Prozess der Verwertung unvermeidlich eine ökonomische Ergänzung.⁹ Nur, wie viel Wert hat eine verletzte Ehre? Und wie wird das gemessen? fragte er und meinte darauf, dass die Wertvorstellung nicht einfach in der Marktwirtschaft aufgehen soll.¹⁰ Die Logik des ökonomischen Wertebegriffs kann sich zwar in einem vernünftigen Bereich der Tauschgerechtigkeit entfalten, trägt aber ernsthafte soziale und politische Gefahren in sich:

⁴ Vgl. Schneider 2000: 16.

⁵ Max Weber, in: Schneider 2000: 17.

⁶ Ibid.

⁷ Talcott Parsons, in: Schneider 2000: 17.

⁸ Hannah Arendt, in: Schneider 2000: 19.

⁹ Schmitt 1967: 37.

¹⁰ Schmitt 1967: 41.

*Die Verwandlung in einen Wert ist ja nichts anderes als eine Versetzung in ein System von Stellen [.....]. Auch eröffnen sich phantastische Möglichkeiten der Verwertung des Wertlosen und der Beseitigung des Unwertes.*¹¹

Wenn im deutschen Sprachraum jetzt von Grundwerten geredet wird, dann werden eher soziale und politische Ordnungsprinzipien gemeint. Der Versuch, das politische oder soziale Handeln an Werte zu binden und zu erklären, ist in sich auch deshalb problematisch, weil dadurch positive und negative Werte herauskommen. Die These einer allgemeingültigen Hierarchie der Werte scheitert am Problem der Relativität.

*Das relative Gewicht unterschiedlicher Werte ist variabel, je nachdem wie dringlich ein Anliegen ist, wieweit andere Werte befriedigt sind, usf.*¹²

Niklas Luhmann meinte, dass die Werteordnung einen *elastischen Opportunismus* erfordert, weil man sich stets in einer *fluktuierenden Wertlage* befindet.¹³

Die nächste Stufe wäre hier die Quantifizierung der Werte. Jedoch zeigten die Messungen verwirrende Ergebnisse. Es ist sehr umstritten, ob sie ein wahres Bild der Gesellschaft vermitteln oder ein soziales Verhalten erklären würden.¹⁴ Auch die Einschränkung auf das minimale, das gemeinsame und grundlegende bleibt erfolglos:

*Es ist nicht möglich, eine Liste der für eine gegebene Gemeinschaft grundlegenden Werte aufzustellen. Der Versuch, eine vollständige und endgültige Liste der fundamentalen Werte Europas oder Polens zu erstellen, ist ein vergebliches Unterfangen.*¹⁵

Diese Feststellung steht im Hintergrund, wenn Jürgen Habermas meint, dass die Werte als Präferenzindikatoren grundsätzlich indiskutabel sind.¹⁶ Das Individuum in einer modernen Gesellschaft hat die Freiheit, seine privaten Präferenzen zu Werten zu erheben. Das Ergebnis ist ein interessenorientiertes Denken. Versucht das Individuum oder die Gruppe für die privaten Präferenzen öffentliche Geltung zu erlangen, dann haben wir mit Interessen zu tun.¹⁷ Nur die Wertegemeinschaft der Europäischen Union auf die Ebene einer Interessengemeinschaft herabzusetzen, ist für überzeugte Europäer einfach nicht hinnehmbar:

Es geht eben nicht um Werte als solche, sondern um sinnstiftende und sinnverbürgende Ideen, Prinzipien, Normen und Aufgaben, für die man sich engagiert, und

11 Schmitt 1967: 42.

12 Schneider 2000: 20.

13 Niklas Luhmann, in: Schneider 2000: 20.

14 Vgl. hier mit Kritik der Theorie des Wertewandels von Ronald Inglehart, in: Beyme 1992: 277ff.

15 Michalski 2000: 54.

16 Jürgen Habermas, in: Schneider 2000: 18.

17 Bernard Willms, in: Schneider 2000: 20.

die in einer Gemeinschaft das gemeine Beste ausmachen; früher hätte man gesagt: um die positiven Gehalte des europäischen objektiven Geistes.¹⁸

Dieser Gedanke wird auch von Krzysztof Michalski vertreten. Das politische Verhalten kann nicht wertefrei oder nur interessenorientiert sein:

Indes ist kaum zu leugnen, dass Politik etwas mit Werten zu tun hat, und ich denke, es wäre töricht, wollte man die moralischen Werte in der Politik restlos auf materielle oder sonstige Interessen reduzieren, sie gänzlich aus dem politischen Leben eliminieren. Die Politik – auch die Politik in demokratischen Staaten – operiert nicht im leeren Raum, sondern in einem Raum, der geformt wird von moralischen Gebräuchen, Gefühlen und Erwartungen, kulinarischen Gewohnheiten und Vorstellungen über das Gute und das Böse, mit einem Wort: von den Werten der Gesellschaft, die in ihm lebt.¹⁹

Zusammenfassung zur Begrifflichkeit der Werte:

- 1) Es gibt keine allgemeine wissenschaftliche Theorie, die das Vorhandensein der Werte im sozialpolitischen Sinne bestätigen kann.
- 2) Der Versuch eine solche Theorie zu begründen blieb erfolglos.
- 3) Werte haben keine objektive, allgemein gültige Qualität.
- 4) Werte sind von Präferenzen abhängig.
- 5) Werte haben einen Wert dadurch, dass sie andere Werte auf- oder abwerten.
- 6) Die Suche nach den Werten ist in sich ein Versuch Interessen aufzudecken.

Deshalb wird der Versuch, die Wertegemeinschaft der Europäischen Union zu konstruieren nichts anderes sein als der Versuch, die gemeinsamen Ziele zu definieren und lesbar zu machen. Die Suche nach den politischen Prinzipien der europäischen Moderne ist ein Schritt auf diesem Weg.

2.2 Die europäische Moderne nach 1945

Der Begriff der Moderne wird, literarisch verstanden, als der Gegenentwurf zu dem, was gewesen war. In der Geschichtswissenschaft wurde unter anderem die Abgrenzung von der Antike gemeint. Später war die Moderne die übliche Bezeichnung der Renaissance. Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts, mit Beginn der Industriellen Revolution, waren damit die sozialen und wirtschaftlichen Umwälzungen gemeint, die den Übergang von der Agrargesellschaft zur Industriegesellschaft begleiteten. Damals wurden nicht nur die Arbeits- und Produktionsverhältnisse geändert, sondern es entstanden auch neue Klassen. Dem

¹⁸ Schneider 2000: 21.

¹⁹ Michalski 2000: 52f.

Großbürgertum, Träger des kapitalistischen Systems, stand das Proletariat gegenüber. Die Klassengegensätze führten zur Belebung der Ideale der Französischen Revolution. Der Ruf nach sozialer Gerechtigkeit, Gleichheit und Freiheit kennzeichnet die europäische Geschichte des 19. Jahrhunderts. Der Faschismus und der Nationalsozialismus der 1930er Jahre stoppte die auf diesen Idealen aufgebaute europäische Moderne. Ein großer Teil der kulturellen Errungenschaften des 19. Jahrhunderts wurde vom Nationalsozialismus beseitigt.²⁰

Die Militarisierung der Gesellschaften, der Rassenwahn und die Kriege der Nationalstaaten kosteten Millionen Europäer das Leben und setzten das Rad der Geschichte um Jahrhunderte zurück. Bis 1945 waren die europäischen Staaten fast nur mit den Gedanken des Krieges und der Vernichtung beschäftigt. Als der Krieg zu Ende war, schaute Europa so aus, als ob es hier immer Mittelalter war.

Der Begriff der Moderne des 20. Jahrhunderts gewinnt, trotz der Schwäche, eine weitere Dimension. Sie ist der Gegenentwurf zu all dem, was Krieg und Zerstörung bedeutet oder dazu beiträgt. Sie ist die Säkularität, als eine Antwort auf den religiösen Fundamentalismus. Sie ist die Aufklärung und die Öffnung gegen Totalität und Rassenwahn. Sie ist vernunft- und rational orientiert und kann sich zuletzt nur in einem demokratischen System entfalten. In jenem System, das die Rechte und Freiheiten des Individuums sichert und garantieren kann.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zeigten sich neue Tendenzen in Westeuropa:

- 1) Klarer Abstand von Dogmen des Machtstaates.
- 2) Klarer Abstand von Formen der Militarisierung der Gesellschaft.
- 3) Klarer Abstand von Dogmen der Gewalt als ein Mittel der Konfliktlösung.

Das bedeutete nicht, dass die Frage der Sicherheit zur Seite gelegt wurde, im Gegenteil. Sie stand im Zentrum aller Politikfelder des europäischen Lebens. Nur, sie hatte nicht den Krieg als Ziel, wie in den 1930er Jahren, sondern zielte auf Maßnahmen, um einen neuerlichen Krieg in Europa zu verhindern.

Die politische Literatur ist voll mit Begriffen und Nebengriffen der Moderne. Die Vormoderne, Postmoderne, Gegenmoderne, Zweite Moderne und Prämoderne sind einige Beispiele dafür. Dabei werden entweder Epochen, die Vorstufen einer Epoche oder die Neuzeit nach einer abgeschlossenen Epoche bezeichnet. Die Kultur- und Sozialwissenschaften sind sich nicht immer einig über die verschiedenen Definitionen der zahlreichen Nebengriffe der Moderne. Das erklärt auch, warum diese Begriffe sich nicht einheitlich in der politischen Literatur durchgesetzt haben.

²⁰ Vgl. Beyme 1991: 147ff.

Die Europäische Moderne nach 1945 umfasst die unmittelbare Epoche nach dem Kriegsende. Diese war durch Kriegsmüdigkeit und Ablehnung von Gewalt gekennzeichnet. Die Befestigung des demokratischen Verständnisses und die Hervorhebung der Bedeutung der Menschenrechte und Grundfreiheiten für die Stabilität und die Sicherheit der Gesellschaft sind Hauptmerkmale dieser Zeit.

Wenn hier von den politischen Prinzipien der europäischen Moderne nach 1945 geredet wird, dann werden jene Prinzipien und Leitlinien gemeint, welche die Organisationen, Konventionen und Verträge dieser Epoche produziert haben.

2.3 Die Gemeinschaft

Sie ist jene soziale und politische Struktur, die durch gemeinsame Ziele, Interessen oder Weltanschauung entstehen kann. Diese ist zeitlich an die Validität der Gemeinsamkeiten gebunden. Eine Interessengemeinschaft, zum Beispiel, entsteht durch gemeinsame Interessen und hört auf, wenn diese schwächer werden oder nicht mehr vorhanden sind. Die soziale Konstruktion dreht sich um das Zusammengehörigkeitsgefühl der Gruppe anderen Gruppen gegenüber. Die zeitliche Limitierung ist zum Beispiel beim Fußballweltcup gut beobachtbar. Eine etwas länger dauernde Gemeinschaft lässt sich bei Sportvereinen oder politischen Parteien erkennen. Nimmt man das Verhältnis Gruppe–Individuums also die Stärke des Einflusses der Gemeinschaft auf das Verhalten des Individuums, als Indikator für die Kohäsionskräfte innerhalb der Gruppe, dann schneiden religiöse Gemeinschaften zuletzt am besten ab. Deshalb, und hier kommen wir zum Wesentlichen, entstehen mit der Konstruktion der Gemeinschaft oft nicht ungefährliche Nebenprodukte. Mit der Entstehung des Wir-Gefühls der Gruppe zeichnen sich die ersten Abgrenzungslinien anderen gegenüber. Wer sind wir und wer sind die anderen? *who belongs and who does not.*²¹

Wenn hier, im Rahmen der Dissertation, die Frage der Prinzipiengemeinschaft näher behandelt werden soll, dann wird eher nach den Konturen einer Gemeinschaft gesucht, die noch im Entstehen ist. Wir behandeln nicht die Elemente und Faktoren eines schon abgeschlossenen Prozesses, sondern suchen nach ihnen. Wir sehen den Rauch und suchen nach dem Feuer.

Die Gemeinschaft, die hier gemeint ist, darf sich von anderen nicht abgrenzen. Sie hat einen universalen Charakter. Sie ist ein Sollprogramm, nicht nur für das europäische Zentrum, sondern auch für seine Peripherie. Eine Prinzipiengemeinschaft der europäischen Moderne nach 1945 kann weder Krieg noch Gewalt gutheißen oder rechtfertigen. Sie ist die Antithese

21 Eder 2001: 223.

von Faschismus und Chauvinismus. Sie ist menschenrechtsorientiert und kann nur dann entstehen, wenn die Prinzipien der Menschenrechte und Grundfreiheiten ein zentrales Anliegen der Politik und der Verwaltung werden. Dieser Zustand kann nur dann erreicht werden, wenn die politischen Organe der Europäischen Union diese Prinzipien in Arbeits- und Verhaltensmuster umwandeln und dadurch zum europäischen Verständnis werden lassen. Deshalb braucht die Prinzipiengemeinschaft zur Entstehung zwei Hauptsäulen:

- 1) Ein Prinzipienkatalog.
- 2) Ein prinzipienorientiertes politisches Verhalten.

Der Prinzipiengemeinschaft gegenüber steht eine Interessengemeinschaft, die sich durch Regeln der Realpolitik, Macht- und Interessenpolitik kennzeichnet.

Würde jemand behaupten, die Suche nach der Prinzipiengemeinschaft der europäischen Moderne nach 1945 sei eine ideale Vorstellung, die es in einer realen Welt nicht gibt und nicht geben kann, dem kann mit dem Gegenargument entgegnet werden: Weshalb würde sie immer wieder in Krisensituationen beschworen? Und wie würde die Geschichte der Zivilisation ohne Prinzipien ausschauen? Konkret am Beispiel der Europäischen Union: Wohin führt ein Normentwicklungsprozess, der parallel mit dem Integrationsprozess seit 60 Jahren läuft und zur Vereinheitlichung des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Standards in Europa beiträgt?

Die Wahrscheinlichkeit, dass es die Prinzipiengemeinschaft der Europäischen Union, als Endprodukt des Prinzipienkatalogs, geben wird, ist hoch. Die Schwäche oder die Stärke des Einflusses der Gemeinsamkeiten, als eine Bindekraft innerhalb der Gemeinschaft, hängt primär vom politischen und juristischen Verhalten der Regierungsorgane in den einzelnen Mitgliedstaaten ab. Die Organe der Europäischen Union spielen hier, als Direktive, sicherlich eine wichtige Rolle. Nur schlussendlich sind es eine bulgarische Behörde, ein tschechischer Polizeibeamter, eine deutsche AMS Angestellte, ein spanischer Küstenwachoffizier, eine französische Lehrerin oder ein österreichischer Richter, an denen es liegt, diese gemeinsamen Normen und Prinzipien im täglichen Leben der Menschen zur Realität werden lassen.

2.4 Der Prinzipienkatalog

Der Prinzipienkatalog bildet die Summe aller politischen Ziele, Normen, Prinzipien und Arbeitsmuster der europäischen Organisationen, die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zur Entstehung einer gesamteuropäischen Gemeinschaft beigetragen haben. Der Prinzipienkatalog enthält die Zusammenfassung der Leitlinien und Ziele folgender Konventionen und Verträge:

- 1) Die Europäische Konvention für Menschenrechte und Grundfreiheiten des Europarates von 1950 und die Zusatzprotokolle.
- 2) Die Europäische Sozialcharta des Europarates 1961, sowie die revidierte Charta von 1996.
- 3) Die Kopenhagener Kriterien der Europäischen Union von 1993.
- 4) Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union von 2009.
- 5) Die Zehn Leitprinzipien von Helsinki 1975.

Die 27 Mitglieder der Europäischen Union sind gleichzeitig Mitglieder des Europarates und Unterzeichner der Helsinki-Akte von 1975. Deshalb können wir davon ausgehen, dass der Kern der europäischen Moderne nach 1945 sich durch die EU 27 ausdrücken lässt. Anders gedacht: Die Europäische Union ist der Träger und Verbreiter der Prinzipien und Normen der europäischen Moderne. Der Prinzipienkatalog ist ihr schriftlicher Ausdruck.

2.5 Der Wertetransfer

Er ist ein Prozess des Austausches von Normen, Prinzipien, Verhaltensmustern und Arbeitsmethoden zwischen den verschiedenen Teilen der Gemeinschaft. Im Zentrum stehen der Europäisierungsprozess, die europäische Identität und die Werteprioritäten der Unionsbürger. In diesem Teil soll die Nähe des Wertesystems der Europäer zum Prinzipienkatalog gemessen werden.

2.6 Ein Imperium oder eine Hegemonie

Durch die Erweiterung der Europäischen Union auf EU 27 erstreckt sich die Union geographisch auf 4 Millionen km² mit fast 500 Millionen Einwohnern. Die relativ starken Bindungen zu den Nachbarstaaten im Osten und Süden des Kontinents durch Organisationen wie den Barcelona-Prozess 1995, die ENP 2004, die Wiederbelebung des Barcelona-Prozesses durch die Union für den Mittelmeerraum 2008 und schließlich die Initiative Östliche Partnerschaft 2010, erweitert sich der Aktionsradius des europäischen Zentrums um weitere 10 Millionen km² mit fast 400 Millionen Menschen.

In den letzten Jahren befasste sich die politische Literatur erneut mit Fragen der Imperienbildung und mit möglichen Versionen eines europäischen Imperiums. Der Grund liegt in der Annahme, dass eine geostrategische Ausdehnung wie die jetzige die Bedingungen zur Entstehung des Imperiums erfüllt hätte.²² Nur die politische Literatur ist sich über die Definition des Phänomens im Allgemeinen nicht einig. Die Europäische Union zeigt durch

²² Vgl. Münkler 2005: 21f.

die Erweiterung von EU 12 auf EU 27 die klassischen Merkmale des politökonomischen Imperialismus. Die Beziehungen im Rahmen des Barcelona-Prozesses und der ENP und zuletzt die östliche Partnerschaft zeigen sowohl Merkmale eines Imperiums im 21. Jahrhundert als auch jene einer hegemonialen Macht. Die klassische Definition des Imperiums ist durch die militärische und ökonomische Ausdehnung außerhalb der Grenzen des Mutterlandes geprägt. Demnach sind Imperien durch starke und eindeutige Präsenz in der Peripherie gekennzeichnet. Das führt zur massiven und eindeutigen Einmischung des Zentrums und zu strukturellen Änderungen in souveränen Bereich der Peripherie. Eine Hegemonie liegt eine Stufe niedriger und begnügt sich damit, die Außenpolitik der Peripherie zu dominieren. Die inneren Strukturen werden vom Zentrum nicht berührt. Am Beispiel der Vereinigten Staaten von Amerika sieht Paul Kennedy die Merkmale eines Imperiums und begründet das unter anderem damit, dass die USA weltweit militärisch präsent sind und zahlreiche Stützpunkte außerhalb ihrer Grenzen benützen können.²³ Heinz Gärtner sieht hier die Merkmale einer hegemonialen Macht, weil die USA sich im Allgemeinen nicht für interne strukturelle Änderungen des politischen oder ökonomischen Systems der Staaten ihres Einflussbereichs interessieren.²⁴

In diesem Zusammenhang interessieren wir uns hauptsächlich für eine Frage: Steht ein europäisches Imperium der Entwicklung einer Prinzipiengemeinschaft im Wege?

Konkret: Ist ein europäisches Imperium demokratisch steuerbar?

3. Politikwissenschaftliche theoretische Grundlagen

Wie oben erwähnt wurde, besteht diese Arbeit aus vier Hauptteilen:

- 1) Die gesamteuropäische Gemeinschaft.
- 2) Der Prinzipienkatalog.
- 3) Die Frage des Wertetransfers.
- 4) Die Frage des Imperiums.

Jeder Teil hat seine politischen Theorien, die den Entstehungszusammenhang erklären sollen. Gleichzeitig haben wir es mit einer historischen Epoche zu tun, die sich über fast 60 Jahre erstreckt. Sowohl die alten politischen Theorien des Kalten Krieges, die Integrationstheorien, Theorien des Wertewandels und die Imperialismustheorien kommen hier zur Geltung.

3.1 Die gesamteuropäische Gemeinschaft

Die europäischen Organisationen nach 1945 lassen sich in vier Hauptgruppen unterteilen:

²³ Gärtner 2009: 55f.

²⁴ Ibid.

- 1) Die Euro- Amerikanische Gruppe: Die OEEC, die NATO und die WEU.
- 2) Die Gruppe des Europarates und der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.
- 3) Die Gruppe der Europäischen Union: Von der Montanunion bis zum Reformvertrag.
- 4) Die Gruppe der Peripherie: Der Barcelona-Prozess 1995, die ENP 2004 und die Union für den Mittelmeerraum 2008.

Gleichzeitig zwingen uns die 60 Jahre der Integrationsgeschichte zur zeitlichen Differenzierung. Wir können hier von drei Hauptphasen sprechen:

- 1) Die erste Phase umfasst die unmittelbare Zeit nach Kriegsende. Hier hat der Ost-West-Konflikt als ein externer Faktor das Verhalten der europäischen Staaten bestimmt.
- 2) Die zweite Phase umfasst die Zeit der Entstehung der europäischen supranationalen Organisationen. Die internen Faktoren bestimmten das Verhalten der politischen Akteure.
- 3) Die dritte Phase umfasst die Zeit nach dem Fall der Mauer und die Entstehung des politischen Vakuums im Osten und im Süden. Die Zeit der Vorbereitung zur Erweiterung der Union und zur Übernahme des Erbes der Sowjetunion sowohl in Osteuropa als auch im Mittelmeerraum.

Diese zweifache Differenzierung –typenmäßig und zeitlich– ermöglicht die Anwendung verschiedener Theorien der Politikwissenschaft als Grundlage zu verschiedenen Formen der Kooperation und der Entstehung von supranationalen Organisationen.

Die erste Gruppe der europäischen Organisationen entstand unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Hier hatten die Konflikt- und Machttheorien die Phänomene und Produkte des Kalten Krieges bestimmt. Ein Beispiel dafür wäre die Domino-Theorie von Dean Acheson. Der ehemalige amerikanische Außenministersstellvertreter ging davon aus, dass die Sowjets in der Lage sein würden, Europa in der Art eines *Domino-Effekts*, einen Staat nach dem anderen zu übernehmen. Er war ein Mitverfasser des Marshall-Plans und der Truman-Doktrin. Die amerikanische Außenpolitik sollte auf die Schwächung des Kommunismus innerhalb der kommunistischen Länder zielen. Das Hauptinstrument dieser Politik sollte die wirtschaftliche Hilfe sein. Durch die finanzielle Unterstützung der Bevölkerung dieser Länder könnte die Ausbreitung des Kommunismus in Westeuropa gestoppt werden. Diese Politik, die später als die Containment-Politik bekannt wurde, prägte Jahrzehnte lang den Ost-West-Konflikt.²⁵

²⁵ Ausführliche Informationen unter *the Domino Theory* in: ><http://www.u-s-history.com/pages/h1965.html>< Zugriff 21. 3. 2010.

Dem gegenüber herrschten im Osten die Grundsätze der Zwei Lager Theorie. Demnach sei die Welt nach dem Zweiten Weltkrieg in zwei Lager geteilt gewesen: In ein imperialistisches und ein antiimperialistisches Lager. Diese Theorie wurde als Gegengewicht zur amerikanischen Truman Doktrin vom Mitglied des Politbüros der UdSSR, Schdanow, im September 1947 präsentiert. Er betrachtete den Marshall-Plan als ein Instrument zur Sicherung der Dominanz des Imperialismus in Westeuropa. Dieser Plan würde zur Versklavung Europas führen.²⁶

Hier ist zu berücksichtigen, dass es sich am Beispiel der Domino-Theorie und der Zwei-Lager Theorie um Basistheorien handelt. Sie haben einen richtungsweisenden und verhaltensbestimmenden Charakter. Sie stehen vor dem Ereignis und bestimmen seinen Lauf. Diese zwei Theorien hatten die weiteren politischen und militärischen Entwicklungen in den Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges massiv beeinflusst.²⁷

Die zweite Gruppe, der Europarat und die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa sind Organisationen mit internationalem Charakter. Denksätze des Intergouvernementalismus prägen das Verhalten der Mitgliedstaaten. Demnach agiert der Nationalstaat als der Hauptakteur in einem Staatennetzwerk mit dem Ziel, die Maximierung seiner Vorteile zu erreichen. Das Ergebnis der staatlichen Kooperation ist zeitlich begrenzt und orientiert sich an nationalen Interessen. Diese Form der Kooperation würde weder die nationale Souveränität der Mitgliedstaaten gefährden, noch die nationalen Regierungen schwächen.

Die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ist ein Produkt des Kalten Krieges. Das Ziel war die Entschärfung des Ost-West-Konflikts. Denksätze der Interdependenztheorie könnten hier die Struktur und Ziele der Organisation erklären. Demnach wäre die Sicherheit der Nationen mehr von internationalen Konventionen und externen Faktoren abhängig als von internen Ursachen.

*Diese sicherheitspolitische bzw. militärisch-strategische Interdependenz war damit Merkmal eines globalen Wirkungszusammenhangs, der durch den Konflikt zweier sich gegenseitig ausschließender Konzeptionen von Weltpolitik und die Existenz von Nuklearwaffen als (angedrohtes) Mittel des Konfliktaustrags entstand.*²⁸

26 Ausführliche Informationen über die Zwei Lager Theorie in:
>http://www.bpb.de/publikationen/ZATPNC,5,0,Ursachen_und_Entstehung_des_Kalten_Krieges.html< Zugriff 21. 3. 2010.

27 Die zweite Gattung politischer Theorien hat einen deskriptiven, verhaltensklärenden Charakter. Sie entstehen nach dem Phänomen und versuchen dieses zu erklären.

28 Schieder/Spindler 2006: 94.

Die dritte Gruppe, die der Europäischen Union, bietet eine breite Untersuchungsfläche für eine Reihe von Integrationstheorien, die sich gelegentlich ergänzen, sich aber öfter widersprechen. Die klassischen Ansätze kommen aus dem Föderalismus, Neoföderalismus, Funktionalismus, Neofunktionalismus, Intergouvernementalismus und dem realistischen Intergouvernementalismus.²⁹

Von Bedeutung ist der Rational Choice Ansatz des Neoinstitutionalismus. *Institutionen strukturieren dabei das strategische Handeln von Individuen und Gruppen.*³⁰ Das Ziel der Kooperation ist die Kostenreduzierung und die Verbesserung des Informations- und Erfahrungsaustausches zwischen den Akteuren.

Dazu kommen Ansätze aus dem klassischen Funktionalismus. Hier steht die Funktion im Zentrum und bestimmt die Formen der Institutionen und deren Entwicklungen. Ursprünglich aufgebaut auf dem amerikanischen Grundprinzip *form follows function* findet es inzwischen Anwendungen in den verschiedenen Bereichen der Wissenschaft. Im Kern steht die Beziehung zwischen der Funktion als Ziel und dem Konstrukt der Gemeinschaft:

*[...] als Funktion gilt in diesem Zusammenhang die Leistung eines Elementes zur Herstellung oder Erhaltung eines bestimmten Systemzustandes oder des Zustandes eines anderen Elements im System.*³¹

Die zweite Generation der Funktionalismustheorie, nämlich der Neofunktionalismus, wie er von Ernst Haas methodisch in Zusammenhang mit seiner Europaforschung entwickelt wurde, dominierte für eine lange Zeit die politischen Theorien zur europäischen Integration.

Der Neofunktionalismus bedeutet:

- 1) Die schrittweise Übertragung von Kompetenzen des Nationalstaates zugunsten supranationaler Institutionen.
- 2) Die Akteure im internationalen System sind nicht die Nationalstaaten, sondern die Technokraten und die supranationalen Organisationen.
- 3) Die Integration beginnt nicht in den höheren Politikbereichen sondern eher in den mittleren und unteren Bereichen, wo wenig Widerstand zu erwarten ist.³²
- 4) Die Befestigung in den mittleren Bereichen erzeugt einen *Bottom Up Effekt*, wonach sich die höheren Politikbereiche anpassen müssen.

29 Wessels 2008: 29.

30 Vgl. Kaiser 2009: 322.

31 Nohlen 1998: 181.

32 Als ein Beispiel für die Problematik der höheren Politikbereiche kann die GASP genannt werden. Fast 60 Jahre nach der EGKS ist die Vergemeinschaftung der Außenpolitik nach wie vor sehr fragwürdig.

- 5) Der einmal in Gang gesetzte Prozess der Kooperation und die Verschmelzung von Politikbereichen erzeugt eine eigene Dynamik, die einen ähnlichen Prozess in anderen Politikbereichen stimuliert. Ein Nachahmungseffekt.

Der Neufunktionalismus befasste sich mit diesem Phänomen und nennt es *Spill Over Effekt*. Er unterscheidet zwischen funktionalem *Spill Over* (wirtschaftliche Nachahmungsprozesse) und politischem *Spill Over* (Nachahmung der vorhandenen Institutionen).³³

Eine weitere Paradetheorie der europäischen Integration ist die Interdependenztheorie. Die ersten Denkansätze gehen zurück auf die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg. So hat der Brite Norman Angell 1910 in seinem Werk *The Great Illusion* die Abhängigkeit des Wohlstandes einer Nation von der militärischen Macht des Staates infrage gestellt. Nach Angells Ansicht wären militärische Operationen und Eroberungen nutzlos:

*Vielmehr sei der Wohlstand jeder Nation abhängig von wirtschaftlichen Kontakten, d.h. er resultiert aus der Interdependenz der Märkte und des Finanzsektors und ist damit abhängig von der Kaufkraft der Bürger anderer Nationen, welche wiederum selbst in der Lage sein müssen, ihre Produkte zu verkaufen.*³⁴

Der Kalte Krieg und die Globalisierung der Atomgefahr führten zur militärischen Version der Interdependenztheorie. Die Wirtschaftskrise der 1970er Jahre, der Zusammenbruch des Währungssystems nach der Aufhebung der Gold-Dollar-Konvertibilität durch die USA 1971 und die Ölkrise 1973 zeigten weitere Grenzen der Abhängigkeit der Nationen voneinander. Die Entwicklung der Interdependenztheorie erreichte mit einem Werk von Robert O. Keohane und Joseph Nye 1977 eine neue Stufe. Unter dem Titel *Power and Interdependence. World Politics in Transition* konstatierten die Autoren eine grundlegende Änderung des internationalen Systems. Im Zentrum der Theorie steht die Einschränkung der Macht des Nationalstaates. Demnach übt der Staat nur in schwacher Form die Kontrolle über wirtschaftliche Prozesse aus. Diese Schwäche führt dazu, dass er sein nationales Interesse nicht mehr wahren kann.³⁵ Ist ein Staat einmal in einem Netzwerk gebunden, dann steigt die Abhängigkeit der wirtschaftlichen und politischen Institutionen voneinander so stark, dass ein Aussteigen mit enormen politischen und wirtschaftlichen Verlusten verknüpft sei.³⁶

Die Pluralität der politischen Theorien zur Erklärung der verschiedenen Phänomene der Geschichte der europäischen Moderne nach 1945 ist für die Forschung sicher nicht nachteilig. Wir behandeln eine Epoche, die das Leben von drei oder vier Generationen geprägt hat. Ein

33 Haas 1958: 291 ff. Vgl. Auch Schmitter 2005.

34 Schieder/Spindler 2006: 94.

35 Schieder/Spindler 2006: 97.

36 Keohane in: Krell 2000: 133.

Hauptmerkmal dieser Epoche ist die lineare Entwicklung, die keinen Stillstand kennt. Die Bewegung, die Dynamik und die Bereitschaft zur Reformen sind Merkmale einer lebendigen Moderne. Gilt das einmal für die Politik und die Geschichte, dann muss es auch für die politische Theorie gelten. Wir haben es mit einem dynamischen Prozess der Theoriebildung, oder anders ausgedrückt, mit einer Theorie in Bewegung zu tun. Neue Denkansätze würden die alten ergänzen, sie aber oft auch infrage stellen.

3.2 Der Prinzipienkatalog

Dieser Teil behandelt die Prinzipien- und Normentwicklung der europäischen Moderne nach 1945, mit dem Ziel, einen europäischen Prinzipienkatalog zusammenzustellen. Die theoretische Basis wird hier auf neuen, im Rahmen der Forschung und Vorbereitung der Dissertation gewonnenen Denkansätzen des Verfassers aufgebaut. Der aus der Mechanik übernommener Schwungradeneffekt soll einige Phänomene der Integration, der Normentwicklung und der Kohäsionskräfte im Netzwerk erklären.

Demnach verursacht ein Impuls auf das Rad eine Bewegung. Die durch die bewegte Masse des Rades gewonnene Energie, Produkt der Masse und der Geschwindigkeit, sorgt für die Kontinuität und Stabilität der Drehung. Erhält das Rad in zeitlichen Abständen neue Impulse oder neue Masse, dann steigt der Stabilitätswert der Drehung. Versucht eine äußere Kraft das Rad zu stoppen, dann kommt die gespeicherte Energie des Rades zum Vorschein und versucht das Stoppen zu verhindern. Die ersten Verträge und Konventionen wirken wie eine initiale Kraft, die das Integrationsrad in Bewegung setzt. Die Geschwindigkeit der Drehung hängt vom Grad der Bereitschaft der Mitgliedstaaten ab, die vereinbarten Arbeitsprinzipien in Politiken umzusetzen. Die Zahl der Verträge und Konventionen wirken wie die Masse des Rades: Je mehr Masse, desto größer ist die Energie, die durch die Interaktionen gewonnen und gespeichert wird. Gleichzeitig wirken die neuen Prinzipien, Normen und Verhaltensmuster wie neue, in regelmäßigen zeitlichen Abständen, addierte Massen. Die Gesamtmasse des Rades ist nichts anderes, als die Summe aller Normen und Prinzipien der Gemeinschaft nach 60 Jahren Integration.

Versucht ein Teil der Gemeinschaft, das Netzwerk zu verlassen, oder verlangsamt sich seine Kooperationsbereitschaft, dann kommt die kinetische Energie des Integrationsrades zum Vorschein, verhindert das Aussteigen und sorgt für die Kontinuität und Stabilität des Systems. Ein Schwungradeneffekt sorgte 2009 für das Ja der Iren zum Reformvertrag, nachdem sie im Jahr zuvor mit Nein den Vertrag ablehnten. Es ist derselbe Effekt, der die national orientierten

Einwände des tschechischen Präsidenten Vaclav Klaus beseitigte und ihn schlussendlich dazu brachte, als letzter Staatschef, mit Tränen in den Augen, den Reformvertrag zu unterzeichnen. Der Prinzipien- und Normenentwicklungsprozess hat sein eigenes Schwungrad. Die neuen politischen Reformen geben dem Rad neue Impulse. Diese beschleunigen die Bewegung des Rades und zwingen zur Schaffung von neuen Regeln und Gesetzen, um sich dem neuen Zustand anzupassen.³⁷

Der neue Zustand erzeugt seinerseits neue Normen und Verhaltensmuster. Diese wiederum wirken wie eine neue Masse im Rad und tragen zur Stabilität und Kontinuität der Bewegung bei. Sowohl der Integrationsprozess als auch der Prinzipien- und Normenentwicklungsprozess zeigen Formen des Schwungradeffekts. Die Kohäsionskraft innerhalb der Prinzipiengemeinschaft wird durch die fortschreitende Integration stärker. Die Verwendung von neuen Normen und Prinzipien in einem Teil der Gemeinschaft motiviert oft zur Übernahme dieser Normen in anderen Teilen, was wiederum zur Entwicklung und Konsolidierung der Gemeinschaft führt. Im Europarat wurden zum Beispiel zwischen 1949 und 2010 208 Konventionen, Verträge oder Zusatzprotokolle beschlossen.³⁸ Diese wirken wie die schrittweise addierten neuen Massen im Schwungrad und sorgen für die Kontinuität der Bewegung und dadurch für die Stabilität des Systems.

3.3 Der Wertetransfer

Dieser Teil behandelt drei Fragen:

- 1) Die Frage der Europäisierung.
- 2) Die Frage der europäischen Identität.
- 3) Die Frage der Sozialisierung des Prinzipienkatalogs.

Der Begriff der Europäisierung ist in Zusammenhang mit der Europäischen Union ein neuer Begriff. Hiermit wird die reflexive Beziehung zwischen dem Nationalstaat und der Gemeinschaft beschrieben. Die Frage der europäischen Identität behandelt die verschiedenen Ebenen der Bindungen der Unionsbürger zur Europäischen Union.

Die Sozialisierung des Prinzipienkatalogs behandelt die Änderungen im Wertesystem der Europäer im Laufe der Jahre der Integration. Hier wird versucht die Nähe des Wertesystems der Europäer zum Prinzipienkatalog der Europäischen Union zu überprüfen. Anders

³⁷ Ähnlich wie die Gesetzesänderungen im Nationalrecht nach der Unterzeichnung eines internationalen Vertrages oder nach einer Reform.

³⁸ Seite des Europarates. Online in:

><http://www.conventions.coe.int/Treaty/Commun/ListeTraites.asp?CM=8&CL=ENG>< Zugriff 26. 7. 2010.

ausgedrückt: Was hat sich im Wertesystem der Europäer im Laufe der Jahre der Integration verändert?

Die Wertepriorität der Menschen ist eine subjektive, von den sozialen, politischen und wirtschaftlichen Bedingungen abhängige Dimension. Eine Paradetheorie in diesem Bereich ist die Theorie des Wertewandels von Ronald Inglehart. Er befasst sich seit mehr als 40 Jahren mit den Änderungen im Wertesystem der Europäer. Inglehart leitet jetzt die European Values Survey (EVS), ein periodisches Umfragesystem, mit dem versucht wird, die Einstellungen der Europäer zu verschiedenen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Fragen zu messen.

Die Theorie des Wertewandels setzte sich mit zwei Haupthypothesen auseinander:

- 1) Eine Mangelhypothese: Die Werteprioritäten der Menschen sind ein Spiegelbild der sozialen und ökonomischen Umwelt. Die Dinge, die knapp sind, werden, subjektiv gesehen, hoch geschätzt.
- 2) Eine Sozialisationshypothese: Die Werteprioritäten werden in der Jugendzeit formatiert und sind gegen externe Einflüsse relativ resistent.³⁹

Die Theorie des Wertewandels geht aber davon aus, dass das Wirtschaftswachstum in den westlichen Gesellschaften zur Sicherung der Grundbedürfnisse der Menschen und dadurch zur Veränderung der Werteprioritäten führte.

Inglehart teilte die Werteprioritäten in zwei Klassen:

- 1) Materialistische Werte: Diese orientieren sich an physischen Bedürfnissen wie Versorgung und Sicherheit.
- 2) Postmaterialistische Werte: Im Zentrum stehen hier höhere Interessen wie Selbstverwirklichung, die Suche nach Anerkennung und Mitspracherecht sowie ästhetische und kulturelle Interessen.⁴⁰

Die Grundsätze seiner Überlegungen drehen sich um folgende Annahmen:

- 1) Die Menschen interessieren sich primär für die Befriedigung der Grundbedürfnisse wie Sicherheit und Versorgung. (Materialistische Werte)
- 2) Erst wenn die Grundbedürfnisse gesättigt sind, versuchen die Menschen sich für höhere Dinge einzusetzen wie Selbstverwirklichung und kulturelle Fragen. (Postmaterialistische Werte)
- 3) Die sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen in der Jugendzeit prägen das Wertesystem und bleiben für eine lange Zeit konstant, auch wenn die Rahmenbedingungen geändert werden.

³⁹ Inglehart 1997: 142f.

⁴⁰ Inglehart 1997: 148f.

- 4) Deshalb haben Menschen, die die harten Jahre der Nachkriegszeit erlebten, eher materialistische Werte, während die Generation, die in der 1970er Jahren geboren wurde, auffallend postmaterialistisch denkt.
- 5) Der Trend zum Postmaterialismus ist deshalb ein Produkt des Wohlstandes und kein Phänomen der postindustriellen oder westlichen Gesellschaften. Das heißt, auch in reichen, nicht-westlichen und nicht-industriellen Gesellschaften würde es Postmaterialisten geben.
- 6) Die Entwicklung des Postmaterialismus führte zur Öffnung von neuen Politikfeldern wie Frauenpolitik, Umweltpolitik und dadurch zur Gründung von neuen Parteien und Sozialbewegungen, die die neuen Interessen vertreten sollen.

Die Theorie des Wertewandel ist umstritten und wurde oft kritisiert. Ein Hauptkritikpunkt ist die Vereinfachung der Werteprioritäten auf eine Skala, die mit physischen Bedürfnissen beginnt:

Inglehart zieht die physiologischen Bedürfnisse und die Sicherheitsbedürfnisse zu einer Gruppe zusammen und nennt sie "materialistische Werte" (wobei er, nur in Klammern bemerkt, nirgendwo ein einziges Wort über mögliche Probleme beim Übergang von der "Bedürfnis"-Kategorie zur Kategorie der "Werte" verliert).⁴¹

Ein wichtiger Denkansatz bei Inglehart ist der Zusammenhang zwischen Entwicklungen des demokratischen Prozesses und dem Wertewandel. Demnach verstärkt der Postmaterialismus die Demokratisierung der Gesellschaft:

Democracy is not simply the result of clever elite bargaining and constitutional engineering. It depends on deep-rooted orientations among the people themselves. These orientations motivate them to press for freedom, effective civil and political rights.⁴²

3.4 Imperialismus- und Imperientheorien

Unter Imperialismus versteht man die Bildung eines Herrschaftsgebietes, das sich weit über die Grenzen des Nationalstaates hinaus erstreckt. Im 19. Jahrhundert wurde mit Imperialismus die kapitalistische Penetration Afrikas, Asiens und Südamerikas durch die europäischen Nationalstaaten gemeint. Diese Phase war gekennzeichnet durch die absolute Herrschaft des Staatsvolks des Mutterlandes über die Völker der eroberten Gebiete. Dieses Phänomen wurde von zwei Gattungen von Imperialismustheorien behandelt:

⁴¹ Klages 1992: 13f.

⁴² Inglehart 2005: 300.

- 1) Die politische Imperialismustheorie: Diese ging davon aus, dass die territoriale Expansion über die Grenzen des Nationalstaates hinaus das Produkt internationaler und innenpolitischer Faktoren ist. Im Zentrum steht hier das nationale Interesse des Landes. Die Expansion kann deshalb mit der Sicherung oder Verteidigung der nationalen Interessen begründet werden.
- 2) Die politökonomische Imperialismustheorie: Die Zentralfrage hier ist das kapitalistische System im Mutterland, seine Probleme und Bedürfnisse. Die territoriale Expansion ist rein wirtschaftlich orientiert, zielt vor allem auf die Sicherung der Rohstoffe sowie der Absatzmärkte für das Industriesystem des Mutterlandes.⁴³

Das Ende des 19. Jahrhunderts war stark vom Einfluss des Nationalismus in Europa geprägt. Der Nationalstaat war an der Aufrechterhaltung seiner inneren Stabilität interessiert. Die Suche nach Feindbildern außerhalb seiner Grenzen und die militärische Auseinandersetzung mit den *Feinden* sollten die Solidarisierungseffekte im Inneren stärken. Das ist die Basis, auf der die Sozialimperialismusthese aufgebaut ist. Demnach sei der Imperialismus das unmittelbare Produkt des Nationalismus und diene vor allem die Sicherung der Herrschaft einer privilegierten Minderheit über eine benachteiligte Mehrheit.⁴⁴

Die geopolitischen Imperialismustheorien gehen von einer naturnotwendigen Rivalität der Staaten aus. Die Sicherung der nationalen Interessen und die Verteidigung der äußeren Grenzen der Herrschaftsbereiche des europäischen Nationalstaates stehen hier im Zentrum.

Die geopolitische Imperialismustheorie versteht den Imperialismus als Produkt der Rivalität zwischen den Nationalstaaten, um ihre äußeren Machtbereiche zu verteidigen. Dazu gehört auch die militärische Besetzung von politisch schwachen Regionen. Diese Theorie erlaubt nicht die Entstehung von kleinen und schwachen Staaten in der Nähe von großen. Ein schwacher Staat, der sich gegen einen anderen nicht verteidigen kann, stellt ein politisches Vakuum dar, das von einem Großstaat gefüllt werden wird, bevor ein anderer es tut.

*Imperialismus ist demnach die Fortsetzung der Rivalität der europäischen Staaten in politisch schwachen Gebieten der heutigen Dritten Welt.*⁴⁵

Die zweite Gattung, jene der politökonomischen Imperialismustheorien, geht davon aus, dass die territoriale Ausdehnung des Nationalstaates außerhalb seiner Grenzen die Begleiterscheinung des Kapitalexports ist. Demnach expandiert zuerst das nationale Kapital, dann folgt die militärische Expansion, um die dadurch entstandenen wirtschaftlichen Interessen zu sichern.

⁴³ Nohlen 1998: 265f.

⁴⁴ Ibid.

⁴⁵ Ibid.

Die Gründe, warum das nationale Kapital expandiert, liegen für Karl Marx in der Natur des kapitalistischen Systems. Demnach leidet das Kapital an Wachstumsproblemen. Die als Verwertungsprobleme bezeichneten Begleitphänomene des Systems sind Profitmangel und Nachfragemangel. Wenn der erzielte Mehrwert des nationalen Kapitals klein bleibt und dadurch die Profitansprüche des kapitalistischen Systems unbefriedigt bleiben, dann sucht das Mutterland nach Lösungen außerhalb seiner Grenzen. Lenin baute auf dieser Grundlage weiter und sah die Kapitalkonzentration in Formen der Monopolisierung des Bank- und Finanzsystems sowie der Industrie als eine neue Form des Kapitalismus, um die Profitrate zu verbessern. Die Leninistische Imperialismustheorie geht davon aus, dass Expansionen dem Ziel dienen sollen, billige Rohstoffe und Arbeitskräfte zu sichern. Der Kampf um neue Territorien zwischen den großen Kapitalorganisationen führt zur Teilung der Welt unter sich.⁴⁶

Ein Beispiel dieser Expansionsformen wird in der Errichtung des französischen Protektorats in Tunesien 1881 und in der Okkupation Ägyptens 1882 durch England gesehen.

Max Weber sah dabei einen Wendepunkt in der Entwicklung der europäischen Völker:

*[...] dass das unumgängliche handelspolitische Ausdehnungsbestreben aller bürgerlich organisierten Kulturvölker, nach einer Zwischenperiode äußerlich friedlichen Konkurrierens, sich jetzt mit völliger Sicherheit dem Zeitpunkt wieder nähert, wo nur die Macht über das Maß des Anteils der Einzelnen an der ökonomischen Beherrschung der Erde und damit über den Erwerbsspielraum ihrer Bevölkerung, speziell auch der Arbeitskraft, entscheiden wird.*⁴⁷

Die territoriale Ausdehnung der europäischen Industrienationen im 19. Jahrhundert sollte neben den wirtschaftlichen auch soziale und kulturelle Funktionen erfüllen:

- 1) Die steigende Nachfrage nach Rohstoffen für das Industriesystem zu befriedigen.
- 2) Neue Absatzmärkte für Produkte des expandierten Industriesystems zu sichern.
- 3) Neue Flächen für neue finanziellen Investitionen zu schaffen.
- 4) Neue Siedlungsräume für die wachsenden Bevölkerung Europas zu erobern.
- 5) Die Missionierung der überseeischen Welt.
- 6) Die Unterdrückung des Sklavenhandels.
- 7) Die Kultivierung der *wenig entwickelten Länder der Erde*.⁴⁸

Der Erfolg blieb oft bescheiden, änderte aber nichts an der Tatsache, dass der politisch und wirtschaftlich orientierte Imperialismus des 19. Jahrhunderts solche Begleitphänomene hatte.

⁴⁶ Ibid.

⁴⁷ Max Weber in: Schöllgen 1994: 2.

⁴⁸ Schöllgen 1994: 2.

Die Formen der politischen und wirtschaftlichen Ausdehnung im 21. Jahrhundert unterscheiden sich in Inhalt und Form von Formen des 19. Jahrhunderts. Die Politikwissenschaft würde heute eher von *Empire* als von Imperialismus reden. Damit sollten die harten Formen des Imperialismus des 19. Jahrhunderts abgeschwächt und mehr Raum für Formen der Hegemonie geschaffen werden. Das klassische Beispiel für diese Frage ist die Position der Vereinigten Staaten von Amerika im internationalen System:

*Amerikas Empire ist nicht mit den Imperien der Vergangenheit gleichzusetzen, die aus Kolonien, Eroberungen und der Bürde des weißen Mannes bestanden. (...) das Imperium des 21. Jahrhunderts ist eine neue Erfindung in den Annalen der Politikwissenschaft, ein ‚Empire lite‘, eine Globale Hegemonie, deren schöne Seiten, frei Märkte, Menschenrechte und Demokratie sind, die durch die allerbeste Militärmacht, die die Welt jemals gesehen hat, durchgesetzt werden.*⁴⁹

Diese Behauptung lässt sich, zumindest in Bezug auf Fragen der Menschenrechte und Demokratie nicht bestätigen. Die Erfahrungen aus den letzten, noch nicht beendeten Kriegen in Afghanistan und dem Irak zeigen eher gegenteilige Ergebnisse.

Das Beispiel der Europäischen Union sieht noch komplexer aus. Wir haben hier zwar eine expandierende Wirtschaft, die nach wie vor nach Rohstoffen und billigen Arbeitskräften verlangt, sowie ehemalige Kolonialmächte, die die alten Beziehungen mit den ehemaligen Kolonien neu knüpfen möchten. Gleichzeitig haben wir ein gut entwickeltes demokratisches System und eine moderne rechtsstaatlich orientierte Verwaltung im Zentrum. Wichtig ist auch die politische Entwicklung der Peripherie. Die ehemaligen Kolonien sind inzwischen unabhängige Staaten mit relativ offenen und modernen Gesellschaften.

Im Unterschied zu Theorien des 19. Jahrhunderts (zentrumsorientiert), also vom Zentrum ausgehende aktive Politik, gehen Imperientheorien des 21. Jahrhunderts vom Sogeffekt der Peripherie aus. Eine starke Abhängigkeitsbeziehung, Interdependenz der Peripherie vom Zentrum führt zur Stärkung der Dynamik der Imperienbildung.⁵⁰ Die geographische Ausdehnung der EU 27 auf fast vier Millionen km² erfüllte das Kriterium der *räumlichen Ausdehnung*.⁵¹ Durch den Barcelona-Prozess 1995 sichert die EU drei Seepunkte, nämlich Gibraltar, den Bosphorus und den Suezkanal. Dies würde den Vergleich mit der Entstehung des britischen Imperiums Ende des 19. Jahrhunderts rechtfertigen.

Das 21. Jahrhundert trägt zwar Merkmale des alten, tot geglaubten Kolonialismus (militärische Invasionen zur Sicherung geostrategischer Regionen und von

49 Ignatieff in: Gärtner 2009: 52.

50 Münkler 2005: 21.

51 Münkler 2005: 23.

Rohstofflieferungen oder zur Beseitigung von nicht gleichgesinnten Regierungen).⁵² Es zeigt aber auch Tendenzen zur Ablehnung der militärischer Mittel als Instrument der Außenpolitik. Die wirtschaftlichen Beziehungen sollen hier als ein Hauptinstrument zur Sicherung der strategischen Interessen des Zentrums funktionieren. Die modernen Denkansätze der Interdependenztheorie gehen von einer schwachen Bedeutung der militärischen Mittel als Instrument der Außenpolitik aus.⁵³ So waren die Osterweiterung der Europäischen Union nach 1989, der Barcelona-Prozess 1995, die ENP 2004 und die Union für den Mittelmeerraum 2008 hauptsächlich durch wirtschaftliche Beziehungen und Reformen gekennzeichnet. Das Zentrum hat aber dabei die politische und wirtschaftliche Kontrolle für sich in Anspruch genommen.

Die Erweiterung der Union von EU 12 auf EU 27 ist ein Beispiel für die Ausdehnung eines Zentrums in seine Peripherie. Dabei konnten folgende Phänomene beobachtet werden:

- 1) Die ungleiche Macht- und Kompetenzverteilung zwischen Zentrum und Peripherie.
- 2) Die zunehmende Abhängigkeit der Peripherie vom Zentrum.
- 3) Schrittweiser Verlust der nationalen Souveränität zu Gunsten des Zentrums.⁵⁴

Weiters können wir jetzt von einem großeuropäischen Wirtschaftsraum ausgehen, der gleichzeitig das Zentrum eines überkontinentalen Netzwerks bildet, dessen Grenzen tief in Asien und Afrika liegen. Ist die Europäische Union eine Hegemonie, die versucht, ihre Peripherie unter Kontrolle zu halten oder würde die Akkumulation der wirtschaftlichen und politischen Macht zwangsweise zur Entstehung eines europäischen Imperiums im 21. Jahrhundert führen?

3.5 Die Inhaltshypothesen

Die Frage der Prinzipiengemeinschaft der Europäischen Union ist unter anderem deshalb problematisch, weil die Einschränkung auf *Wahr* oder *Unwahr* des Ergebnisses, nach der Überprüfung eine synthetisch, allgemein formulierte Hypothese uns kaum helfen würde. Das Problem kann nicht auf die Hypothese reduziert werden, die Europäische Union sei eine Prinzipiengemeinschaft.

Die Vielfalt an Variablen, Indikatoren, Akteuren, Politikfeldern, Rahmenbedingungen und Präferenzen, um nur einige zu nennen, lässt eine ausschließlich quantitative Überprüfung durch Datensammeln und Analysieren fast unmöglich erscheinen. Die Haupthypothese kann

52 Die von der amerikanischen neokonservativen Machtpolitik geleiteten militärischen Operationen im Irak und in Afghanistan gelten als ein Paradebeispiel dieser Politik.

53 Vgl. Keohane/Nye in: Schieder/Spindler 2006: 102.

54 Michael Doyle definiert Empire als Beziehungen, bei denen einigen politischen Gesellschaften die politische Kontrolle faktischer Souveränität von anderen auferlegt wird, in: Gärtner 2009: 51.

aber in ihre Bestandteile zerlegt werden und diese können einzeln auf ihren Wahrheitsgehalt überprüft werden.

Die vier Hauptfragen der Dissertation, die gesamteuropäische Gemeinschaft, der Prinzipienkatalog, die Frage des Wertetransfers und die Frage des Imperiums, sind teilweise quantitativ zu erfassen. Nach Auffassung des Verfassers erschien die qualitative Methode der Sozialforschung als besser geeignet, diese Fragen näher zu behandeln. Die Hypothesen sind inhaltsorientiert, das heißt, sie beziehen sich auf konkret beobachtbare Phänomene oder sind aufgebaut auf den oben genannten politischen Theorien:

- 1) Die Verträge und Konventionen der supranationalen europäischen Organisationen haben nach 1945 zur Entstehung einer gesamteuropäischen Gemeinschaft geführt.
- 2) Die Summe aller Prinzipien, Ziele, Leitlinien, Denk- und Verhaltensmuster dieser Organisationen können in einem Prinzipienkatalog zusammengefasst werden.
- 3) Die Europäische Union, als ein Kern der gesamteuropäischen Gemeinschaft, ist der Träger des Prinzipienkatalogs und Hauptakteur im Prozess des Werte- und Normentransfers.
- 4) Die nationalen Tendenzen und die Abgrenzungskultur würden der Umsetzung des Prinzipienkatalogs entgegenwirken und dadurch das Konzept einer Prinzipiengemeinschaft schwächen.
- 5) Trotz Ausdehnung und Machtkonzentration der Europäischen Union, kann der Stand der Errungenschaften, vor allem der Demokratisierungsstand, durch die Befolgung von Ergänzungsstrategien, geschützt werden.

Diese Behauptungen stellen die möglichen Antworten auf Fragen dar, die hier im Rahmen der Dissertation untersucht werden sollen. Die Untersuchung der Hypothesen kann sowohl induktiv als auch deduktiv sein. Die induktive Untersuchung trägt, durch die Schaffung von neuen Grundlagen, zur Bildung von neuen Theorien bei. Die deduktiven Hypothesen erweitern den Erkenntnisstand und tragen zur Bereicherung und Unterstützung der vorhandenen Theorien bei.

Im Allgemeinen gilt der Grundsatz: Die Falsifikation einer oder mehrerer Hypothesen bedeutet noch nicht, dass die Arbeit umsonst oder falsch gelegen war. Die Auseinandersetzung mit der Behauptung in sich führt zur Bereicherung des Forschungs- und Erkenntnisstandes, unabhängig davon, ob die Hypothesen verifiziert oder falsifiziert werden.

Im Falle der Inhaltshypothesen führt der Forschungsprozess, aufgrund der Vielfältigkeit der Variablen und der Interpretationsmöglichkeiten, nicht zum absoluten *Falsch* oder *Wahr*. Wir

würden eher von einem höheren oder niedrigen Wahrscheinlichkeitsgehalt der Hypothesen reden.

3.6 Die Methode

Wenn wir eine literarisch wie politisch ohnehin höchst umstrittene Frage wie die Prinzipiengemeinschaft der Europäischen Union behandeln würden, dann würde uns die qualitative Methode eher mehr Spielraum bieten als die auf trockene Zahlen und Daten gestützte quantitative Methode. Wenn wir es hier mit Prinzipien und mit prinzipienorientiertem Verhalten zu tun haben, dann haben wir primär mit menschenorientierten Fragen zu tun. Das heißt, die Interpretation des menschlichen Verhaltens von Individuen und Gruppen steht hier im Vordergrund. Die Einstellung der europäischen Menschen zur Problematik der Prinzipien im Allgemeinen oder welche Werteprioritäten wer wann hat, kann zwar teilweise im Labor gemessen werden. Die Ergebnisse bleiben aber subjektiv und gelten für jetzt und hier. Die vielfältigen Präferenzen, Bewertungen, Vorteils- oder Nachteilsorientierungen, soziale und politische Dispositionen können nur zur subjektiven Ergebnissen führen. Auch die zeitliche Gültigkeit der Ergebnisse ist sehr eingeschränkt und gilt nicht für eine lange Periode. Dieser Trend wird in Zeiten von Wirtschaftskrisen, steigender Fremdenfeindlichkeit und Ähnlichem verstärkt. Das ist einer der Gründe, warum es bis jetzt keine allgemein gültige Theorie der Werte gibt. Es gibt umstrittene Versuche, wie die von Inglehart und Klages, die zwar einen hinweisenden Charakter auf mögliche Trends hatten, aber keine umfassenden Antworten liefern konnten.

Deshalb steht die ausführliche Deskription des Forschungsgegenstandes im Vordergrund.

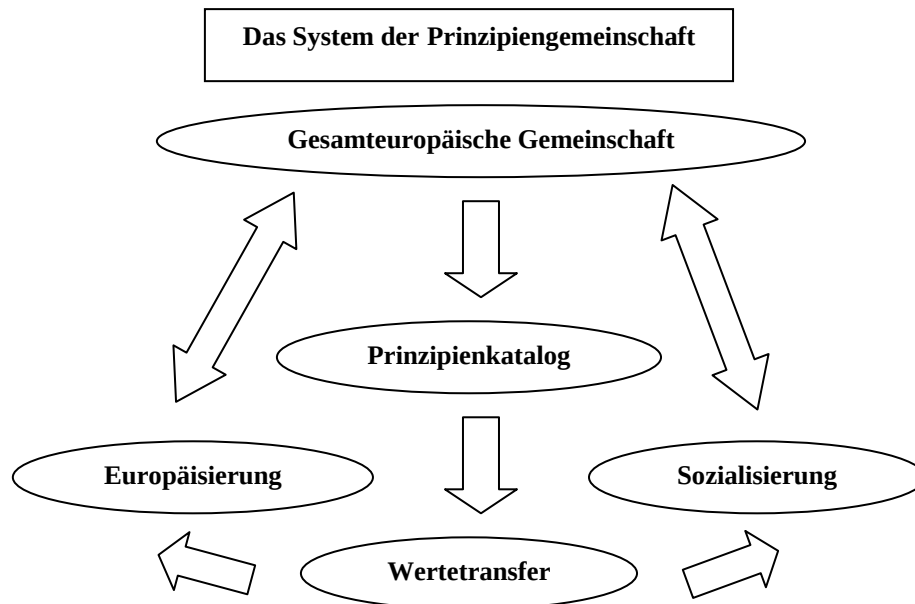
Das System der Prinzipiengemeinschaft der Europäischen Union mit seiner Hauptfunktion, nämlich das prinzipienorientierte und nicht interessenorientierte politische Verhalten der Gemeinschaft zu dirigieren, kann in seine Bestandteile zerlegt werden. Die Systemzerlegung in Subsysteme mit Subfunktionen würde uns helfen, einen Überblick über die Bestandteile des Systems, über den Entstehungszusammenhang und mögliche Erwartungen zu verschaffen. Das System der Prinzipiengemeinschaft besteht aus drei Subsystemen und Subfunktionen:

- 1) Die gesamteuropäische Gemeinschaft.
- 2) Der Prinzipienkatalog.
- 3) Der Werte- und Normentransfer.

Die Konventionen und Verträge der gesamteuropäischen Gemeinschaft lieferten den Prinzipienkatalog. Im Prozess des Werte- und Normentransfers wird der Nationalstaat durch die Europäisierung reformiert. Die Sozialisierung des Prinzipienkatalogs, das heißt, das

reflexive Verhältnis zwischen dem Prinzipienkatalog und der Protestkultur liefert uns einen Hinweis über den Grad der Anwesenheit einer Prinzipiengemeinschaft im täglichen Leben.

Abbildung 1



Quelle: Eigene Darstellung

Ein Hauptinstrument der Forschung ist die Text- und Dokumentanalyse. Vor allem die Verträge und Konventionen der europäischen Organisationen müssen genau behandelt und auf ihren Prinzipiengehalt geprüft werden.

Die Untersuchung der letzten 70 Jahre der europäischen Geschichte, die historischen Rahmenbedingungen, die politischen und sozialen Umwälzungen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und während des Kalten Krieges, der Fall der Berliner Mauer, das Vakuum im Osten und die Ausdehnung der Europäischen Union auf EU 27 zwingen uns historisch rekonstruktiv zu arbeiten. Wir können diese Epoche ohne Einbeziehung und Positionierung der historischen Dimension im Zentrum der Forschung, nicht umfassend behandeln. Auch der Normen- und Prinzipienentwicklungsprozess ist erst im historischen Kontext begreifbar. Die Frage des Imperiums kann nur in einem historischen Vergleich mit der Geschichte anderer Imperien verstanden werden.

Die Verwertung der primären und sekundären politischen Literatur sowie die Expertenaussagen sind weitere Hilfswerkzeuge.

Im digitalen Zeitalter würden uns die technischen Möglichkeiten von heute die Arbeit erleichtern. Die meisten Verträge und Konventionen sind Online verfügbar. Das Problem der

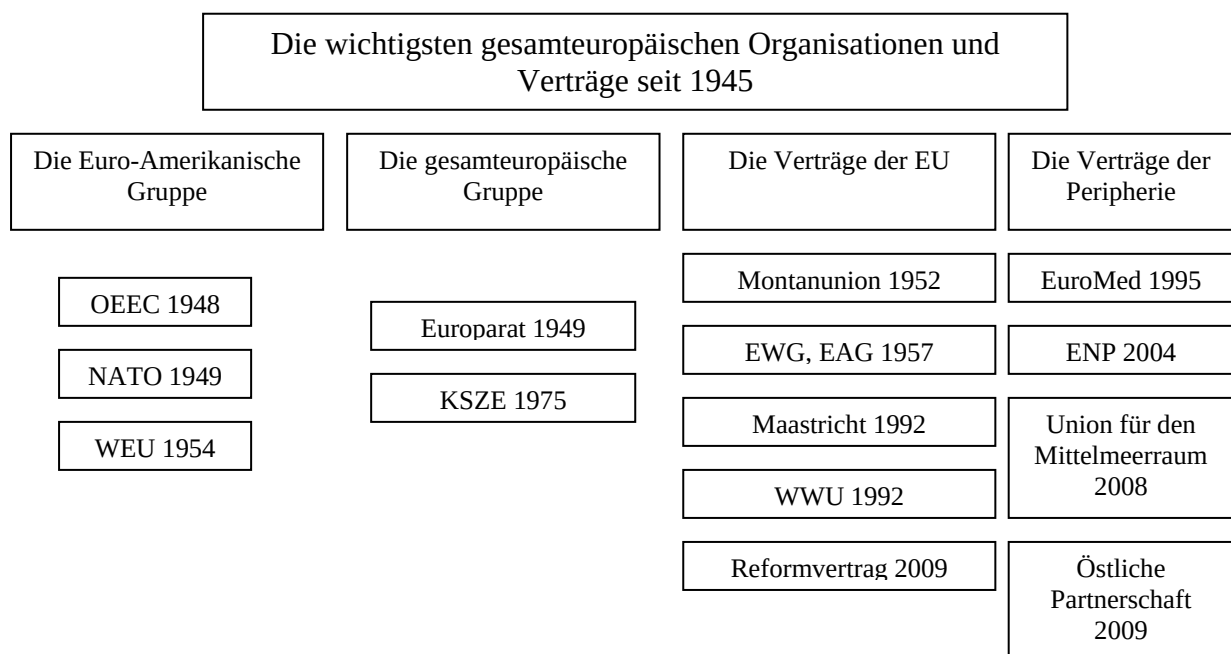
Aktualität und der Schnelligkeit der Ereignisse machen außerdem das Internet als Quelle unentbehrlich. Dem Verfasser ist die Problematik dieser Quelle bewusst. Deshalb werden nur jene Seiten verwendet, an deren Seriosität und Wahrheitsgehalt bzw. wissenschaftlicher Qualität nicht gezweifelt wird. Die Zitate werden kursiv markiert. Auf die Quelle wird durch eine Fußnote hingewiesen. Die Internetquellen tragen das Datum des Zugriffs.

4. Die gesamteuropäische Gemeinschaft

Die Organisationen, Verträge und Bemühungen in den ersten Jahren nach 1945 zielten vor allem auf die Sicherung des Friedens in Europa. Diese erste Phase war das unmittelbare Produkt des Zweiten Weltkrieges und der Dominanz der Vereinigten Staaten von Amerika als Siegermacht gekennzeichnet. Im Zentrum der zweiten Phase standen sowohl der Wirtschaftsaufbau als auch die ersten Tendenzen, sich aus der Obhut der USA zu befreien. Die Merkmale der dritten Phase waren der Fall der Mauer in Berlin, der Zerfall der Sowjetunion und das Vakuum in Osteuropa und im Mittelmeerraum.

Jede dieser Phasen hatte ihre Verträge, Organisationen und Ziele.

Abbildung 2



Quelle: Eigene Darstellung

4.1 Die erste Gruppe: Die Euro-Amerikanischen Organisationen

Die Hauptsorgen der europäischen Politik nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Spaltung des Kontinents in Ost und West waren vor allem die Sicherung des Friedens und der ökonomische Wiederaufbau. Es sollten zumindest keine neuen Kriege ausbrechen.

Während des Krieges zeigten sich zwar im Kampf der verschiedenen europäischen Widerstandsorganisationen Ansätze zur europäischen Vereinigung. Unter anderem wurde an ein Europa des Widerstandes gedacht, als ein Gegenentwurf zum nationalsozialistischen

Konzept des Dritten Reiches.⁵⁵ Die Idee war schwach und verschwand langsam. Diese Schwäche setzte sich nach dem Ende des Krieges fort. Im Zentrum der europäischen Bemühungen stand die Repositionierung des Nationalstaates, die eigentliche Ursache des Krieges. Der wirtschaftliche Wiederaufbau bedeutete nichts anderes als die Rekonstruktion der europäischen Nationalstaaten. Diese waren aber so geschwächt, wie die Beispiele Großbritannien und Frankreich zeigten, die auch langsam die Kolonien im Nahen Osten und Indien bzw. Indochina und Algerien verloren.

Die wirtschaftliche Abhängigkeit von der Siegermacht USA nahm zu und zog auch die politische Abhängigkeit nach sich. Im östlichen Teil des Kontinents entstand ein politisches Vakuum, das aber schnell von der Sowjetunion gefüllt wurde. Die starken Beziehungen Moskaus zur den westeuropäischen kommunistischen Parteien ließen annehmen, der Einflussbereich der Sowjets könnte sich Richtung Westen erweitern.⁵⁶

Auf der anderen Seite des Atlantiks, war die amerikanische Außenpolitik von den neuen und schnellen Entwicklungen in Europa und im Nahen Osten geprägt. Vor allem der Bürgerkrieg in Griechenland, wo die von den Sowjets unterstützten Kommunisten gegen eine von Großbritannien und den USA unterstützte Regierung von 1944 bis 1949 kämpften. Gleichzeitig zeigte sich ein zunehmender Einfluss der Sowjets im Iran. Die ausgehenden 1940er Jahre waren im Allgemeinen durch die offensichtlichen Expansionsabsichten Stalins in Europa gekennzeichnet. Die gespannte Situation wurde vom damaligen Außenminister der USA, George Marshall so beschrieben:

*Thus, the Soviet effort to fill these, (Germany, Japan, Greece, Turkey), power vacuums is not primarily a military effort. It is aggression, if you will. But it is not horizontal aggression, accomplished by the movement of armed forces laterally over frontiers. It is vertical aggression, accomplished by the use of forces within the victim countries, communist parties and others who rise up to seize control in those countries and to exercise it on behalf of the international communist movement. This technique, namely the use of factions within a country to gain control over that country, is referred to by various names. When Hitler used it, it was called the technique of infiltration and penetration. It can, perhaps, best be described as indirect aggression.*⁵⁷

55 Herz 1999: 21.

56 Vor allem die traditionsreichen kommunistischen Parteien in Frankreich, Italien und Griechenland stellten eine ernsthafte Gefahr für die amerikanischen Interessen in Westeuropa dar.

57 In Februar 1948. Ausführliche Informationen in: ><http://www.u-s-history.com/pages/h1852.html>< Zugriff 10. 7. 2009.

Die amerikanische Reaktion auf die sowjetische Bedrohung drückte sich in der Truman-Doktrin aus.⁵⁸ Benannt nach den amerikanischen Präsidenten Harry Truman (1945-1953). Er verkündete vor dem Kongress 1946 eine gewaltbereite Außenpolitik mit dem Ziel den Kommunismus zu stoppen. Das Ziel der neuen Politik war die Stärkung der amerikanischen Positionen in Westeuropa. Das könnte unter anderem erreicht werden, wenn die kommunistischen Parteien in der Türkei, Griechenland, Italien und Frankreich geschwächt werden. Die wirtschaftliche Unterstützung der westlich orientierten Nationalstaaten Europas würde unter anderem auch zur Schwächung der europäischen Kommunisten führen. Die Basis für diese Politik lieferte die Domino-Theorie von Dean Acheson. Demnach würde die Sowjetunion in Europa einen Staat nach dem anderen übernehmen. Durch wirtschaftliche Unterstützung der Bevölkerung könnte die Ausbreitung des Kommunismus in Europa gestoppt werden.⁵⁹ Diese Überlegung stand im Hintergrund, als die erste europäische supranationale Organisation geboren wurde.

4.1.1 Die Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit

Auf Initiative des amerikanischen Außenministers George Marshall wurde 1948 die *Organisation for European Economic Cooperation* (OEEC) ins Leben gerufen. Die offizielle Bezeichnung war *European Recovery Program* (ERP). Dieser Plan war der zweite Schritt, nachdem der Kongress und Präsident Truman den „*Economic Cooperation Act*“ im April 1948 unterschrieben hatten. Der Putsch der Kommunisten in der Tschechoslowakei im Februar 1948 dürfte eine Hauptrolle bei dieser Entscheidung gespielt haben.⁶⁰

Der Plan, der im Sinne der Truman-Doktrin auf die Stärkung der amerikanischen Partner in Westeuropa zielte, setzte aber die Zusammenarbeit der europäischen Partner untereinander voraus.⁶¹ Die erklärten Absichten der USA waren:

*Our policy is directed not against any country or doctrine but against hunger, poverty, desperation and chaos.*⁶²

Der Kongress bewilligte dafür 13,3 Milliarden US Dollar für Maßnahmen, die eine Infrastruktur in Westeuropa aufbauen sollten mit dem Ziel, die europäischen Märkte für amerikanische Waren zu öffnen. Dazu gehörten auch die Konstruktion einer verlässlichen Handelsklasse und die entsprechende Bürokratie. Vor allem sollten amerikanische

58 Ausführliche Informationen in: > <http://www.u-s-history.com/pages/h1780.html>< Zugriff 10. 7. 2009.

59 Ausführliche Informationen in: > <http://www.u-s-history.com/pages/h1965.html>< Zugriff 12. 7. 2009.

60 Ausführliche Informationen in: ><http://www.u-s-history.com/pages/h1852.html>< Zugriff 12. 7. 2009.

61 Der Plan war an eine Bedingung gekoppelt: Die Empfängerländer mussten sich über ihren Bedarf und die Verteilung der Zuwendungen selbst einigen und ein gemeinsames Hilfsprogramm entwerfen. Herz 1999: 23.

62 Marshall 1947.

Verwaltungsstrukturen in Westeuropa ausgebaut werden. Weiters sollten stabile demokratische Regierungen unterstützt werden. Der Plan umfasste die Staaten Österreich, Belgien, Dänemark, Frankreich, Westdeutschland, Großbritannien, Griechenland, Island, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen, Schweden, die Schweiz und die Türkei. Das Programm sollte Baumaterial, Waren, Kredite und Lebensmittel für vier Jahre zu Verfügung stellen.⁶³

Die Hauptmerkmale dieser Epoche waren die Amerikanisierung des Lebensstils und die Liberalisierung der Wirtschaft. So wurden unter anderem amerikanische Führungsmethoden wie Werbung und Firmenmanagement, aber auch Radioprogramme und Ähnliches systematisch übernommen.

Abgesehen von den antisowjetischen Überlegungen und Intentionen der USA gilt die OEEC als die erste Maßnahme auf dem Weg zur europäischen Integration. Vor allem der Abbau der Zollschränken zwischen den Mitgliedsländern beschleunigte den wirtschaftlichen Aufbauprozess. Die OEEC wurde 1961 auf Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) umbenannt. Die Organisation umfasst heute 34 Mitgliedstaaten.⁶⁴

4.1.2 Die NATO

Die zweite Organisation dieser Gruppe, *The North Atlantic Treaty Organisation* wurde 1949 gegründet. Sie ist ein Hauptprodukt des Kalten Krieges und gleichzeitig eine der Hauptursachen zur Fortsetzung des Ost-West-Konflikts. Durch die NATO konnten die USA ihren Machtpositionen in Westeuropa aufbauen und sichern. Die Organisation gilt als das Hauptinstrument der amerikanischen Außenpolitik. Das erklärte Ziel ist die Stärkung der Zusammenarbeit der Mitgliedsländer auf politischem und militärischem Gebiet:

Die Parteien dieses Vertrags bekräftigen erneut ihren Glauben an die Ziele und Grundsätze der Satzung der Vereinten Nationen und ihren Wunsch, mit allen Völkern und Regierungen in Frieden zu leben. Sie sind entschlossen, die Freiheit, das gemeinsame Erbe und die Zivilisation ihrer Völker, die auf den Grundsätzen der Demokratie, der Freiheit der Person und der Herrschaft des Rechts beruhen, zu gewährleisten. Sie sind bestrebt, die innere Festigkeit und das Wohlergehen im nord-atlantischen Gebiet zu fördern. Sie sind entschlossen, ihre Bemühungen für die gemeinsame Verteidigung und für die Erhaltung des

63 Ausführliche Informationen in: ><http://www.u-s-history.com/pages/h1852.html>< Zugriff 15. 7. 2009.

64 Internetseite der OECD:

>http://www.oecd.org/document/58/0,3343,en_2649_201185_1889402_1_1_1_1,00.html< Zugriff 13. 4. 2011.

*Friedens und der Sicherheit zu vereinigen. Sie vereinbaren daher diesen Nordatlantikvertrag.*⁶⁵

Diese erste Form der militärischen Allianzbildung nach dem Ende des zweiten Weltkrieges trug in keiner Weise zur Sicherung des Friedens in Europa bei. So waren die europäischen Mitgliedsländer vertraglich gebunden militärischen Beistand zu leisten, wenn die USA sich irgendwo auf der Welt in einem militärischen Konflikt verstrickten und der Meinung seien, die Sicherheit des nordatlantischen Gebiets sei gefährdet:

*Die Parteien vereinbaren, dass ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen wird.*⁶⁶

Die Gründung der NATO, als eine Aktion in sich, rief eine Reaktion auf die andere Seite des Konfliktes hervor. Der Warschauer-Vertrag vom Mai 1955 sollte als das sozialistische Gegengewicht zur NATO funktionieren. Am 14. Mai 1955 wurde der "Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand" zwischen den Volksrepubliken Albanien, Bulgarien, Polen, Rumänien, der Tschechoslowakei, Ungarn, der UdSSR und der Deutschen Demokratischen Republik abgeschlossen. Durch den Vertrag wurde die Stationierung der sowjetischen Streitkräfte in den osteuropäischen Staaten legitimiert. Diese sicherte die regionale Vorherrschaft der Sowjets. Mit Gewalt wurden Versuche in Budapest 1956 und Prag 1968, aus dem Vertrag auszutreten, verhindert. Albanien konnte 1968 austreten. Der Warschauer Pakt wurde am 1. Juli 1991 aufgelöst. Da die Charta der Vereinten Nationen im Artikel 52 ein Verbot von Offensivbündnissen ausgesprochen hat, waren die zwei Bündnisse, die NATO und der Warschauer Pakt offensichtlich bemüht, sich als defensive Organisationen zu präsentieren.⁶⁷

Der Eisernen Vorhang spaltete den Kontinent in zwei Teile. Es sollte 40 Jahre dauern, bis diese Spaltung beendet wurde.

Die Intensität der Zusammenarbeit der europäischen Staaten mit der NATO galt damals und gilt heute noch als ein Indikator für die Nähe bzw. Distanz zur amerikanischen regionalen und internationalen Militärpolitik. So betreibt Frankreich in der fünften Republik unter Charles de Gaulle eine national orientierte und vehemente antiamerikanische Politik, die 1966 zum Austritt Frankreichs aus der militärischen Kommandostruktur der NATO führte. Schon 1958 lehnte de Gaulle das Oberkommando der NATO über die französische Flotte ab. Er forderte

65 Vorwort zum Vertrag am 4. April 1949. Ausführliche Informationen in:

><http://www.nato.int/docu/other/de/treaty-de.htm>< Zugriff 15. 7. 2009.

66 Artikel 5 des Nordatlantikvertrags vom 4. April 1949. Ausführliche Informationen in:

><http://www.nato.int/docu/other/de/treaty-de.htm>< Zugriff 15. 7. 2009.

67 Ausführliche Informationen in: ><http://www.documentarchiv.de/ddr/1955/warschauer-pakt.html>< Zugriff 20. 7. 2009. Vgl. auch Militärbündnisse in: Nohlen 1998: 429.

Strukturänderungen der Organisation und Abzug der NATO-Truppen aus Frankreich. Frankreich blieb aber weiterhin Mitglied der atlantischen Allianz. Erst 2009 kehrte Frankreich unter Sarkozy zur Kommandoebene der NATO zurück und beteiligte sich als vollständiges Mitglied bei der militärischen Aktionen der Organisation.⁶⁸

Nach dem Fall der Mauer und dem Zerfall der Sowjetunion erweiterte sich der Einflussbereich der NATO auf die ehemaligen Gebiete des Warschauer Paktes. Heute umfasste die Organisation 28 Mitglieder.⁶⁹

4.1.3 Die Westeuropäische Union (WEU)

Sie ist die dritte und wichtigste Organisation in dieser Gruppe. Sie ist rein europäisch, trotzdem wird sie hier platziert, weil sie das unmittelbare Produkt der Unabhängigkeitsbestrebungen der europäischen Staaten von der Dominanz der Vereinigten Staaten von Amerika ist. Nur die geopolitischen und strategischen Bedingungen des Kalten Krieges ließen eine Spaltung innerhalb des westlichen Verteidigungssystems nicht zu. Deshalb blieb die WEU, mindestens bis 1989, eine Subinstitution der NATO. Sie ist auch das Ergebnis der mühevollen Bestrebungen der westeuropäischen Staaten, Deutschland in das europäische Sicherheitssystem und den Prozess der europäischen Integration einzubinden.

Die große Sorge der westlichen Staaten, vor allem in Frankreich, war die Wiederauferstehung des deutschen Militarismus. Die Sorge ist sicher nicht unbegründet, wenn man bedenkt, dass Deutschland mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933, nur 15 Jahre nach der Niederlage des Ersten Weltkrieges, in der Lage war, Vorbereitungen für den nächsten Krieg zu treffen. Gleichzeitig entstand aufgrund der Rüstungsbeschränkungen, die Westdeutschland auferlegt waren, ein militärisches Vakuum im Westen gegenüber den Sowjets. Eine Zwischenlösung sollte gefunden werden. Zuerst wurde am 24. Oktober 1950 eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) vorgeschlagen. Frankreich, Deutschland, Italien und die Benelux Länder unterzeichneten am 27. Mai 1952 den Vertrag. Dieser wurde nur von Deutschland und Benelux ratifiziert. Die französische Nationalversammlung lehnte im August 1954 die EVG ab.⁷⁰ Wenige Wochen danach unternahm Großbritannien den zweiten Versuch

68 Ausführliche Informationen in: ><http://www.tagesschau.de/ausland/natofrankreich100.html>< Zugriff 5. 8. 2009.

69 Belgien, Dänemark, Frankreich, Island, Italien, Kanada, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Portugal, Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Amerika als Gründungsmitglieder seit April 1949; Griechenland und die Türkei seit Februar 1952; Deutschland seit Mai 1955; Spanien seit Mai 1982; Polen, Tschechien und Ungarn seit März 1999; Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowakei, Slowenien seit März 2004; Albanien und Kroatien seit April 2009. Ausführliche Informationen in:

>http://www.nato.int/cps/en/natolive/nato_countries.htm< Zugriff 5. 8. 2009.

70 Bekannt als Plevén-Plan, benannt nach dem französischen Premierminister René Plevén. Dieser sah die Gründung einer europäischen Armee vor. Dies geschah parallel zur Gründung der europäischen Gemeinschaft

mit Erfolg: Am 23. Oktober 1954 wurden die Pariser Verträge unterzeichnet. Dabei handelt es sich grundsätzlich um die Aufnahme Deutschlands und Italiens in das seit 1948 bestehende militärische Bündnis des Brüsseler Vertrags.⁷¹ Die Pariser Verträge ebneten den Weg zur Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO und zur Gründung der Westeuropäischen Union als eine internationale Organisation.⁷²

Die französischen Bedenken gegen Deutschland konnten durch die Einbindung Deutschlands in ein Sicherheitssystem beseitigt werden.

*Wir können versuchen, unsere traditionelle, im Wesentlichen negative Politik beizubehalten. Aber sie hat keine Aussicht auf Erfolg mehr [...] oder wir können [...] versuchen, unseren alten Feind durch vertragliche Beziehungen an uns zu binden, Beziehungen, die uns ebenso verpflichten würden wie ihn, aber die uns wenigstens eine Interessengemeinschaft garantieren.*⁷³

Die erste Phase in der Geschichte der WEU war von den Bemühungen gekennzeichnet, Deutschland als ein zentrales Bindeglied im westlichen Sicherheitssystem zu sichern.

Die zweite Phase zeigte Tendenzen in der Richtung, die WEU solle die Rolle eines europäischen Pfeilers innerhalb der NATO übernehmen. Nur war der Machtunterschied zwischen den zwei Organisationen so groß, dass die politischen Entscheidungen eher in der NATO und nicht in der WEU getroffen wurden. Zu dieser Zeit scheiterte auch der Versuch, die EPG zu gründen.⁷⁴

Die Geschichte von EVG und EPG ergibt also in mehrfacher Hinsicht ein widersprüchliches Bild. Die Verteidigungsgemeinschaft wurde abgelehnt, weil einige in Frankreich in ihr den verlängerten Arm Amerikas zu erkennen glaubten, während andere befürchteten, damit den Abzug der Amerikaner aus Europa herbeizuführen. Gleichzeitig bemängelten die einen an ihr ein Zuviel an Integration, den anderen wiederum war es zuwenig. Die Folge war, dass eine westeuropäische verteidigungspolitische Identität unter

für Kohle und Stahl. Herz 1999: 29. Ausführliche Informationen in History of WEU. ><http://www.weu.int/>< Zugriff 10. 8. 2009.

71 Großbritannien, Frankreich und die Benelux Länder haben nach der Machtübernahme der Kommunisten in der Tschechoslowakei im März 1948 den Brüsseler Vertrag am 17. März 1948 unterzeichnet. Ein Militärbündnis mit Beistandspflicht der Mitglieder im Falle des Krieges. Brandstetter 1999: 71 ff.

72 Hier ging es vor allem um die Beendigung der Besatzungszeit der westlichen Mächte in Deutschland, nach dem Vertrag übernahm die NATO diese Funktion. Weiteres haben die Mitgliedsländer die Obergrenzen ihrer Streitkräfte vereinbart, Deutschland verzichtete auf jede Form von ABC Bewaffnung. Die Gründungsmitglieder waren Großbritannien, Frankreich, die Benelux-Länder, Italien und Westdeutschland. Brandstetter 1999: 18ff, 79f.

73 Eine Erklärung des französischen Außenministeriums im Herbst 1948. Herz 1999: 26.

74 Ein Vertragsentwurf zur Gründung der Europäischen Politischen Gemeinschaft (EPG) wurde bereits im März 1953 vorgelegt. Geplant waren die Koordination der Außenpolitik der Mitgliedstaaten und die Schaffung eines gemeinsamen Marktes. Nur Frankreich war wirtschaftlich wegen Außenhandelsdefizits und seiner kolonialen Verflechtungen noch nicht reif genug für den Binnenmarkt. Herz 1999: 32.

*den neuen Konstellationen nicht entstehen konnte. Hierzu hatten durch ihr negatives Votum gerade die beigetragen, die, wie vor allem die Gaullisten, diese Tatsache in den 1960er Jahren immer wieder kritisierten.*⁷⁵

Die WEU hatte sich auch in den 1960er und 1970er Jahren nicht als funktionsfähig erwiesen. Die EG und die EWG waren bessere und breitere Kommunikationsforen mit mehr Kompetenzen und daher besser geeignet, Entscheidungen zu treffen. Eine politische Funktion bekam die WEU als Bindeglied zwischen Großbritannien und der EWG in der Zeit vor 1973.⁷⁶ Trotz der Schwäche gegenüber der NATO und der EG behält die WEU die Funktion eines Interessenverbandes der europäischen Staaten innerhalb der NATO weiter.

Nach 1980 veränderte sich die Situation in Europa gravierend. Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung stieg auch der europäische Abkopplungstrend vom Machtspiel der zwei Supermächte. Diese kam mit der „Reaktivierung der WEU“ im Jahre 1984 zum Ausdruck. Nach der Erklärung von Rom sollte die WEU als europäischer Pfeiler der NATO gestärkt werden, um spezifisch europäische sicherheitspolitische Interessen besser vertreten zu können.⁷⁷

Mehr Bedeutung bekam die Organisation nach dem Beitritt Spaniens und Portugals im Jahr 1989. Nach dem Maastrichter Vertrag 1992⁷⁸ und der Petersberg-Erklärung des gleichen Jahres erhielt die WEU die Konturen einer europäischen Verteidigungsorganisation.⁷⁹ In Maastricht wurde die Frage der Sicherheit Europas mit der GASP verbunden und blieb im Kompetenzbereich der Nationalstaaten. Im Vertrag von Amsterdam 1997 wurde fundamental kaum etwas verändert. Die Haupthindernisse einer Vergemeinschaftung der europäischen Sicherheit blieben nach wie vor bestehen. Die Neupositionierung der WEU in der EU kann nicht von der Europapolitik der NATO getrennt werden:

75 Herz 1999: 32.

76 Frankreich setzte sich unter de Gaulle (1959 - 1969) erfolgreich gegen die Mitgliedschaft Großbritanniens in der EG durch. Erst 1973 gelang Großbritannien der Beitritt in der Gemeinschaft.

77 Nach der Tagung des WEU Ministerrats in Rom am 27. Okt. 1984 wurde die Reform der Organisation beschlossen. Hans Dietrich Genscher, der ehemalige deutsche Außenminister, fasste die Hintergründe, die eine Reform notwendig machten, so zusammen: 1) Hervorhebung des politischen Profils Westeuropas in Anbetracht der Ost-West Beziehungen. 2) Förderung der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit (Rüstungszusammenarbeit) im Rahmen der WEU. 3) Europa sollte ihre sicherheitspolitische Rolle in der Allianz ausfüllen. Lotter 1997: 16.

78 Der Maastrichter Vertrag gilt auch für die WEU als ein Meilenstein. So wird bereits in der Präambel des Unionsvertrags die Entschlossenheit zum Ausdruck gebracht, „eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu verfolgen, wozu auf längere Sicht auch die Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik gehört, die zu gegebener Zeit zu einer gemeinsamen Verteidigung führen könnte. Die EU ersucht die WEU diese Aufgabe zu übernehmen. Art. J4(2) EUV. Brandstetter 1999: 28.

79 Die Außen- und Verteidigungsminister der WEU Mitgliedstaaten beschlossen anlässlich ihrer Tagung am 19. Juni 1992 auf dem Petersberg in Bonn eine Erklärung, die zu den grundlegenden Dokumenten der WEU zu zählen ist. Sie besteht aus drei Teilen, wobei sich der erste Teil mit den Fragen der Sicherheit Europas, der zweite Teil mit der operativen Rolle der Union beschäftigt. Der dritte Teil befasst sich mit den Beziehungen zwischen der WEU und den anderen europäischen Mitgliedstaaten der Europäischen Union bzw. der NATO. Brandstetter 1999: 31.

*Die im EU Vertrag vorgesehene gemeinsame Verteidigungspolitik soll sich im engen Zusammenhang mit der NATO entwickeln - zur Stärkung des Europäischen Pfeilers der NATO. Die 21 NATO - Mitglieder der EU vertreten der Ansicht, dass eine von der NATO völlig abgekoppelte europäische Verteidigungsstruktur weder Sinnvoll noch realisierbar ist. Die Europäisierung der NATO ist bereits sehr weit fortgeschritten, allein 80% aller wichtigen militärischen Positionen sind von Europäern besetzt, für die Krisenbewältigung sind Dauervereinbarungen zwischen der NATO und der EU von großer Bedeutung.*⁸⁰

Ein linear laufender Prozess der europäischen Integration würde irgendwann zur Vergemeinschaftung der Außenpolitik und dadurch zur Vergemeinschaftung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik führen. Eine Finalität, die wiederum von der globalen Euro-Atlantischen Sicherheitspolitik untrennbar ist. Dem gegenüber stehen aber die traditionell neutralen und kriegskritischen Positionen einiger EU Mitgliedstaaten. Der ehemalige deutsche Außenminister Joschka Fischer meinte zu dieser Frage:

*Zur Verwirklichung einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik gehört eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität. ... Die kollektive Verteidigung wird weiterhin Aufgabe der NATO bleiben. Aber die EU muss die Fähigkeit auch für ein eigenes militärisches Krisen-Management entwickeln, wann immer aus Sicht der EU/WEU ein Handlungsbedarf besteht und die nordamerikanischen Partner sich nicht beteiligen wollen. [...] Die Schaffung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität ESVI könnte - nach dem Binnenmarkt und der Wirtschafts- und Währungsunion - von großer Wichtigkeit für die weitere Vertiefung der EU werden. Wir werden uns in unserer Doppelpräsidentschaft in EU und WEU mit Nachdruck darum bemühen, die neue Dynamik zu nutzen.*⁸¹

Die Organisation umfasste neben den 10 Vollmitgliedern auch sechs assoziierte Mitgliedstaaten, fünf Beobachterstaaten und sieben assoziierte Partnerstaaten.⁸²

Am 31. März 2010 erklärten die Mitglieder der WEU in Brüssel die Auflösung der Organisation. Das war das unmittelbare Ergebnis des Inkrafttretens des Vertrags von Lissabon am 1. Dezember 2009. Demnach übernimmt die Europäische Union die Sicherheits- und Verteidigungsfunktionen der WEU.⁸³

⁸⁰ Hauser 2008: 26.

⁸¹ Fischer 1999.

⁸² Die Vollmitglieder sind Belgien, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Portugal, Spanien und das Vereinigte Königreich. Assoziierte Mitgliedstaaten sind Island, Norwegen, Polen, Tschechien, Türkei und Ungarn. Die Beobachterstaaten sind Dänemark, Finnland, Irland, Österreich und Schweden. Die assoziierten Partnerstaaten sind Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowakei und Slowenien. Ausführliche Informationen in: ><http://www.weu.int/>< Zugriff 15. 8. 2009.

⁸³ Statement of the Presidency of WEU of 31. 3. 2010 Online:> <http://www.weu.int/>< Zugriff 31.1.2011.

4.1.4 Zusammenfassung zur ersten Gruppe

Hier haben das Ausmaß der Zerstörung durch den Nationalsozialismus und die Angst vor einer Wiederholung die Hauptrolle gespielt. Das Hauptmotiv der europäischen supranationalen Bemühungen war die Verhinderung eines neuen Krieges in Europa. Die Angst von der Wiederauferstehung des deutschen Militarismus war gekoppelt mit der Notwendigkeit, Deutschland ins westliche Bündnis gegen die Sowjets einzubinden.

Durch die Ausdehnung der Sowjetunion und die Verbreitung des kommunistischen Gedankengutes standen die westlichen europäischen Regierungen unter ideologischem Druck. Sie mussten die Antithese zum Kommunismus präsentieren. Liberalismus, Freiheit, Demokratie und Menschenrecht auf der Basis einer „christlichen Weltanschauung“ sollten hier im Vordergrund stehen.

*Christentum und Europäismus als Bundesgenossen im ideologischen Kampf gegen den Kommunismus.*⁸⁴

Die westliche Politik war von der Domino-Theorie und der Angst, die Sowjetunion würde Westeuropa übernehmen, geprägt. Die Zwei-Lager-Theorie bestimmte hingegen das Verhalten der Sowjets. Aus westlicher Sicht war die Gründung einer supranationalen Organisation zur Sicherung Westeuropas essentiell. Dies deshalb, weil die einzelnen Staaten nicht in der Lage gewesen wären, sich gegen die drohenden Gefahren aus dem Osten zu wehren. Die NATO sollte diese Aufgabe übernehmen.

Die politische Schwäche der westeuropäischen Staaten war gekoppelt mit dem Verlust der europäischen Kolonien und der wirtschaftlichen Abhängigkeit vom amerikanischen Kapital und führte zwangsweise zur Stärkung der amerikanischen Positionen in Westeuropa.

Die WEU sollte die europäische Identität innerhalb des westlichen Lagers unterstreichen. Es zeigte sich später, dass das eher ein Wunschdenken war. Die starken Verknüpfungen mit den amerikanischen militärischen Infrastrukturen dämpften die europäischen Tendenzen ab.

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zeigte die Vorteile der offenen Grenzen und verstärkte die Intentionen zur Vertiefung der europäischen Integration.

*Die Länder Europas sind zu klein, um ihren Völkern den Wohlstand zu sichern, den die Voraussetzungen möglich machen und die folglich notwendig sind. Dazu braucht man viel größere Märkte. Dieser Wohlstand und die unerlässlichen sozialen Entwicklungen setzen Voraus, dass die Staaten Europas sich zu einer Föderation zusammenschließen [...], die eine wirtschaftliche Einheit entwickelt.*⁸⁵

84 Herz 1999: 25.

85 Jean Monnet, der französische Planungskommissar 1946 in: Herz 1999: 27.

4.2 Die zweite Gruppe: Der Europarat und die KSZE

Diese Gruppe stellt eine Form der Reaktion auf den eisernen Vorhang dar. Sie zeigt die ersten Bemühungen um eine gesamteuropäische Gemeinsamkeit auf beiden Seiten des Konfliktes. Dementsprechend waren auch ihre Merkmale:

- 1) Offenheit und einen relativ leichten Zugang zur Mitgliedschaft.
- 2) Dadurch eine relativ hohe Zahl der Mitgliedstaaten.

Die Intention war, die Mitwirkung zur Verwirklichung der Ziele der Organisation solle vielen europäischen Staaten, sowohl im Westen als auch im Osten, möglich sein. Zu dieser Gruppe gehören der Europarat und die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.

4.2.1 Der Europarat

Der Europarat wurde als eine politische Erweiterung des Brüsseler-Pakts am 5. Mai 1949 in London ins Leben gerufen.⁸⁶ Das Zehnmächteabkommen sah die Stärkung der wirtschaftlichen und sozialen Zusammenarbeit vor mit dem Ziel, die Bindung der Mitgliedstaaten aneinander zu stärken und dadurch die Integration zu beschleunigen. Obwohl es vom Anfang an bekannt war und in Kauf genommen wurde, dass diese Zusammenarbeit nicht den traditionellen zwischenstaatlichen Rahmen übersteigt, gilt der Europarat als der wichtigste Schritt auf dem Weg zur europäischen Einigung.⁸⁷ Obwohl die militärischen Fragen und die der nationalen Verteidigung nicht zu den Aufgaben der Organisation gehören, trug der Europarat nach der Aufnahme Westdeutschlands 1951 massiv zur Beilegung des deutsch-französischen Konfliktes und dadurch zur Stabilisierung Westeuropas bei. Schon beim ersten Treffen der Gründerstaaten wurden die gemeinsamen Ideale, Grundsätze und das gemeinsame Erbe, die geschützt und gefördert werden sollten, hervorgehoben. Die Frage der Menschenrechte und Grundfreiheiten stand im Zentrum.⁸⁸ Die Positionierung der Menschenrechte als ein zentrales Anliegen auf dem Weg zur europäischen Integration führte ein Jahr später, am 4. November 1950 in Rom zur Unterzeichnung der Konvention zum Schutz der Menschenrechte und der Grundfreiheiten. Diese ist die Hauptleistung des

⁸⁶ Unterzeichnerstaaten sind neben den fünf Bündnisstaaten des Brüsseler-Pakts – Frankreich, Großbritannien, Belgien, die Niederlande und Luxemburg – auch Italien, Dänemark, Irland, Norwegen und Schweden. Brandstetter 1996: 26.

⁸⁷ Im Statut der Organisation gibt es weder einen Hinweis auf das Streben nach einer Föderation oder Union noch sieht es die Übertragung oder Zusammenlegung von Teilen der nationalen Souveränität vor. Die Fragen der nationalen Verteidigung gehören nicht zur Zuständigkeit des Europarats. Kapitel 1, Artikel 1, die Aufgabe des Europarates. Die Satzung des Europarates vom 5. 5. 1949. Ausführliche Informationen in:

><http://conventions.coe.int/Treaty/ger/Treaties/Html/001.htm>< Zugriff 15. 8. 2009.

⁸⁸ Kapitel 1, Artikel 1, die Aufgabe des Europarates. Die Satzung des Europarates vom 5. 5. 1949.

><http://conventions.coe.int/Treaty/ger/Treaties/Html/001.htm>< Zugriff 15. 8. 2009.

Europarates und gilt als ein Meilenstein auf dem Weg zum Schutz der Menschenrechte.⁸⁹ Die Konvention von 1950 wurde auf der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen von 1948 aufgebaut.⁹⁰ Das Ziel war eine europäische Grundrechtscharta zu schaffen. Die Konvention war nur der Anfang. Im Lauf der Zeit mussten weitere Konventionen und Zusatzprotokolle beschlossen werden, um die Menschenrechte und Grundfreiheiten zu schützen. Die europäische Sozialcharta 1961 zum Schutz sozialer und wirtschaftlicher Grundrechte, die Konvention zur Verhinderung von Folter und unmenschlicher Behandlung 1987, die Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten 1995 und die Konvention für Menschenrechte und Biomedizin 1997 sind nur einige Beispiele dafür.⁹¹ In Westeuropa waren die Staaten des Europarates sicherlich bemüht, die notwendigen Instrumente und Mechanismen zu schaffen, die zur Erfüllung der Erfordernisse der EMRK führten. Nur die Abhängigkeit von Mehrheitsverhältnissen in den Nationalparlamenten und der Regierungswechsel verzögerte die Ratifizierung der Konvention.⁹² Es dauerte trotzdem 40 Jahren, bis alle damaligen 23 Mitgliedstaaten des Europarates die EMRK anerkannt und ratifiziert haben.⁹³ Das war das notwendige Fundament, auf dem der Europarat stand im Angesicht der neuen Herausforderungen und Aufgaben im Osten. Bis zum Fall der Mauer im Jahr 1989 galt der Europarat als eine westeuropäische Organisation. Danach wurden die ehemaligen kommunistischen Staaten des Warschauer Pakts aufgenommen. Das ursprüngliche Ziel, den gesamten europäischen Kontinent zu umfassen, wurde schon Ende der 1990er Jahre erreicht. Deshalb gilt der Europarat als die erste gesamteuropäische Organisation.⁹⁴ Die Positionierung der

89 Die Unterzeichnerstaaten sind Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Irland, Island, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen, die Türkei und das Vereinigte Königreich. Griechenland und Schweden traten der Konvention am 28. 11. 1950 bei. Ausführliche Informationen in: ><http://conventions.coe.int/Treaty/Commun/ChercheSig.asp?NT=005&CM=8&DF=31/03/2010&CL=GER>< Zugriff 31. 3. 2010.

90 „In Anbetracht der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, die am 10. 12. 1948 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verkündet worden ist“, so beginnt die Präambel der Konvention. Ausführliche Informationen in: ><http://conventions.coe.int/Treaty/ger/Treaties/Html/005.htm>< Zugriff 15. 8. 2009.

91 Seit einigen Jahren besteht auch ein Verfahren zur Überprüfung, inwieweit die Mitgliedstaaten des Europarates ihren Verpflichtungen nachkommen. „Monitoring“. Wolfgang Strasser, in: Holtz 2000: 124.

92 Als Beispiel der Verzögerung: Österreich trat 1958 der EMRK bei. Erst nach Beschluss eines Verfassungsgesetzes wurde 1964 der Verfassungsrang der Konvention gesichert. 1988 wurde mit der Errichtung von unabhängigen Verwaltungssenaten versucht, das Rechtsschutzsystem an die Erfordernisse der Konvention anzupassen. Nach Verstreichen der verfassungsrechtlich vorgesehenen Übergangsfrist haben die unabhängigen Verwaltungssenate in den Ländern am 1. 1. 1991 ihre Tätigkeit aufgenommen. Gero Schmied: Die unabhängigen Verwaltungssenate im Gefüge der österreichischen Rechtsordnung. Online in: ><http://www.vuvs.at/>< Zugriff 17. 8. 2009.

93 Vgl. Anhang 1.

94 Die Mitglieder bis 1988 waren 22 westliche Staaten. Heute umfasst die Organisation 47 Mitgliedstaaten einschließlich der Russischen Föderation. Weißrusslands Sonderstatus wurde aufgrund von Verstößen gegen die Menschenrechte und gegen demokratische Grundsätze ausgesetzt. Beobachterstaaten beim Europarat sind:

Menschenrechte als ein zentrales Anliegen des Europarates führte zur Stärkung der Funktion des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte in Straßburg.⁹⁵ Auch die Tatsache, dass der Beitritt zur Konvention die Grundbedingung zur Mitgliedschaft im Europarat war, verbesserte die Situation der Menschenrechte vor allem in den ehemaligen Ostblockstaaten enorm. Ähnliches gilt für die Antifolterkonvention, die von fast allen Mitgliedstaaten ratifiziert wurde.⁹⁶

Die Aussetzung der Mitgliedschaft der Staaten, wenn sie die Bestimmungen der EMRK missachten oder verletzen, wurde nicht nur formal in der Satzung des Europarats festgelegt, sondern auch, wenn notwendig, in die Praxis umgesetzt.⁹⁷

Die Methodik des Europarats, die Herausbildung von Standards durch die Praxis, lässt sich weiter am Beispiel der Entwicklung der Definition der Demokratie widerspiegeln. Das demokratische System der europäischen Moderne, wie wir es heute als selbstverständlich sehen, ist ein Produkt der Arbeit zahlreicher Kommissionen und Ausschüsse, deren Berichte und Empfehlungen 50 Jahre lang zu dem führten, was wir jetzt Demokratie nennen.⁹⁸ Oder anders ausgedrückt, zur Entstehung eines *einheitlichen Raums demokratischen europäischen Rechts*.⁹⁹ Die Satzung der Organisation sah zwei Organe vor, ein Ministerkomitee mit Entscheidungsbefugnissen und eine Beratende Versammlung als parlamentarische Einrichtung.¹⁰⁰ Die Entscheidungen werden im Europarat in allen wesentlichen Fragen nach dem Grundsatz der Einstimmigkeit getroffen. Jeder Staat kann demnach durch ein Veto das

Heiliger Stuhl, Vereinigte Staaten von Amerika, Kanada, Japan, Mexiko. Ausführliche Informationen in: >http://www.coe.int/T/D/Com/Europarat_kurz/< Zugriff 20. 8. 2009.

95 Im europäischen Gerichtshof für Menschenrechte sind 47 Richter (einer je Mitgliedstaat) tätig. Die Richter werden durch die Parlamentarische Versammlung des Europarates für sechs Jahre gewählt. Die Amtszeit der Hälfte der bei der ersten Wahl gewählten Richter endet nach drei Jahren, um sicherzustellen, dass die Hälfte der Richter alle drei Jahre neu gewählt wird. Ausführliche Informationen in:

><http://www.coe.int/T/D/Menschenrechtsgerichtshof/geschichte.asp>< Zugriff 20. 8. 2009.

96 Die vollständige Bezeichnung lautet Europäisches Übereinkommen zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlungen oder Strafe. Die Konvention gibt keine genauere Definition der Begriffe Folter, Erniedrigung oder Strafe. Das formale Problem wird durch die Einsetzung einer Antifolterkommission teilweise gelöst. Die Kommission kann kurzfristig in die Mitgliedstaaten einreisen, um überall und ungehindert die Situation zu prüfen. Die Berichte und Empfehlungen der Kommission führen zur Herausbildung von Standards, die durch eine Arbeitsgruppe präzisiert werden. Heinrich Klebes, in: Holtz 2000: 116.

97 Artikel 8 der Satzung des Europarates 1949. Nach der Machtübernahme der Offiziere in Griechenland 1967 wurde die Mitgliedschaft des Landes bis 1974 suspendiert. Ähnliches gilt für den Beitrittskandidaten Weißrussland. Ausführliche Informationen in: ><http://conventions.coe.int/Treaty/GER/Treaties/Html/001.htm>< Zugriff 5. 11. 2009.

98 Fast alle Staaten der Welt meinen, sie seien demokratisch. Die Volksdemokratien und Volksrepubliken inklusive. Nur die Institutionalisierung von Mehrparteiensystem, Parlamentarismus, periodischen und geheimen Wahlen, Rechtsstaatlichkeit (Gesetzmäßigkeit der Verwaltung und Verfassungsmäßigkeit der Gesetze samt Kontrollmechanismen) und Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten kennzeichnen das Demokratieverständnis des Europarats von heute. Vgl. Heinrich Klebes in: Holtz 2000: 111 ff.

99 Heinrich Klebes: Demokratieförderung durch den Europarat, in: Holtz 2000: 113.

100 Die Parlamentarische Versammlung mit 318 aus von den Parlamenten der Mitgliedstaaten entsandten Abgeordneten (2 bis 18 Abgeordnete je Mitgliedstaat) sowie 18 Beobachter tagen vier Mal jährlich und haben beratende Funktion. 800 Millionen Europäer werden hier vertreten. Fischer Weltalmanach 2008: 606.

Zustandekommen von Beschlüssen verhindern. Die Zusammenlegung oder Übertragung von nationalen Kompetenzen ist nicht vorgesehen.

Der Europarat trägt dabei die Merkmale des Intergouvernementalismus:

- 1) Die Nationalstaaten sind die Hauptakteure.
- 2) Das Ziel ist nicht die Schwächung des Nationalstaates zu Gunsten einer supranationalen Organisation.
- 3) Dadurch geht die nationale Souveränität nicht verloren.
- 4) Das Vetorecht der Mitgliedstaaten zeigt die Priorität der nationalen Interessen gegenüber der Gemeinschaft.
- 5) Die Stärkung der Gemeinschaft kann durch schrittweise Entwicklung von gemeinsamen Normen erreicht werden.
- 6) Diese kommen durch Verhandlungen zustande. Kein Diktat des Zentrums.¹⁰¹

Ein weiteres Organ des Europarates ist der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas. Die Zahl der Vertreter ist nicht kleiner als die bei der Parlamentarischen Versammlung. Fast 200 000 lokale und regionale europäische Gebietskörperschaften werden hier vertreten. Der Kongress tagt einmal jährlich in Straßburg.¹⁰² Daneben übernimmt das Generalsekretariat mit fast 1600 Mitarbeitern, die einen europäischen Beamtenstatus besitzen, die Verwaltungsfunktion.¹⁰³

Zusammenfassend und rückblickend erfüllte der Europarat drei Funktionen in der Geschichte der europäischen Integration:

- 1) Eine Brückenkopffunktion zwischen den Staaten der EWG, EG, EU und den Europaratstaaten.
- 2) Eine Dienstleistungsfunktion durch die Förderung der Zusammenarbeit in verschiedenen sozialen Bereichen.
- 3) Eine Forumsfunktion durch die Behandlung aktueller und Zukunftsfragen auf einer breiten Basis.¹⁰⁴

Der Europarat trug zweifelsohne zur Stabilität und Einigung Europas bei. Durch die EMRK, die Zusatzprotokolle und andere zahlreiche Konventionen und Institutionen wurden neue Standards herausgebildet und gepflegt. Dies führte zur Verbesserung der Situation der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Die Bemühungen zur Förderung und Entwicklung der

101 Vgl. Busch 2001: 253ff.

102 In seiner Selbstdarstellung sieht sich der Kongress als Stimme der europäischen Regionen und Gemeinden, als Forum der Diskussion, des Erfahrungsaustauschs und als Ratgeber für die Regierungen. Keller 1999: 103

103 Ibid.: 104.

104 Vgl. Holtz 2000: 13.

demokratischen Institutionen (in einem fortlaufenden Prozess) würden zur Entstehung der Prinzipiengemeinschaft beitragen.

Die Leitmotive des Europarats sind nach wie vor:

- 1) Die Schaffung von Mindeststandards für die Wahrung der Menschenrechte.
- 2) Die Schaffung von Rechtsinstrumenten zur Beobachtung und Beurteilung der Menschenrechtssituation in den Mitgliedsländern.
- 3) Die Förderung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit.

4.2.2 Die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)

Die zweite Organisation in dieser Gruppe ist die KSZE, (die Helsinki-Akte 1975). Das Hauptmotiv hinter der Gründung der Organisation war einfach die Angst vor der Eskalation der Feindseligkeiten zwischen Ost und West. Der Kalte Krieg zeichnete scharfe Trennlinien quer durch Europa. Diese waren nicht nur militärischer Natur, sondern grenzten auch zwei gegenseitige Ideologien mit unterschiedlichen sozialen und politischen Systemen voneinander ab.¹⁰⁵ Die Gefahr des Krieges oder einer militärischen Auseinandersetzung mit unabsehbaren Folgen war tagtäglich gegeben. Deshalb erhob sich die Frage, welchen Beitrag können die europäischen Staaten - nicht nur die Supermächte- zur Sicherung des Friedens leisten.

*Frieden und Sicherheit können nur dann in einem möglichst hohen Ausmaß gewährleistet sein, wenn es gelingt eine enge Verflechtung von Verhaltensregeln der Staaten auf politischem, militärischem, wirtschaftlichem und humanitärem Gebiet zu schaffen.*¹⁰⁶

Während der Europarat auf eine Initiative der westlichen europäischen Staaten gegründet und erweitert wurde, standen die Staaten des Warschauer Pakts Anfang der 1970er Jahre hinter dem Gedanken, eine gesamteuropäische Sicherheitskonferenz einzuberufen. Diesbezügliche Vorschläge wurden mehrmals von den Staaten des Warschauer Pakts eingebracht. Diese Ideen wurden von der NATO skeptisch behandelt und mit der Begründung abgelehnt, solche Konferenzen würden nur dem Osten Vorteile bringen. Die NATO Staaten waren aber grundsätzlich an eine Neugestaltung der Beziehungen mit dem Osten interessiert. Nach Beilegung der Berlinkrise und Unterzeichnung des Viermächte-Abkommens und der

¹⁰⁵ Die Spaltung wurde durch die „Zwei Lager Theorie“ systematisiert. So hat der amerikanische Präsident Harry Truman (Truman Doktrin) 1947 die zwei unterschiedlichen Lebensformen mit Freiheit und Totalitarismus beschrieben. Aus sowjetischer Sicht stünde Westeuropa unter dem Einfluss des amerikanischen, nicht demokratischen Imperialismus. Die Sowjetunion und Osteuropa seien antiimperialistisch und demokratisch. Siehe die Rede Shdanows auf der Konferenz der kommunistischen Parteien Europas, 22. September 1947.

Online in:

>http://www.bpb.de/publikationen/ZATPNC,5,0,Ursachen_und_Entstehung_des_Kalten_Krieges.html< Zugriff 10. 11. 2009.

¹⁰⁶ Pöllinger 2000: 189.

Ratifizierung durch Deutschland sprach sich die NATO auch für eine Sicherheitskonferenz aus.¹⁰⁷

Die erste Phase fand in Helsinki auf Einladung der finnischen Regierung zwischen November 1972 und Juni 1973 statt. Nach den „Helsinki-Konsultationen“ wurde vereinbart, die Sicherheitskonferenz in drei Phasen durchzuführen. Demnach sollte die Konferenz in Helsinki eröffnet werden, die Kommissionsphase in Genf durchgeführt werden und die Schlussphase wieder in Helsinki stattfinden.¹⁰⁸

Die 35 Teilnehmerstaaten bei der Eröffnung der KSZE im Juli 1973 in Helsinki waren die USA, Kanada, die Sowjetunion und alle europäischen Staaten mit Ausnahme von Albanien.¹⁰⁹

Danach folgte die Kommissionsphase in Genf. Die Ausarbeitung und Formulierung der KSZE-Schlussakte durch verschiedene Kommissionen dauerte von September 1973 bis Ende Juli 1975. Die 375 Diplomaten und Experten hatten in 2341 Sitzungen in Genf über jede erdenkliche Einzelheit verhandelt.¹¹⁰ Schließlich wurde die Schlussakte von Helsinki am 1. August 1975 unterzeichnet.

Das wichtigste Ziel der Konferenzteilnehmer war die Entschärfung des Ost-West Konfliktes. Die Verpflichtung der Teilnehmer zur Sicherheit in Europa war ein zentrales Anliegen. Streitfälle sollten friedlich geregelt werden. Dieses Ziel kann durch die Achtung der souveränen Gleichheit und die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- oder Überzeugungsfreiheit erreicht werden. Weiters verpflichteten sich die Teilnehmerstaaten zum Grundprinzip der Gleichberechtigung und zum Selbstbestimmungsrecht der Völker.¹¹¹

Die Annäherung in verschiedenen politischen und wirtschaftlichen Fragen bedeutete nicht, dass es in Fragen der Demokratie und Menschenrechte ein gemeinsames Verständnis gab.

Für die westlichen Staaten wurde die Frage der Menschenrechte als ein politisches Instrument und Druckmittel gegen den Osten verwendet. Für die Osteuropäer stand sie sicher nicht im

107 Die deutsche Regierung beobachtete mit Vorsicht die Entspannungspolitik der NATO in den 1960er und 1970er Jahren. Eine Politik, die auf wechselseitiger Respektierung der Blöcke aufgebaut ist, würde zur völkerrechtlichen Anerkennung der DDR und die Festschreibung der Teilung Deutschlands auf unabsehbare Zeit führen. Loth 1998: 55. Pöllinger 2000: 190ff.

108 Pöllinger 2000: 191ff.

109 Auch Liechtenstein, Monaco, San Marino und der Heilige Stuhl nahmen an der Konferenz teil. Die Staaten wurden durch die Außenminister vertreten. Ibid.: 192.

110 Um das festgesetzte Schlussdatum den 18. Juli 1975, einzuhalten, wurde unter großem Zeitdruck gearbeitet, mit einer Sitzungsdauer von 18 Stunden pro Tag. Loth 1998: 12.

111 Die Schlussakte von Helsinki besteht aus vier Abschnitten (Körben), die den gesamten Interessenbereich abdecken: Im ersten Korb werden die Sicherheitsfragen, im zweiten die wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technischen Fragen, im dritten die humanitären Fragen und im vierten die Folgen der Konferenz behandelt. Pöllinger 2000: 193ff.

Vordergrund.¹¹² Außerdem hielten die Vertreter der Staaten des Warschauer Pakts die sozialen Rechte des Menschen für vorrangig gegenüber den individuellen Freiheitsrechten, die im Westen als ein Kernbereich der Menschenrechte verstanden wurden.¹¹³

Ähnlich war die Situation in Zusammenhang mit der Frage der Demokratie. Die Vertreter der Staaten Osteuropas waren überzeugt, die Formen der Volksdemokratie seien viel höher und wertvoller als die westlichen Formen. Sie brachten diese Überzeugung mehrmals und unmissverständlich zum Ausdruck:

*Die Demokratie, die wir in Rumänien realisieren, ist viel hochwertiger als die Demokratie, von der einige Sprecher gesprochen haben*¹¹⁴

Diese Differenzen verminderten die historische Bedeutung der Schlussakte von Helsinki 1975 keinesfalls. Sie zeigten nur, wie groß der Unterschied war und welche Hindernisse damals im Wege standen. Die KSZE 1975 hat sicher politische Vorteile für die Staaten des Warschauer Pakts gebracht. Die völkerrechtliche Anerkennung der Grenzen Polens und der DDR und die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Ost und West haben zweifelsohne zur Entschärfung der Spannungen, Beendigung des Belagerungszustands und zur Stabilisierung Europas beigetragen.¹¹⁵ Fünfzehn Jahre später zerbrach der Sowjetunion. Der Warschauer Pakt wurde aufgelöst. Das Vakuum im Osten zwang zur Intensivierung der europäischen Zusammenarbeit. Das Neue Europa brauche ein neues Sicherheitssystem. Das Ende des Ost-West-Konflikts beendete auch, rein formal, die Hauptfunktion der KSZE. Die neuen Aufgaben und Herausforderungen machten eine Neugestaltung der Konferenz notwendig. In der Charta von Paris 1990 rief die KSZE zu einem neuen Europa auf.¹¹⁶

Wir, die Staats- und Regierungschefs der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, sind in einer Zeit tief greifenden Wandels und historischer Erwartungen in Paris zusammengetreten. Das Zeitalter der Konfrontation und

112 Erich Honecker betonte in Helsinki 1975, dass „die Anerkennung des Prinzips der Unverletzlichkeit der Grenzen“ entscheidend sei. Er erwähnte die Menschenrechte mit keinem Wort. Loth 1998: 13.

113 Pöllinger 2000: 209.

114 Nicolaie Ceausescu, Rumäniens Partei- und Staatschef in Helsinki 1975, in: Loth 1998: 14.

115 In den Jahren danach folgten die KSZE Folgekonferenzen in Belgrad (1977/78), Madrid (1980/83) und Wien (1986/89), Pöllinger 2000: 207ff.

116 Die Teilnehmerstaaten in Paris waren Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Heiliger Stuhl, Irland, Island, Italien, Europäische Gemeinschaft, Jugoslawien, Kanada, Liechtenstein, Luxemburg, Malta, Monaco, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, San Marino, Schweden, Schweiz, Spanien, Tschechische und Slowakische Föderative Republik, Türkei, Ungarn, Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten von Amerika, Zypern. Die Charta von Paris 1990. Online in: >http://www.osce.org/documents/mcs/1990/11/4045_de.pdf< Zugriff 15. 11. 2009.

*der Teilung Europas ist zu Ende gegangen. Wir erklären, dass sich unsere Beziehungen künftig auf Achtung und Zusammenarbeit gründen werden.*¹¹⁷

Die unterschiedlichen Auffassungen von Helsinki 1975 in Bezug auf Demokratie und Menschenrechte wurden hier, formal gesehen, minimiert. So wurde die Abhängigkeit der demokratischen Qualität eines Regierungssystems von der Achtung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten ausdrücklich betont:

*Wir verpflichten uns, die Demokratie als die einzige Regierungsform unserer Nationen aufzubauen, zu festigen und zu stärken. In diesem Bestreben werden wir an folgendem festhalten: Menschenrechte und Grundfreiheiten sind allen Menschen von Geburt an eigen; sie sind unveräußerlich und werden durch das Recht gewährleistet. Sie zu schützen und zu fördern ist vornehmste Pflicht jeder Regierung. Ihre Achtung ist wesentlicher Schutz gegen staatliche Übermacht. Ihre Einhaltung und uneingeschränkte Ausübung bilden die Grundlage für Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden. Demokratische Regierung gründet sich auf den Volkswillen, der seinen Ausdruck in regelmäßigen, freien und gerechten Wahlen findet. Demokratie beruht auf Achtung vor der menschlichen Person und Rechtsstaatlichkeit. Demokratie ist der beste Schutz für freie Meinungsäußerung, Toleranz gegenüber allen gesellschaftlichen Gruppen und Chancengleichheit für alle.*¹¹⁸

Und weiter:

*Unwiderruflich bekennen wir uns zur Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Wir wollen die Bestimmungen über die menschliche Dimension der KSZE in vollem Umfang durchführen und auf ihnen aufbauen.*¹¹⁹

Die KSZE wurde 1995 auf die OSZE, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit umbenannt. Die OSZE ist den Grundsätzen und Zielen der Helsinki-Akte 1975 und jener der Pariser-Charta 1990 verpflichtet. Heute umfasst die OSZE alle Staaten Europas, die Nachfolgestaaten der Sowjetunion, die Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada. Mit 56 Staaten gilt die OSZE als die größte regionale Sicherheitsorganisation der Welt.¹²⁰

Das Ende des Ost-West-Konflikts mit der Fall der Mauer 1989, der Zerfall der Sowjetunion und die Auflösung des Warschauer-Pakts beendete zwar die Hauptfunktion der KSZE, brachte aber keinesfalls den Frieden nach Europa. Die Schwäche und die Abwesenheit der

117 Präambel der Charta von Paris 1990: 1. In: >http://www.osce.org/documents/mcs/1990/11/4045_de.pdf< Zugriff 15. 11. 2009.

118 Präambel der Charta von Paris 1990: 1f.

119 Präambel der Charta von Paris 1990: 5.

120 Ausführliche Informationen in: ><http://www.osce.org/about/13131.html>< Zugriff 15. 11 2009.

Staatenbündnisse im Osten führten zur Schwächung des einzelnen Staates. Tot geglaubte oder in Vergessenheit geratene ethnische, religiöse und nationale Probleme wurden geweckt.

Die Jugoslawienkriege 1991 bis 1999 zeigten die Schwäche des europäischen Sicherheitssystems, die Nähe zum Krieg und die Gefahren der Kriegserweiterung.¹²¹

Die schweren Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen internationale Konventionen während des Krieges zeigten, dass die OSZE noch viele Aufgaben und Herausforderungen vor sich hatte. Vor allem sollten die schriftlichen Verpflichtungen zur Einhaltung der Vereinbarungen und Respektierung der Prinzipien der Organisation durch Kontrollinstrumente ergänzt werden. Jene Instrumente, die in der Lage wären, die Kriegsgefahr von vornherein zu verhindern.¹²²

Die Leitmotive der KSZE waren:

- 1) Die Friedenssicherung und die Beendigung des Belagerungszustandes durch den eisernen Vorhang. Dieses Ziel wurde durch die Vereinbarung von technischen Maßnahmen, die die Kriegsgefahr minimieren sollten, erreicht.¹²³ Durch die völkerrechtliche Anerkennung der damaligen Grenzen zwischen Ost und West (Polen und die DDR) wurde eine wichtige Streitfrage beseitigt.
- 2) Durch schrittweise Verbesserung der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit kann der Zugang zu anderen Integrationsbereichen (soziale und humanitäre) erleichtert werden.

4.2.3 Zusammenfassung zur zweiten Gruppe

Der Europarat spielte in der Geschichte der europäischen Integration eine entscheidende Rolle. Durch die Positionierung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten als ein zentrales Anliegen und Grundbedingung zur Mitgliedschaft trug er zur enormen Verbesserung der Situation der Menschenrechte europaweit bei. Der Europarat gab der EMRK den notwendigen Rahmen und umfasste die gesamteuropäischen Bemühungen, die Konvention zu verbessern, zu festigen und zu institutionalisieren. Seine Hauptmethode, die Herausbildung von Standards durch die Praxis, führte zur Katalogisierung und genaueren Definierung der Begriffe

121 Die Schwäche des Staates führte schrittweise zum Zerfall Jugoslawiens. (Der Krieg in Slowenien 1991, Kroatienkrieg 1991-1995, Bosnien und Herzegowina Krieg 1992-1995 und den Kosovokrieg 1999.)

122 Jugoslawien ist sicher ein Sonderfall: Das Land gehörte zu den blockfreien Staaten. Die ethnischen und nationalen Probleme hatten noch starke Wurzeln aus der Zeit des Ersten Weltkrieges und waren leicht zu beleben. Die geopolitische Lage des Landes an der Adria und die relativ starken Bindungen Moskaus an Belgrad verstärken die Annahme, externe Faktoren hätten hier eine entscheidende Rolle gespielt. Ein starkes Jugoslawien passt nicht ins Konzept der neuen „Belagerungspolitik“ der NATO gegen Russland. Der Zerfall Jugoslawiens sollte den einzigen möglichen Zugang Russlands zum Mittelmeer schließen.

123 Wie die vorherige Ankündigung von größeren militärischen Manövern und Truppenbewegungen, der Austausch von militärischen Beobachtern und international kontrollierte Abrüstungsmaßnahmen. Pöllinger 2000: 200.

Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Der europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg ist ein Hauptprodukt und Ausdruck dieser Bemühungen.

Die KSZE führte 1975 zur Entschärfung des Ost-West-Konflikts und zur Stabilisierung Europas. Die Beendigung des Belagerungszustandes und die völkerrechtliche Anerkennung der Grenzen Polens und der DDR ermöglichte die wirtschaftliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit und führte schrittweise zur Verbesserung der gesamteuropäischen Beziehungen. Der Fall der Mauer beendete zwar die Hauptfunktion der KSZE, öffnete aber die Türe für neue ethnische und nationale Probleme, deren Lösung die Hauptaufgabe der OSZE darstellt.

Ansätze des Intergouvernementalismus erklären das Verhalten der Staaten dieser Gruppe. Der Nationalstaat ist der Hauptakteur. Er verliert keine Kompetenzen zu Gunsten des Zentrums und seine nationalen Interessen blieben im Vordergrund. Durch Verhandlungen wurden Verträge und Konventionen, nach dem Prinzip der Einstimmigkeit, beschlossen. Das Ergebnis ist ein Katalog von Normen und Regeln, der zur Entstehung einer Prinzipiengemeinschaft beiträgt.

4.3 Die dritte Gruppe: Die Verträge der Europäischen Union

Diese Gruppe umfasst die stärksten und intensivsten Formen der Zusammenarbeit in der Geschichte der europäischen Integration. Zu dieser Gruppe gehören die Verträge und Organisationen, die zur Entstehung der Europäischen Union mit 27 Mitgliedsstaaten führten. Die Hauptmerkmale dieser Gruppe sind:

- 1) Die koaxiale, lineare Entwicklung von einem Zentrum ausgehend.¹²⁴
- 2) Die relativ strengen, genau formulierten Vorlagen als Grundbedingung der Mitgliedschaft.
- 3) Die Kompetenzverlagerung zum Zentrum.¹²⁵

Der Anfang war von Bedenken und Sorgen Frankreichs gegenüber Deutschland geprägt. Die Angst von der Wiederauferstehung des deutschen Militarismus steuerte die französische Außenpolitik in den ersten Nachkriegsjahren. Dementsprechend waren auch die politischen Vorschläge zur Schwächung Deutschlands: die Abtrennung des Saarlands, die völlige Entmilitarisierung und Aufteilung und die ökonomische Eingrenzung.

¹²⁴ Eine zentralisierte, genau definierte Entwicklungsrichtung, die zuerst auf die unmittelbaren Nachbarstaaten zielt. Mit Ausnahme Griechenlands hatten alle neuen Mitglieder unmittelbare Grenzen zu den Staaten des Zentrums. Die „wirtschaftliche Nachahmung“ steht hier in Vordergrund.

¹²⁵ Die Mitgliedsstaaten verzichten auf Teile ihrer Souveränität zu Gunsten des Zentrums. Die supranationalen Hoheitsakte haben dadurch teilweise Priorität vor dem Nationalrecht.

Diese Überlegungen passten jedoch nicht in die strategischen Überlegungen der anderen Siegermächte, vor allem Großbritanniens und der Vereinigten Staaten von Amerika. Sie wollten eine völlige Integration Westdeutschlands in das westliche Sicherheitssystem. Das Land sollte wegen seiner Position am *Eisernen Vorhang* vor der Sowjetunion gestärkt werden.¹²⁶

Die Integration Westdeutschlands muss mit technischen Maßnahmen gekoppelt sein. Maßnahmen, die die Kriegsgefahr von vornherein verhindern würden. Das waren die Überlegungen am Vorabend der Gründung der ersten Organisation dieser Gruppe.

4.3.1 Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)

Die erste europäische Gemeinschaft nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Sie ist auch als die *Montanunion* bekannt. Die Organisation wurde gegründet nach einer Initiative des französischen Außenminister Robert Schuman, der in einer berühmten Rede am 9. Mai 1950 die Zusammenlegung der deutsch-französischen Produktion von Kohle und Stahl unter einer einheitlichen Oberbehörde vorgeschlagen hat:

*Europa lässt sich nicht mit einem Schlage herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung: Es wird durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine Solidarität der Tat schaffen. Die Vereinigung der europäischen Nationen erfordert, dass der Jahrhunderte alte Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland ausgelöscht wird. Das begonnene Werk muss in erster Linie Deutschland und Frankreich erfassen. Zu diesem Zweck schlägt die französische Regierung vor, in einem begrenzten, doch entscheidenden Punkt sofort zur Tat zu schreiten. Die französische Regierung schlägt vor, die Gesamtheit der französisch-deutschen Kohle- und Stahlproduktion einer gemeinsamen Hohen Behörde zu unterstellen, in einer Organisation, die den anderen europäischen Ländern zum Beitritt offen steht.[...] Die Solidarität der Produktion, die so geschaffen wird, wird bekunden, dass jeder Krieg zwischen Frankreich und Deutschland nicht nur undenkbar, sondern materiell unmöglich ist. Die Schaffung dieser mächtigen Produktionsgemeinschaft, die allen Ländern offen steht, die daran teilnehmen wollen, mit dem Zweck, allen Ländern, die sie umfasst, die notwendigen Grundstoffe für ihre industrielle Produktion zu gleichen Bedingungen zu liefern, wird die realen Fundamente zu ihrer wirtschaftlichen Vereinigung legen.*¹²⁷

Dieser Vorschlag, der sofort vom damaligen deutschen Bundeskanzler Konrad Adenauer akzeptiert wurde und später als Schuman-Plan in der Geschichte der Europäischen Integration

¹²⁶ Herz 1999: 26.

¹²⁷ Auszüge aus der Erklärung von 9. Mai 1950, die als die Geburtsurkunde der Europäischen Union angesehen wird. Online in: >http://europa.eu/abc/symbols/9-may/decl_de.htm< Zugriff 10. 9. 2009.

bekannt wurde, fasste jene technischen Maßnahmen zusammen, die zur Stabilität und Sicherung des Friedens in Europa führen würden:

- 1) Die gegenseitige Kontrolle der Produktion von Kohle und Stahl.
- 2) Die gegenseitige Kontrolle der Schwerindustrie.
- 3) Die Vergemeinschaftung der deutsch-französischen Industrie.

Der Plan ist deshalb von Bedeutung, weil er eine geniale Idee enthält, die später zur Methode wurde: Durch einfache Schritte einen Zustand zu erreichen, in dem ein Krieg unmöglich gemacht wird. Ohne Waffenindustrie ist ein Krieg unmöglich und ohne Kohle und Stahl ist die Waffenindustrie unmöglich.

Der zweite Denkansatz des Planes ging davon aus, die Regierungen und Parlamente seien ein Hindernis. Sie müssen umgegangen werden. Durch die *Jean Monnets Gemeinschaftsmethode*¹²⁸ wurde das Problem systematisch gelöst. Sie galt später für eine lange Zeit als ein leitendes Beispiel für die weitere Entwicklung der europäischen Integration:

*Die Methode Monnet – so, wie sie hier mit den Markenzeichen beschrieben wurde – wurde mit Variationen seit dem Schuman-Plan verfolgt; sie erwies sich immer wieder als produktive Erfolgsformel. Alternative Konzepte wie konstitutionelle Ansätze föderaler oder intergovernmentaler Natur sind dagegen weitgehend gescheitert.*¹²⁹

Die Grundzüge der Methode sind:

- 1) Mit einem konkreten Projekt anfangen. Dies führt, ohne die Nationalverfassungen zu überbelasten, zur teilweisen Übertragung der Kompetenzen von einer nationalen auf eine supranationale Ebene. Die Erfolge zwingen zur Intensivierung der Zusammenarbeit und beschleunigen den Kompetenztransfer.
- 2) Integration auf Etappen. Der Prozess in einem Kooperationsgebiet erleichtert die Öffnung weiterer Kooperationsgebiete. Ein Nachahmungseffekt, später Spill Over Effekt, führt zur Erweiterung der Kompetenzgebiete der Gemeinschaft.
- 3) Eine gemeinsame Wirtschaftspolitik soll das Hauptfundament sein auf dem Weg zur politischen Einigung. Nicht die gemeinsame Verteidigung oder Außenpolitik, sondern ein gemeinsamer Markt ist die Basis der Integration.
- 4) Die Technokraten entscheiden: Eine aus Technokraten zusammengesetzte Oberbehörde bestimmt nach dem Konsensprinzip den Lauf der Zusammenarbeit. Keine Parlamente oder Volksbefragungen dürfen den Weg blockieren. Diese nichtdemokratischen Überlegungen sind Produkte des Scheiterns der Gründung der

¹²⁸ Benannt nach dem politischen Architekt des Planes. Er war der erste Präsident der hohen Behörde der EGKS.

¹²⁹ Wessels 2001: 18.

Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) bzw. der Europäischen Politischen Gemeinschaft (EPG) nach der Abstimmung in der französischen Nationalversammlung.¹³⁰

- 5) Europa beginnt mit Frankreich und Deutschland: Die europäische Integration soll sich um eine deutsch-französische Achse drehen. Ohne die Kooperation dieser zwei Staaten bliebe die Idee der Integration schwach. Sicher spielt die geografische Größe hier eine Rolle. Mehr Bedeutung haben aber die Erfahrungen aus den zwei Weltkriegen.¹³¹

Neben der Friedenssicherung zielte die Montanunion auf den Wiederaufbau Westeuropas nach dem Krieg ab. Die Mitgliedsstaaten können unter gleichen Bedingungen (zollfrei) die notwendigen Rohstoffe erhalten, die zum Aufbau einer modernen Industrie unerlässlich sind. Die dadurch entstandene, auf einer gemeinsamen wirtschaftlichen Basis aufgebaute Gemeinschaft kann als Kern einer europäischen Föderation angesehen werden.¹³² Die Grundgedanken des Schuman-Plans erwiesen sich als richtig. In den Jahren danach trug die EGKS zur Entstehung des ersten europäischen gemeinsamen Marktes bei.

Von enormer Bedeutung war aber der Vertrauensaufbau zwischen den Mitgliedsstaaten in Bezug auf Deutschland. Dieser konnte durch die systematische Zusammenarbeit und gegenseitige Beratungen in den verschiedenen Institutionen der EGKS erreicht werden.

Der Vertrag sah folgende Organe vor:

- 1) Die „Hohe Behörde“ als eine Exekutive mit neun Mitgliedern. Die Kompetenzen der Hohen Behörde wurden im Artikel 9 des EGKS-Vertrages genau definiert. Im Zentrum steht die völlige Unabhängigkeit von den Regierungen.
- 2) Der Ministerrat als Vertreterorgan der Mitgliedstaaten mit sechs Mitgliedern.
- 3) Die parlamentarische Versammlung mit 78 von den Nationalen Parlamenten ernannten Abgeordneten als ein Kontrollorgan.
- 4) Ein Gerichtshof aus sieben Richtern. Ein Organ zur Wahrung des Rechtes bei der Auslegung und Anwendung des Vertrages.¹³³

Diese sind die Vorläufer der jetzigen Organe der Europäischen Union. Sie trugen zur Festigung des supranationalen Prinzips bei und führten zweifelsohne zur Stärkung und

¹³⁰ Vgl. Wessels 2008: 66.

¹³¹ Vgl. Wessels 2001: 7ff.

¹³² Die Gründerstaaten der EGKS sind Frankreich, Deutschland, Belgien, Luxemburg, die Niederlande und Italien. Der Vertrag wurde in Paris (Vertrag von Paris) am 18. April 1951 unterzeichnet, trat am 23. Juli 1952 in Kraft Herz 1999: 26.

¹³³ Der Vertrag war für eine Dauer von 50 Jahren vorgesehen. 2002 wurde er nicht verlängert. Die EGKS wurde von der EG übernommen. Ausführliche Informationen in:
>http://europa.eu/legislation_summaries/institutional_affairs/treaties/treaties_ecsc_de.htm< Zugriff 2. 4. 2010.

Verwirklichung der europäischen Idee. Der Gerichtshof der ersten Gemeinschaft gilt als die erste Stufe zur Entstehung der europäischen „Rechtsgemeinschaft“.

Die Leitmotive hinter der Idee der Montanunion waren:

- 1) Friedenssicherung durch technische Maßnahmen.
- 2) Ein Europa beginnt mit der wirtschaftlichen Integration.

4.3.2 Die Verträge von Rom 1957: Die EWG und die EAG

Der mit der EGKS begonnene Integrationsprozess entwickelte in sich eine eigene Dynamik. Ein Spill Over Effekt führte zur Gründung zweier weiterer europäischer Gemeinschaften: die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft (EAG). Der Gang war nicht ohne Hindernisse. Das Scheitern der Gründung einer politischen Gemeinschaft und die relativ positive Erfahrung durch die EGKS motivierten zu einem neuerlichen Versuch. 1955 unterbreiteten die Vertreter der Benelux-Staaten den Vorschlag, die Integration auf einer wirtschaftlichen Basis aufzubauen. Diese kann durch die Schaffung eines gemeinsamen Marktes, durch Regelung der Verkehrspolitik und durch Vergemeinschaftung des Energiesektors erreicht werden. Hier ist zu bemerken, dass die kleinen Staaten die treibende Kraft der Integration waren und die großen eher die Bremser.¹³⁴

Beim Treffen in Messina im Juni 1955 waren sich die sechs Staaten einig:

*dass Europa zunächst auf wirtschaftlichen Gebiet gebaut werden muss*¹³⁵

Am 25. März 1957 wurden *die römischen Verträge* unterzeichnet. Die EWG und die EAG sollten neben der EGKS die Basis sein, auf der der Integrationsprozess beschleunigt werden wird. Wie im Vertrag zur Gründung der EWG betont wurde:

*Durch die Errichtung eines gemeinsamen Marktes und die schrittweise Annäherung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten eine harmonische Entwicklung des Wirtschaftslebens innerhalb der Gemeinschaft, eine beständige und ausgewogene Wirtschaftsausweitung, eine größere Stabilität, eine beschleunigte Hebung der Lebenshaltung und engere Beziehungen zwischen den Staaten zu fördern, die in dieser Gemeinschaft zusammengeschlossen sind.*¹³⁶

Das umfassende Projekt bedeutete den Abbau der Zollgrenzen (Zollunion), die Kontrolle und Verteilung der landwirtschaftlichen Produktion (Agrarpolitik) und die gemeinschaftliche

¹³⁴ Auch hier stand Frankreich der Idee ablehnend gegenüber. Nur im Bereich der zivilen Nutzung der Atomenergie war Paris interessiert. Vgl. Herz 1999: 32.

¹³⁵ Herz 1999: 33.

¹³⁶ Art. 2 EWGV. In: Herz 1999: 34.

Regelung der Verkehrspolitik (Transportpolitik). Das Hauptziel, nämlich die Schaffung eines Gemeinsamen Marktes, sollte innerhalb von 15 Jahren erreicht werden.¹³⁷

Die EAG (EURATOM) sollte die Energieversorgung in Westeuropa garantieren. Das moderne Industriesystem und die relativ geringen klassischen Energieressourcen in den 1950er Jahren zwangen zur Suche nach Alternativen. Die Kerntechnologie als eine Energiequelle erschien damals viel versprechend. Alleine die Investitionskosten in den Infrastrukturen in diesem Bereich überstiegen die Möglichkeiten des einzelnen Staates. Die Suche nach supranationalen Lösungen führte zur Vergemeinschaftung der Atomenergie. EURATOM ist hier das klassische Beispiel für das institutionell-strategische Denken der Gründerstaaten.¹³⁸

*In dem Bewusstsein, dass die Kernenergie eine unentbehrliche Hilfsquelle für die Entwicklung und Belebung der Wirtschaft und für den friedlichen Fortschritt darstellt, [...] entschlossen, die Voraussetzungen für die Entwicklung einer mächtigen Kernindustrie zu schaffen, welche die Energieerzeugung erweitert, die Technik modernisiert und auf zahlreichen anderen Gebieten zum Wohlstand ihrer Völker beiträgt, in dem Bestreben, die Sicherheiten zu schaffen, die erforderlich sind, um alle Gefahren für das Leben und die Gesundheit ihrer Völker auszuschließen, in dem Wunsch, andere Länder an ihrem Werk zu beteiligen und mit den zwischenstaatlichen Einrichtungen zusammenzuarbeiten, die sich mit der friedlichen Entwicklung der Kernenergie befassen.*¹³⁹

Ein ernsthaftes Problem der Atomindustrie ist die Möglichkeit der Doppelnutzung. Ein Atommeiler kann zwar zur Deckung des Energiebedarfs größerer Flächen beitragen, kann aber auch das notwendige Material zur Herstellung von Atomwaffen produzieren. Die EAG regelt nur den zivilen Bereich der Atomindustrie. Die militärische Nutzung blieb den Mitgliedstaaten überlassen.¹⁴⁰

Parallel zu den wirtschaftlichen Entwicklungen auf dem Kontinent wurde 1960 die EFTA *European Free Trade Association* gegründet. Eine wirtschaftliche Integrationsform für jene europäischen Staaten, die damals der EWG nicht angehörten.¹⁴¹ Die 1960er Jahre waren

137 Herz 1999: 34.

138 Nutzenmaximierung, Kostenreduzierung und garantierte Informationsaustausch durch die Vergemeinschaftung.

139 Aus der Präambel des Vertrags zur Gründung der EURATOM. Online in:

>http://europa.eu/legislation_summaries/institutional_affairs/treaties/treaties_euratom_de.htm< Zugriff 10. 11. 2009.

140 Vor allem Frankreich wollte seine internationale Stellung als eine anerkannte Atommacht neben den USA, Großbritannien, Russland und China ausbauen und unterstreichen. Die EAG dürfe diese Intention nicht einschränken.

141 In Kraft getreten im Mai 1960. Die Mitgliedstaaten waren Dänemark, Großbritannien, Irland, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden und die Schweiz. Es folgten Finnland (1966) Island (1970) Liechtenstein (1991). Die meisten sind inzwischen Mitglieder der Europäischen Union. Die EFTA umfasst heute nur vier Staaten

geprägt von politischen Auseinandersetzungen und wirtschaftlichen Krisen. Vor allem der Zusammenbruch der Vierten Französischen Republik im Juni 1958 und die Ausrufung der Fünften Republik unter der Führung Charles de Gaulles hatten schwere Auswirkungen auf die Europäischen Gemeinschaften.¹⁴² Die Jahre danach waren geprägt von der französischen „Politik des leeren Stuhls“.¹⁴³

Am 1. Juli 1967 trat der Fusionsvertrag (Die Zusammenlegung der drei Gemeinschaften und die Gründung der EG) in Kraft. Dadurch hatten die Mitgliedstaaten einen gemeinsamen Rat (Ministerrat), eine Kommission und ein Parlament.¹⁴⁴ Ab 1969 zeichnete sich eine qualitative Änderung der französischen Europapolitik unter Georges Pompidou und eine neue deutsche Ostpolitik unter Willy Brandt ab. Diese Änderung leitete eine neue Phase in der Geschichte der europäischen Integration ein. Beim Gipfeltreffen von Den Haag 1969 und Paris 1972 haben die beiden Staaten, genau wie bei der Gründung der EGKS 1952, eine neue richtungsweisende Dreierstrategie vorgeschlagen:

- 1) Die Vollendung der Gemeinschaft durch die Finanzierung der Agrarpolitik.
- 2) Die Erweiterung, insbesondere um das Vereinigte Königreich.
- 3) Die Vertiefung der Gemeinschaft auf neue Arbeitsbereiche.¹⁴⁵

Im Jänner 1972 unterzeichneten Großbritannien, Dänemark und Irland die Beitrittsverträge, die ein Jahr später in Kraft traten. Griechenland, Spanien und Portugal traten erst 1981 bzw. 1986 der Gemeinschaft bei.¹⁴⁶ Die EG umfasste damit 12 europäische Staaten.

Der nächste Schritt in dieser Dynamik war die Unterzeichnung der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA), die am 1. Juli 1987 in Kraft traten. Demnach sollten die Entscheidungen im Ministerrat mit qualifizierter Mehrheit getroffen werden und die Kompetenzen des Europaparlaments wurden relativ verstärkt. Weiters wurde die Schaffung des Binnenmarkts vor dem 1. Jänner 1993 beschlossen. Diese Entwicklung bedeutete eine Vertiefung der Integration auf einer neuen Ebene:

Norwegen, Schweiz, Island und Liechtenstein. Die EFTA bildet mit der EU zusammen den EWR, den Europäischen Wirtschaftsraum. Ausführliche Informationen Online in: ><http://www.efta.int/content/about-efta/history>< Zugriff 10. 11. 2009.

142 Austritt Frankreichs aus den militärischen Strukturen der NATO, das Scheitern der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) 1965, das französische Veto 1967 gegen den Beitritt Großbritanniens, das de Gaulle als das „trojanische Pferd“ der USA betrachtete. Herz 1999: 38.

143 Ab 30. Juni 1965 zog De Gaulle seine Minister aus dem Ministerrat ab, um Abstimmungen mit qualifizierter Mehrheit im Rat zu verhindern. Es folgte die Lösung durch den „Luxemburger Kompromiss“ von 1966, indem Frankreich ein Vetorecht bei Mehrheitsbeschlüssen reklamierte. Wessels 2008: 73.

144 Wessels 2008: 71.

145 Wessels 2008: 76f.

146 Norwegen sollte dabei sein. Jedoch lehnten die Norweger in einem Referendum 1972 den EG Beitritt ab. Herz 1999: 40.

- 1) Die Öffnung der Grenzen und die schrittweise Abschaffung der Symbole des Nationalstaates.
- 2) Die Sicherung der „vier Freiheiten“ (Freiheit des Waren-, Kapital-, Dienstleistungs- und Personenverkehrs).
- 3) Die Intensivierung der sozialen und kulturellen Interaktionen in der Gemeinschaft.

Gleichzeitig öffnete der neue Zustand der europäischen Integration neue Türen und zeigte auf „Nebenprodukte“ des geplanten Binnenmarkts. Neue Reformen und Verträge waren notwendig.¹⁴⁷

Auch die Akkumulation der Integrationsmaßnahmen und die relativ positiven Ergebnisse hatten ihren Spill Over Effekt. Die Suche nach einer „gemeinsamen europäischen Identität“ ist ein Produkt der Dynamik des Integrationsprozesses. Das war sicherlich eine Errungenschaft der Monnets-Methode, dass ausgerechnet der deutsche Helmut Kohl und der Franzose Francois Mitterrand beim Treffen der Staats- und Regierungschefs in Frankreich im Juni 1984 die Gründung eines Komitees beschlossen haben, das die Maßnahmen zur Entwicklung einer „europäischen Identität“ prüfen sollte.¹⁴⁸

4.3.3 Von Maastricht 1992 bis Lissabon 2009

Der Fall der Berliner Mauer, die Auflösung des Warschauer Pakts und der Zerfall der Sowjetunion schafften neue Verhältnisse und Herausforderungen für die relativ sicheren und stabilen Staaten Westeuropas. Das Vakuum im Osten zwang zu Reformen und Maßnahmen. Der erste Schritt war die Schaffung jener Organisation, die in der Lage wäre, diesen Herausforderungen zu begegnen.

Der Vertrag von Maastricht 1992¹⁴⁹ ist nichts anderes als die normative und juristische Vorbereitung der westeuropäischen Staaten zur Füllung des Vakuums im Osten und zur Übernahme des Erbes der Sowjetunion.

Nur sollte der gerade erreichte Stand der Errungenschaften der damaligen EG 12 Staaten durch die Osterweiterung nicht schwächer werden. Mit den Kopenhagenerkriterien wurden die Richtlinien und Bedingungen für neue Aufnahmen festgelegt:

Ein Beitritt kann erfolgen, sobald ein assoziierendes Land in der Lage ist, den mit einer Mitgliedschaft verbundenen Verpflichtungen nachzukommen und die erforderlichen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen zu erfüllen. Als Voraussetzung für die

¹⁴⁷ Schermann, Stimmer, Thöndl 2007: 25f.

¹⁴⁸ Herz 1999: 48.

¹⁴⁹ Der Vertrag zur Gründung der Europäischen Union. Wird auch als der EU Vertrag bezeichnet. Enthält die wichtigsten Reformen seit 1952. Vor allem die Entstehung der „Drei-Säulen-Konstruktion“ der Union (EG, GASP, ZBJI).

*Mitgliedschaft muss der Beitrittskandidat eine institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten verwirklicht haben; sie erfordert ferner eine funktionsfähige Marktwirtschaft sowie die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten. Die Mitgliedschaft setzt ferner voraus, dass die einzelnen Beitrittskandidaten die aus einer Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen übernehmen und sich auch die Ziele der politischen Union sowie der Wirtschafts- und Währungsunion zu eigen zu machen.*¹⁵⁰

Bemerkenswert ist hier ist die vehemente Ablehnung der Staaten der Union, die Errungenschaften während 40 Jahre Integration, mit allen Höhen und Tiefen, neuerlich zur Diskussion zu stellen. Auf keinen Fall darf es Rückgänge geben.¹⁵¹

Das Ende des Ost-West-Konflikts bedeutete auch das Ende der Teilung Europas in zwei Lager. Ein wichtiges Phänomen dieser Epoche, nämlich die Neutralität, verlor an Bedeutung.¹⁵² Deshalb zielte die erste Welle der Erweiterung auf die „Neutrale Zone“ – auf die Gebiete der ehemaligen Neutralstaaten Europas, nämlich Österreich, Schweden und Finnland. Damit wuchs die Europäische Union 1995 auf 15 Staaten.

Eine der wichtigsten Beschlüsse im Maastrichter Vertrag war neben der Entstehung der politischen Struktur (die drei Säulen) die Gründung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU). Ein Spill Over Effekt des gemeinsamen Markts. Die EWWU wurde als eine eigenständige Organisation konstituiert. Die strengen Bedingungen zur Mitgliedschaft führten später zur Teilung der EU 15 in zwei Gruppen, EU 12 innerhalb und EU 3 außerhalb der WWU.¹⁵³ Die WWU erreichte im 2002 das Hauptziel der Organisation: Der Euro wurde als Gemeinschaftswährung in den 12 EU Staaten eingeführt.

Mit dem Vertrag von Maastricht bekam die Europäische Union langsam Konturen eines Staatsgebildes. Das Verhalten der Union trägt die Merkmale des *Governance*. Diese Form verstärkt den *intergouvernementalistischen* Ansatz im Integrationsprozess. Die Regierungen sind hier die Hauptakteure sowohl bei zwischenstaatlichen Beziehungen innerhalb der Union als auch in den Beitrittsverhandlungen mit den Bewerberstaaten.

150 Aus der Erklärung des Europäischen Rats (Staats- und Regierungschefs) nach dem Treffen vom 21. und 22. Juni 1993 in Kopenhagen. In Herz 1999: 299.

151 Die Übernahme des „Besitzstandes“ als eine Bedingung zur Aufnahme in der Union. Herz 1999: 300.

152 Nach den militärischen Invasionen der Vereinigten Staaten von Amerika am Golf (1991 und 2003) und in Afghanistan 2001 und der Verstrickung europäischer Staaten in die Kriegooperationen hat der Begriff Neutralität neuerlich an Bedeutung gewonnen.

153 Die Bedingungen zur Teilnahme, bekannt als die Konvergenzkriterien waren, max. 1.5% Inflationsrate, max. 3% jährliches Budgetdefizit, Schuldenstand max. 60% des BIP und max. 2% Nominalzinssatz. Großbritannien, Dänemark und Schweden blieben außerhalb der WWU. Schermann, Stimmer, Thöndl 2007: 95.

Am 1. Mai. 1999 trat der Vertrag von Amsterdam in Kraft. (Vertrag zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union). Damit erhält die *Prinzipiengemeinschaft* einen Rahmen und einen detaillierten schriftlichen Inhalt:

*1) Die Union beruht auf den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit; diese Grundsätze sind allen Mitgliedstaaten gemeinsam. 2) Die Union achtet die Grundrechte, wie sie in der am 4. November 1950 in Rom unterzeichneten Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten gewährleistet sind und wie sie sich aus den gemeinsamen Verfassungsüberlieferungen der Mitgliedstaaten als allgemeine Grundsätze des Gemeinschaftsrechts ergeben. 3) Die Union achtet die nationale Identität ihrer Mitgliedstaaten. 4) Die Union stattet sich mit den Mitteln aus, die zum Erreichen ihrer Ziele und zur Durchführung ihrer Politiken erforderlich sind.*¹⁵⁴

Die Betonung auf die Bedeutung der Stellung der Menschenrechte im Vertrag von Amsterdam und bei den Beitrittsverhandlungen mit den neuen Kandidaten war die Reaktion auf die zunehmenden rassistischen und fremdenfeindlichen Tendenzen, vor allem in den neuen unabhängigen Staaten Osteuropas. Die Europäische Union sah sich mit neuen Herausforderungen konfrontiert. Neben politischen und wirtschaftlichen Reformen war es notwendig geworden, neue Strategien zu entwickeln, um rechtzeitig, den Gefahren von Nationalismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit entgegenzuwirken.¹⁵⁵

Der Vertrag von Nizza 2000 trat am 1. Februar 2003 in Kraft und bildete bis zum 1. Dezember 2009 die gültige juristische Basis der Europäischen Union. Die Hauptaufgabe war, die Institutionen der Europäischen Union für die nächste Erweiterungsrunde vorzubereiten. Die geplante Aufnahme von 10 europäischen Staaten im Jahre 2004 machte Reformen der Zusammensetzung der Kommission und des Rates notwendig. Vor allem die politische Partizipation der kleinen Staaten sollte gegenüber den bevölkerungsreichen Staaten nicht eingeschränkt werden. Mit dem Instrument der „Doppelmehrheit“¹⁵⁶ sollte das demokratische Defizit der Europäischen Union minimiert bleiben.

Denkansätze des Intergouvernementalismus bestimmen die Kooperationsformen dieser Epoche und verstärken gleichzeitig den föderalistischen Ansatz der Integration.

Das wichtigste im Vertrag war die Proklamation der Charta der Grundrechte der Europäischen Union:

¹⁵⁴ Art. 6 EU-Vertrag. Köck 2000: 465.

¹⁵⁵ Vgl. Melchior 2001: 160.

¹⁵⁶ Die Entscheidungen im Rat müssen mit der Mehrheit der Mitgliedstaaten unter Berücksichtigung der demografischen Stärke der Mitglieder beschlossen werden. Ausführliche Informationen Online in: >http://europa.eu/scadplus/constitution/doublemajority_de.htm< Zugriff 12. 11. 2009.

*Der Europäische Rat begrüßt, dass der Rat, das Europäische Parlament und die Kommission gemeinsam die Charta der Grundrechte proklamiert haben, welche die bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Rechte, die bisher in verschiedenen internationalen, europäischen oder nationalen Texten niedergelegt waren, in einem Text zusammenfasst. Es ist sein Wunsch, dass die Charta eine möglichst weite Verbreitung bei den Unionsbürgern erfährt. Im Einklang mit den Schlussfolgerungen von Köln wird die Frage der Tragweite der Charta zu einem späteren Zeitpunkt geprüft*¹⁵⁷

Die größte Erweiterung der Union trat in Mai 2004 in Kraft. Durch die Aufnahme von 10 neuen europäischen Staaten wuchs die Organisation auf 25 Mitglieder.¹⁵⁸

Die Beweggründe für den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft, später zur EU, aus der Sicht des einzelnen Staates, waren vom Anfang an vielfältig. Die Motivation zur Mitgliedschaft war gebunden an unmittelbare wirtschaftliche und politische Vorteilen.

So stand der Zugang zum europäischen Markt bei allen Mitgliedern im Vordergrund. Den Willen zur politischen Integration zeigten eher die Staaten des Zentrums. Die Hoffnung auf Strukturhilfe durch die Mitgliedschaft war ein Motiv der Staaten des ersten Peripheriekreises: Irland, Griechenland, Spanien, Portugal, Finnland und Polen.

Die Konsolidierung der Demokratie als ein Motiv wurde auffallend nur in Griechenland, Spanien und Portugal gezeigt. Das Phänomen ist nachvollziehbar, wenn man die Rolle und die Aktivitäten des Militärs in den drei Staaten berücksichtigen würde.

Von Bedeutung waren die außenpolitischen Beweggründe:

- 1) Frankreich 1958: die Schaffung einer dritten Kraft zwischen Ost und West.
- 2) Deutschland 1958: der Schutz im Ost-West-Konflikt.
- 3) Belgien, Niederlande, Luxemburg (1958) und Großbritannien(1973): die Vergrößerung des Aktionsradius.
- 4) Irland (1973): die Unabhängigkeit von Großbritannien.
- 5) Schweden, Finnland und Österreich (1995): das Ende des Ost-West-Konfliktes.
- 6) Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Estland, Lettland und Litauen (2004): die Unabhängigkeit von Russland.
- 7) Zypern (2004): die Unabhängigkeit von der Türkei.
- 8) Slowenien (2004): der Schutz auf dem Balkan.
- 9) Malta (2004): die Stabilisierung der Region.¹⁵⁹

157 Europäischer Rat, Schlussfolgerungen des Vorsitzes. ER (2000).

158 Fast alle Staaten des Warschauerpaktes mit Zypern und Malta.

159 Vgl. Pfetsch 2005b: 109.

Im Oktober 2004 wurde in Rom der Vertrag über eine Verfassung für Europa (VVE) unterzeichnet. Der Vertrag musste von den Mitgliedsländern ratifiziert werden. Nach einer Volksbefragung lehnten Frankreich und Niederland den VVE ab.¹⁶⁰

*Nicht über politische Visionen wurde diskutiert, sondern kleinlichst über Stimmenverhältnisse, Entscheidungsverfahren und Kompetenzen gestritten; und am Ende kam das gesamte Repertoire an Machttechniken – Drohungen, Vetos, Erpressungen usw. – zum Einsatz um die letzten Widerstände zu brechen. Die europäischen Bürger brauchte man für dieses Spektakel noch nicht einmal als Zuschauer.*¹⁶¹

Das Defizit bei der Bereitschaft einiger Mitglieder zur Reform und zur Akzeptanz einer Verfassung für die Union zwang zur „Reform der Reform“. Mit der Einleitung einer „Reflexionsphase“ noch im Juni 2005 sollten die Mitgliedsländer über die Zukunft der Union nachdenken.¹⁶²

Am 1. Jänner 2007 wurden Rumänien und Bulgarien aufgenommen. Die Europäische Union umfasst seitdem 27 Staaten, beinahe 500 Millionen Bürger und ein Territorium von annähernd vier Millionen km².

Diese neuen Ausdehnungen und Dimensionen machten eine neue Reform der europäischen Ordnung unvermeidlich.

Der Vertrag von Lissabon (Reformvertrag) wurde am 13. Dezember 2007 in Lissabon unterzeichnet. Ursprünglich sollte der Vertrag nach der Ratifizierung durch die Mitgliedstaaten am 1. Jänner 2009 in Kraft treten. Der erste Rückschlag kam aus Irland. Das „Nein“ der Iren im Jahr 2008 zeigte eine Schwäche im demokratischen System der Europäischen Union auf: die Problematik der Minderheiten.¹⁶³ In Polen und Tschechien haben die Parlamente den Vertrag ratifiziert. Jedoch sehen die Verfassungen dieser Länder die Zustimmung des Staatspräsidenten vor. Diese hatten bis kurz vor dem 1. Dezember 2009 ihre Zustimmung verweigert.

160 Ablehnung des (VVE) in Frankreich und in den Niederlanden nach einer Volksbefragung im Juni 2005.

161 Beck, Grande 2007: 344.

162 Vor allem im europäischen Parlament bemühten sich zahlreiche Abgeordnete um Wiederbelebung der Diskussion über die Zukunft Europas. Diese sollte auf einer breiten demokratischen Basis europaweit durchgeführt werden. Die Kommission sollte die Initiative ergreifen und die Fragen der Integration nicht den Mitgliedstaaten überlassen. Einhäuser 2005: 5.

163 Der Reformvertrag wurde in Irland am 12. 6. 2008 in einem Referendum abgelehnt. Ein Land mit vier Millionen Einwohnern, bei 53% Wahlbeteiligung der knapp drei Millionen Wahlberechtigten haben 53% mit „Nein“ gestimmt und dadurch einen Vertrag für 490 Millionen Europäer in 27 Staaten blockiert. Der Standard 14./15. 6. 2008, Seite 1.

Am 2. Oktober 2009 wurden die irischen Staatsbürger in einem Referendum nochmals befragt und dem Reformvertrag nach einer Modifikation zugestimmt.¹⁶⁴ Am 10. Oktober 2009 unterzeichnete der polnische Präsident Lech Kaczynski den Reformvertrag.¹⁶⁵

Das Haupthindernis bestand in der Haltung des tschechischen Präsidenten Vaclav Klaus. Seine Forderungen waren nationalistisch motiviert und zielten vor allem auf Befriedigung des tschechisch nationalen Interessenlagers. Er wollte Ausnahmeregelungen für Tschechien, in Zusammenhang mit den Benesch-Dekreten, erreichen.¹⁶⁶ Nachdem aber der tschechische Verfassungsgerichtshof den Reformvertrag für verfassungskonform erklärt hatte, unterzeichnete Vaclav Klaus am 3. November 2009 als letzter Staatschef den Vertrag, der am 1. Dezember 2009 in Kraft trat.¹⁶⁷

Seit diesem Zeitpunkt löst der Vertrag von Lissabon den Vertrag von Nizza ab. Der Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (EG) wird auf „Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union“ umbenannt. Beide Verträge gelten als die Rechtsbasis der jetzigen „Union“, deren Organe sind:

- 1) Das Parlament. Darf nicht mehr als 750 Mitglieder haben. Die Völker der Europäischen Union werden durch mindestens sechs und höchstens 96 Abgeordnete pro Mitgliedstaat, die direkt für fünf Jahre gewählt sind, vertreten werden.
- 2) Der Europäische Rat. (Rat der Staats- und Regierungschefs)
- 3) Der Rat. (Ministerrat)
- 4) Die Europäische Kommission. (Ein Kommissar[in] pro Mitgliedstaat. Ab 2014 wird die Zahl der Mitglieder auf zwei Drittel der Mitgliedstaaten reduziert)
- 5) Der Gerichtshof der Europäischen Union.
- 6) Die Europäische Zentralbank.
- 7) Der Rechnungshof.

Der Europäische Rat wird von einem Präsidenten geführt, der mit qualifizierter Mehrheit vom Europäischen Rat für eine Amtsperiode von zweieinhalb Jahren gewählt wird. Der Europäische Rat ernennt mit qualifizierter Mehrheit und Zustimmung des Präsidenten der Kommission auch den Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik.¹⁶⁸

164 Bei Wahlbeteiligung von 58% votierten 67,1% „für“ und 32,9% „gegen“ den Vertrag. BBC World News. 3. 10. 2009.

165 BBC World News 10. 10. 2009.

166 Die gemeinten Garantien beziehen sich auf mögliche deutsche Eigentumsansprüche in den früheren Sudetengebieten. Ausführlich Online in: ><http://www.tagesschau.de/ausland/tschechien180.html>< Zugriff 10. 10. 2009.

167 Tagesschau 3. 11. 2009. Online in > <http://www.tagesschau.de/ausland/>< Zugriff 4. 11. 2009.

168 Die Artikel 13 bis 18 des Vertrags über die Europäische Union (die konsolidierte Fassung) vom 30. 3. 2010. Online in: ><http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2010:083:0013:0046:DE:PDF>< Zugriff 5. 4. 2010.

Am 19. November 2009 wählten die Staats- und Regierungschefs der EU 27 den Belgier Herman Van Rompuy als ständigen EU-Ratspräsidenten und ernannten die Britin Catherine Ashton als die Hohe Repräsentantin für die Außen- und Sicherheitsbeziehungen der EU.¹⁶⁹

Dadurch erreichte der Prozess der Vergemeinschaftung eine neue Ebene. Die Europäische Union erlangt somit, zumindest in zwei Fragen (Präsidentschaft und Außenbeziehungen), die Züge eines einheitlichen Staates.¹⁷⁰

4.3.4 Zusammenfassung zur dritten Gruppe

- 1) Die Begleitphänomene der Entstehungsgeschichte der Europäischen Union sind die Gewaltlosigkeit und die wirtschaftliche Kooperation als ein Motor der Integration.
- 2) Die Monnets-Methode erwies sich im Allgemeinen als erfolgreich. Ein Spill Over Effekt der Montanunion zog andere Bereiche in den Integrationsprozess hinein. So hat die EWG eine Währungsunion unentbehrlich gemacht.
- 3) Das Vakuum im Osten nach 1989 zwang die EG zum Handeln. Der Maastrichter Vertrag zur Gründung der Europäischen Union 1992 sollte die Organisation schaffen, die fähig wäre das Erbe der Sowjetunion zu übernehmen.
- 4) Die Kopenhagener Kriterien sollten dafür sorgen, dass der „Besitzstand“ nicht gefährdet wird.
- 5) Die Akkumulation der Macht hat ihre Dynamik, sie akzeptiert keinen Stillstand. Die stufenweise Entstehung der EU von der Montanunion bis zur EU 27 ist ein Produkt dieser Dynamik. Der Zentralisierungsprozess ist ihre Begleiterscheinung.
- 6) Die Ausdehnung der Union auf 27 Staaten und die Kompetenzverlagerung zum Zentrum führte zur Schwächung des Nationalstaates zu Gunsten des Zentrums. Trotzdem ging die politische Integration viel langsamer vor sich als die wirtschaftliche.
- 7) Die Bereitschaft zu Reformakzeptanz durch die Mitgliedstaaten zeigte den Willen der Mehrheit in Europa zur Kontinuität der Integration.¹⁷¹
- 8) Der Reformvertrag verbesserte zwar den rechtlichen und juristischen Stand der Union, kann aber nicht als eine Verfassung betrachtet werden.

¹⁶⁹ BBC. 20. 11. 2009.

¹⁷⁰ Die Frage, ob der Reformvertrag hier als eine europäische Verfassung bezeichnet werden kann, ist noch offen. Die Europäische Union ist hier kein Sonderfall: Großbritannien hat an Stelle einer Verfassung eine Ansammlung von Gesetzen, die die Funktion der Verfassung erfüllen.

¹⁷¹ Die Zustimmung der EU 15 zur Osterweiterung reflektiert nicht immer die öffentliche Meinung. Am Beispiel Österreichs hat eine Umfrage vom Mai und Juni 1999 folgendes ergeben: Weniger als ein Drittel unterstützen die Osterweiterung, 44 Prozent waren dagegen und nur 52 Prozent würden die Mitgliedschaft Ungarns begrüßen. Liebhart/Pribersky 2001: 120.

- 9) Staaten, Nationen und Völker sind historische Produkte und verlieren im Prozess der europäischen Integration langsam an Bedeutung. Sie sind gezwungen die Plätze für neue politische und soziale Strukturen frei zu machen, für neue historische Produkte.

4.4 Die vierte Gruppe: Die Verträge der Peripherie

Nach dem Fall der Mauer und dem Ende des Kalten Krieges entstand im Süden genau wie im Osten des Kontinents ein politisches Vakuum. Die östliche und südliche Ausdehnung der wirtschaftlichen Einflussbereiche der Union waren das Ergebnis dieser Entwicklung.¹⁷² Die Verträge und Organisationen dieser Gruppe sind ihre Resultate.

Das Hauptziel der Europäischen Union war die Reorganisation der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu den umliegenden Nachbarstaaten und der Aufbau von strategischen Kooperationsinstrumenten, um die Region für sich zu sichern. Charakteristisch für diese Gruppe ist die Zentrum-Peripherie-Relation, wobei die EU hier als eine Einheit mit den einzelnen Nachbarstaaten kooperiert.

Hier kann man drei Formen der Partnerschaft ausmachen: den Barcelona-Prozess 1995, die Europäische Nachbarschaftspolitik ENP 2004 und die Wiederbelebung des Barcelona-Prozesses, die Union für den Mittelmeerraum 2008.¹⁷³

4.4.1 Der Barcelona-Prozess 1995

Der Krieg am Golf 1991, der Sieg der islamischen Bewegung in Algerien 1991 und die Hoffnung auf eine Lösung des Nahostkonfliktes nach dem Oslo-Abkommen 1993 kennzeichneten die regionalen und internationalen Beziehungen um das Mittelmeer. Vor allem die Angst vor einer Machtergreifung des Islamismus in einem der Nachbarstaaten und die Auswirkungen auf die südlichen Teile Europas (politische Instabilität und Flüchtlingsströme nach Europa) waren nicht unbegründet.¹⁷⁴

Am 27. und 28. November 1995 trafen sich in Barcelona die Außenminister der EU 15 mit denen der Mittelmeerranrainerstaaten (mit Ausnahme Libyens). Bei der „Deklaration von Barcelona“ wurden die Ziele und Aufgaben der „EuroMed Partnerschaft“ definiert. Im Vordergrund stand die Schaffung einer Freihandelszone bis 2010.¹⁷⁵

¹⁷² Algerien, Libyen, Syrien und der Irak waren die Hauptverbündeten Moskaus in der Region. Der Zerfall der Sowjetunion führte zur Schwächung dieser Staaten.

¹⁷³ Eine weitere Gruppe ist die AKP, (die afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten). Diese ist jedoch im Bereich der EU- Entwicklungspolitik besser positioniert und wird hier deshalb nicht behandelt.

¹⁷⁴ Nach der Machtergreifung der islamischen Bewegung und Ausrufung der islamischen Republik in Iran 1979 suchten Millionen Iraner Zuflucht in den umliegenden Nachbarstaaten, in Europa und Amerika.

¹⁷⁵ Die Partnerstaaten des Barcelona-Prozesses 1995 waren die 15 EU plus Ägypten, Algerien, Marokko, Tunesien, Syrien, Libanon, Israel, Jordanien, die Palästinensischen Autonomiebehörde, die Türkei, Malta und

Die Partnerschaft gab den Sicherheitsfragen und den Wirtschaftsfragen die Priorität, umfasst aber auch kulturelle und soziale Bereiche. Die „drei Körbe“ der Partnerschaft sollten die Ziele des Barcelona-Prozesses verwirklichen. Vor allem stand die Sicherung der Stabilität der Region im Vordergrund. Dabei verpflichteten sich die Partnerstaaten *die Menschenrechte und Grundfreiheiten (einschließlich der Meinungs- und Vereinigungsfreiheit sowie der Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit) zu achten.*¹⁷⁶

Weiters verpflichteten sich die Partnerstaaten, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zu entwickeln und die souveräne Gleichheit, die Gleichberechtigung der Völker und das Recht auf Selbstbestimmung sowie den „Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten“ zu achten. Von Bedeutung war die Entschlossenheit der Partnerstaaten den „Terrorismus“ und die organisierte Kriminalität zu bekämpfen sowie die Absicht zu haben, aus dem Nahen Osten eine von Massenvernichtungswaffen freie Zone zu machen.¹⁷⁷

Im zweiten Korb, der Wirtschafts- und Finanzpartnerschaft, versuchten die Techniker der Europäischen Union die Erfahrungen aus der Monnets-Methode, nämlich die schrittweise wirtschaftliche Integration, zu kopieren. Das Programm der Partnerschaft zielte auf die Schaffung einer Freihandelszone vor 2010.¹⁷⁸

Im „dritten Korb“ sollte der kulturelle und soziale Austausch zwischen den Völkern der EuroMed-Partnerschaft intensiviert werden:

*Die Partnerschaft beruht zum einen auf der Existenz, der Anerkennung und der gegenseitigen Achtung verschiedener Traditionen, Kulturen und Zivilisationen auf beiden Seiten des Mittelmeers und zum anderen auf der Erschließung des gemeinsamen Erbes.*¹⁷⁹

Die Ziele und Absichten der Europäischen Union waren zweifelsohne hochgesteckt und voreilig. Sicher haben der relative Erfolg bei der Entstehung der Europäischen Union und die Abwesenheit eines Gegenspielers nach dem Ende des Kalten Krieges zur Gründung des Barcelona-Prozesses beigetragen. Nur die Übertragung des europäischen wirtschaftlichen Integrationsmodells auf die Staaten des südlichen und östlichen Mittelmeeres erwies sich als kurzsichtig und falsch. Die Positionierung der Wirtschaft im Zentrum des europäischen Integrationsprozesses war und ist richtig, weil die betroffenen Gesellschaften mehr oder weniger liberale Demokratien sind. Das demokratische System nach dem Zweiten Weltkrieg stand in Westeuropa nie zur Diskussion. Und wenn, dann nur um demokratische Defizite im

Zypern. Ausführliche Informationen in: >http://ec.europa.eu/external_relations/euromed/docs/bd_en.pdf< Zugriff 10. 11. 2009.

176 Ausführlich in: >http://europa.eu/legislation_summaries/external_relations/relations_with_third_countries/mediterranean_partner_countries/r15001_de.htm< Zugriff 10. 11. 2009.

177 Ibid.

178 Ibid.

179 Ibid.

System zu beseitigen. Die europäische Demokratie ermöglichte die Integration und beschleunigte sie. Dem gegenüber herrschen in den nordafrikanischen Staaten totalitäre Regime mit kaum vorhandenen Zivilgesellschaften oder Grundfreiheiten. Die Bereitschaft zu politischen Reformen war kaum erkennbar.

Dieser Zustand änderte sich auch 16 Jahre nach dem Barcelonaprozess kaum. Unter anderem lag das Problem bei der Interpretation von politischen Reformen. Während die Europäische Union eine Verpflichtung zur politischen Reform meinte und die Suspendierung von Hilfe und Handelsvereinbarungen vorsah, wenn unzureichende Reformen stattfinden, sahen die Partnerstaaten eher das Nichteinmischungsprinzip im Vordergrund.¹⁸⁰

Es fehlte auch an der Präzisierung: Wie drückt sich eine politische Reform aus und ab wann gilt ein Partnerstaat als nicht reformwillig? Die passive Einstellung der Europäischen Union in dieser Frage führte zur Ermunterung der Partnerstaaten zum Nichtstun. Auch die Annahme, politische Reformen könnten als automatische Nebeneffekte der freien Marktwirtschaft auftreten erwies sich als falsch. Ein Spill Over Effekt wie im europäischen Beispiel war hier kaum zu bemerken.¹⁸¹

Dazu kommen noch die politischen Konflikte wie zwischen Algerien und Marokko im Süden oder der Konflikt im Nahen Osten. Die Europäische Union trug kaum zur Lösung dieser Konflikte bei, im Gegenteil. Die Angst von einer Islamisierung und die erhöhten Sicherheitsmaßnahmen nach dem 11. September 2001 führten zur Unterstützung der totalitären Regierungen, die wiederum die repressiven Maßnahmen gegen die lokalen Oppositionsgruppen verstärkten. Dies führte wiederum zur Stärkung und zur Radikalisierung der Oppositionsgruppen.

*In den Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens ist seit dem Krieg gegen den Irak 2003 und der ausgebauten militärischen Präsenz der USA in der Region auf gesellschaftlicher Ebene vor allem in Ägypten und nahöstlichen Staaten eine Revitalisierung nationaler, identitärer, religiös-konservativer und islamistischer Diskurse festzustellen; mit ihnen ist die Ablehnung „westlicher“ Ideen und Modelle verbunden.*¹⁸²

Ein weiteres Merkmal des Barcelona-Prozesses war die Asymmetrie der Partnerschaft, das Ungleichgewicht in den Nord-Süd Beziehungen: 1995 standen 15 EU-Staaten zehn Mittelmeerstaaten gegenüber. Die Europäische Union als eine organisierte Einheit stand zehn getrennten Staaten gegenüber. Weiters machte die wirtschaftliche Kluft zwischen dem Norden und dem Süden eine Partnerschaft auf Augenhöhe unmöglich.

180 Vgl. Jacobs/Mattes 2005: 14f.

181 Ibid.

182 Jacobs/Mattes 2005: 21.

Im Allgemeinen fehlten die gemeinsamen Normen und Definitionen, die zur Durchführung gemeinsamer Politik notwendig wären.

Eine positive Errungenschaft des Barcelona-Prozesses ist die EuroMed-Parlamentarische-Versammlung, die im März 2004 in Athen gegründet wurde. Ursprünglich hatte sie 240 Mitglieder. Nach der Erweiterung der EU auf 27 Staaten wuchs die Zahl auf 280. Die Sitze werden paritätisch zwischen Nord und Süd aufgeteilt. Von den 130 dem Norden zustehenden Sitzen werden 49 vom Europäischen Parlament besetzt, die restlichen Plätze aus den Parlamenten der Mitgliedsländer der Europäischen Union. Der zweite Teil der 280 Sitze steht Abgeordneten der südlichen und östlichen Mittelmeeranrainerstaaten zu: 130 Sitze für die zehn südlichen Gründerstaaten der EuroMed, zehn für Mauretanien und je zwei für die Partnerländer Kroatien, Bosnien- Herzegowina, Montenegro, Albanien und Monaco.¹⁸³ Die Versammlung tritt einmal jährlich in einem der Mitgliedstaaten zusammen, hat ein auf vier Jahre gewähltes Präsidium aus vier Mitgliedern (ein Mitglied aus dem Europäischen Parlament, ein Mitglied aus einem europäischen National-Parlament, zwei Mitglieder der Parlamente der südlichen Mittelmeeranrainerstaaten). Der Vorsitz im Präsidium rotiert jährlich. Die Arbeit der EuroMed-Parlamentarischen-Versammlung wird in fünf Ausschüssen vorbereitet:

- 1) Der Politische Ausschuss für Sicherheit und Menschenrechte.
- 2) Der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, soziale Angelegenheiten und Bildung.
- 3) Der Ausschuss zur Förderung der Lebensqualität, Human- und kultureller Austausch.
- 4) Der Ausschuss zur Untersuchung der Frauenrechte in den EuroMed-Staaten.
- 5) Ein (*ad hoc*) Ausschuss für Energie und Umwelt.¹⁸⁴

4.4.2 Die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP)

Die Erweiterung der Europäischen Union am 1. Mai 2004 auf 25 Staaten hatte neue Grenzen und Nachbarn zur Folge. Eine neue Peripherie, die vom Zentrum betreut werden soll. Schon im Dezember 2002 bestätigte der Europäische Rat in Kopenhagen die Leitlinien der Beziehungen zu den neuen Nachbarstaaten:

- 1) Die europäische Nachbarschaftspolitik sollte auf der Grundlage gemeinsamer Werte ausgebaut werden in einem Europa ohne Trennlinien.
- 2) Die Intensivierung der Beziehungen zu Russland, der Ukraine, Moldawien und Weißrussland sowie zu den Staaten des südlichen Mittelmeerraums.

¹⁸³ Ausführlich in: Euro-Mediterranean Parliamentary Assembly
>http://www.europarl.europa.eu/intcoop/empa/assembly/default_en.htm< Zugriff 8. 4. 2010.

¹⁸⁴ Ibid

3) Die Förderung der Reformen und die Entwicklung des Handels.¹⁸⁵

Die Kommission schlug im März 2003 vor, die Union solle das Ziel haben: *eine Zone des Wohlstands und der guten Nachbarschaft – eines Ringes befreundeter Staaten zu entwickeln, mit denen die EU enge, friedliche und kooperative Beziehungen unterhält*¹⁸⁶

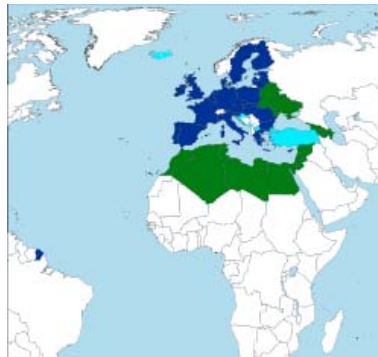
Schon im Jahr 2004 wurde die ENP beschlossen. Das Ziel war die Reorganisation der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zur Gesamtnachbarschaft der EU.

Die Europäische Nachbarschaftspolitik zielte auf die Nachbarländer in Osteuropa, im Südkaukasus und im Mittelmeerraum, jene Länder, die keine Beitrittsperspektive haben.

In Osteuropa gilt das für die Ukraine, Weißrussland und Moldawien. In Asien gilt das für Armenien, Georgien und Aserbaidschan. Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland werden außerhalb der ENP geregelt.¹⁸⁷ Im Mittelmeerraum inkludierte die ENP alle Staaten des Barcelona-Prozesses mit Ausnahme der Türkei.¹⁸⁸

Das Hauptziel der ENP ist die wirtschaftliche Bindung der Peripherie an die Infrastrukturen des Zentrums. Eine friedliche und demokratische Umgebung ist zur Verwirklichung dieses Zieles unentbehrlich.

Abbildung 3



Die Staaten der ENP 2004.¹⁸⁹

Alleine aus Kostengründen müsste die EU sich intensiver mit den lokalen Konflikten der Nachbarn befassen. Dies gelang bisher nur mit bescheidenem Erfolg, was die Kommission im Jahre 2006 zur Selbstkritik und Aufforderung zur Stärkung der ENP veranlasst hat:

185 Europäische Kommission, KOM (2003) 104 endgültig: 4.

186 Europäische Kommission, KOM (2003) 104 endgültig: 4.

187 Europäische Kommission, KOM (2004) 373 endgültig: 6.

188 Die Staaten der ENP sind Algerien, Ägypten, Armenien, Georgien, Israel, Jordanien, Aserbaidschan, der Libanon, Libyen, Marokko, Moldawien, Palästinensische Gebiete (Gaza-Streifen und das Westjordanland), Syrien, Tunesien, Ukraine, Weißrussland. Homepage der ENP:

> http://ec.europa.eu/external_relations/enp/index_en.htm< Zugriff 20. 11. 2009.

189 Karte aus >http://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische_Nachbarschaftspolitik< Zugriff 16. 4. 2011.

*Wenn die ENP es nicht schafft, einen Beitrag zur Bewältigung der Konflikte in der Region zu leisten, hätte es in Bezug auf eines ihrer Hauptanliegen versagt. Derartige Konflikte stellen eine Gefahr für die eigene Sicherheit dar, denn sie könnten eskalieren, zu Massenflüchtlingsströmen, Störungen in der Energieversorgung und den Handels- und Verkehrsverbindungen führen und die Verbreitung von Terrorismus und organisierter Kriminalität (einschließlich Menschen-, Drogen- und Waffenhandel) begünstigen.*¹⁹⁰

Die Kommission war 2006 schon der Meinung, dass:

- 1) eine europäische strategische Entwicklungspolitik im Rahmen der ENP im Interesse der Europäischen Union ist.
- 2) die Kooperation mit Russland intensiviert werden soll, mit dem Ziel, die regionale Stabilität in Osteuropa und im Südkaukasus zu sichern.
- 3) eine strategische Partnerschaft mit Russland wäre im Interesse der Europäischen Union.
- 4) Die Europäische Union solle vorbereitet sein, eine aktivere Rolle im Nahen Osten zu übernehmen.¹⁹¹

Die ENP ist gekennzeichnet durch ihre technischen Maßnahmen, die darauf zielen, die Schwachstellen des Barcelona-Prozesses zu beseitigen. Mit Aktionsplänen, Länderanalysen und Jahresberichten sowie Fortschrittsberichten zur Umsetzung der ENP bekommt das Zentrum regelmäßige Informationen über den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zustand des jeweiligen Landes. Ein Überblick über den Stand der Menschenrechte, der Medienfreiheit und der Zivilgesellschaft soll der Union helfen, rechtzeitig zu reagieren und notwendige Maßnahmen zu beschließen.

Obwohl in einigen Bereichen der Kooperation zwischen der Europäischen Union und den Nachbarländern noch Handlungsbedarf besteht, wurden in anderen, vor allem in den wirtschaftlichen Sektoren, Erfolge erzielt. Eine vertragsorientierte Politik des Zentrums lässt sich in einer Reihe von Assoziationsabkommen mit den einzelnen Staaten veranschaulichen: In Kraft ist das Euro-mediterrane Assoziationsabkommen mit der Türkei (seit 1995), mit der Palästinensischen Autonomiebehörde (Interimsabkommen seit 1997), mit Tunesien (seit 1998), mit Israel und Marokko (seit 2000), mit Jordanien (seit 2002), mit Ägypten (seit 2004), Algerien (seit 2005) und dem Libanon (2006).¹⁹² Mit den osteuropäischen Nachbarstaaten wurden (Partnerschafts- und Kooperationsabkommen) abgeschlossen. Die darauf basierenden

190 Europäische Kommission, KOM (2006) 726 endgültig: 11.

191 Europäische Kommission, KOM (2006) 726 endgültig: 11.

192 Homepage der ENP >http://ec.europa.eu/world/enp/policy_de.htm< Zugriff 20. 11. 2009.

Aktionspläne laufen in allen ENP Partnerländern außer Algerien, Weißrussland, Libyen und Syrien.¹⁹³

Die Aktionspläne unterscheiden sich spezifisch voneinander und berücksichtigen die speziellen politischen, wirtschaftlichen, sozialen und demokratischen Beziehungen des jeweiligen Staates. Jeder Plan behandelt aber Fragen der politischen Reform, der wirtschaftlichen Entwicklung, Handelsfragen wie Markt- und Rechtsreformen, Zusammenarbeit im Bereich der Justiz, Freiheit und Sicherheit, spezielle Angelegenheiten wie Verkehr, Energie, Informationsgesellschaft, Umwelt, Forschung und Entwicklung usw.¹⁹⁴

Wie im Barcelona-Prozess blieben auch die Beziehungen der EU in der ENP bilateral. Jeder Teil der Peripherie wird vom Zentrum separat behandelt. Die Techniker der Union waren und sind zum Teil nach wie vor der Meinung, dass die Probleme der Nachbarstaaten, die wirtschaftliche und politische Situation, so verschieden sind, dass sie gesondert behandelt werden müssen:

*Bisher war die ENP im Wesentlichen bilateral, d. h. auf die Beziehungen zwischen der EU und jedem einzelnen Partnerland ausgerichtet, da die politische und wirtschaftliche Situation sowie die Erfordernisse und Bestrebungen der einzelnen Länder sehr unterschiedlich gelagert sind. Auf eine solche Differenzierung kann auch in der Zukunft nicht verzichtet werden.*¹⁹⁵

Ein weiterer Ausdruck dieser Politik kam im Dezember 2008, durch einen Vorschlag der Kommission zum Vorschein. Die speziellen Beziehungen der Europäischen Union zu den Staaten der östlichen Teile der ENP, nämlich Weißrussland, der Ukraine, Moldawien, Georgien, Armenien und Aserbaidschan sollen durch eine neue Initiative, die „Östliche Partnerschaft“, besonders gepflegt werden. Im Zentrum der Überlegung stand neben der wirtschaftlichen Beziehungen und der politischen Reform die Frage der Sicherung des „Energiekorridors“ mit dem Südkaukasus. Eine Frage, die im Angesicht des russisch-georgischen Konflikts im Sommer 2008 aktuell wurde.

Der Europäische Rat forderte die Kommission auf seiner Tagung vom 19. und 20. Juni 2008 auf, einen Vorschlag für eine „Östliche Partnerschaft“ vorzubereiten und betonte die Notwendigkeit eines differenzierten Konzepts, wobei die ENP den Charakter eines einheitlichen und kohärenten politischen Rahmens behalten soll. Die Teilnehmer der Sondertagung des Europäischen Rats vom 1. September 2008 forderten, diese Vorbereitungen

193 Homepage der ENP >http://ec.europa.eu/world/enp/partners/index_de.htm< Zugriff 11. 4. 2010.

194 Ibid.

195 Europäische Kommission, KOM (2006) 726: 9.

zu beschleunigen und damit ein deutlicheres Zeichen für das EU- Engagement nach dem Georgienkonflikt und seinen allgemeineren Auswirkungen zu setzen.¹⁹⁶

Die östliche Partnerschaft wurde offiziell unter der tschechischen Ratspräsidentschaft am 7. Mai 2009 in Prag ins Leben gerufen.¹⁹⁷

Abbildung 4



Östliche Partnerschaft.¹⁹⁸

Die Politik der Europäischen Union geht davon aus, dass Demokratien keine Kriege gegeneinander führen und in der Lage sind, die Menschenrechte mit mehr Aufmerksamkeit zu behandeln. In diesem Zusammenhang wurde die Europäische Initiative für Demokratie und Menschenrechte (EIDHR) ins Leben gerufen. Ein Finanzierungsprogramm der EU zur Unterstützung und Förderung der Demokratie in den Nachbarländern.

Für die Periode von 2007 bis 2013 stehen dem Programm 1,104 Mrd. Euro zur Verfügung.¹⁹⁹

Die Aktionspläne und andere Programme der ENP wurden ab Jänner 2007 durch das Europäische Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument finanziert (ENPI).²⁰⁰

Die wirtschaftliche Dominanz des Zentrums der Peripherie gegenüber lässt sich an Hand der Handelsbeziehungen nachvollziehen. So ist die Europäische Union der Haupthandelspartner ihrer Peripherie. Umgekehrt haben Algerien den 19. und Libyen den 27. Platz unter den Handelspartnern der Europäischen Union. Diese relativ gute Positionierung ist dank den Öl- und Gaslieferungen dieser Länder, die im Jahre 2004 13,28% der gesamten Energie-Importe

196 Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat – östliche Partnerschaft, KOM (2008) 823 endgültig, vom 3. 12. 2008, Seite 2. Online: >http://eeas.europa.eu/eastern/docs/com08_823_de.pdf< Zugriff 13. 4. 2011.

197 EU gibt grünes Licht für Östliche Partnerschaft. Online in: ><http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2009/05/2009-05-07-eu-oestliche-partnerschaft.html>< Zugriff 13. 4. 2011.

198 Seite der östlichen Partnerschaft Online: >http://eeas.europa.eu/eastern/index_en.htm< Zugriff 13. 4. 2011.

199 European Instrument for Democracy & Human Rights (EIDHR) in: >http://ec.europa.eu/europeaid/how/finance/eidhr_en.htm< Zugriff 10. 12. 2009.

200 ENPI ersetzt die Programme MEDA (für die Mittelmeerländer) und TACIS (östlichen Nachbarländer). Das ENPI hat für den Zeitraum 2007 bis 2013 12 Mrd. Euro zur Verfügung. Artikel 29. Verordnung (EG) Nr. 1638/2006. Online in: >http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/oj_l310_de.pdf< Zugriff 11. 4. 2010.

der Europäischen Union ausmachten. Die schwächsten Handelspartner sind Georgien (102. Platz), Armenien (114. Platz) und die Palästinensischen Gebiete (168. Platz).²⁰¹

Abbildung 5

Handelsbeziehungen der EU mit den Staaten der ENP

ENP Staaten	Platz unter den Handelspartnern der EU	Platz der EU unter den Handelspartnern
Algerien	19	1
Armenien	114	1
Aserbaidshan	63	1
Weißrussland	45	2
Ägypten	33	1
Georgien	102	1
Israel	23	1
Jordanien	65	1
Libanon	54	1
Libyen	27	1
Moldawien	83	1
Marokko	28	1
Palästinensische Behörde	168	K.A.
Syrien	47	1
Tunesien	30	1
Ukraine	26	1

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an: „Handelsströme in der Nachbarschaftsregion (2004)“
Europäische Kommission, GD TRADE²⁰²

Zusammenfassung zur ENP

Der systematische Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen, die Verbesserung der Infrastrukturen und die Vereinheitlichung der Normen führten zur Stärkung der Bindungen des Zentrums an die Peripherie. Bindungen, die auf der Grundlage wechselseitiger Abhängigkeit aufgebaut sind. Ein Spill Over Effekt ist hier auch zu beobachten: Zwischen 2004 und 2008 wurden zahlreiche Nebengebiete der Wirtschaft wie Bankverwaltung, Grenz- und Zollkontrolle, Polizei und Justiz, Verkehr und Kommunikation, um nur einiges zu nennen, in die Aktionspläne hineingezogen. Auch wenn der Erfolg bescheiden bleibt, ein positiver Trend ist leicht auszumachen.²⁰³

Ein Sog-Effekt, von der Peripherie ausgehend, drückt sich an Hand mehrerer Beispiele aus. So haben mehrere Staaten um die Intensivierung der Beziehungen mit der Europäischen

201 Handelsströme in der Nachbarschaftsregion (2004), Europäische Kommission, GD TRADE. Online in: >http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/information/enp_brochure_de.pdf< S. 29. Zugriff 12. 4. 2010.

202 Online in >http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/information/enp_brochure_de.pdf< S. 27. Zugriff 12. 4. 2010.

203 Ausführlich in der Mitteilung der Kommission an das Parlament und den Rat zur ENP für das Jahr 2008. KOM (2009) 188. Online in: > http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/progress2009/com09_188_de.pdf< Zugriff 12. 4. 2010.

Union ersucht. Die Verhandlungen über Assoziierungsabkommen mit Syrien und Algerien haben Fortschritte gemacht.²⁰⁴

Die passive Außenpolitik setzt sich hier, wie im Barcelona-Prozess, fort. Die Europäische Union war in der Lage ein regionales Programm für das Schwarze Meer zu organisieren und zu finanzieren, konnte aber kaum etwas tun, um den russisch-georgischen Krieg im August 2008 zu verhindern. Ähnliches ist zu beobachten im Nahen Osten. Die Europäische Union finanziert Aktionspläne sowohl in Israel als auch in den palästinensischen Gebieten, konnte aber weder die militärischen Operation der israelischen Armee in Gaza zur Weihnachten 2008 verhindern noch die Lage der Menschenrechte auf beiden Seiten des Konflikts verbessern.

4.4.3 Die Union für den Mittelmeerraum 2008

Die Union für den Mittelmeerraum 2008 bildet die dritte Kooperationsform dieser Gruppe. Sie ist das Produkt der französischen Bemühungen unter Sarkozy die Beziehungen Frankreichs im Mittelmeer zu stärken, die deutsche Dominanz im Osten zu kompensieren und das entstandene Vakuum nach der Schwächung der amerikanischen Außenpolitik im Mittelmeer zu füllen. In Frankreich war das Jahr 2007 von den Nachwirkungen der Unruhen in den Vorstädten von Paris 2006, von verstärktem Islamismus und von Fremdenfeindlichkeit stark geprägt. Dazu kamen auch Fragen der Energiepolitik, der Sicherung der südlichen Grenzen, und die Problematik der unkontrollierten Einwanderung aus Afrika.²⁰⁵

Alle diese Fragen bewogen Nicolas Sarkozy im Februar 2007, noch im Wahlkampf, die Idee einer Mittelmeerunion vorzuschlagen. Die wichtigsten Ziele der neuen Union sollten sein:

- 1) Eine gemeinsame Migrationspolitik.
- 2) Eine gemeinsame Umweltschutzpolitik für das Mittelmeer.
- 3) Die Förderung der wirtschaftlichen und technologischen Entwicklung in der Region.
- 4) Gemeinsame Politik zur Bekämpfung von Terrorismus, Kriminalität und Korruption.

Institutionell sollte die Union durch regelmäßige Treffen der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten, nach dem Vorbild der G 8, ausgestaltet werden. Weiteres schlug Sarkozy die Gründung einer Mediterranen Investitionsbank nach dem Vorbild der Europäischen Investitionsbank vor. Auf militärischer Ebene schlug Sarkozy die Bildung eines kollektiven Sicherheitssystems für die Unionsmitglieder vor.²⁰⁶

Sicher haben die positiven Erfahrungen mit der europäischen Integration in den 1950er und 1960er Jahren die Pläne Sarkozys stark geprägt. Er nahm die Montanunion als Vorbild, als er

204 Ibid.

205 Vgl. Schneider 2008: 1.

206 Ibid.

Anfang Dezember 2007 Ähnliches mit Algerien vorschlug. Frankreich und Algerien sollen gemeinsam den Bau einer Mittelmeerunion forcieren.²⁰⁷

Außerhalb der OECD sei Algerien nach China der wichtigste Handelspartner Frankreichs, Frankreich beziehe 16% der Gasversorgung aus Algerien, so Sarkozy in einer Rede in Algier Ende 2007.²⁰⁸

Die neue Politik Sarkozys in Nordafrika rief Reaktionen der anderen EU Staaten hervor. Vor allem Deutschland sah hier Gefahren für eine Spaltung der Europäischen Union. Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel meinte, die Interessen Deutschlands seien mehr in Mittel- und Osteuropa und die Interessen Frankreichs seien mehr in Nordafrika gelagert. Die weitere Entwicklung dieses Zustandes würde den Zerfall der Europäischen Union in ihrem Kernbereich bedeuten. Die 500 Millionen Europäer sollten *ihre Interessen gemeinsam formulieren*.²⁰⁹

Im März 2008 kam es zur Einigung der zwei Positionen und zum Beschluss des Rates in Brüssel am 13. und 14. März 2008, wonach die Kommission aufgefordert wird, bis Juli 2008, *die notwendigen Vorschläge für eine Union für den Mittelmeerraum zu unterbreiten*.²¹⁰

Die Kommission antwortete im Mai 2008 mit dem Vorschlag, eine Union von 44 Staaten solle unter der französischen Ratspräsidentschaft am 13. Juli 2008 in Paris ins Leben gerufen werden.²¹¹

Libyen lehnte die Mitgliedschaft in der neuen Union mit der Begründung ab, diese würde die Probleme der Region nicht lösen, sondern zielen eher auf die Spaltung der vorhandenen arabischen und afrikanischen Organisationen.²¹² Ein weiteres Problem war die Stellung der Türkei. Nach Sarkozys Plänen galt die Mitgliedschaft der Türkei in der Mittelmeerunion als eine Alternative zum EU Beitritt. Die Türkei lehnte diese Idee ab. Erst nachdem der Türkei eine Garantie geboten wurde, dass die Mitgliedschaft in der Mittelmeerunion die Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union nicht beeinträchtigen würde, erklärte sich Ankara zur Teilnahme an der Mittelmeerunion bereit.²¹³

207 Sarkozy in Algerien 3. 12. 2007. Ausführlich in:

><http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,521585,00.html>< Zugriff 10. 12. 2009.

208 Nicolas Sarkozy in Algier am 3. 12. 2007. Online in:

> http://test.botschaft-frankreich.de/IMG/Sarkozy_Algerie_discours_entrepreneurs_4.12.07.pdf< Zugriff 10. 12. 2009.

209 Merkel warnt vor Spaltung Europas, 5. 12. 2007 in:

><http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,521585,00.html>< Zugriff 12. 12. 2009.

210 Europäischer Rat, ER (2008).

211 Die 44 Staaten wären, die EU 27, die zehn Staaten des Barcelona-Prozesses, Libyen, Mauretanien, Albanien, Montenegro, Bosnien-Herzegowina, Kroatien und Monaco. KOM (2008) 319 endgültig, Artikel 17: 4.

212 BBC World News 11. 7. 2008.

213 Pfeifer 2008.

Abbildung 6



Union für den Mittelmeerraum 2008. Ohne Libyen.²¹⁴

Schließlich wurde in Paris am 13. Juli 2008 die *Union für den Mittelmeerraum* ohne Libyen ins Leben gerufen. Auffallend war die Zahl der anwesenden Organisationen. Neben den Vereinten Nationen waren Repräsentanten der Arabischen Liga (22 Staaten), der Afrikanischen Union (53 Staaten), der Organisation der islamischen Konferenz (57 Staaten), des Golf-Kooperationsrates (6 Staaten) und der arabischen Maghrebunion (5 Staaten) anwesend. Weitere Teilnehmer waren die Vertreter der afrikanischen Entwicklungsbank, der europäischen Investitionsbank und der Weltbank.²¹⁵

Die Gipfelteilnehmer waren am Erfolg des Treffens interessiert. Sie verloren keine Zeit für Diskussionen über politische Reformen, Demokratisierung oder Menschenrechte. Warum soll man die wichtigsten Verbündeten der Peripherie jetzt ärgern? Auch Erwartungen wie ernsthafte Beiträge zur Konfliktlösung im Nahen Osten wurden rechtzeitig reduziert. Die noch zu Weihnachten 2008 durchgeführte israelische militärische Aktion *gegossenes Blei* in Gaza mit 1400 Gefallenen war die Bestätigung für die bedeutungslose Rolle der Mittelmeerunion in diesem Konflikt.

Beim Treffen der Außenminister der Mittelmeerunion in Marseille im November 2008 wurde unter anderem der neue Name *Union für den Mittelmeerraum* und Barcelona als Sitz für das Generalsekretariat beschlossen.²¹⁶

Hier ist es wichtig zu bemerken, dass diese zweite und erweiterte Auflage des Barcelona-Prozesses ein Phänomen zum Ausdruck bringt: Ein Zentrum versucht die Bindungen zu seiner

214 Karte aus >http://de.wikipedia.org/wiki/Union_f%C3%BCr_das_Mittelmeer< Zugriff 14. 4. 2011.

215 Euromed (2008 a): 6.

216 Euromed (2008 b): 1.

Peripherie zu aktivieren. Die weiteren Entwicklungen sind noch offen. Die ENP hat zwischen 2004 und 2008 zahlreiche wirtschaftliche und kommunikative Kooperationsstrukturen geschaffen. Die Union für den Mittelmeerraum 2008 kann diese Strukturen erweitern und ausbauen. Ein Spill Over Effekt ist nicht ausgeschlossen.

4.4.4 Zusammenfassung zur vierten Gruppe

Die Verträge dieser Gruppe sind Produkte der Ausdehnung der Union und das Ergebnis der wirtschaftlichen Akkumulation. Die Sicherung der Energiezufuhr nach Europa und der Absatzmärkte für die europäischen Produkte stehen hier im Zentrum.

Nach dem Fall der Mauer und dem Ende des Kalten Krieges entstand sowohl im Osten als auch im Süden des europäischen Kontinents ein Vakuum. Das Zentrum versuchte auf Grund der neuen geopolitischen Lage seine Beziehungen mit der Peripherie zu reorganisieren.

Der Barcelonaprozess 1995 hatte einerseits die Aufgabe, die Partnerstaaten mit der Europäischen Union so zu binden, dass Integrationsprozesse mit Spill Over Effekt möglich gemacht werden. Andererseits sollten die außenpolitischen- und Sicherheitsinteressen der Europäischen Union geschützt werden.

Diesem Vorhaben standen zahlreiche Hindernisse gegenüber. Die totalitären Regime im Süden, die prinzipiell gegen jede politische Reform sind, regionale Konflikte mit kaum Aussichten auf Entspannung (der arabisch-israelische Konflikt, die palästinensische Intifada 2002, der Irakkrieg 2003) und eine Welle von politisch-religiös motivierten Terroranschlägen (11. September 2001, Madrid 2003, London 2005), gekoppelt mit einer kurzsichtigen und interessenorientierten Politik des Zentrums, führten zur Stilllegung des Barcelona-Prozesses.

Nach der Erweiterung der Europäischen Union auf 25 Staaten im Jahre 2004 war eine neue Organisation notwendig, um die Beziehungen mit den neuen östlichen und den alten südlichen Nachbarn in einem aktuellen Rahmen zu erfassen. Die ENP 2004 sollte unter Berücksichtigung der negativen Erfahrungen des Barcelona-Prozesses diese Funktion erfüllen. Die europäische Nachbarschaftspolitik unterscheidet formal und inhaltlich zwischen östlichen und südlichen Nachbarn.²¹⁷ Die wirtschaftliche Integration und Vereinheitlichung der Normen verliefen schneller als die politischen Reformen, Demokratisierung oder Verbesserung der Lage der Menschenrechte.

Im Jahre 2007 zeigte Frankreich unter der Führung Sarkozy neue Bemühungen im Norden Afrikas. Das, was wie eine Wiederbelebung des französischen Kolonialismus anmutete, war

²¹⁷ Ein Vergleich der Aktionspläne zeigt, dass die Lage der Menschenrechte und die politischen Reformen im Osten besser positioniert sind als im Süden. Die Verträge im Osten heißen Partnerschafts- und Kooperationsabkommen, im Süden Assoziierungsabkommen.

nichts anderes als der Versuch Frankreichs, im Süden für sich das durchzusetzen, was im Osten nicht möglich war. Das Ziel war, bessere Beziehungen mit Nordafrika aufzubauen und auf diese Weise die deutsche Dominanz im Osten zu kompensieren. Diese Politik wurde von Deutschland und anderen EU Mitgliedern scharf kritisiert. Nach Beseitigung der innereuropäischen Differenzen wurde die Wiederbelebung des Barcelona-Prozesses im Jahr 2008 beschlossen.

Die Politik der europäischen Verträge des Barcelona-Prozesses, der ENP und der Union für den Mittelmeerraum sind durch folgende Merkmale gekennzeichnet:

- 1) Ein Zentrums-Peripherie Verhältnis.
- 2) Eine vorwiegend interessenorientierte auf Kosten eine prinzipienorientierte Politik.
- 3) Bilaterale Bindung des Zentrums zu den einzelnen Staaten auf Kosten regionaler Projekte.
- 4) Differenzierte Beziehungen zwischen östlichen und südlichen Staaten. Im Osten ist es eine Politik der Kontinuität der Osterweiterung. Im Süden eine Politik der Sicherung der Energielieferungen und der Pufferzonen.

4.5 Fazit zur gesamteuropäischen Gemeinschaft

Die Organisationen, Verträge und Konventionen nach 1945 haben zur Bildung einer gesamteuropäischen Gemeinschaft geführt. Die Leitmotive und Funktionen dieser Gemeinschaft decken eine breite Fläche von Politikfeldern und Interessen ab. Wir können von einer gesamteuropäischen Gemeinschaft ausgehen, die sich im Laufe der letzten 60 Jahre über einem Netzwerk von Suborganisationen aufgebaut hat. Ein Netzwerk von politischen, wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben wurde dadurch ins Leben gerufen und trug zu wirtschaftlichem Wachstum, zur Friedenssicherung und zur Demokratisierung Europas bei.

Im Kern der gesamteuropäischen Gemeinschaft steht die Europäische Union, als Ergebnis der gleichzeitigen Mitgliedschaft ihrer Mitgliedsstaaten in den anderen Organisationen. So sind die 27 Staaten der EU Vertragspartner des Europarats und haben seine Konventionen und Protokolle unterzeichnet. Sie sind auch Unterzeichner der Helsinki-Akte 1975 sowie der Pariser-Charta 1990. 21 von den 28 NATO Mitgliedern sind gleichzeitig EU Mitglieder.²¹⁸

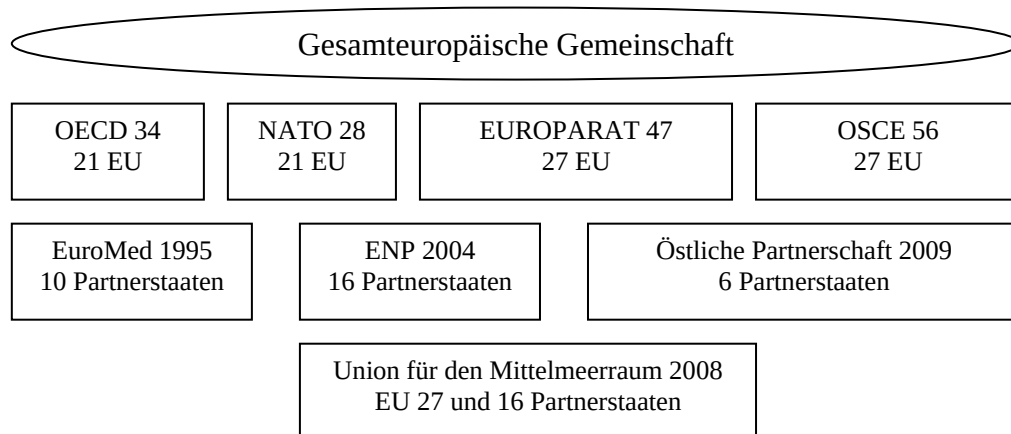
Ähnliches gilt für die OECD. 21 von 34 Mitgliedern der Organisation sind EU Staaten.

Gleichzeitig stellt die gesamteuropäische Gemeinschaft, kein in sich geschlossenes System dar. Durch die externen Beziehungen, Verträge und Abkommens mit den südlichen und

²¹⁸ Österreich, Schweden, Finnland, Irland, Malta und Zypern sind keine NATO Mitglieder. Vgl. >http://www.nato.int/cps/en/SID-D088BF63-0CEE43D/natolive/nato_countries.htm< Zugriff 13. 4. 2011.

östlichen Nachbarstaaten erstreckt sich ihr Wirkungsbereich weit über die kontinentalen Grenzen Europas hinaus.

Abbildung 7



Quelle: Eigene Darstellung.

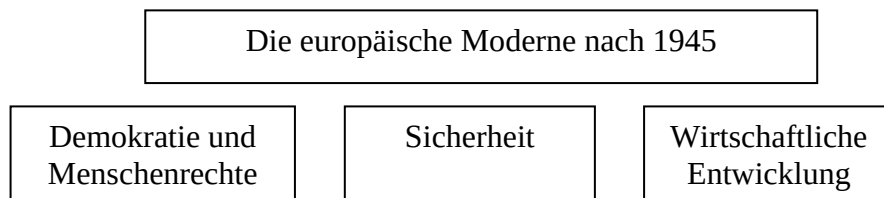
5. Die politischen Prinzipien der europäischen Moderne nach 1945

Die europäischen Organisationen und Verträge nach 1945 haben zur Sicherung Europas, zur Stabilisierung der politischen Verhältnisse mit den Nachbarstaaten und zur Entstehung der Europäischen Union mit 27 Mitgliedstaaten geführt. Gleichzeitig führte die Arbeit zahlreicher Kommissionen, Wissenschaftler und Juristen zur Entwicklung von Normen, Verhaltensmustern und Leitlinien, die fast jeden Bereich des täglichen Lebens regeln. Das Ergebnis ist eine neue europäische Moderne, die auf drei Hauptfundamente aufgebaut ist:

- 1) Sicherheit.
- 2) Wirtschaftliche Entwicklung.
- 3) Demokratie und Menschenrechte.

Ohne Sicherheit funktioniert keine Gemeinschaft. Ohne eine stabile Gemeinschaftsordnung gibt es keine wirtschaftliche Entwicklung, die wiederum von einer gerechten Wirtschaftsordnung abhängig ist. Eine Gemeinschaft kann sich ohne die Sicherung der Grundrechte und Grundfreiheiten ihrer Menschen auf Dauer weder entwickeln, noch kann sie sicher sein. Die Entwicklung der europäischen politischen Prinzipien zielte auf die Sicherung diese drei Bereiche.

Abbildung 8



Quelle: Eigene Darstellung.

Diese Komponenten sind die Hauptelemente eines offenen Prozesses. Die wirtschaftliche Integration war notwendig um den Aufbau Europas nach dem Zweiten Weltkrieg zu erleichtern. Die Sicherheitsmaßnahmen sollten einen neuen Krieg verhindern und die Basis für wirtschaftliche Interaktionen schaffen. Der Demokratisierungsprozess sollte dem gesamten Netzwerk einen politischen Rahmen geben.

Warum in einem offenen Prozess?

Weil, und das ist ein Merkmal der europäischen Moderne, keiner dieser drei Bereiche je den Stillstand gekannt hat. Ein ununterbrochener Integrationsprozess wurde stets von zahlreichen Reformen und Erneuerungen begleitet. Es gibt kaum eine Phase in der Geschichte der europäischen Integration, die durch wirtschaftliche oder politische Stagnation gekennzeichnet war. In den 1960er Jahren, als ein großes Land wie Frankreich sich quer legte, waren die kleinen, wie beispielsweise die Benelux-Staaten, am aktivsten. Nach 1989 wurden in Westeuropa zwei Wellen nebeneinander los gelassen. Die Erste suchte den besten Weg, das

Erbe der Sowjets wirtschaftlich und politisch zu übernehmen. Die Zweite suchte nach den richtigen Maßnahmen, um den Besitzstand der Union zu schützen. Nach der Ablehnung des Verfassungsvertrags durch Frankreich und die Niederlande im Jahr 2004 war die Enttäuschung bei den *Europäern* groß, wie auch bei den Bemühungen danach, sich aus der Krisensituation herauszuhalten. Ähnliches beobachten wir nach dem *Nein* der Iren zum Reformvertrag 2008 und die Kompromissbereitschaft der *anderen*, um die Gemeinschaft doch durch einen neuen Vertrag aufrechtzuerhalten.

5.1 Der Schwungradeneffekt

Was ist das für ein Motor, der das System in Bewegung hält? Die Antwort ist in der Mechanik leichter zu finden: Dort, wo die Dinge sich bewegen, entsteht eine Nebenkraft, die nicht spürbar ist. Versucht man aber die beweglichen Dinge zu stoppen, kommt diese Kraft zum Vorschein. Setzt man ein Schwungrad in Bewegung, entsteht Energie. Diese ist ein Produkt des Zusammenwirkens von Masse und Geschwindigkeit. Das Ergebnis wird im Rad gespeichert und leistet Widerstand, wenn eine äußere Kraft versucht, das Rad zu stoppen.

Die politischen und wirtschaftlichen Interaktionen finden in einem aus mehreren Teilen bestehenden Netzwerk statt. Die Interaktionen erzeugen eine Nebenkraft oder eine Dynamik, die sich proportional zur Intensität und Reichweite der Interaktionen verhält. Wird ein Element im Netzwerk langsam oder versucht es den Prozess zu verlassen, kommt die Nebenkraft zum Vorschein und verhindert sein Aussteigen.

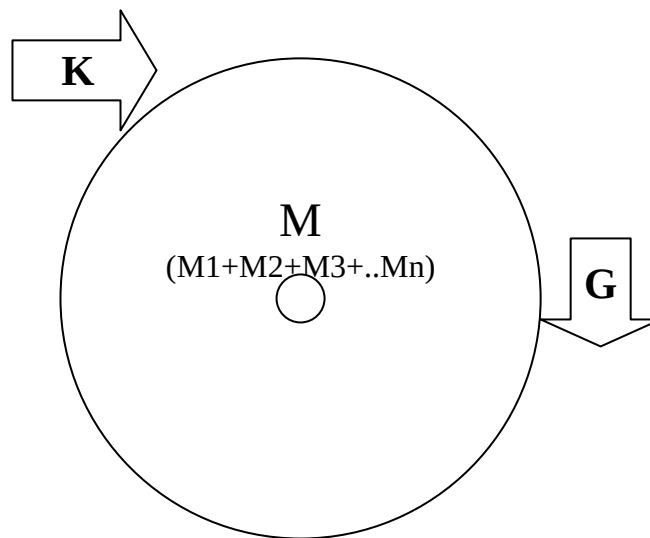
Die politischen und demokratischen Reformen dienen vor allem dem Zweck, dem Schwungrad neue Impulse zu geben. Die dadurch gewonnene Energie wird auf alle Teile des Netzwerkes übertragen und gespeichert. Sie trägt zur Kontinuität und Stabilität des Systems bei.

Die politischen Reformen sind ein Indikator für eine lebendige und bewegliche Gemeinschaft. Der europäische Integrationsprozess hat einen Schwungradeneffekt, der neue Kohäsionskräfte erzeugt. Parallel dazu setzte sich das Rad der Prinzipiengemeinschaft in Bewegung. Neue Normen, Regeln und Verhaltensmustern wirken wie Impulse, die neue Energien erzeugen, verteilen und speichern und so zur Prinzipien- und Normenentwicklung beitragen.

Entscheidend für die Kontinuität der Drehung des Rades ist die genaue Zentralisierung der Achse. Eine Verschiebung des Zentrums würde die Stabilität der Bewegung negativ beeinflussen. Im Prinzipien- und Normenentwicklungsprozess ist es von essentieller Bedeutung, dass ein stabiles und neutrales Zentrum den Prozess kontrolliert. Würde ein Mitgliedstaat versuchen, aus nationalstaatlichen Überlegungen, das Zentrum zu seinen

Gunsten zu verschieben (Frankreich oder Deutschland), würde das die Stabilität und die Kontinuität des gesamten Netzwerkes enorm gefährden.

Abbildung 9



Quelle: Eigene Darstellung.

- K: Die Initiale Kraft, die das Rad in Bewegung setzt (Die ersten Verträge und Konventionen.)
- G: Die dadurch erzeugte Geschwindigkeit (Der Grad der Bereitschaft der Mitglieder, die Normen und Prinzipien in Politiken umzusetzen)
- M: Die Masse des Rades. $(M1+M2+M3)$ (Die Summe der Normen und Prinzipien, die mit der Zeit zunehmen)
- E: Die durch die Bewegung der Masse des Rades gewonnene und gespeicherte kinetische Energie. (Jene Energie, die dafür sorgt, dass kein Mitglied langsam wird oder aus der Gemeinschaft aussteigt.)²¹⁹

Dazu kommt noch, dass die Erreichung und die Festlegung der äußeren Grenzen der jetzigen EU 27 keinesfalls die Limitierung der Wirkkraft einer Prinzipiengemeinschaft bedeuten würde. Ihr Schwungrad ist in Bewegung und es gibt kein Anzeichen einer Stagnation.

Anders gedacht: Das Endziel auf dem Weg zur Prinzipiengemeinschaft der europäischen Moderne ist noch nicht in Sicht.

Die Impulse auf dem Schwungrad der Prinzipiengemeinschaft kommen nicht nur von den neuen Reformen und Konventionen. Die Defizite im Integrationssystem, wie die wirtschaftlichen Krisen oder die faschistischen Tendenzen, zeigen ähnliche Wirkungen. So haben in Österreich im Jahr 2000 die Beteiligung der FPÖ in einer Koalitionsregierung mit der ÖVP sowie die darauf folgenden Sanktionen der EU 14 zu heftigen Debatten über die europäischen Werte und den antifaschistischen Gehalt des europäischen politischen Systems

²¹⁹ Im mechanischen Teil ist die Energie durch die Gleichung $(E= 0.5 M * G^2)$ messbar. Die Messeinheiten sind Gramm, Zentimeter und Sekunde. Die Messeinheiten im Schwungrad der Prinzipiengemeinschaft müssen erst erfunden werden.

geführt. Ähnliche Reaktionen haben wir nach der wirtschaftlichen Krise in Griechenland 2010 in Zusammenhang mit dem Solidaritätsprinzip beobachtet.

Zusammengefasst kann folgendes festgehalten werden:

- 1) Der Integrationsprozess ist auf dem wirtschaftlichen Sockel aufgebaut und besitzt einen Schwungradeffekt, der die Bindungskräfte innerhalb der Gemeinschaft stärkt und sie zusammenhält.
- 2) Die wirtschaftlichen Beziehungen allein gewähren keine Garantie für eine stabile und dauerhafte Gemeinschaft.
- 3) Nur die politische Befestigung durch ein Netzwerk aus Prinzipien und Normen kann solche Garantien bieten.
- 4) Die genaue Definition des politischen Netzwerkes kann durch die Auflistung der politischen Prinzipien der europäischen Moderne nach 1945 erreicht werden.
- 5) Der Prozess der Prinzipien- und Normentwicklung startete mit dem Integrationsprozess zusammen und hat seinen eigenen Schwungradeffekt, der die Gemeinschaft durch gemeinsame Prinzipien zusammenhält.
- 6) Beide Prozesse, der Integrationsprozess und der Prinzipienentwicklungsprozess sind offene Systeme. Die beiden Schwungräder sind noch in Bewegung.

In dem hier behandelten Teil wird versucht, die politischen Prinzipien und Normen der europäischen Moderne nach 1945 in einem Katalog zusammenzufassen. Die Fokussierung betrifft die Konventionen und Verträge, die von den 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union unterzeichnet und zum größten Teil ratifiziert wurden. Es geht also primär um die politischen Prinzipien, die in einem Prinzipienkatalog der Europäischen Union ihren Ausdruck finden würden. Das ist ein Produkt der gleichzeitigen Mitgliedschaft der Staaten der EU 27 im Europarat und in der KSZE. Alle Staaten der EU 27 sind Mitglieder der Konventionen und Vertragspartner des Europarates und haben die Helsinki-Akte 1975 unterzeichnet.²²⁰

Die Staaten der EU 27 sind auch der Erfüllung der Kopenhagener Kriterien von 1993 verpflichtet. Die Leitlinien dieser Kriterien beschreiben nicht nur die wirtschaftlichen Bedingungen zur Mitgliedschaft, sondern halten auch die politischen und demokratischen Eigenschaften und Merkmale der Europäischen Union fest. Und schließlich bekam die EU durch die Rechtsverbindlichkeit der Charta der Grundrechte der Europäischen Union ab dem 1. Dezember 2009 ein zusätzliches Paket von Normen und Grundsätzen.

²²⁰ Siehe Anhang 4.

Die Summierung dieser Normen und Leitlinien würde zur Bildung des angestrebten Prinzipienkatalogs der europäischen Union führen. Das Ziel dieses Vorhabens ist es, das Prinzipiensystem der Europäischen Union sichtbar und lesbar zu machen.

Anderes formuliert: Die Hauptfunktion des Prinzipienkatalogs ist es, die viel zitierte *Wertegemeinschaft der Europäischen Union* in politischen Prinzipien zu entziffern.

5.2 Der Prinzipienkatalog

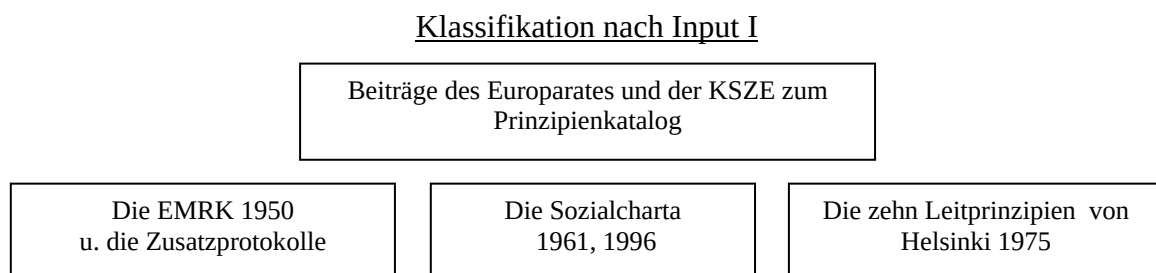
Das Ergebnis der Bemühungen der europäischen Organisationen um die Befestigung, Konsolidierung und Vereinheitlichung ihrer Ziele und Leitlinien war eine Ansammlung von Normen und Grundregeln, die vor allem schriftlich fixiert und mit der Zeit genau definiert wurden. Wir können jetzt von einem Prinzipienkatalog reden, der parallel mit der Geschichte der europäischen Integration entstanden ist. Ein Baukonstrukt des Katalogs kann durch Zerlegung und nähere Betrachtung seiner Bestandteile, Entstehungszusammenhänge und Auswirkungen sichtbar gemacht werden. Die Klassifizierung der Bestandteile nach Input und Typus dient hier vor allem dem Zweck, den Inhalt systematisch zu erfassen.

Zwei voneinander getrennte Hauptgruppen haben zur Entstehung des Katalogs beigetragen:

Die erste Gruppe ist die des Europarates und der KSZE: Input I

Die wichtigsten Errungenschaften dieser Gruppe sind die EMRK, die Sozialcharta und die Akte von Helsinki 1975.

Abbildung 10



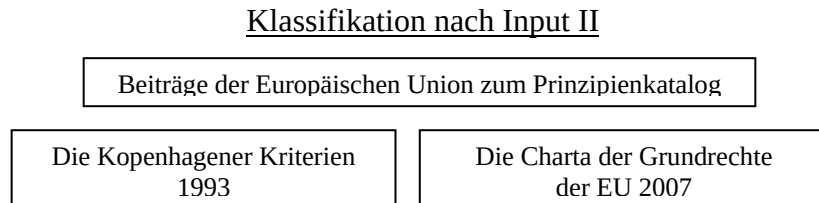
Quelle: Eigene Darstellung.

Die zweite Gruppe ist die der Europäischen Union: Input II

Die Beiträge der Europäischen Union zur Entstehung des Prinzipienkatalogs umfassen die drei Bereiche der europäischen Moderne nach 1945. Vor allem aber haben die Kopenhagener Kriterien bei der Vereinheitlichung und Definierung der politischen Prinzipien eine entscheidende Rolle gespielt. Sie waren das Hauptmessinstrument der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in den Staaten Osteuropas nach 1992 und führten zu zahlreichen Reformen mit dem Ziel - ohne den Besitzstand zu verlieren - die osteuropäischen Staaten in

die Europäische Union aufzunehmen. Der zweite Beitrag der Europäischen Union zum Prinzipienkatalog wurde durch die Charta der Grundrechte geleistet.

Abbildung 11

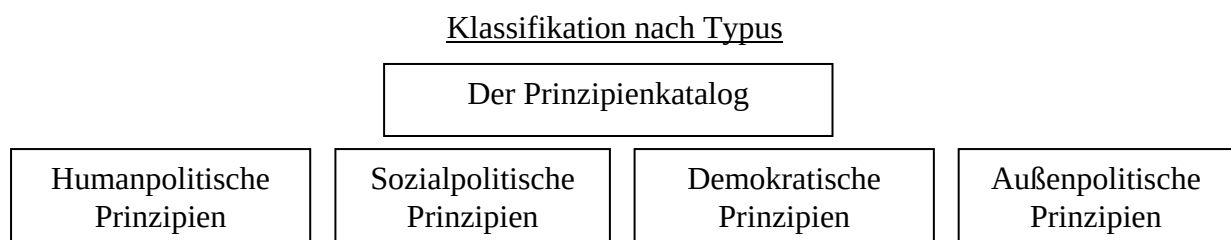


Quelle: Eigene Darstellung.

Die zweite Klassifizierung im Prinzipienkatalog bezieht sich auf den Typus der Normen. Dieser umfasst vier Bereiche:

- 1) Ein individueller Bereich: Die humanpolitischen Prinzipien. Im Zentrum stehen hier die Grundrechte und Freiheiten des Individuums, die von der Gemeinschaft garantiert und zugesichert werden.
- 2) Ein gesellschaftlicher Bereich: Die sozialpolitischen Prinzipien. Dieser umfasst die Normen und Leitlinien zur Regelung der Lebens-, Arbeits- und sozialen Verhältnisse.
- 3) Ein demokratischer Bereich: Die demokratischen Prinzipien. Dieser betrifft jene politischen Reformen, die notwendig sind, um die westlichen demokratischen Standards der Europäischen Union zu übernehmen.
- 4) Ein zwischenstaatlicher Bereich: Die außenpolitischen Prinzipien. Hier wurden die Leitlinien und Grundsätze der internationalen Kooperation gezeichnet.

Abbildung 12



Quelle: Eigene Darstellung

Die Gemeinschaft wurde nicht nur auf den supranationalen Organisationen aufgebaut, sondern sie ist auch das Produkt der Vernetzung der verschiedenen sozialen Gruppen in einem größeren gesamteuropäischen Netzwerk. Das Hauptelement und zugleich der Grundbaustein dieser Netzwerke ist und bleibt das Individuum. Deshalb war es ein Hauptanliegen der europäischen Moderne nach 1945, aufgrund der Erfahrungen der zwei Weltkriege, die Grundrechte des Individuums genau zu definieren und Maßnahmen zu treffen, um sie zu schützen. Ein freies Individuum, das Rechte und Pflichten hat, ist die Grundvoraussetzung zur

Entstehung einer freien und dauerhaft stabilen Gemeinschaft. Eine weitere Ebene ist die demokratischpolitische Ebene. Ein demokratisches System kann nur dauerhaft funktionieren, wenn die Grundrechte des Individuums gesichert sind. Ein freies Individuum ist deshalb die Garantie dafür, dass totalitäre und faschistische Systeme keinen leichten Zugang zur politischen Macht haben.

Die Definierung und der Schutz der Grundrechte des Individuums begleiteten die Geschichte der europäischen Integration seit 1945 ungebrochen. Diese umfasst drei Hauptbereiche:

- 1) Rechte der Menschen als Lebewesen.
- 2) Rechte der Menschen als Sprach- und Vernunftwesen.
- 3) Rechte der Menschen als Sozial- und Kulturwesen.²²¹

Die Entwicklung der europäischen Normen und Prinzipien in diesem Bereich kann an Hand der Geschichte der EMRK und ihrer Zusatzprotokolle nachvollzogen werden.

5.2.1 Die Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK)

Das erste Fundament zur Entstehung des europäischen Prinzipienkatalogs ist zweifelsohne die EMRK. Die Unterzeichnung der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und der Grundfreiheiten im November 1950 gilt als die Haupterrungenschaft des Europarates. Mit der Konvention wurde zugleich ein wichtiges Instrument mit der Aufgabe geschaffen, die Umsetzung der Konvention zu überwachen: der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg.

In den Jahren danach entwickelte sich die EMRK zum wichtigsten Kriterium der Mitgliedschaft im Europarat. Die Unterzeichnung und die Ratifikation der Konvention galten als die Hauptbeitrittsbedingung zur Organisation. Die Mitglieder des Europarates haben die EMRK im Nationalrecht zu integrieren. Die EMRK ist völkerrechtlich verbindlich.

In einer Anlehnung an die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Generalversammlung der Vereinten Nationen von 10. Dezember 1948 bekräftigten die Mitgliedstaaten des Europarates am 4. November 1950 in Rom die Absicht, die Menschenrechte und Grundfreiheiten zu wahren und zu entwickeln. Dies sei notwendig um eine höheres Ziel zu erreichen, nämlich die europäische Einheit. In der Präambel der Konvention wird weiter die Bedeutung der Menschenrechte als eine Grundlage der Gerechtigkeit und des Friedens in der Welt hervorgehoben. Die Mitgliedstaaten des Europarates waren 1950 - nach zwei Weltkriegen innerhalb einer Generation mit mehr als 60

221 Höfe 2000: 62.

Millionen Toten²²² zur Überzeugung gelangt, dass der Weltfrieden mit drei Hauptfundamenten gesichert werden könne:

- 1) Auf dem demokratischen Fundament, durch die Ausübung der wahrhaften Demokratie.
- 2) Auf dem rechtsstaatlichen Fundament, durch die Sicherung der Herrschaft des Gesetzes.
- 3) Auf dem humanistischen Fundament, durch die Wahrung und Entwicklung der Menschenrechte und Grundfreiheiten.²²³

Die Mitgliedstaaten des Europarates waren sich dessen bewusst, dass eine Konvention in diesem Bereich genau kontrolliert und überwacht werden muss. Die Seriosität der Konvention würde an Hand der Qualität der Kontrolle gemessen werden. Die Lage der Menschenrechte in Europa sollte genau beobachtet werden. Die Konvention bestand deshalb aus zwei Hauptabschnitten:

- 1) Die Rechte und Freiheiten.
- 2) Die Überwachungsgerichtsbarkeit.

5.2.1.1 Rechte und Freiheiten

Im ursprünglichen Text von 1950, im Abschnitt I (Rechte und Freiheiten) wurden folgende Grundprinzipien dokumentiert:

Artikel 1 – Verpflichtung zur Achtung der Menschenrechte durch die Mitgliedstaaten.

Artikel 2 – Recht auf Leben.

Artikel 3 – Verbot der Folter.

Artikel 4 – Verbot der Sklaverei und der Zwangsarbeit.

Artikel 5 – Recht auf Freiheit und Sicherheit.

Artikel 6 – Recht auf ein faires Verfahren.

Artikel 7 – Keine Strafe ohne Gesetz.

Artikel 8 – Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens.

Artikel 9 – Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit.

Artikel 10 – Freiheit der Meinungsäußerung.

Artikel 11 – Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit.

Artikel 12 – Recht auf Eheschließung.

Artikel 13 – Recht auf wirksame Beschwerde.

Artikel 14 – Verbot der Benachteiligung.

²²² Der Erste Weltkrieg allein forderte 8,5 Millionen Todesopfer, 21 Millionen Verwundete, 7,7 Millionen galten als vermisst. Viele der Verwundeten waren Invalide, die aufgrund ihrer Verletzungen bald starben. Der Zweite Weltkrieg forderte 55 Millionen Todesopfer, 35 Millionen Verwundete und 3 Millionen Vermisste. Vgl. Vöclka 2010: 611, Kinder (Hgg.) 2008: 496.

²²³ Vgl. mit der Präambel der EMRK von 1950 in: Konvention 2003: 2.

Artikel 15 – Außerkraftsetzen im Notstandsfall.

Artikel 16 – Beschränkungen der politischen Tätigkeit von Ausländern.²²⁴

Artikel 17 – Verbot des Missbrauchs der Rechte.

Artikel 18 – Begrenzung der Rechtseinschränkungen.²²⁵

5.2.1.2 Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

Abschnitt II der Konvention behandelt die Errichtung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte, seine Aufgaben, die Zusammensetzung, die Zahl der Richter und die Art ihrer Wahl.²²⁶ Im Artikel 34 der Konvention wird ein weiteres Recht der Bürger dem Staat gegenüber zugesichert: das Recht zur Individualbeschwerde. Demnach können Personen, sowie nichtstaatliche Organisation und Gruppen, die sich in ihrem Rechten oder Freiheiten verletzt fühlen, sich beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte beschweren. Die Mitgliedstaaten sind verpflichtet, dieses Recht nicht einzuschränken.²²⁷

5.2.1.3 Zusatzprotokolle der EMRK

Im Zusatzprotokoll vom 20. März 1952 wurde die Konvention durch drei Artikel ergänzt:

Artikel 1 – Schutz des Eigentums.

Artikel 2 – Recht auf Bildung.

In diesem Artikel wurde zusätzlich darauf hingewiesen, dass der Staat verpflichtet sei, die Rechte der Eltern zu achten, *die Erziehung und den Unterricht entsprechend ihren eigenen religiösen und weltanschaulichen Überzeugungen sicherzustellen.*²²⁸

Artikel 3 – Recht auf freie Wahlen.

Dieses Recht wurde genau definiert: Wahlen sollen periodisch, frei und geheim abgehalten werden. Das Volk solle in der Lage sein, seine gesetzgebenden Organe frei wählen zu dürfen.²²⁹

Im Protokoll Nr. 4 zur Konvention vom 16. September 1963 wurde die Sicherung von weiteren Rechten und Freiheiten gewährleistet:

Artikel 1 – Verbot der Freiheitsentziehung wegen Schulden.

Artikel 2 – Freizügigkeit. Freie Wahl des Wohnsitzes.

Artikel 3 – Verbot der Ausweisung eigener Staatsangehöriger.

224 Artikel 16 lässt den Mitgliedstaaten genug Spielraum, um Ausländer von bestimmten Rechten wie Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit auszuschließen.

225 Konvention 2003: 2-7.

226 Konvention 2003: 7f.

227 Artikel 34. Konvention 2003: 9.

228 Artikel 2 des Zusatzprotokolls vom 1952. Konvention 2003: 15.

229 Artikel 3 des Zusatzprotokolls vom 1952. Konvention 2003: 15.

Artikel 4 – Verbot der Kollektivausweisung von Ausländern.

Im Protokoll Nr. 6 zur Konvention vom 28. April 1983 wurde die Todesstrafe abgeschafft. In Artikel 2 hatten Staaten in Ausnahmesituationen wie Kriegszeiten das Recht die Todesstrafe zu verhängen.²³⁰

Im Protokoll Nr. 7 vom 22. November 1984 umfasste die Konvention weitere Bereiche und Personen:

Artikel 1 – Verfahrensrechtliche Schutzvorschriften in Bezug auf die Ausweisung von Ausländern.

Artikel 2 – Rechtsmittel in Strafsachen.

Artikel 3 – Recht auf Entschädigung bei Fehlurteilen.

Artikel 4 – Recht, wegen derselben Strafsache nicht zweimal vor Gericht gestellt oder bestraft zu werden.

Artikel 5 – Gleichberechtigung der Ehegatten.²³¹

Im Protokoll Nr. 12 zur Konvention über das Diskriminierungsverbot vom 4. November 2000 wurde das Recht auf Gleichheit ohne Ausnahme zugesichert. Im Artikel 1 unter dem Titel „Allgemeines Diskriminierungsverbot“ wurden die möglichen Diskriminierungsfelder, nämlich das Geschlecht, die Rasse, die Hautfarbe, die Sprache, die Religion, die politische Anschauung, die nationale oder soziale Herkunft, die Zugehörigkeit zur einer nationalen Minderheit, das Vermögen und die Geburt ausdrücklich verboten.²³²

Hier soll bedacht werden, dass es 60 Jahre gedauert hat, bis die europäischen Staaten sich schriftlich und vertraglich von Überresten des europäischen Faschismus und des Rassenwahns des Nationalsozialismus befreien konnten. Diese Errungenschaft darf nicht den Eindruck erwecken, der europäische Humanismus hat hier gesiegt und die verschiedenen Formen der Diskriminierung wurden endgültig beseitigt. Das anzunehmen wäre voreilig. Richtiger wäre es, wenn wir diese Entwicklung als einen Impuls auf das Schwungrad betrachten und beobachten, wie sich die neue Norm auf das gesamte Netzwerk auswirkt. Es ist eine neu addierte Masse, die die gesamte Masse des Rades vergrößert und dadurch zur Vergrößerung seiner kinetischen Energie beiträgt. Das Ergebnis ist ein neuer qualitativer Zustand, der sich unter anderem in juristischen und verwaltungsmäßigen Reformen ausdrückt. Jene Reformen, die die Mitgliedstaaten durchführen müssen, um sich dem neuen Zustand anzupassen.

Ab dem Zeitpunkt, wo die Gerichte, die Organe der Verwaltung, Arbeitgeber etc. beginnen die neuen Normen und Prinzipien in Rechtsakte und Verhaltensmuster umzusetzen, beginnt

230 Artikel 2 im Protokoll Nr. 6 vom 28. 4. 1983. Konvention 2003: 18.

231 Protokoll Nr. 7 vom 22. 11. 1984. Konvention 2003: 20.

232 Protokoll Nr. 12 vom 4. 11. 2000. Konvention 2003: 22f.

ein neuer langwieriger Prozess, an dessen Ende wir vielleicht vom Sieg des Humanismus reden können. Trotzdem dürfen wir jetzt schon behaupten, dass das Diskriminierungsverbot der EMRK ein neues Selbstverständnis geschaffen hat, das sowohl neue Kohäsionskräfte im Integrationsprozess erzeugte als auch zur weiteren Normen- und Prinzipienentwicklung anregte.

In Protokoll Nr. 13 vom 3. Mai 2002 wurde die Todesstrafe unter allen Umständen abgeschafft.²³³

Die EMRK trat erst am 3. September 1953, nach der Ratifizierung in zehn Staaten, in Kraft. Heute ist die Konvention von allen 47 Staaten des Europarates unterzeichnet, ratifiziert und in Kraft getreten.²³⁴

Die meisten westeuropäischen Staaten haben die Konvention schon 1950 unterzeichnet. Nur die Unterzeichnung allein war die erste Stufe in einem Legalisierungsprozess, bei dem die Institutionen des Nationalstaates den weiteren Verlauf bestimmen. Das Parlament musste die Konvention ratifizieren und den Zeitpunkt des Inkrafttretens bestimmen. Eine Ebene, wo Parteien, Sicherheitsinteressen und Machtverhältnisse innerhalb des Staates sowie externe Faktoren entscheidend mitbestimmend waren. Nach 1989 war die neue Peripherie nach dem Ende der Sowjetunion an wirtschaftlichen und politischen Bindungen mit Westeuropa interessiert. Die Mitgliedschaft im Europarat und die Unterzeichnung der Konvention für Menschenrechte und Grundfreiheiten galten als der erste Passierschein für den Weg in den Westen.

Ein Vergleich der Daten des Europarates in Bezug auf Unterzeichnung, Ratifikation und Inkrafttreten der EMRK in den 47 Mitgliedstaaten verschafft uns einen Überblick über die Bereitschaft der Staaten, die Konvention ins Nationalrecht aufzunehmen.

Abbildung 13

Die Zeit zwischen Unterzeichnung und Inkrafttreten der EMRK

Staaten	Unterzeichnung	Ratifizierung	Inkrafttreten	U-IK
Albanien	13/7/1995	2/10/1996	2/10/1996	1
Andorra	10/11/1994	22/1/1996	22/1/1996	2
Armenien	25/1/2001	26/4/2002	26/4/2002	1
Aserbaidshan	25/1/2001	15/4/2002	15/4/2002	1
Belgien	4/11/1950	14/6/1955	14/6/1955	5
Bosnien u. Herzegowina	24/4/2002	12/7/2002	12/7/2002	1
Bulgarien	7/5/1992	7/9/1992	7/9/1992	1
Dänemark	4/11/1950	13/4/1953	3/9/1953	3
Deutschland	4/11/1950	5/12/1952	3/9/1953	3

233 Protokoll Nr. 13 vom 3. 5. 2002. Konvention 2003: 24f.

234 Seite der EMRK, Online:

><http://www.conventions.coe.int/Treaty/Commun/ChercheSig.asp?NT=005&CM=8&DF=02/05/2010&CL=GER>
R< Zugriff 2. 5. 2010.

Mazedonien	9/11/1995	10/4/1997	10/4/1997	2
Estland	14/5/1993	16/4/1996	16/4/1996	3
Finnland	5/5/1989	10/5/1990	10/5/1990	1
Frankreich	4/11/1950	3/5/1974	3/5/1974	24
Georgien	27/4/1999	20/5/1999	20/5/1999	1
Griechenland	28/11/1950	28/11/1974	28/11/1974	24
Irland	4/11/1950	25/2/1953	3/9/1953	3
Island	4/11/1950	29/6/1953	3/9/1953	3
Italien	4/11/1950	26/10/1955	26/10/1955	5
Kroatien	6/11/1996	5/11/1997	5/11/1997	1
Lettland	10/2/1995	27/6/1997	27/6/1997	2
Liechtenstein	23/11/1978	8/9/1982	8/9/1982	4
Litauen	14/5/1993	20/6/1995	20/6/1995	2
Luxemburg	4/11/1950	3/9/1953	3/9/1953	3
Malta	12/12/1966	23/1/1967	23/1/1967	1
Moldau	13/7/1995	12/9/1997	12/9/1997	2
Monaco	5/10/2004	30/11/2005	30/11/2005	1
Montenegro	3/4/2003	3/3/2004	6/6/2006	3
Niederlande	4/11/1950	31/8/1954	31/8/1954	4
Norwegen	4/11/1950	15/1/1952	3/9/1953	3
Österreich	13/12/1957	3/9/1958	3/9/1958	1
Polen	26/11/1991	19/1/1993	19/1/1993	2
Portugal	22/9/1976	9/11/1978	9/11/1978	2
Rumänien	7/10/1993	20/6/1994	20/6/1994	1
Russland	28/2/1996	5/5/1998	5/5/1998	2
San Marino	16/11/1988	22/3/1989	22/3/1989	1
Schweden	28/11/1950	4/2/1952	3/9/1953	3
Schweiz	21/12/1972	28/11/1974	28/11/1974	2
Serbien	3/4/2003	3/3/2004	3/3/2004	1
Slowakei	21/2/1991	18/3/1992	1/1/1993	2
Slowenien	14/5/1993	28/6/1994	28/6/1994	1
Spanien	24/11/1977	4/10/1979	4/10/1979	2
Tschechien	21/2/1991	18/3/1992	1/1/1993	2
Türkei	4/11/1950	18/5/1954	18/5/1954	4
Ukraine	9/11/1995	11/9/1997	11/9/1997	2
Ungarn	6/11/1990	5/11/1992	5/11/1992	2
Vereinigtes Königreich	4/11/1950	8/3/1951	3/9/1953	3
Zypern	16/12/1961	6/10/1962	6/10/1962	1

Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung in Anlehnung an Daten des Europarates. (FN 241)

Die Zeit, gemessen in Jahren, zwischen Unterzeichnung und Inkrafttreten der Konvention (U-
IK) variiert zwischen einem und 24 Jahren.²³⁵

In 16 Staaten der 47 Vertragspartner der EMRK trat die Konvention innerhalb eines Jahres
nach der Unterzeichnung in Kraft. Mit Ausnahme Österreichs, Finnlands, San Marinos und
Monacos waren alle dieser Staaten osteuropäische Staaten, die dadurch ihre Zugehörigkeit zur

235 Online:

><http://conventions.coe.int/Treaty/Commun/ChercheSig.asp?NT=005&CM=8&DF=19/04/2011&CL=GER><
Zugriff 19. 4. 2011.

gesamteuropäischen Gemeinschaft Ausdruck verleihen wollten. Herfried Münkler beschreibt dieses Phänomen mit Sogeffekt der Peripherie dem Zentrum gegenüber.²³⁶

In Frankreich und Griechenland mussten 24 Jahren vergehen, bis die EMRK in Kraft treten konnte.

5.2.2 Die Europäische Sozialcharta (ESC)

Das Sozialsystem der europäischen Moderne gilt als das am höchsten entwickelte und fortschrittlichste Sozialsystem der Welt. Es ist ein Produkt rationaler Überlegung: Wie kann das Hauptelement der Gemeinschaft, nämlich das Individuum, am besten funktionieren und zur Entwicklung der Gemeinschaft beitragen? In einer wirtschaftlichen Gemeinschaft, wo die Arbeit im Zentrum steht, haben die Arbeitsverhältnisse, die Rechte der Arbeitnehmer und die Pflichten der Wirtschaftsorganisationen gegenüber der Gemeinschaft besondere Bedeutung.

Das Sozialsystem ist unter anderem aufgebaut auf der Stärkung der juristischen Position des Individuums in einem sozialen Netzwerk, das am besten funktioniert, wenn seine Bestandteile, nämlich die Individuen, frei und sozial gesichert sind.

Sowohl der Europarat als auch die EU haben zur Entwicklung der gegenwärtigen europäischen sozialen Normen beigetragen. Stellvertretend für diesen Bereich wird hier die Europäische Sozialcharta des Europarates behandelt. Sie umfasst die Gesamtheit aller sozialen Normen und Prinzipien der europäischen Moderne nach 1945.

5.2.2.1 Die Europäische Sozialcharta 1961

Die erste Fassung wurde 1961 in Turin beschlossen. Sie enthielt einen Katalog von insgesamt 19 grundlegenden wirtschaftlichen und sozialen Rechten der Bürger der Mitgliedstaaten. Diese erfassten die Rechte der Arbeitnehmer wie das Recht auf gerechte, sichere und gesunde Arbeitsbedingungen. Ein weiterer Bereich behandelt die Verpflichtung des Staates den Arbeitnehmern gegenüber, wie die Verpflichtung zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen, die Verpflichtung zur gleichen Behandlung von Frauen und Männern, wie das Recht der Frau auf gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit etc.

Die Europäische Sozialcharta (ESC) trat am 26. Februar 1965, nach der Ratifikation durch fünf Staaten (Großbritannien, Schweden, Norwegen, Irland und Deutschland), in Kraft. Insgesamt haben 32 Staaten die Sozialcharta unterzeichnet, 27 haben sie ratifiziert.²³⁷

Auffallend an der Sozialcharta 1961 war Artikel 34 über den räumlichen Geltungsbereich der Charta:

²³⁶ Münkler 2007: 21.

²³⁷ Vgl. Liste der Mitgliedstaaten der ESC von 1961 im Anhang 2.

*Diese Charta gilt für das Mutterland jeder Vertragspartei. Jede Unterzeichnerregierung kann bei der Unterzeichnung oder der Hinterlegung ihrer Ratifikations- oder Genehmigungsurkunde in einer an den Generalsekretär des Europarats gerichteten Erklärung das Hoheitsgebiet bezeichnen, das in diesem Sinne als Mutterland gilt.*²³⁸

Dieser Artikel berücksichtigte die Wünsche der ehemaligen europäischen Kolonialmächte. Es ist ein Hinweis darauf, dass die Entwicklung des europäischen Humanismus sicher nicht unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges begonnen hat. Es fällt auf, dass noch in der 1960er Jahren einige Mitgliedstaaten des Europarates der Meinung waren, die Sozialcharta solle nur für Engländer, Franzosen, Belgier und Holländer gelten, nicht aber für die Arbeitnehmer in den ehemaligen Kolonien.

5.2.2.2 Die Europäische Sozialcharta 1996

1996 wurde in Straßburg eine neue Fassung der ESC mit neuen Rechten unterzeichnet. Die „revidierte Charta“ enthält insgesamt 31 Grundsätze und soziale Rechte, deren Ausübung garantiert werden soll. Die Charta gilt als ein internationales Abkommen und trat nach der Ratifizierung von mindestens drei Mitgliedstaaten am 1. Juli 1999 in Kraft.²³⁹

Rechte und Grundsätze der ESC 1996

Die 31 Rechte und Grundsätze der (revidierten) Sozialcharta des Europarates lauten im Detail:

- 1) Jedermann muss die Möglichkeit haben, seinen Lebensunterhalt durch eine frei übernommene Tätigkeit zu verdienen.
- 2) Alle Arbeitnehmer haben das Recht auf gerechte Arbeitsbedingungen.
- 3) Alle Arbeitnehmer haben das Recht auf sichere und gesunde Arbeitsbedingungen.
- 4) Alle Arbeitnehmer haben das Recht auf ein gerechtes Arbeitsentgelt, das ihnen und ihren Familien einen angemessenen Lebensstandard sichert.
- 5) Alle Arbeitnehmer und Arbeitgeber haben das Recht auf Freiheit zur Vereinigung in nationalen und internationalen Organisationen zum Schutz ihrer wirtschaftlichen und sozialen Interessen.
- 6) Alle Arbeitnehmer und Arbeitgeber haben das Recht auf Kollektivverhandlungen.

²³⁸ Artikel 34. Abs.1 der ESC von 1961. Online: >

<http://conventions.coe.int/Treaty/ger/Treaties/Html/035.htm> < Zugriff 13. 5. 2010.

²³⁹ Frankreich, Rumänien, Schweden und Slowenien haben die Charta vor 1. 7. 1999 ratifiziert. Bis 1. 5. 2010 haben 29 Staaten die Charta ratifiziert (darunter Albanien, Andorra, Armenien, Aserbaidshan, die Türkei und die Ukraine) gegenüber 16 Staaten, die die Charta unterzeichnet aber noch nicht ratifiziert haben (darunter westliche Staaten wie das Vereinigte Königreich, Spanien, Dänemark, Deutschland und Österreich). Die Schweiz und Liechtenstein haben noch nicht unterzeichnet. Siehe Anhang 3.

- 7) Kinder und Jugendliche haben das Recht auf besonderen Schutz gegen körperliche und sittliche Gefahren, denen sie ausgesetzt sind.
- 8) Arbeitnehmerinnen haben im Fall der Mutterschaft das Recht auf besonderen Schutz.
- 9) Jedermann hat das Recht auf geeignete Möglichkeiten der Berufsberatung, die ihm helfen soll, einen Beruf zu wählen, der seiner persönlichen Eignung und seinen Interessen entspricht.
- 10) Jedermann hat das Recht auf geeignete Möglichkeiten der beruflichen Bildung.
- 11) Jedermann hat das Recht, alle Maßnahmen in Anspruch zu nehmen, die es ihm ermöglichen, sich des besten Gesundheitszustands zu erfreuen, den er erreichen kann.
- 12) Alle Arbeitnehmer und ihre Angehörigen haben das Recht auf soziale Sicherheit.
- 13) Jedermann hat das Recht auf Fürsorge, wenn er keine ausreichenden Mittel hat.
- 14) Jedermann hat das Recht, soziale Dienste in Anspruch zu nehmen.
- 15) Jeder behinderte Mensch hat das Recht auf Eigenständigkeit, soziale Eingliederung und Teilhabe am Leben der Gemeinschaft.
- 16) Die Familie als Grundeinheit der Gesellschaft hat das Recht auf angemessenen sozialen, gesetzlichen und wirtschaftlichen Schutz, der ihre volle Entfaltung zu sichern vermag.
- 17) Kinder und Jugendliche haben das Recht auf angemessenen sozialen, gesetzlichen und wirtschaftlichen Schutz.
- 18) Die Staatsangehörigen einer Vertragspartei haben das Recht, im Hoheitsgebiet jeder anderen Vertragspartei gleichberechtigt mit deren Staatsangehörigen jede Erwerbstätigkeit aufzunehmen, vorbehaltlich von Einschränkungen, die auf triftigen wirtschaftlichen oder sozialen Gründen beruhen.
- 19) Wanderarbeitnehmer, die Staatsangehörige einer Vertragspartei sind, und ihre Familien haben das Recht auf Schutz und Beistand im Hoheitsgebiet jeder anderen Vertragspartei.
- 20) Alle Arbeitnehmer haben das Recht auf Chancengleichheit und Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf ohne Diskriminierung aufgrund des Geschlechts.
- 21) Die Arbeitnehmer haben das Recht auf Unterrichtung und Anhörung im Unternehmen.
- 22) Die Arbeitnehmer haben das Recht auf Beteiligung an der Festlegung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Arbeitsumwelt im Unternehmen.
- 23) Alle älteren Menschen haben das Recht auf sozialen Schutz.
- 24) Alle Arbeitnehmer haben das Recht auf Schutz bei Kündigung.

- 25) Alle Arbeitnehmer haben das Recht auf Schutz ihrer Forderungen bei Zahlungsunfähigkeit ihres Arbeitgebers.
- 26) Alle Arbeitnehmer haben das Recht auf Würde am Arbeitsplatz.
- 27) Alle Personen mit Familienpflichten, die erwerbstätig sind oder erwerbstätig werden wollen, haben das Recht dazu, ohne sich einer Diskriminierung auszusetzen und, soweit dies möglich ist, ohne dass es dadurch zu einem Konflikt zwischen ihren Berufs- und ihren Familienpflichten kommt.
- 28) Die Arbeitnehmervertreter im Betrieb haben das Recht auf Schutz gegen Benachteiligungen und müssen geeignete Erleichterungen erhalten, um ihre Aufgaben wahrzunehmen.
- 29) Alle Arbeitnehmer haben das Recht auf Unterrichtung und Anhörung in den Verfahren bei Massenentlassungen.
- 30) Jedermann hat das Recht auf Schutz gegen Armut und soziale Ausgrenzung.
- 31) Jedermann hat das Recht auf Wohnung.²⁴⁰

Zusammengefasst kann gesagt werden, dass die revidierte Charta einen qualitativen Sprung in der Entwicklung der Prinzipiengemeinschaft darstellt. Die Stärkung des Diskriminierungsverbots, das Recht auf Schutz gegen Armut und soziale Ausgrenzung, das Recht auf Kündigungsschutz und Arbeitslosenunterstützung und das Recht auf Wohnung sind einige Merkmale der Charta und ein Zeichen der Reformfähigkeit der Gemeinschaft. Die Entwicklung der europäischen Gesellschaften, die wirtschaftlichen Krisen und die politischen Umwälzungen machten es notwendig, neue Regeln und Gesetze zu beschließen mit dem Ziel, den sozialen Frieden zu sichern, ohne den keine Gemeinschaft funktionieren kann.

5.2.3 Begleitphänomene der Sozialcharta

Ähnlich wie bei der EMRK war es auch bei der ESC Auffallend, dass die Aufnahmebereitschaft der Charta bei den Mitgliedstaaten differenzierte Geschwindigkeiten aufwies. So waren die neuen Mitglieder des Europarates bei der Ratifikation der Charta relativ schneller als die alten Mitglieder.

Jene Staaten, die bis 1989 Mitglieder des sozialistischen Lagers waren, haben die Sozialcharta in relativ kurzer Zeit unterzeichnet und ratifiziert. Staaten wie Armenien, Georgien, und Aserbaidschan, die von der Europäischen Union im Rahmen der ENP und der östlichen Partnerschaft „reformiert und EU-konform gemacht werden sollen“ waren bei der Ratifikation

240 ESC 1996.

und dem Inkrafttreten der Sozialcharta 1996 schneller als einige Kernstaaten der Europäischen Union, die bis jetzt die Sozialcharta nicht ratifiziert haben.

Insgesamt haben zehn Mitglieder der EU 27 die Sozialcharta noch nicht ratifiziert. Davon die Hälfte der ehemaligen EU 12: (Deutschland, Luxemburg, Dänemark, Griechenland, Großbritannien und Spanien)

Von den Staaten der Erweiterungsrunde 1995 hat Österreich die Sozialcharta noch nicht ratifiziert.

Von den zwölf neuen Mitgliedern der EU nach 2004 haben drei Staaten, Lettland, Polen und Tschechien die Charta nicht ratifiziert.

Auffallend ist auch die Ratifikation der Sozialcharta in Russland und in der Türkei, die oft wegen Verletzung der Menschenrechte oder in Zusammenhang mit Fragen der Gleichheit zwischen Mann und Frau, kritisiert werden.

Woran liegt das?

Die Gründe hinter dem Phänomen sind in jedem Land einzeln zu suchen. Wir können hier aber zwei Hauptgruppen ausmachen:

- 1) Verzögerung aus rein wirtschaftlicher Überlegung. Das Inkrafttreten der Sozialcharta bringt neue Belastungen für die Staatsfinanzen mit sich. Die neuen Rechte, wie das Recht gegen Armut und soziale Ausgrenzung sowie das Recht auf eine Wohnung bedeuten neuen klagbare Rechte der Menschen dem Staat gegenüber.
- 2) Ratifikation und Inkrafttreten als politische Botschaft der Peripherie dem Zentrum gegenüber. Durch die Ratifikation der Konventionen der Gemeinschaft versuchen die Staaten der Peripherie dem Zentrum ihre Bereitschaft zur Mitgliedschaft mitzuteilen.

Die Zeit zwischen Unterzeichnung und Inkrafttreten der Sozialcharta (U-IK) widerspiegelt die Bereitschaft der innerstaatlichen Institutionen für die Aufnahme der neuen Normen und Standards im Nationalrecht. So haben Irland, Norwegen und Malta relativ verspätet die Charta unterzeichnet, die innerstaatlichen Institutionen aber waren für die Aufnahme so reif, dass innerhalb eines Jahres die Charta in Kraft trat.

Abbildung 14

Stand der Ratifikation der ESC 1996

Staaten	Unterzeichnung	Ratifizierung	Inkrafttreten	U-IK
Albanien	21/9/1998	14/11/2002	1/1/2003	5
Andorra	4/11/2000	12/11/2004	1/1/2005	5
Armenien	18/10/2001	21/1/2004	1/3/2004	3
Aserbaidshjan	18/10/2001	2/9/2004	1/11/2004	3
Belgien	3/5/1996	2/3/2004	1/5/2004	8
Bosnien u. Herzegowina	11/5/2004	7/10/2008	1/12/2008	4

Bulgarien	21/9/1998	7/6/2000	1/8/2000	2
Dänemark	3/5/1996			
Deutschland	29/6/2007			
Estland	4/5/1998	11/9/2000	1/11/2000	2
Finnland	3/5/1996	21/6/2002	1/8/2002	6
Frankreich	3/5/1996	7/5/1999	1/7/1999	3
Georgien	30/6/2000	22/8/2005	1/10/2005	5
Griechenland	3/5/1996			
Irland	4/11/2000	4/11/2000	1/1/2001	1
Island	4/11/1998			
Italien	3/5/1996	5/7/1999	1/9/1999	3
Kroatien	6/11/2009			
Lettland	29/5/2007			
Litauen	8/9/1997	29/6/2001	1/8/2001	4
Luxemburg	11/2/1998			
Malta	27/7/2005	27/7/2005	1/9/2005	1
Mazedonien	27/05/2009			
Moldau	3/11/1998	8/11/2001	1/1/2002	4
Monaco	05/10/2004			
Montenegro	22/3/2005	3/3/2010	1/5/2010	5
Niederlande	23/1/2004	3/5/2006	1/7/2006	2
Norwegen	7/5/2001	7/5/2001	1/7/2001	1
Österreich	7/5/1999			
Polen	25/10/2005			
Portugal	3/5/1996	30/5/2002	1/7/2002	6
Rumänien	14/5/1997	7/5/1999	1/7/1999	2
Russland	14/9/2000	16/10/2009	1/12/2009	9
San Marino	18/10/2001			
Schweden	3/5/1996	29/5/1998	1/7/1999	3
Serbien	22/3/2005	14/9/2009	1/11/2009	4
Slowakei	18/11/1999	23/4/2009	1/6/2009	10
Slowenien	11/10/1997	7/5/1999	1/7/1999	2
Spanien	23/10/2000			
Tschechien	4/11/2000			
Türkei	6/10/2004	27/6/2007	1/8/2007	3
Ukraine	7/5/1999	21/12/2006	1/2/2007	8
Ungarn	7/10/2004	20/4/2009	1/6/2009	5
Vereinigtes Königreich	7/11/1997			
Zypern	3/5/1996	27/9/2000	1/11/2000	4

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Daten des Europarates. (FN 247)

In Belgien mussten acht Jahre, in Portugal und Finnland sechs Jahre vergehen, bis die Charta ins Nationalrecht aufgenommen wurde.

Der Einfluss der inneren Faktoren auch innerhalb der osteuropäischen Staaten auf den (U-IK) Wert variiert vom Land zu Land. Das lässt sich am Beispiel Slowenien (2 Jahre) gegenüber

der Slowakei (10 Jahre) bzw. Tschechien (keine Ratifikation bis jetzt) am deutlichsten zeigen.²⁴¹

5.2.4 Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union

Spätestens im Vorfeld der Vorbereitungen zum Vertrag von Amsterdam 1997 tauchte die Frage der Schaffung eines einheitlichen Systems der Menschenrechte und Grundfreiheiten für die Organe der Europäischen Union auf. Obwohl alle Mitgliedstaaten der ehemaligen EU 15 schon Mitglieder der EMRK waren und die Konvention im Nationalrecht integriert hatten, konnte die EU der EMRK aufgrund einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes nicht beitreten.

In einem Gutachten vom 29. März 1996 waren die Richter des EuGH der Auffassung, das Gemeinschaftsrecht gebe den Organen der Gemeinschaft keine Befugnis, Vorschriften auf dem Gebiet der Menschenrechte zu erlassen oder einschlägige Völkerrechtsverträge abzuschließen.²⁴² Ein weiteres Problem wäre die Doppelzuständigkeit in Streitfragen; welches Gericht wäre dann zuständig? Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg oder der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg?²⁴³

5.2.4.1 Ein Instrument der Identitätsfindung

Die Suche nach einer Alternative zum Beitritt zur EMRK war eine Zentralfrage im Zusammenhang mit den Diskussionen über die Zukunft der Europäischen Union. Eine weitere Zentralfrage war die der europäischen Identität. Ein Diskurs, der mit der Erweiterung auf EU 27 zunehmend aktuell wurde.

Wer sind wir und was verbindet uns? Und wie würde sich das kulturell, politisch und historisch ausdrücken? Was ist ein europäischer Bürger? Wo liegen die Grenzen Europas? Das sind einige Beispiele für die neuen Integrationsfragen, womit sich sowohl die Architekten des Zentrums als auch die Intelligenzija der Mitgliedstaaten befasst haben. Die Europäische Union stand vor einer großen und ernsthaften Herausforderung. Es wurde nach einem neuen System gesucht, das der EMRK und der Sozialcharta ähnlich ist. Das neue System sollte die Identität des europäischen Bürgers, seine Rechte und Freiheiten und die Pflichten der Gemeinschaft ihm gegenüber definieren. Die Summe aller sozialen und politischen Normen,

241 Die Schweiz und Liechtenstein haben nicht unterzeichnet. Online in:>
<http://conventions.coe.int/Treaty/Commun/ChercheSig.asp?NT=163&CM=8&DF=18/04/2011&CL=GER><
Zugriff 18. 4. 2011.

242 Neisser 2000: 117.

243 Neisser 2000: 118.

die der Integrationsprozess im Laufe von fast sieben Jahrzehnten produzierte, sollten in einer Charta zusammengefasst werden.

Auf diesem Weg erteilte der Europäische Rat von Köln 1999 den Auftrag, einen Entwurf einer Grundrechtscharta der Europäischen Union auszuarbeiten: Das Gremium bestand aus 62 Mitgliedern, die die wichtigsten europäischen Institutionen wie die nationalen Parlamente, das Europäische Parlament, die Regierungen der EU 15, die Kommission, den EuGH und den EGMR vertreten haben.²⁴⁴ Das Ergebnis war eine am 7. Dezember 2000 in Nizza feierlich proklamierte Charta. Sie enthielt die Zusammenfassung aller Leitlinien, Grundrechte und Freiheiten der bisherigen Konventionen.

Mancher Kritiker waren der Meinung, hier ginge es mehr oder weniger um ein Alibiverhalten:

*Allein schon die bloße Existenz eines solchen Dokuments stellt in den Augen vieler eine wichtige Errungenschaft dar – der Inhalt hingegen gilt ihnen als zweitrangig.*²⁴⁵

5.2.4.2 Ein Instrument zur Stärkung der Union

In der Präambel der Charta wurden folgende Punkte hervorgehoben:

- 1) Eine friedliche Zukunft in Europa kann durch die Stärkung der Union gesichert werden.
- 2) Eine starke Union muss auf der *Grundlage gemeinsamer Werte* aufgebaut sein.
- 3) Die Wurzeln dieser Werte liegen im *geistig-religiösen und sittlichen Erbe* Europas.
- 4) Im Zentrum stehen die Würde des Menschen, die Freiheit, die Gleichheit und die Solidarität.
- 5) Diese Werte sind in den demokratischen und rechtsstaatlichen Rahmen einzubetten.
- 6) Das Hauptelement der Gemeinschaft ist der Mensch.²⁴⁶

Den Vertretern der EU 15 war bewusst, welche Herausforderungen und Gefahren die geplante Erweiterung auf EU 27 mit sich bringen würde. Die Ausdehnung der Union bis zum Schwarzen Meer würde die Vielfalt der Kulturen, Traditionen und Sprachen fast verdoppeln. Ein Hauptproblem hier war und ist der Nationalstaat, seine Identität und seine Verletzbarkeit. Die Integration sollte deshalb nicht allein auf der staatlichen Ebene stattfinden. Die Verknüpfung der osteuropäischen Gesellschaften in einem gesamteuropäischen Netzwerk soll durch die Schaffung von gemeinsamen Normen und Regeln über die nationalen Grenzen hinweg erreicht werden. Schon in der Präambel der Charta wurden die gemeinsamen Werte und die Achtung der Kulturen und Traditionen der Völker Europas hervorgehoben. Im

²⁴⁴ Neisser 2000: 109.

²⁴⁵ Jakob Cornides in: Lang; Strohmer (Hg.) 2002: 116.

²⁴⁶ Aus der Präambel der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, Charta 2000.

Zentrum stand aber der Schutz der Grundrechte des Individuums. Es ist das Hauptelement der Gemeinschaft. Diese Rechte sollten in *einer Charta sichtbar gemacht werden*.²⁴⁷

Die Grundprinzipien der Charta sind aufgebaut auf die EMRK, die Sozialcharta des Europarates und die Erkenntnisse des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte sowie auf die Erkenntnisse der Gerichte der europäischen Gemeinschaften. Sie fasste zum ersten Mal in der Geschichte der Union die Gesamtheit der bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte der europäischen Bürger sowie aller in der Union lebenden Personen zusammen.

5.2.4.3 Rechte und Grundsätze der Charta der Grundrechte der Europäischen Union

Die Charta behandelt in sechs Abschnitten folgende Fragen:

- 1) Die Würde des Menschen: In den Artikeln 1 bis 5 werden die Todesstrafe, die Folter und die Sklaverei ausdrücklich verboten. Weiteres wird das Recht auf körperliche und geistige Unversehrtheit gesichert.²⁴⁸
- 2) Die Freiheit: In den Artikeln 6 bis 19 werden ausdrücklich verschiedene Rechte und Freiheiten gesichert. Vor allem das Recht auf Freiheit und Sicherheit, das Recht auf Datenschutz, die Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit, Freiheit der Meinungsäußerung und Informationsfreiheit, die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, die Freiheit der Kunst und der Wissenschaft, das Recht auf Bildung und Arbeit, das Asylrecht und das Recht auf Schutz bei Abschiebung, Ausweisung und Auslieferung.
- 3) Die Gleichheit: In den Artikeln 20 bis 26 wird das Prinzip der Gleichheit behandelt. Vor allem das Verbot der Diskriminierung. Ausdrücklich werden hier auch die möglichen Diskriminierungsfelder aufgezählt: Die Rasse, das Geschlecht, die Hautfarbe, die ethnische oder soziale Herkunft, die Sprache, die Religion oder die Weltanschauung, die politische Gesinnung, die Zugehörigkeit zu nationalen Minderheiten, das Vermögen, die Geburt, das Alter oder die sexuelle Ausrichtung.²⁴⁹
- 4) Die Solidarität: In den Artikeln 27 bis 38 werden unter anderem die Rechte und Ansprüche der Arbeitnehmer behandelt. Im Zentrum stehen das Recht auf Zugang zu einem Arbeitsvermittlungsdienst, das Recht auf gerechte und angemessene Arbeitsbedingungen, das Recht auf Schutz bei ungerechtfertigter Entlassung sowie das

²⁴⁷ Ibid.

²⁴⁸ Im Zusammenhang mit den medizinischen Entwicklungen werden eugenische Praktiken und das Klonen von menschlichen Zellen ausdrücklich verboten. Charta 2007: 3.

²⁴⁹ Charta 2007: 7.

Verbot der Kinderarbeit und der Schutz der Jugendlichen am Arbeitsplatz. Weiteres verpflichtet sich die Union die Umwelt zu schützen. Das Recht auf Verbraucherschutz und auf Gesundheitsschutz wird gesichert. Das Recht auf soziale Unterstützung dient vor allem dem Ziel, die soziale Ausgrenzung und die Armut zu bekämpfen.²⁵⁰

- 5) Die Bürgerrechte: In den Artikeln 39 bis 46 werden vor allem die demokratischen Rechte der Bürger der Europäischen Union behandelt. Im Zentrum stehen das aktive und passive Wahlrecht zum Europäischen Parlament, das Recht auf eine gute Verwaltung, das Recht auf Zugang zu Dokumenten.
- 6) Die justiziellen Rechte: In den Artikeln 47 bis 50 werden vor allem die Prinzipien der Gesetzmäßigkeit und der Verhältnismäßigkeit im Zusammenhang mit Straftaten und Strafen, die Unparteilichkeit der Gerichte und die Unschuldsvermutung hervorgehoben.

Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union ist unter anderem deshalb von Bedeutung, weil sie in einem Text alles zusammenfasst, was die europäischen Konventionen bis jetzt auf diesem Gebiet hervorgebracht haben. Sie ist aber vor allem der Ausdruck der Überzeugung der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, dass die Stabilität der Gemeinschaft und die wirtschaftliche Entwicklung ohne die Sicherung der Grundrechte und Grundfreiheiten des Individuums, das Hauptelement der Gemeinschaft, unmöglich sind. Sie übernahm auch die Funktion einer Botschaft an den Osten, wo zehn ehemalige kommunistische Staaten auf die Aufnahme in der EU warteten: Die Menschenrechte und Grundfreiheiten haben jetzt in Zusammenhang mit der geplanten Erweiterung an Bedeutung zugenommen.

Die feierliche Proklamation in Nizza im Dezember 2000 inkludierte keine Rechtsverbindlichkeit. Es sollte zuerst geklärt werden, wie die Charta in die Verträge der EU aufgenommen und Teil des EU-Rechts werden kann.

5.2.4.4 Problematik der Durchsetzung der Charta der Grundrechte

Die Implementierung der Charta der Grundrechte der Europäischen Union in das EU-Rechtssystem war keine leichte Aufgabe. Schon beim Gipfeltreffen in Nizza im Dezember 2000 zeigten sich die Grenzen der Belastbarkeit des Nationalstaates gegenüber der Gemeinschaft. Der Streit um Sitzplätze in der Kommission und um die Mehrheitsbestimmungen im Rat drückte die Stärke der nationalen Egoismen gegenüber der europäischen Idee aus. Der Nationalstaat will hier und jetzt Vorteile haben und ist nicht bereit

²⁵⁰ Dazu gehören Schutz vor Entlassung aus einem mit der Mutterschaft zusammenhängenden Grund sowie den Anspruch auf einen bezahlten Mutterschaftsurlaub und auf einen Elternurlaub nach der Geburt oder Adoption eines Kindes. Charta 2007: 9.

auf Kompetenzen zu Gunsten der Gemeinschaft zu verzichten. Ähnliche Erfahrungen hatte die Geschichte der europäischen Integration in die 1960er Jahren mit Frankreich gemacht. Die Wiederbelebung des klassischen Intergouvernementalismus setzte sich bei den Reaktionen auf die geplante Verfassung für Europa fort. Im Dezember 2001 hat die Gipfelkonferenz von Laeken in Belgien die Einberufung eines Konvents zur Zukunft der Europäischen Union beschlossen. Der Konvent präsentierte im Juli 2003 den ersten Entwurf einer Verfassung für Europa. Im Oktober 2004 unterzeichneten die Mitgliedstaaten der Europäischen Union den Vertrag über eine Verfassung für Europa. Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union war ein Bestandteil des Vertrages.

Das Vorhaben war viel zu groß und viel zu schnell für einige Mitglieder der Union. Das nationalstaatliche und nicht das gesamteuropäische Denken bestimmte die politischen Reaktionen darauf. In Mai und Juni 2005 lehnten die Wähler bei Referenden in Frankreich (54,8%) und in den Niederlanden (61,7%) den Verfassungsvertrag ab.²⁵¹ Das brachte vorläufig die Idee einer Verfassung für Europa zum Scheitern.

Erst vier Jahre später, nach zahlreichen Verhandlungen und Modifikationen in Zusammenhang mit dem Reformvertrag 2007, wurde die Charta in das EU-Rechtssystem aufgenommen. Am 1. Dezember 2009 trat der Vertrag von Lissabon in Kraft. Die Charta wurde durch einen Querverweis im Vertrag rechtsverbindlich. Das bedeutet, sie ist nicht mehr eine politische Absichtserklärung, sondern sie hat juristisch denselben Stellenwert wie die Verträge der Union (Art. 6 EUV). Die Organe der Europäischen Union sowie die der Mitgliedstaaten haben bei juristischen Entscheidungen die Bestimmungen der Charta zu berücksichtigen.

Das Inkrafttreten der Charta bedeutete für einige Mitglieder der EU zusätzliche politische und finanzielle Belastungen. Großbritannien und Polen haben eine Ausnahmeregelung erreicht. Demnach schafft die Charta, insbesondere in Zusammenhang mit den sozialen Grundrechten, keine einklagbaren Rechte. Der tschechische Präsident Vaclav Klaus unterzeichnete als Letzter am 3. November 2009 den Reformvertrag, nachdem drei Tage vorher der Europäische Rat ähnlichen Ausnahmeregelungen für Tschechien zustimmte.²⁵²

5.2.4.5 Die Charta als ein Mehrwert der Integration

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Charta der Grundrechte der EU das Produkt einer linearen, parallel mit der Geschichte der europäischen Integration verlaufenen

²⁵¹ Wessels 2008: 97.

²⁵² Die politischen und finanziellen Auswirkungen für Tschechien in Zusammenhang mit möglichen deutschen Eigentumsansprüchen in den früheren Sudetengebieten sind für tschechische Nationalisten ein Alptraum.

Entwicklung ist. Sie ist der Ausdruck der Überzeugung, dass die Europäische Union nicht nur als eine wirtschaftliche Organisation oder als eine Ansammlung von mehreren Interessengemeinschaften weiter wachsen und stabil bleiben kann. Die Charta soll die Bedeutung des Individuums und seiner Rechte hervorheben. Diese würden das Hauptfundament der Gemeinschaft (das Individuum) stärken und dadurch zur Kontinuität und Stabilität der Europäischen Union beitragen.

Sie ist der Mehrwert, ein Produkt der Akkumulation der politischen und sozialen Interaktionen und gleichzeitig ein Impuls auf das Schwungrad der Prinzipiengemeinschaft. Die schrittweise Umsetzung der Charta im täglichen Leben würde neue Integrationsfelder öffnen und neue Kohäsionskräfte erzeugen. Die neue Masse im Rad führt zur Vergrößerung der durch die Bewegung erzeugten Energie und trägt zur Kontinuität des Systems bei.

5.2.5 Die Kopenhagener Kriterien

5.2.5.1 Die politische Landschaft akzeptiert kein Vakuum

Nach dem Fall der Berliner Mauer 1989 und dem Ende der Sowjetunion entstand in Osteuropa ein politisches Vakuum, das gefüllt werden musste. Ähnlich wie die physikalische Natur, die kein Vakuum akzeptiert, akzeptiert auch die politische Landschaft keines. 45 Jahre vorher, als die nationalsozialistische Herrschaft über Europa mit dem Sieg der Alliierten beendet wurde, entstand in Europa ein ähnliches Vakuum. Damals waren die Sowjets die einzige Macht, die das Vakuum mit Hilfe der lokalen kommunistischen Parteien füllen konnte. Dieses Mal war es die Europäische Union, die in der Lage war, das Vakuum zu füllen und das Erbe der Sowjetunion zu übernehmen. Der Vergleich der zwei Phänomene darf nicht außer Acht lassen, dass die Entstehung des Vakuums 1945 militärisch bedingt war und deshalb seine Auswirkungen militärisch geprägt waren. Nach 1989 entstand das Vakuum als Endergebnis des wirtschaftlichen Zusammenbruchs der Sowjetunion. Die Auswirkungen, Reaktionen und Pläne der Europäischen Union danach waren dementsprechend wirtschaftlich orientiert.

Wir haben es hier mit einem historischen Phänomen zu tun, nämlich mit der gewaltlosen Ausdehnung der politischen Macht von EU 12 über die neutrale Zone zur EU 15 bis zur EU 27 innerhalb von zwei Jahrzehnten. Es gibt kaum ein vergleichbares Beispiel in der Geschichte der Staaten- oder Imperienbildung, wonach ein Zentrum ohne Kriege, militärische Putsche und gewaltsame Machtübernahmen 15 Staaten seiner Peripherie einverleiben konnte. Es ist auch deshalb ein Phänomen, weil diese Übernahme so ablief, als ob sie das

Selbstverständlichste der Welt gewesen wäre. Dem aktiven Zentrum stand eine willige Peripherie gegenüber.

Herfried Münkler beschreibt dieses Phänomen als einen Sogeffekt der Peripherie.²⁵³ Damit meint er, dass nicht nur das Zentrum Interesse an der Erweiterung seiner Machtbereiche zeigt, sondern auch die Peripherie. Sie sendet Signale der Zustimmung und der Empfangsbereitschaft. Der von den Staaten der Peripherie ausgehende Sog trug zur Erleichterung der Ausdehnung des Zentrums bei. Dieses Phänomen ist leicht nachvollziehbar: In einer Welt der globalen Interdependenz, wo kleine und ohnehin wirtschaftlich schwache Nationalstaaten nach Schutz und Unterstützung suchen, war es so gut wie selbstverständlich, dass die osteuropäischen Staaten diesen Schutz in Brüssel und nicht woanders suchten. Aber zuerst musste sich das Zentrum für diese neue Aufgabe vorbereiten und reformieren.

5.2.5.2 Der Maastrichter Vertrag 1992 als der erste Schritt zur Ausdehnung

Der Maastrichter Vertrag 1992 hatte die Aufgabe, jene Organisation zu schaffen, die konstitutionell, wirtschaftlich und politisch in der Lage wäre, die 15 Mittel- und Osteuropäischen Staaten zu übernehmen. Die wirtschaftlichen Verträge, die die Basis der Ehemaligen EG 12 darstellten, waren im Angesicht der neuen politischen Herausforderungen im Osten nicht geeignet, um die politische Erweiterung zu vollziehen. Die politische Aufgabe verlangte nach einer politischen Organisation.

Die Europäische Union 1992 hatte zwei Hauptfunktionen zu erfüllen:

- 1) Die interne Funktion: die strukturelle Vorbereitung der ehemaligen EG 12 auf die Ausdehnung. Diese fand in den drei Säulen der Tempelkonstruktion ihren Ausdruck.
- 2) Die externe Funktion: die schrittweise Vorbereitung der Staaten der Peripherie auf die Aufnahme in die Union.

Im Angesicht der neuen Herausforderungen stellte sich die Frage, welche Maßnahmen getroffen werden sollen, um die Errungenschaften nach 40 Jahren europäischer Integration zu schützen? Die Ausdehnung auf die Peripherie darf die Fundamente des Zentrums nicht schwächen oder infrage stellen. Die Normen, Regeln und Arbeitsprinzipien dürfen nicht geändert, sondern sollen in den Osten weiter transferiert werden.

Die ersten ernsthaften Überlegungen über den Kern einer Prinzipiengemeinschaft der Europäischen Union lassen sich an Hand der Diskussionen im Vorfeld des Maastrichter Vertrags nachvollziehen.²⁵⁴ Zwar war allen bewusst, dass die Wirtschaft die Basis ist, auf der die Union aufgebaut ist. Aber mit der Wirtschaft allein kann man keine stabile und dauerhafte

²⁵³ Münkler 2007: 21.

²⁵⁴ Vgl. mit Herz 1999: 299f.

Gemeinschaft aufbauen. Nur in einem Netzwerk aus politischen, demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien kann eine Gemeinschaft entstehen und ausgebaut werden. Diese Gedanken kamen in Art. 6 Abs. 1 EUV zum Ausdruck:

*Die Union beruht auf den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit; diese Grundsätze sind allen Mitgliedstaaten gemeinsam.*²⁵⁵

5.2.5.3 Die Wahrung des Besitzstandes der Union

Eine der Hauptaufgaben der neuen politischen Union im Angesicht der bevorstehenden Erweiterung war es, den *Besitzstand* zu erhalten und zu wahren. Nach dem Treffen des Europäischen Rates in Kopenhagen im Juni 1993 wurde zwar die Türe für neue Mitglieder geöffnet, aber auch die Bedingungen dafür klar gestellt. Obwohl literarisch formuliert, enthalten sie eindeutige Voraussetzungen, die vor dem Beitritt erfüllt werden müssen. Die später als die Kopenhagener Kriterien bekannt gewordenen Bedingungen zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union sahen vor:

- 1) Das Vorhandensein einer institutionellen Stabilität.
- 2) Ein garantiertes demokratisches System.
- 3) Eine funktionierende rechtsstaatliche Ordnung.
- 4) Die Wahrung der Menschenrechte.
- 5) Achtung und Schutz der Minderheiten.
- 6) Eine funktionierende Marktwirtschaft.
- 7) Wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit.
- 8) Die Bereitschaft, die Ziele der politischen Union zu verfolgen.
- 9) Die Bereitschaft, sich die Ziele der Wirtschafts- und Währungsunion zu eigenen Zielen zu machen.²⁵⁶

Der wirtschaftliche Teil, der später als die Konvergenzkriterien bekannt wurde, enthielt folgende Bedingungen:

- 1) Die Inflationsrate darf nicht höher liegen als 1,5 % über dem Durchschnitt der drei preisstabilsten Mitgliedstaaten.
- 2) Die Staatsverschuldung darf 60%, das Haushaltsdefizit 3% des BIP nicht überschreiten.
- 3) Stabilität der Staatswährung gegenüber dem Euro. Keine starken Spannungen.
- 4) Die Zinssätze dürfen nicht höher liegen als 2% über dem Durchschnitt der drei preisstabilsten Mitgliedstaaten.

²⁵⁵ Köck/Hintersteininger 2000: 482.

²⁵⁶ Herz 1999: 299.

Die Europäische Union hob hier die Bedeutung der wirtschaftlichen Stabilität hervor. Gleichzeitig zeigte sie, dass die politische Reform jetzt Priorität hat. Der politische Teil der Bedingungen wurde im Vertrag von Amsterdam 1999 noch konkretisiert:

*Freiheit, Demokratie, Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie Rechtsstaatlichkeit sind conditio sine qua non für den Beitritt.*²⁵⁷

Die Erfüllung dieser Bedingungen führte 2004 zur größten Ausdehnung der Europäischen Union durch die Aufnahme von acht osteuropäischen Staaten plus Malta und Zypern. 2007 folgten Bulgarien und Rumänien.

Die Kopenhagener Kriterien haben sowohl zur politischen als auch zur wirtschaftlichen Entwicklung der neuen Mitgliedstaaten massiv beigetragen. Es sind nicht nur die Normen und Regeln, die zahlreichen Standards und Arbeitsvorgänge in den Industriebetrieben, Banken, Versicherungs- und Verwaltungssystemen, die vereinheitlicht wurden, sondern auch das politisch- demokratische System. Wir können von einem europäischen Beitrag zur Entwicklung und Befestigung des demokratischen Begriffes ausgehen. Nach fast 60 Jahren Dauerbewegung des Schwungrades und der schrittweisen Umsetzung der Prinzipien und Leitlinien der europäischen Konventionen im Nationalrecht, wie die Aufnahme der EMRK in den Verfassungen der Mitgliedstaaten, erreichte die Demokratisierung Europas ihren jetzigen Stand.

Durch die mehrmalige Betonung in den Präambeln der Verträge und Konventionen wuchs die Achtung der Menschenrechte zu einem bedeutenden Merkmal des europäischen politischen Systems heran. Vor allem die Integrierung der EMRK und der Sozialcharta im Nationalrecht trug zur qualitativen Verbesserung des Systems bei.

Die schärfsten Änderungen sind nach 1989 zu beobachten. Der qualitative Wechsel von einem Einparteiensystem zum Mehrparteiensystem kennzeichnet vor allem den Normentransfer des politischen Systems der ehemaligen osteuropäischen Staaten.

Wir haben es mit einem Prozess zu tun, in dem das Schwungrad in regelmäßigen Abständen neue Impulse erhält. Die neuen Normen erzeugen ein neues Selbstverständnis, das wiederum zur Entwicklung von neuen Normen und Standards anregt und gleichzeitig zu Reformen alter Systeme beiträgt. Im Verfassungsentwurf des Jahres 2003 wurde der erreichte Stand der Demokratie und der Grundfreiheiten in der Europäischen Union so ausgedrückt:

Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen

257 Wörtlich: Bedingung, ohne die nicht. Art. 49 EUV. In: Herz 1999: 300.

*Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.*²⁵⁸

Die Durchsetzung der Kopenhagener Kriterien führte zur Vereinheitlichung dieser Normen und Standards der Rechtssysteme der neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Union und trug dadurch zur Konsolidierung einer Prinzipiengemeinschaft bei.

Abbildung 15

Wahlbeteiligung zum Europäischen Parlament 2009 in % der Wahlberechtigten	
Belgien	90,4
Bulgarien	39
Dänemark	59,5
Deutschland	43,3
Estland	43,9
Finnland	40,3
Frankreich	40,6
Griechenland	52,6
Großbritannien	34,7
Irland	58,6
Italien	65,1
Lettland	53,7
Litauen	21
Luxemburg	90,8
Malta	78,8
Niederlande	36,8
Österreich	46
Polen	24,5
Portugal	36,8
Rumänien	27,7
Schweden	45,5
Slowakei	19,6
Slowenien	28,3
Spanien	44,9
Tschechien	28,2
Ungarn	36,3
Zypern	59,4
EU 27	46,15

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Fischer Weltalmanach 2010: 591.

Der Demokratisierungsprozess der ehemaligen osteuropäischen Gesellschaften führte zwar zur Reformierung der Institutionen des Staates und der Gesellschaft und dadurch zur Sicherung der demokratischen Rechte der Bürger, er wurde aber auch von einem negativen Phänomen begleitet. Wir beobachten eine wachsende Interesselosigkeit der Wählerschaft

258 Vertrag über eine Verfassung für Europa. Entwurf des Europäischen Konvents vom 18. Juli 2003 (CONV 805/03), Art. 1-2. In: Schuppert 2005: 546f.

gegenüber dem Wahlrecht. Die Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2009 können hierfür als Beispiel genannt werden. (Abbildung 15)

Auffallend ist die niedrige Wahlbeteiligung vor allem in: Polen 24,5%, Slowenien 28,3%, Slowakei 19,6%, Rumänien 27,7%, Litauen 21%.

5.2.5.4 Die Wirtschaftskrise und der jetzige Wert der Kopenhagener Kriterien

Der wirtschaftlichen Ziele der Kopenhagener Kriterien wurden spätestens 2004 erreicht. Die Bewerberstaaten haben mehr oder weniger die Konvergenzbedingungen erfüllt und so die Erweiterung der Union im Jahr 2004 auf EU 25 bzw. 2007 auf EU 27 ermöglicht.

Abbildung 16

Staatsverschuldung der EU 27 in % des BIP 2006 - 2009					
	2006	2007	2008	2009	2009 - 2006
Belgien	89,1	84	89,6	95,7	6,6
Bulgarien	22,8	18,2	14,1	16	-6,8
Dänemark	30,2	26,8	33,3	32,5	2,3
Deutschland	67,9	65,1	65,9	73,4	5,5
Estland	4,1	3,5	4,8	6,8	2,7
Finnland	39,1	35,1	33,4	39,7	0,6
Frankreich	63,9	63,8	68	79,7	15,8
Griechenland	104,6	94,8	97,6	103,4	-1,2
Großbritannien	43,5	44,2	52	68,4	24,9
Irland	24,9	25	43,2	61,2	36,3
Italien	106,8	103,5	105,8	113	6,2
Lettland	10	9	19,5	34,1	24,1
Litauen	18,2	17	15,6	22,6	4,4
Luxemburg	6,8	6,9	14,7	16	9,2
Malta	66,5	62,1	64,1	67	0,5
Niederlande	48,7	45,6	58,2	57	8,3
Österreich	62,2	59,4	62,5	70,4	8,2
Polen	47,8	44,9	47,1	53,6	5,8
Portugal	64,7	63,5	66,4	75,4	10,7
Rumänien	12,4	12,7	13,6	18,2	5,8
Schweden	46,9	40,5	38	44	-2,9
Slowakei	30,7	29,4	27,6	32,2	1,5
Slowenien	27,8	23,4	22,8	29,3	1,5
Spanien	39,9	36,2	38,5	50,8	10,9
Tschechien	30,4	28,9	29,8	33,7	3,3
Ungarn	66	65,8	73	80,8	14,8
Zypern	65,3	59,4	49,1	47,5	-17,8
EU 27	61,7	58,7	61,5	72,6	10,9

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Fischer Weltalmanach 2008: 579, 2010: 591.

Wirtschaftliche Krisen, die Auswirkungen der militärischen Interventionen im Irak und in Afghanistan sowie eine unruhige Weltmarktsituation – insbesondere die großen

Preisschwankungen auf dem Ölsektor – brachten sogar die stabil geglaubten Staaten des Zentrums wirtschaftlich in eine ernste Lage. Die Kopenhagener Kriterien sahen unter anderem als Grenzen der Staatsverschuldung 60% des BIP vor. Im Jahr 2006 hätten die großen Staaten des Zentrums diese Bedingung nicht erfüllen können. Im Jahr 2009 waren Italien mit (113%), Griechenland (103%), Belgien (95,7%), Frankreich (79,7%), Portugal (75,4%) und Deutschland (73,4%) von der Wirtschaftskrise stark betroffen.

Die Kopenhagener Kriterien sahen auch vor, dass das Haushaltsdefizit, d.h. die jährliche Steigerung der Staatsverschuldung, 3% des BIP nicht übersteigen darf. Zwischen 2006 und 2009 stieg die Staatsverschuldung am höchsten in Irland um 36,3%, Großbritannien 24,9%, Frankreich 15,8%. (Abbildung 16)

Abbildung 17

Nettozahler und Empfänger 2007 in Mio. Euro		
	Zahler	Empfänger
Belgien	869	
Bulgarien		335
Dänemark	605	
Deutschland	7420	
Estland		226
Finnland	172	
Frankreich	3002	
Griechenland		5436
Großbritannien	4168	
Irland		672
Italien	2017	
Lettland		489
Litauen		793
Luxemburg	115	
Malta		28
Niederlande	2866	
Österreich	564	
Polen		5136
Portugal		2474
Rumänien		596
Schweden	996	
Slowakei		618
Slowenien		89
Spanien		3650
Tschechien		656
Ungarn		1606
Zypern	11	

Quelle. Eigene Darstellung in Anlehnung an Fischer Weltalmanach 2010: 598.

Im Jahr 2007 hat sich die wirtschaftliche Abhängigkeit der osteuropäischen Peripherie vom Zentrum kaum verändert. Dies kann an Hand des Vergleichs der Nettozahler gegenüber den Nettoempfängern innerhalb der Europäischen Union veranschaulicht werden. Vier Staaten der ehemaligen EU 15 - nämlich Spanien, Portugal, Griechenland und Irland - wurden zu den Nettoempfängerstaaten gerechnet. Von den neuen Mitgliedern nach 2004 hat nur Zypern als Nettozahler zum Haushalt der Union beigetragen. Die restlichen elf Staaten sind Nettoempfänger.

Die Wirtschaftskrise zeigte auf drastische Weise die Grenzen des Neoliberalismus, die moderne Bezeichnung des kapitalistischen Systems, auf. Die Schwächung des Nationalstaates durch die Privatisierung der klassischen Staatsaufgaben und der Verkauf des allgemeinen Eigentums an Konzernen, deren Zentralen vielfältig und unsichtbar sind, deren Aktien von Börsenmaklern zigmal am Tag auf und ab spekuliert werden, kann nicht ohne Auswirkungen bleiben.

Es fiel auf, dass der griechische Ministerpräsident Giorgos Papandreou im März 2010 beim Besuch im Weißen Haus nicht um wirtschaftliche Hilfe, sondern um scharfe Maßnahmen gegen Spekulanten ersucht hat. Der amerikanische Präsident Barack Obama soll ihm eine *positive Antwort* gegeben haben.²⁵⁹

Ähnliche Reaktionen wurden in Europa angekündigt. So haben Deutschland, Frankreich, Luxemburg und Griechenland die EU-Kommission aufgefordert, rasch eine entsprechende Richtlinien-Novelle vorzulegen, um *Wetten auf Staatsbankrotte zu unterbinden*.²⁶⁰

Die Wirtschaftskrise zeigte auch die Vorzüge einer Mitgliedschaft in der Währungsunion. Die meisten Staaten der Eurozone blieben von der Krise relativ weitgehend verschont. Die schwachen Staaten der Peripherie sahen dabei die Vorteile der Bindung mit dem Zentrum. So votierte das isländische Parlament im Juli 2009 für die Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen mit Brüssel. Danach hat Island den Antrag auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union gestellt. Island war seit 2007 durch Wirtschaftskrisen an den Rand des Staatsbankrotts gedrängt.²⁶¹ Ein Beispiel für den Sogeffekt der Peripherie gegenüber dem Zentrum.

Die Wirtschaftskrise 2009/2010, die weltweit gravierende Auswirkungen hinterlassen hat, kann hier als ein Prüfstein des Prinzips der Solidarität innerhalb der Europäischen Union

259 „Papandreou und Obama wollen gegen Spekulanten vorgehen“ (AFP) 10.03.2010 in:
>http://www.n24.de/news/newsitem_5913967.html< Zugriff 25. 06. 2010.

260 Ibid.

261 „Island beantragt formell EU-Mitgliedschaft“ (AFP) 17. 07. 2009 in:
><http://www.google.com/hostednews/afp/article/ALeqM5iv0yGzf46z2NjeOl9rDQcFbmDtK><
Zugriff 25. 6. 2010.

betrachtet werden. Die vielfältigen Reaktionen auf die Situation in Griechenland, insbesondere die neuen Bedingungen oder Drohungen aus Partnerstaaten wie Deutschland oder Frankreich, zeigten einerseits die Schwäche der Kohäsionskräfte innerhalb des Zentrums und gleichzeitig die Verlangsamung der Bewegung im Schwungrad der Prinzipiengemeinschaft auf.

Die Art wie die Europäische Union mit der Staatskrise in Griechenland umgehen wird, wird das Gewicht und die Bedeutung der Solidarität als ein Hauptelement im Prinzipienkatalog der Europäischen Union auf den Prüfstand stellen.

5.2.6 Die 10 Leitprinzipien von Helsinki

Wie vorher erwähnt wurde, steht die europäische Moderne nach 1945 auf drei Fundamenten:

- 1) Wirtschaftliche Entwicklung
- 2) Friedenssicherung
- 3) Demokratie und Achtung der Menschenrechte

Während die EMRK und die Sozialcharta des Europarats jene Prinzipien und Grundlinien lieferten, die den humanistischen Charakter der europäischen Moderne kennzeichneten, bestimmten die Kopenhagener Kriterien jene Bedingungen zur Aufnahme in einem demokratisch gesteuerten Europa. Diese Normen wurden in einem West-Ost Normentransferprozess in politische Maßnahmen umgesetzt und trugen zur Erweiterung und Konsolidierung der Europäischen Union bei.

Das Fundament der Friedenssicherung in Europa wurde schrittweise seit 1952 gebaut. Im westlichen Teil Europas hat die Montanunion die erste Maßnahme gesetzt: Durch die gegenseitige Kontrolle der Waffenindustrie in Frankreich und Deutschland wurde der Krieg praktisch unmöglich gemacht.

Nur, die Gefahr des Krieges war nicht nur in Westeuropa aktuell, sie bekam durch die Bildung der zwei Lager im Westen und Osten neue Nahrung.

Wir wollen hier jene Prinzipien behandeln, die zur Sicherung Europas nach 1945 und zur Beendigung des Ost-West-Konflikts beigetragen hatten. Jene Leitlinien, die unter anderem als Arbeitsmodell zur Lösung von regionalen und internationalen Konflikten dienen könnten.

Dieser Teil behandelt die außenpolitischen Prinzipien des europäischen Prinzipienkatalogs. Das Hauptfundament in diesem Bereich sind zweifelsohne das Völkerrecht und die Satzungen der Vereinten Nationen. Alle Staaten der Europäischen Union sind Mitglieder der UNO und aktive Teilnehmer in der Weltgemeinschaft. Die Besonderheiten der europäischen Geschichte

und die Erfahrungen, die die Bevölkerungen mit Nationalismus, Faschismus und Gewalt gemacht haben, verleihen diesem Bereich einen besonderen Stellenwert.

5.2.6.1 Die Vorgeschichte

Die europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts zeigt eine weltweit beispiellose Intensität der nationalen Auseinandersetzungen. Der Erste Weltkrieg brachte Tod und Zerstörung in fast allen europäischen Hauptstädten. Alte Monarchien gingen unter, neue Staaten wurden geboren und Republiken ausgerufen.

Das neue europäische Staatensystem nach 1918 war aber national orientiert und trug dadurch in sich die Wurzeln des nächsten Krieges. Die erniedrigenden Kapitulationsbedingungen für Deutschland gelten als die Hauptursache zur Stärkung des nationalistischen Lagers, das später vom Nationalsozialismus angeführt wurde.²⁶²

Die Kolonialmächte Großbritannien und Frankreich teilten unter sich das Erbe des Osmanischen Reiches im Irak, in Syrien und Palästina auf. Italien dehnte sich in Libyen und Äthiopien aus. Der Zweite Weltkrieg war so gut wie vorprogrammiert.

20 Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkrieges marschierten deutsche Truppen in Österreich ein. Ein Jahr später brach der Zweite Weltkrieg aus. Als in Mai 1945 NS-Deutschland kapitulierte sah Europa so aus wie nach dem Dreißigjährigen Krieg (1618-1648). Zwei Weltkriege innerhalb von 30 Jahren kosteten 60 Millionen Menschen das Leben. In den Jahren danach prägte der Kalte Krieg das europäische Leben. Die Staaten der NATO standen den Staaten des Warschauer Pakts gegenüber. Die Gefahr einer atomaren Auseinandersetzung war allgegenwärtig. Der Vietnamkrieg und der Nahostkonflikt schärfen in den 1970er Jahren das Antikriegsbewusstsein in Europa.

Ende 1972 fanden in Helsinki Vorgespräche zwischen den Botschaftern der Ost- und Weststaaten statt. Das Ergebnis der *Helsinki-Konsultationen*, die bis zum 8. Juni 1973 dauerten, war die Einigung auf eine gesamteuropäische Konferenz, die in drei Phasen durchgeführt werden sollte:

- 1) Die Eröffnung in Helsinki.
- 2) Die Kommissionsphase in Genf.
- 3) Die Schlussphase in Helsinki.²⁶³

Die Konsultationsphase war unter anderem gekennzeichnet durch folgende Merkmale:

²⁶² Nach dem Vertrag von Versailles vom 28. 6. 1919 musste das Deutsche Reich unter anderem Teile seiner Gebiete an Frankreich (Elsass-Lothringen), an Polen (Posen, Westpreußen) und an Tschechien (Hultschiner Ländchen) abtreten. Weiteres wurde das Reich gezwungen massiv abzurüsten und 269 Milliarden Goldmark als Reparationen zu zahlen. Vgl. Kinder (Hgg.) 2008: 411.

²⁶³ Pöllinger 2000: 191f.

- 1) Die Oststaaten suchten Gespräche und Anerkennung.
- 2) Die NATO Staaten wollten eine neue Regelung der Verhältnisse in Europa.
- 3) Die Europäer wollten nicht mehr, dass der Ost-West-Konflikt von den Großen bestimmt wird.
- 4) Alle wollten den Konflikt entschärfen.
- 5) Das Konsensprinzip bildet die Grundlage der Verhandlungen.

Zwischen dem 3. und dem 7. Juli 1973 fand die Eröffnungsphase in Helsinki statt. Die Außenminister der 35 Teilnehmerstaaten vertraten alle europäischen Staaten mit Ausnahme Albanien, sowie die Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada.²⁶⁴

Zwischen dem 18. September 1973 und dem 21. Juli 1975 wurde die Kommissionsphase in Genf durchgeführt. Das Ziel war die genaue Bearbeitung und Formulierung der Schlussakte von Helsinki. Ein Vorschlag der österreichischen Delegation zur Abdeckung der Bereiche der Kooperation wurde angenommen. Demnach sollte für jeden Bereich ein Korb gestellt werden. Jede Delegation hatte frei zu entscheiden, welchen Beitrag sie in diesem Bereich leisten will. Das war die Basis, auf der die bilaterale Kooperation zwischen Ost und West aufgebaut wurde.

Dadurch wurde eine Norm, ein Verhaltensmuster geschaffen. Die Übertragung dieser Denkweise in alle Bereiche der Kooperation erzeugte ein Selbstverständnis, das die Arbeit erleichterte und zum Erfolg führte.²⁶⁵

Hier muss bedacht werden, dass dies die Aufgabe einer Elite aus 35 Staaten war. Juristen, Wissenschaftler, Politiker und Militärberater haben fast zwei Jahre zielorientiert gearbeitet, um einen Katalog von Normen und einen Verhaltenscodex zusammen zu stellen. Im Hintergrund stand die Annahme, dass gemeinsame Regeln und Prinzipien die Kooperation erleichtern würden. Sie bilden zusammen eine einheitliche Verständigungssprache, die neben technischen Instrumenten und Verwaltungsregeln in Krisensituationen die Wahrscheinlichkeit eines Krieges minimieren können.

Am 1. August 1975 wurden die Schlussakte von Helsinki von den Staats- und Regierungschefs der 35 Teilnehmer unterzeichnet. Die Akte bestanden aus vier Körben:

- 1) Der erste Korb: behandelte die Fragen der Sicherheit in Europa.
- 2) Der zweite Korb: behandelte Fragen der Zusammenarbeit in Bereichen der Wissenschaft, der Wirtschaft, der Technik und der Umwelt.

²⁶⁴ Ibid.

²⁶⁵ Pöllinger 2000: 192.

- 3) Der dritte Korb: behandelte die Kooperation in humanitären Fragen sowie Fragen der Information, der Kultur und der Bildung.
- 4) Der vierte Korb: behandelte die Folgen der Konferenz.²⁶⁶

5.2.6.2 Die zehn Prinzipien zur Sicherung und Stabilisierung Europas

Zur Fragen der europäischen Sicherheit einigten sich die Teilnehmerstaaten auf zehn Leitprinzipien:²⁶⁷

- 1) Das erste Prinzip: Die souveräne Gleichheit und die Achtung der der Souveränität innewohnenden Rechte. Im Zentrum stand die genaue Definition der Souveränität nach innen:
 - a) Das Recht des Staates sein politisches, wirtschaftliches und soziales System frei zu wählen.
 - b) Das Recht, eigene Gesetze und Verordnungen zu bestimmen.Dadurch wurden die Zugeständnisse der osteuropäischen Staaten in Bezug auf die Menschenrechte kompensiert. Der Staat könnte seine Verpflichtungen in Zusammenhang mit Fragen der Menschenrechte und Grundfreiheiten durch das Nationalrecht einschränken lassen.
- 2) Das zweite Prinzip: Die Enthaltung von der Androhung oder Anwendung von Gewalt. Zu diesem Prinzip gehört auch die indirekte Gewaltanwendung. Gemeint war die Ausbildung und Bewaffnung von Söldnern oder „Terrororganisationen“.
- 3) Das dritte Prinzip: Die Unverletzlichkeit der Grenzen. Die Hauptstreitfrage bei der Formulierung der Schlussakte war der Verlauf der Grenzen in umstrittenen Gebieten wie in der DDR, Polen und den baltischen Ländern. Die Sowjets wollten die Anerkennung des *status quo* durch die westlichen Staaten erreichen. Deutschland war nicht bereit, die Teilung seines Gebietes für immer zu akzeptieren. Beide Seiten waren aber kompromissbereit und waren an einer Zwischenlösung interessiert. Deshalb einigten sie sich schließlich auf den Begriff „Unverletzlichkeit“ statt „unveränderlich“ oder „unantastbar“.
- 4) Das vierte Prinzip: Die territoriale Integrität der Staaten. In diesem Zusammenhang sollte unter anderem die Lage der Grenzstaaten besonders berücksichtigt werden, etwa bei grenzüberschreitenden Umweltverschmutzungen oder der unabsichtlichen Luftraumverletzung.

²⁶⁶ Pöllinger 2000: 193f.

²⁶⁷ Pöllinger 2000: 196ff.

- 5) Das fünfte Prinzip: Die friedliche Regelung von Streitfällen. Grundsätzlich wurden hier die Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen hervorgehoben. In Streitfällen sollen zuerst die friedlichen Mittel ausgeschöpft werden. Diese wurden in Kapitel 6, Artikel 33, Abs. 1 der Charta der Vereinten Nationen aufgelistet: Verhandlung, Untersuchung, Vermittlung, Vergleich, Schiedsspruch, gerichtliche Entscheidung, Inanspruchnahme regionaler Einrichtungen oder Abmachungen oder andere friedliche Mittel eigener Wahl.²⁶⁸
- 6) Das sechste Prinzip: Die Nichteinmischung in innere Angelegenheiten anderer Staaten. Demnach ist es verboten, durch politische, wirtschaftliche oder sonstige Zwangsmaßnahmen sich Vorteile gegenüber einem anderen Staat zu verschaffen. Auch die Unterstützung einer Bürgerkriegspartei durch einen fremden Staat ist genau geregelt. Auf keinen Fall darf ein Staat Maßnahmen ergreifen, die darauf zielen, die Regierung eines anderen Staates gewaltsam zu beseitigen. Diese Maßnahmen waren gegen die Sowjetunion gerichtet. Die westlichen Staaten wollten jede Form der Intervention Moskaus in den Staaten des Warschauer Paktes verhindern. Die Erfahrungen aus Ungarn 1956, und der Tschechoslowakei 1968 sollten sich nicht wiederholen. Mit diesem Prinzip wollten die westlichen Staaten einen Prozess der schrittweisen Befreiung der osteuropäischen Staaten von der Dominanz Moskaus im Gang setzen.
- 7) Das siebente Prinzip: Die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- oder Überzeugungsfreiheit. Das Prinzip ist unter anderem deshalb von enormer Bedeutung, weil es zu einer Zeit entstanden ist, wo der Unterschied in den Auffassungen zwischen Ost und West fundamental und kaum überwindbar erschien. Die westlichen Staaten gingen von den individuellen Rechten der Menschen aus. Jene Rechte, die der Mensch von der Geburt aus, als Individuum haben soll. Der sozialistisch orientierte Osten verstand unter den Menschenrechten ein kollektives Recht. Demnach haben die Staatsbürger Anspruch auf bestimmte Rechte. Der sozialistische Staat sah diese wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte als seine Pflicht an. Er fühlte sich seinen Bürgern gegenüber verpflichtet, den Zugang zu Arbeit, Bildung und zur medizinischen Versorgung zu ermöglichen. Die Sicherung der sozialistischen Ordnung der Gesellschaft hatte Priorität vor der Glaubens- und Meinungsfreiheit des Einzelnen. Wichtig für die westlichen Staaten war auch die Sicherung des Rechts auf Information. Die Menschen im Osten

268 Artikel 33, Abs. 1 der Charta der Vereinten Nationen. Online: ><http://www.unric.org/de/charta?start=6><
Zugriff 4. 7. 2010.

sollten einen Zugang zur Helsinki-Akte erhalten. Sie sollten wissen, welche Rechte ihnen zustünden. Mit dem *Veröffentlichungsgebot* war der Osten verpflichtet, die Vereinbarungen der Helsinki Akte bekannt zu machen.²⁶⁹

- 8) Das achte Prinzip: Die Gleichberechtigung und das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Die Verankerung dieses Prinzips in der Helsinki-Akte zielte vor allem auf die Öffnung der Möglichkeiten der osteuropäischen Völker, sich von der Dominanz der Sowjetunion zu befreien. Nach diesem Prinzip sollte ein Volk in der Lage sein, über seine Zukunft, politische Zugehörigkeit und Bindungen ohne Einmischung von außen frei entscheiden zu können. Das unmittelbare Ziel der westlichen Staaten durch diese Vereinbarung war die Wiedervereinigung Deutschlands.
- 9) Das neunte Prinzip: Die Zusammenarbeit zwischen den Staaten. Die Sowjetunion und die osteuropäischen Staaten sollten von den wissenschaftlichen, technologischen und wirtschaftlichen Entwicklungen des Westens profitieren. Durch die Kooperation und die Öffnung des Ostens könnten sich die westlichen Staaten einen Zugang zu den verschiedenen sozialen und politischen Gruppierungen in Osteuropa sichern. Dadurch hätten westliche Institutionen einen besseren Überblick und später eine bessere Kontrolle über die politischen Entwicklungen im Osten.
- 10) Das zehnte Prinzip: Die Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen nach Treu und Glauben. Das Ziel war die Hervorhebung des Völkerrechts als eine höhere Institution, über das Nationalrecht. Die Anerkennung internationaler Konventionen, Verträge und Vereinbarungen würde die Priorität des Nationalrechts gegenüber dem Völkerrecht, insbesondere in Menschenrechtsfragen einschränken.

5.2.6.3 Die Folgetreffen der KSZE

In den Jahren danach bemühten sich die Teilnehmerstaaten, um die Aufrechterhaltung, Entwicklung und Ergänzung der Vereinbarungen von Helsinki 1975. Durch die Zusammenarbeit von Experten in den verschiedenen Politikfeldern sollten die Ziele der KSZE systematisch und professionell verfolgt und verwirklicht werden.

Das erste Folgetreffen von Belgrad vom 4. Oktober 1977 bis 9. März 1978 beschloss die Abhaltung von drei verschiedenen Expertentreffen zur Behandlung folgender Fragen:

- 1) Die friedliche Streitbeilegung.
- 2) Die Zusammenarbeit im Mittelmeerraum.
- 3) Die wissenschaftliche Zusammenarbeit.²⁷⁰

²⁶⁹ Pöllinger 2000: 199.

Nach dem Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan 1979, den Auseinandersetzungen mit der von der Kirche unterstützten Arbeiterbewegung in Polen und der Verschlechterung der Beziehungen des Westens mit der DDR, schaute die Lage in Europa so aus, als ob die Ost-West-Kooperation stillgelegt worden wäre.

Trotzdem fand ein zweites KSZE-Folgetreffen vom 11. November 1980 bis 5. September 1983 in Madrid statt. Die Teilnehmer hatten die Fortsetzung der Kooperation bekräftigt und weitere Expertentreffen beschlossen. Neben der friedlichen Streitbeilegung sollten Fragen der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit im Mittelmeerraum und Fragen der Menschenrechte behandelt werden. Weiters sollten die kulturellen und menschlichen Beziehungen innerhalb der KSZE Staaten verstärkt werden.

Die Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE) fand in Stockholm vom 17. Jänner 1984 bis 22. September 1986 statt. Im Zentrum standen ernsthafte Bemühungen der beiden Seiten, die atomare Gefahr in Europa zu minimieren.

Die Konferenz zeigte aber deutlich, wie unterschiedlich die Auffassungen zur dieser Frage waren: Die westlichen Staaten, pragmatisch geprägt, wollten reale technische Maßnahmen am Boden erreichen. Demnach sollte ein Atomkrieg technisch undurchführbar gemacht werden.

Die Staaten des Ostens wollten politische und vertragsorientierte Vereinbarungen treffen. Durch deklaratorische Maßnahmen wie Verzicht auf den Ersteinsatz oder die Schaffung von atomwaffenfreien Zonen sollte ein Krieg verhindert werden.

Die große Wende trat in Moskau 1986 ein, als Michael Gorbatschow zum Generalsekretär der kommunistischen Partei der Sowjetunion gewählt wurde. Er verkündete seine Absicht, weltweit die Atomwaffen zu beseitigen. Auf die Konferenz in Stockholm wirkte diese Nachricht aus Moskau sehr positiv. Die Teilnehmer einigten sich schließlich auf einen Katalog von Maßnahmen. Neben der Ankündigung von Manövern sollten zum ersten Mal Inspektionen vor Ort, auf Ersuchen ohne Ablehnungsrecht des betreffenden Staates, möglich werden.²⁷¹

Das dritte KSZE Folgetreffen fand vom 4. November 1986 bis 19. Jänner 1989 in Wien statt. Das Treffen stand im Schatten radikaler Entwicklungen in Europa und wurde durch folgende Merkmale geprägt:

- 1) Die Erfahrungen in Polen: insbesondere die Rolle der Kirche und die Schwäche des kommunistischen Staates einer Massenbewegung gegenüber.

270 Pöllinger 2000: 207.

271 Pöllinger 2000: 210.

- 2) Die Absicht der westlichen Staaten, die Frage der Menschenrechte als ein Erpressungsinstrument gegen den Osten einzusetzen.
- 3) Eine neue und moderate Politik Moskaus, die auf Kooperation und Konfliktentschärfung zielte.
- 4) Die Schwächung der Dominanz der Sowjetunion seiner Peripherie gegenüber. Einige Staaten des Warschauer Paktes wie die DDR, die CSSR und Rumänien waren oft mit den neuen Ansichten Moskaus nicht einverstanden.
- 5) Die Vermittlungs- und Koordinierungsrolle der neutralen Staaten zwischen Ost und West.

Der Haupterfolg der Konferenz lag im Bereich der Menschenrechte. Auffallend dabei war, dass die wegen Verletzung der Menschenrechte und Nichteinhaltung der Helsinki Akte kritisierten Staaten des Warschauer Pakts nicht mehr mit dem Vorwurf *der Einmischung in die inneren Angelegenheiten* reagierten.²⁷²

Es folgten drei Expertentreffen zur Intensivierung der Kooperation in ihrer menschlichen Dimension: in Paris 1989, in Kopenhagen 1990 und Schließlich in Moskau 1991. Das Dokument des Moskauer Treffens fasste das Ergebnis eines 15 Jahre dauernden Prozesses zusammen:

*Die Teilnehmerstaaten betonen, dass Fragen der Menschenrechte, Grundfreiheiten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ein internationales Anliegen sind, da die Achtung dieser Rechte und Freiheiten eine der Grundlagen der internationalen Ordnung darstellt. Sie erklären mit großem Nachdruck und unwiderruflich, dass die im Bereich der menschlichen Dimension der KSZE eingegangenen Verpflichtungen ein unmittelbares und berechtigtes Anliegen aller Teilnehmerstaaten und eine nicht ausschließlich interne Angelegenheit des betroffenen Staates darstellen.*²⁷³

5.2.6.4 Das Gipfeltreffen der KSZE Staaten in Paris 1990

Der Fall der Berliner Mauer 1989, die Wiedervereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990 und der Beginn des Zerfalls der Sowjetunion machten eine neue Ordnung des europäischen Staatensystems unverzichtbar. Der Vergleich mit dem Wiener Kongress 1815 liegt nahe. Damals hatten die Napoleonischen Kriege die Grenzen der europäischen Staaten massiv verändert. Die Landkarte musste neu gezeichnet werden. 1815 führte die Gründung der neuen Nationalstaaten zur Entstehung des Europa der großen Nationen und dadurch zur Befestigung

²⁷² Pöllinger 2000: 211.

²⁷³ Dokument der Moskauer Treffens 1991. In Pöllinger 2000: 214.

des Nationalismus. Das waren die ersten Stufen zur Geburt des europäischen Faschismus und der zwei Weltkriege des 20. Jahrhunderts.

Spätestens 1990 war es klar, dass das westliche Programm nach 15 Jahren Helsinki eindeutig gesiegt hatte. Die NATO war stärker als je zuvor, der Warschauer Pakt schwach und befand sich auf dem Weg zur Auflösung. Russland hingegen zeigte Bereitschaft, sich von Dogmen des Sowjetischen Imperiums zu trennen. Trotzdem kam das Pariser Treffen 1990 nicht als ein Kriegsergebnis zustande und hatte auch nicht die Merkmale eines Friedensvertrags nach einem gewonnenen Krieg. Betrachtet man aber den Ost-West-Konflikt als die kalte Fortsetzung des Zweiten Weltkrieges, dann war das Pariser Treffen dessen wirkliches Ende. Vom 19. bis 21. November 1990 trafen sich die Staats- und Regierungschefs der KSZE in Paris und unterzeichneten *die Charta von Paris für ein neues Europa*. Dabei wurden die Leitprinzipien von Helsinki neuerlich hervorgehoben:

*Die zehn Prinzipien der Schlussakte werden uns in diese im Zeichen hoher Aufgaben stehende Zukunft leiten, so wie sie uns in den vergangenen fünfzehn Jahren den Weg zu besseren Beziehungen gewiesen haben. Die volle Verwirklichung aller KSZE-Verpflichtungen muss die Grundlage für die Initiativen bilden, die wir nun ergreifen, um unseren Nationen ein Leben zu ermöglichen, das ihren Wünschen gerecht wird.*²⁷⁴

Ein Jahr später, am 1. Juli 1991, löste sich das Staatenbündnis des Warschauer Pakts auf. Der Weg in den Osten wurde für die westeuropäischen Staaten frei gemacht.

5.2.6.5 Zusammenfassend zur Helsinki Akte 1975 und deren Auswirkungen

Die Entstehung der Helsinki-Akte 1975 war durch den Intergouvernementalismus stark geprägt. Der Nationalstaat wollte seine Vorteile maximieren. Er war nur dann dazu bereit auf Teile dieser Vorteile zu verzichten, wenn er dafür in anderen Politikfeldern entschädigt werden würde. So haben Polen und die DDR die Annerkennung der Grenzen durch die westlichen Staaten erreicht. Im Gegenzug öffneten sie die Grenzen für wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und sozialen Austausch. Der Intergouvernementalismus wurde durch die Interdependenz kompensiert. Die Gewissheit bei allen Teilnehmern, dass die atomare Bedrohung keine nationalen Grenzen kennt, und dass die supranationale Kooperation der einzige Weg sei, um den Ost-West-Konflikt zu entschärfen, zwang alle zur Kompromissbereitschaft. Die KSZE wurde durch Konsens gekennzeichnet.

Das Hauptanliegen der Konferenz war die Entschärfung des Ost-West-Konflikts. Daneben setzten die westlichen Staaten die Frage der Menschenrechte und Grundfreiheiten

274 Charta von Paris 1990: 1.

systematisch als ein Instrument gegen die politische Ordnung der osteuropäischen Staaten durch. Das Ergebnis war die Entfaltung der Macht der katholischen Kirche und die Entstehung von Menschenrechtsorganisationen und regierungskritischen Medien. Die unabhängige freie Gewerkschaft Solidarnosc in Polen und die Charta 77 in der Tschechoslowakei sind zwei Beispiele dafür. Die Gründung von mehreren Helsinki-Komitees in Osteuropa sollte die Einhaltung der Helsinki Prinzipien durch die osteuropäischen Regierungen überwachen.

Die allgemeine wirtschaftliche Schwäche des Ostens, die starken Tendenzen zur Reform innerhalb der Sowjetunion und schließlich der Volksaufstand in Ostberlin sowie der Fall der Mauer hatten zusammen zur Auflösung des Warschauer Pakts geführt.

Die KSZE 1975 hatte dadurch ihr Hauptziel, nämlich die Entschärfung des Ost-West-Konflikts, erreicht. Die vollkommene Beseitigung der Ostseite des Konflikts war ihr unbeabsichtigtes Nebenprodukt.

Die Jahre danach wurden durch folgende Phänomene gekennzeichnet:

- 1) Die Schwächung der Bedeutung der Neutralität in Europa.
- 2) Das systematische Interesse der westeuropäischen Staaten, sich in den Osten wirtschaftlich auszudehnen.
- 3) Das große Interesse der osteuropäischen Staaten an Stärkung der politischen und wirtschaftlichen Bindungen mit dem Westen. (Der Sogeffekt der Peripherie dem Zentrum gegenüber).
- 4) Das Interesse der NATO, das Erbe der Sowjetunion in Osteuropa zu übernehmen.

Die Forscher, die geglaubt hatten, dass nach der Schwächung des Warschauer-Pakts die Kriegsgefahren beseitigt wurden, mussten nach 1991 umdenken. Das Verschwinden der Ostseite des Konflikts schaffte in Europa einen neuen Zustand, nämlich den der Feindlosigkeit.

Mit dem konnte die wirtschaftlich orientierte und auf Gewaltlosigkeit aufgebaute europäische Moderne nach 1945 gut leben. Könnten aber die Vereinigten Staat von Amerika ohne *böse Kommunisten* leben? Die Antwort ist Ja, aber nur dann, wenn ein Ersatzfeindbild gefunden werden könnte. Eine militärisch orientierte amerikanische Außenpolitik, die von den Interessen der Konzern- und Militärindustrie abhängig ist, musste schnell einen Ersatz für den kommunistischen Osten finden. Hinzu kommt, dass der Zustand *Weit und Breit kein Feind in Sicht*, für die Militärmaschinen des Westens die Arbeitslosigkeit bedeuten würde. Anderes formuliert: Gesucht wurde nicht nur nach einem neuen Feindbild, sondern auch nach Beschäftigungsmöglichkeiten und Aufträgen für die Militärmaschine des Westens.

Im Jänner 1991 hatten die Vereinigten Staaten von Amerika sowohl neue Feinde als auch Kriegsgründe gefunden. Die USA führten eine Koalition aus 30 Staaten in den Krieg gegen den Irak, um Kuwait City und das irakische Volk vom *Diktator* Saddam Hussein zu befreien.²⁷⁵

Auch die Vorstellung, Europa würde nach dem Ende des Ost-West-Konflikts friedlicher und sicherer werden, musste nach den Bürgerkriegen im ehemaligen Jugoslawien korrigiert werden.

Trotzdem kann gesagt werden, dass die KSZE 1975 zur Öffnung, Demokratisierung und Verbesserung der Lebensqualität in den osteuropäischen Gesellschaften beigetragen hat. Nach 1989 konnte die Europäische Union, das Vakuum im Osten innerhalb von zwei Jahrzehnten füllen und sich auf EU 27 ausdehnen. Ähnliches gilt für die NATO, die das Erbe der Sowjets in Osteuropa problemlos übernahm.²⁷⁶

5.3 Die Funktionen des Prinzipienkatalogs

In seiner entwickelten Form übernimmt der Prinzipienkatalog eine ähnliche Rolle wie die Staatsverfassung. Die Umsetzung seiner Leitlinien und Normen, wie etwa die Grundrechte und Freiheiten in den verschiedenen Politikfeldern, trägt gewiss zur Entstehung und Stärkung der Prinzipiengemeinschaft bei. Jedoch bedeutet die bloße Existenz des Prinzipienkatalogs noch nicht, dass wir es mit einer Prinzipiengemeinschaft zu tun haben. Erst die tägliche Ausübung der hier garantierten Rechte und Freiheiten (Output) und die Hervorhebung der Bedeutung dieser Prinzipien in der sozialen und politischen Realität verstärken ihre Rolle als Hauptfundament der Prinzipiengemeinschaft.

Diese kann auf zwei Ebenen beobachtet werden: auf einer internen und einer externen Ebene.

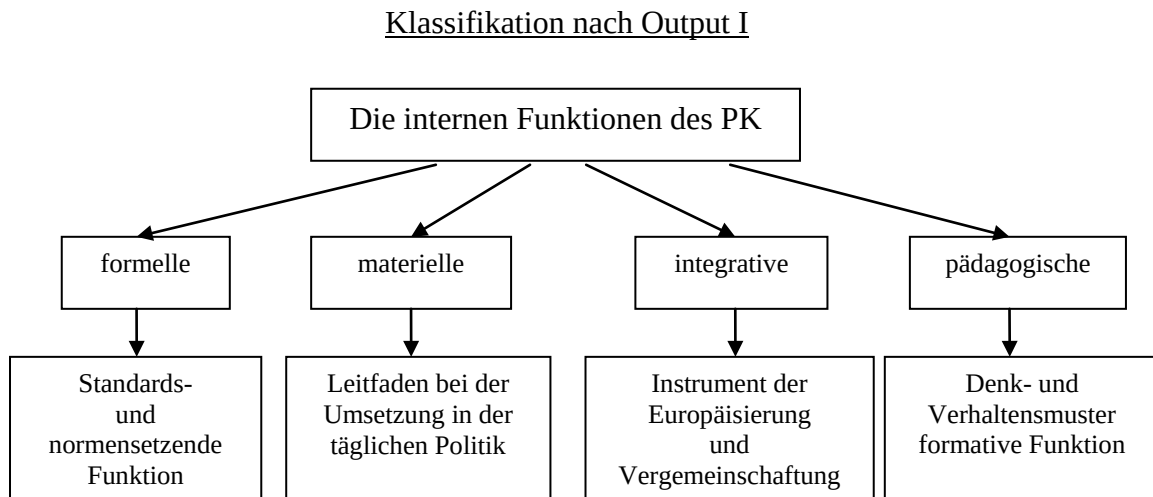
5.3.1 Die internen Funktionen, Output I

Darunter werden die Auswirkungen des Prinzipienkatalogs in den verschiedenen politischen, sozialen und juristischen Bereichen des täglichen Lebens verstanden. Unter anderem erfüllt der Prinzipienkatalog innerhalb der Europäischen Union eine formelle, eine materielle, eine integrative und eine pädagogische Funktion.

275 Beim Einmarsch der irakischen Armee in Kuwait im August 1990 wurden im kuwaitischen Innenministerium Verhandlungsprotokolle der CIA gesichert. Demnach sollte der Irak zu einer Aktion provoziert werden, um den USA einen Kriegsgrund zu liefern. Vgl. Heikal 1992.

276 Die NATO umfasst heute 28 Mitgliedstaaten. Neben der USA und Kanada 26 europäische Staaten. Vgl. Anhang 6.

Abbildung 18



5.3.1.1 Die formelle Funktion

Das erste Produkt des Prinzipienkatalogs ist die formelle, normative Umsetzung der Prinzipien, Leitlinien, Rechte und Freiheiten im Rechtssystem der Mitgliedstaaten. Die Umsetzung kann durch die Gesetzesänderungen im Nationalrecht erfolgen. Erst dann können die Verwaltung und die Judikative innerhalb des souveränen Bereichs des Nationalstaates die neuen Normen des Nationalrechts in Politik umsetzen.

Die Erfüllung der formellen Funktion des Prinzipienkatalogs führt zur Vereinheitlichung der Normen und Standards innerhalb der Europäischen Union. Durch die Aufnahme ins Nationalrecht der 27 Mitgliedstaaten, sollten von Irland bis Rumänien ähnliche Arbeits- und soziale Normen gelten. Die Vereinheitlichung und die tagespolitische Umsetzung erleichtern unter anderem den Dienstleistungstransfer und tragen zur Verbesserung der Kooperation zwischen den verschiedenen nationalen Subinstitutionen innerhalb der Europäischen Union bei.

5.3.1.2 Die materielle Funktion

Der Prinzipienkatalog erfüllt auch eine einführende Funktion. Bei der Umsetzung der neuen Normen und Prinzipien in der täglichen Politik zeigt er einen richtungsweisenden Charakter. Er kann das Verhalten der Organe des Staates steuern. Diese sind nicht nur die höheren

Ebenen der Verwaltung und die Gerichte, sondern vor allem auch die Suborgane und Institutionen des Staates. Der Einzelrichter im Arbeitsgericht, der über eine Gleichheitsfrage entscheidet, der Polizeibeamte, der eine Anzeige in Zusammenhang mit dem Diskriminierungsverbot entgegennimmt, oder der Gewerkschafter, der einer wegen Schwangerschaft gekündigten Arbeiterin zur Seite steht - alle können zur Konsolidierung des Prinzipienkatalogs und dadurch zur Schaffung von neuen Standards und Verhaltensmustern beitragen.

5.3.1.3 Die integrative Funktion

Der einheitliche Prinzipienkatalog der Europäischen Union ist ein Hauptinstrument im Prozess der Europäisierung der Gemeinschaft. Ab dem Zeitpunkt, wo die europäischen Institutionen dieselben Maßstäbe, Normen und Arbeitsprinzipien verwenden und sich einheitlich gegenüber ähnlichen Fragen verhalten, nimmt der Begriff der Europäisierung an Bedeutung und Gewicht zu. Trotz sprachlicher und kultureller Vielfalt trägt der Prinzipienkatalog zur Schaffung einer neuen Basis bei, auf der eine neue gesamteuropäische politische Kultur entstehen kann.

5.3.1.4 Die pädagogische Funktion

Setzt sich ein Prinzipienkatalog für ein paar Jahre durch, dann erfüllt er, als Lehrstoff in einem Lehr- und Lernprozess, eine pädagogische Funktion. In diesem Zusammenhang sei der Begriff der sozialen Formation von Bedeutung. Demnach erhalten die Menschen im Laufe der Kindheit eine Reihe von Idealen, Zielen, Vorbildern, Geboten, Verboten, Denk- und Verhaltensmustern. Diese, im Laufe der formativen Jahren, in der Familie, in der Schule oder auf der Straße erworbenen Leitlinien prägen und bestimmen das menschliche Verhalten.

Die Konfrontation mit den neuen Normen und Standards durch eine neue Generation von Staatsbeamten, Verwaltungspersonal, Richtern und Lehrern formatiert ihr Denk- und Verhaltensmuster. Der formative Vorgang bei der neuen, jungen Generation läuft schneller und leichter als eine Reformation des Verhaltensmusters der alten Generation, die noch mit alten Standards gearbeitet hat und sich auf die neuen umstellen musste.

Die Kinder, die heute mit den Prinzipien der Demokratie, Gerechtigkeit, Gleichheit und des Diskriminierungsverbots aufwachsen, tragen zur Konsolidierung des Prinzipienkatalogs und zur Schaffung der neuen europäischen Selbstverständlichkeiten bei, auf die eine neue aufgeklärte und offene Prinzipiengemeinschaft aufgebaut werden kann.

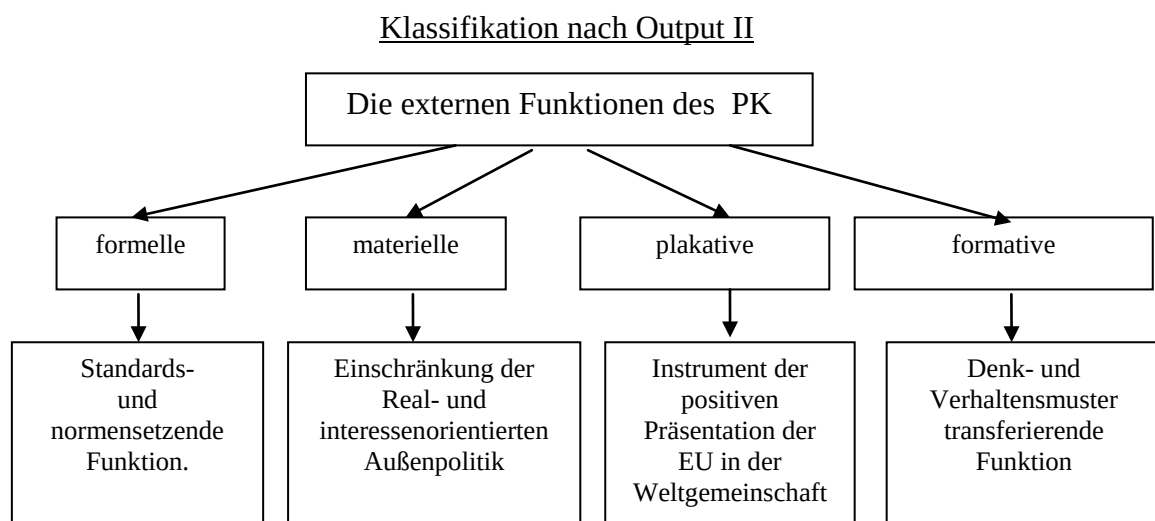
5.3.2 Die externen Funktionen, Output II

Die völkerrechtlichen Konventionen, internationale Organisationen und Verträge bestimmen im Allgemeinen die Leitlinien und Verhaltensregeln der zwischenstaatlichen Beziehungen. Der fortschreitende Prozess der Europäischen Integration schafft neue Merkmale eines neuen einheitlichen Gesichtes der Europäischen Union im internationalen System. Die Verbreitung der europäischen Normen, Verhaltensmuster, Denkmuster und Methoden der Konfliktlösung durch die Umsetzung des Prinzipienkatalogs in der Außenpolitik würde zur Neupositionierung und Hervorhebung der Rolle der Europäischen Union in internationalen Gremien führen.

Die Erfahrungen aus der Helsinki-Akte 1975, die Aufnahme der osteuropäischen Staaten nach dem Fall der Mauer und die Gewaltlosigkeit der Ausdehnung auf EU 27 sprechen für eine gute Methodik und für gut entwickelte Standards, die eine Vorbildfunktion einnehmen können. In diesem Bereich kann der Prinzipienkatalog, außenpolitisch eine richtungsweisende Funktion erfüllen.

Die Vorstellung, die europäische Außenpolitik würde sich an den Prinzipienkatalog halten, ist sehr idealistisch. Bis jetzt haben die Regeln der Interessen- und Machtpolitik die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der europäischen Union mit den Nachbarstaaten bestimmt und geprägt. Der Prinzipienkatalog kann aber unter anderem auch als Maßstab dienen, an dem das politische Verhalten gemessen werden kann. Der Prinzipienkatalog kann in diesem Bereich formelle, materielle, plakative und formative Funktionen erfüllen.

Abbildung 19



Quelle: Eigene Darstellung

5.3.2.1 Die formelle Funktion

Die Europäische Union ist mit den Staaten der Peripherie im Rahmen der ENP und der Union für den Mittelmeerraum durch eine Reihe von Verträgen und Abkommen stark gebunden. Das zentrale Element dieser Verträge ist die wirtschaftliche Bindung der Peripherie mit dem Zentrum. Nebenbei laufen zahlreiche gemeinsame Programme, die darauf zielen, die europäischen Normen und Prinzipien im Sinne des Prinzipienkatalogs in die Peripherie zu transferieren. Die Hauptträger dieser Funktion sind die Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit den östlichen Staaten und die Assoziationsabkommen mit Mittelmeeranrainerstaaten. Die Aktionspläne und die Länderberichte sind weitere Instrumente der Kontrolle der Europäischen Union der Peripherie gegenüber. Vor allem wird der Stand der Entwicklung im Prozess der Reform und des Normtransfers genau beleuchtet.

Der Erfolg in diesem Bereich ist noch bescheiden. Die Kontinuität des Prozesses würde am Ende zur Übernahme der europäischen Normen und Arbeitsprinzipien in der Peripherie führen. Die Europäische Union hat mit 14 Staaten der Peripherie Assoziationsabkommen oder Partnerschafts- und Kooperationsabkommen unterzeichnet. Mit Ausnahme Algeriens und Syriens wurden in den restlichen Staaten seit 2004 bzw. 2006 Aktionspläne durchgeführt.²⁷⁷

Abbildung 20

Verträge, Länderberichte und Aktionspläne der ENP

	AA/PKA	Länderberichte	Aktionspläne
Ägypten	AA 2004	2005	2006
Algerien	AA 2005		
Palästinensische AB.	AA 1997	2004	2004
Syrien	AA 2008		
Tunesien	AA 1998	2004	2004
Israel	AA 2000	2004	2004
Jordanien	AA 2002	2004	2004
Libanon	AA 2006	2005	2006
Marokko	AA 2000	2004	2004
Armenien	PKA 1999	2005	2006
Aserbaidshan	PKA 1999	2005	2006
Georgien	PKA 1999	2005	2006
Moldawien	PKA 1998	2004	2004
Ukraine	PKA 1998	2004	2004

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Homepage der ENP.²⁷⁸

AA: Assoziationsabkommen

PKA: Partnerschafts- und Kooperationsabkommen

²⁷⁷ Im Rahmen der östlichen Partnerschaft verhandelt die Europäische Union seit Juli 2010 über neue Assoziierungsabkommen mit Georgien, Armenien und Aserbaidshan. Das Ziel ist unter anderem die Schaffung einer Freihandelszone. Online:

><http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/955&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>< Zugriff 1. 8. 2010.

²⁷⁸ >http://ec.europa.eu/world/enp/partners/index_de.htm< Zugriff 2. 8. 2010.

5.3.2.2 Die materielle Funktion

Der Prinzipienkatalog kann als Messinstrument dienen, an dem der Prinzipiengehalt der Außenpolitik der Europäischen Union gemessen werden kann. Die interessen- und machtorientierte Politik kann durch den Prinzipienkatalog eingeschränkt werden. Vor allem hat die Politisierung von Prinzipienfragen wie die Achtung der Menschenrechte und das Völkerrecht sowie die Verwendung von Doppelstandards bei der Behandlung von Konflikten zur Schwächung der Glaubwürdigkeit der Europäischen Union geführt.

Seit dem 11. September 2001 führen die Vereinigten Staaten von Amerika einen mit fragwürdigen Argumenten legitimierten Krieg gegen *islamische Fundamentalisten* in Afghanistan und im Irak.²⁷⁹ Die außenpolitischen Reaktionen der ehemaligen EU 15 auf die amerikanische Politik waren uneinheitlich. Ein von Großbritannien angeführtes Lager vertrat die Ansicht, die europäische Bindung mit der Vereinigten Staaten von Amerika sei essentiell, um die westliche Kultur zu schützen. Ein deutsch-französisches Lager wollte die europäischen Interessen nicht unbedingt im Kielwasser der amerikanischen Außenpolitik positionieren. Und schließlich ein von Österreich, Schweden und Finnland geführtes neutralistisches Lager, das in der Kriegspolitik der USA eine Gefahr sah und sich davon distanzierte.²⁸⁰

Als ein weiteres Beispiel für Doppelstandards in der europäischen Außenpolitik kann der Atomstreit mit dem Iran sowie die Verhängung von Sanktionen genannt werden. Der Iran wird beschuldigt, die Absicht zu haben, Atomwaffen zu bauen. Dem gegenüber registriert man Stillschweigen und Kritiklosigkeit, wenn es um das israelische Atomwaffenarsenal geht.²⁸¹

Auch die europäische Reaktion auf den russisch-georgischen Krieg im Jahr 2008 unterscheidet sich qualitativ von der europäischen Reaktion nach dem Libanonkrieg 2006, wie auch nach der Operation *gegossenes Blei* der israelischen Armee in Gaza 2008/09:

- 1) Nach dem Georgienkrieg 2008 beauftragte die EU eine unabhängige Kommission um mögliche Verletzungen des Völkerrechts zu untersuchen.

279 Eines der Argumente war die Behauptung, der Irak besitze Massenvernichtungswaffen. Hans Blix, Ex-UN-Chefwaffeninspektor in Irak, sagte im Juli 2010 in London vor einer Kriegsuntersuchungskommission, dass er keine Waffen gefunden habe, und dass er Tony Blair im Jahre 2003 vor dem Krieg gewarnt habe: *Ich glaube, dass die USA damals versessen auf einen Militäreinsatz waren. Washington war überzeugt, dass man mit einem Einmarsch im Irak Erfolg haben werde – und darum hat man es einfach gemacht.* Wiener Zeitung, 29. 7. 2010.

280 Vgl. Beck, Grande 2007: 339f.

281 Vgl. Oliver Thränert, Mitglied der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik bei der Stiftung Wissenschaft und Politik, über das israelische Atomwaffenarsenal. Online in: > <http://detektor.fm/politik/die-nuklearmacht-israel/> < Zugriff 1. 8. 2010.

- 2) Nach den militärischen Operationen der Regierung in Sri Lanka gegen Tamilen im Jahre 2009 verlangte die EU eine internationale Untersuchung der möglichen Verletzungen der Menschenrechte.
- 3) Bei der *Operation gegossenes Blei* der israelischen Armee in Gaza 2008/09, starben mehr als 1300 Palästinenser, davon 300 Kinder und 13 Israelis, davon zwei durch *friendly fire*. Eine Untersuchungskommission der UNO, die von dem südafrikanischen Richter Richard Goldstone geleitet wurde, warf in einem 575 Seiten umfassenden Bericht, beiden Seiten des Konflikts Kriegsverbrechen vor. Sieben EU Mitglieder lehnten den Bericht der Kommission ab.²⁸²

Der Prinzipienkatalog im Allgemeinen, die EMRK und die zehn Leitprinzipien von Helsinki im Besonderen, können als Messinstrumente dienen, die mögliche Abweichungen der Außenpolitik der Europäischen Union vom Prinzipienkatalog aufzeigen und zu ihrer Korrektur beitragen können. Ein prinzipienorientiertes und einheitliches außenpolitisches Vorgehen würde zur Stärkung und Konsolidierung der Prinzipiengemeinschaft gegenüber einer Interessengemeinschaft der Europäischen Union führen. Dies würde die Glaubwürdigkeit der Union in der Peripherie und in internationalen Gremien verstärken und dadurch zur Entschärfung zahlreicher Konflikte in der Region sowie zur besseren Positionierung der Union in der Weltpolitik beitragen.

5.3.2.3 Die plakative Funktion

Das Bild der Europäischen Union als eine wirtschafts- und interessenorientierte Staatengemeinschaft kann mit Hilfe des Prinzipienkatalogs kompensiert werden. Er kann eine repräsentative Funktion erfüllen. Der plakative Charakter des Katalogs würde die Definition der europäischen Prinzipien ermöglichen, den Prozess des Normen- und Wertetransfers erleichtern und dadurch zur Vergrößerung des Aktionsradius als auch des Einflussbereichs der Prinzipiengemeinschaft außerhalb der kontinentalen Grenzen beitragen.

5.3.2.4 Die formative Funktion

Eine konsequente prinzipienorientierte Außenpolitik des Zentrums würde das Denk- und Verhaltensmuster der Peripherie prägen. Die Art, wie in Konflikt- und Krisensituationen gehandelt werden soll, die Ablehnung des Krieges als eines politischen Mittels, die

²⁸² Vgl. Robert Fisk: Israel has crept into the EU without anyone noticing, The Independent 31. 7. 2010, Online: ><http://www.independent.co.uk/opinion/commentators/fisk/robert-fisk-israel-has-crept-into-the-eu-without-anyone-noticing-2040066.html>< Zugriff 3. 8. 2010.

Ablehnung der Drohung mit Gewalt als Druckmittel, die Hervorhebung der Rolle des Schiedsgerichts in Streitfragen und die Achtung von internationalen Konventionen und Verträgen, die Hervorhebung des Völkerrechts, sind einige Beispiele für die Felder, wo das Zentrum als beispielgebend der Peripherie gegenüber funktionieren kann.

Eine prinzipienorientierte Elitenpolitik des Zentrums kann eine formative Funktion erfüllen. In einem Nachahmungsprozess kann das Denk- und Arbeitsmuster der politischen Elite und der Zivilgesellschaft der Peripherie formatiert werden.

5.4 Zusammenfassung zum Prinzipienkatalog

Die Hauptmerkmale der europäischen Moderne nach 1945 sind ihre drei Pfeiler: Demokratie und Menschenrechte, wirtschaftliche Entwicklung und Sicherheit.

Die Organisationen der gesamteuropäischen Gemeinschaft - vor allem der Europarat, die KSZE und die Europäische Union - haben die Stärkung und den Ausbau dieser drei Pfeiler als ihr zentrales Anliegen betrachtet. Das Ergebnis war ein Paket von Verträgen und Konventionen, die vor allem eine Reihe von Arbeits- und Denkprinzipien, Leitlinien, Grundrechten und Freiheiten enthalten und die sich in einem Prinzipienkatalog zusammenfassen lassen.

Durch die gleichzeitige Mitgliedschaft in den drei Hauptorganisationen der europäischen Moderne nach 1945 bilden die 27 Staaten der Europäischen Union zusammen den Kern der gesamteuropäischen Gemeinschaft. Die EU 27 können deshalb als die Träger des Prinzipienkatalogs betrachtet werden.

Der Inhalt des Katalogs ist aufgebaut auf drei Fundamenten:

- 1) Die EMRK 1950 und ihre Zusatzprotokolle und die Sozialcharta des Europarats bildeten die Grundlage für die Charta der Grundrechte der Europäischen Union.
- 2) Die Kopenhagener Kriterien.
- 3) Die zehn Leitprinzipien von Helsinki 1975.

Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union deckt individuelle und soziale Bereiche im Katalog ab. Diese sind hauptsächlich:

- 1) Die Menschenwürde. Eine menschenwürdig orientierte Gemeinschaft verbietet alle Formen der Ausbeutung und der Diskriminierung. Dazu gehört das Verbot der inhumanen Arbeitsbedingungen, der Fremdenfeindlichkeit und der Kindesmisshandlung. Die Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit und die Achtung der Stellung von

sozialen Randgruppen in der Gesellschaft sind weitere Indikatoren für die Stärke oder die Schwäche einer Prinzipiengemeinschaft.

- 2) Die Freiheit des Individuums. Sie ist das erste Fundament einer freien Gesellschaft. Zu diesem Prinzip gehören die Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit. Weitere Freiheiten wie die Freiheit der Meinungsäußerung, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit sind wichtige Elemente einer demokratisch gesteuerten Gemeinschaft.
- 3) Die Gleichheit. Im Zentrum steht die Chancengleichheit und dadurch die gleichen Rechte und Freiheiten für alle. Niemand darf in einer Prinzipiengemeinschaft wegen seines Geschlechts, seiner Herkunft und Abstammung, seiner politischen Meinung oder seiner Religion weder benachteiligt noch bevorzugt werden.
- 4) Das Prinzip der Solidarität. Ein Grundelement der Entstehung einer Gemeinschaft. Aufgebaut auf der idealen Vorstellung, dass eine sichere, freie und menschenwürdige Gemeinschaft erst durch die solidarischen Bindungen ihrer Mitglieder entstehen kann. Die Solidarität bedeutet hier vor allem, die Pflichten der Gemeinschaft den sozial schwachen gegenüber. Auch die Pflichten des Zentrums seiner Peripherie gegenüber. Es ist ein Zeichen der Stärke der Prinzipiengemeinschaft, wenn das europäische Zentrum sich dafür einsetzt, dass die Menschen der Peripherie die gleichen Rechte und Freiheiten erhalten wie die des Zentrums.
- 5) Die besondere Bedeutung der Arbeit: Die Arbeit ist ein Hauptmittel zur Selbstverwirklichung des Individuums. Sie trägt zur Identitätsfindung und Stärkung des Selbstbewusstseins der Gemeinschaft bei. In fast allen Konventionen steht das Recht auf Arbeit als ein Grundrecht. Die Sicherung und die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen sowie die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist eine Pflicht der Gemeinschaft.

Der demokratische Bereich wird unter anderem durch die Kopenhagener Kriterien zusammengefasst:

- 1) Die Achtung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten.
- 2) Die Rechtsstaatlichkeit.
- 3) Parlamentarismus und Mehrparteiensystem.
- 4) Schutz der Minderheiten.

Und schließlich können die zehn Leitprinzipien von Helsinki die Grundlinien einer neuen Positionierung der Europäischen Union im internationalen System bilden:

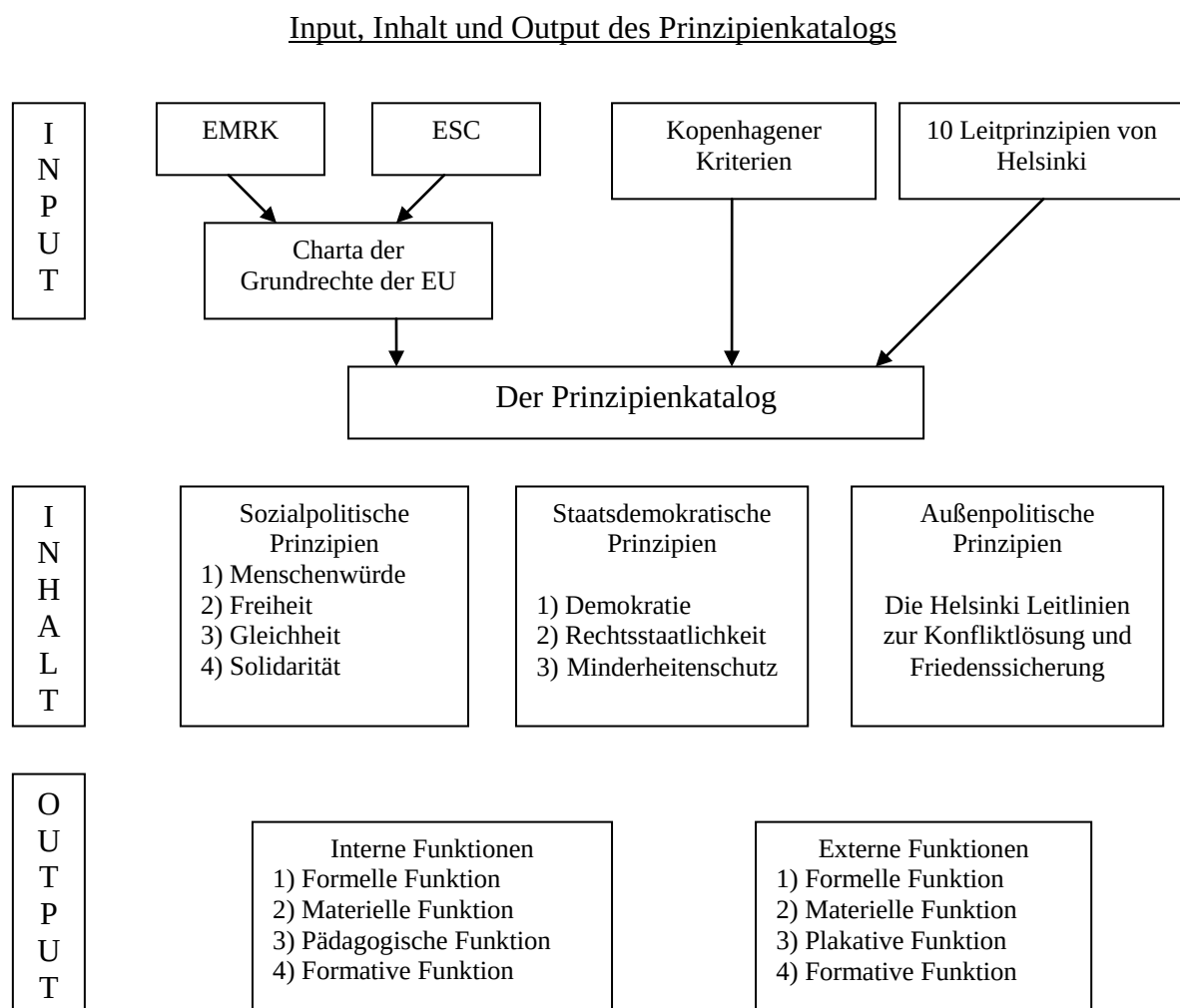
- 1) Die Friedenssicherung durch Konfliktlösung.
- 2) Selbstbestimmungsrecht der Völker.

3) Achtung des Völkerrechts.

4) Der Schutz der Umwelt als die Pflicht der jetzigen Generation der nächsten gegenüber.

Der Prinzipienkatalog kann innerhalb der Europäischen Union formelle, materielle, integrative und pädagogische Funktionen erfüllen. Außerhalb der Union kann der Prinzipienkatalog als Hauptinstrument des Wertetransfers zwischen Zentrum und Peripherie dienen. Dabei könnten formelle, materielle, plakative und formative Funktionen erfüllt werden.

Abbildung 21



Quelle: Eigene Darstellung.

6. Die Frage des Wertetransfers

Würden wir trocken nach einer europäischen Prinzipiengemeinschaft suchen oder danach fragen, würden wir eher Kopfschütteln oder Lächeln ernten. Unter anderem deshalb, weil wir die Anwesenheit einer Prinzipiengemeinschaft nicht messen oder nachweisen können. Wenn wir aber nach möglichen dauerhaften Auswirkungen oder gesellschaftlichen und politischen Änderungen einer solchen Prinzipiengemeinschaft innerhalb eines Zeitraums von beispielsweise 20 Jahren suchen, dann könnten wir vielleicht bessere Ergebnisse erzielen. Anders ausgedrückt: Die Prinzipiengemeinschaft lässt sich besser an Hand ihrer Auswirkung im politischen und sozialen Leben nachweisen. Die Stärke oder die Schwäche der Anwesenheit einer Prinzipiengemeinschaft kann unter anderem an Hand des Aktivierungsgrades des Wertetransfers beobachtet werden.

Unter dem Begriff des Wertetransfers werden hier die gesamten Aktivitäten im Rahmen der europäischen Integration verstanden, die darauf abzielen, die Normen, Prinzipien, Denk- und Arbeitsmuster sowie Methoden innerhalb und außerhalb Europas zu vereinheitlichen und zu verbreiten. Deshalb umfasst der Wertetransfer nicht nur die formalen Prinzipien des europäischen Prinzipienkatalogs, sondern auch ein System von Denkart, Verhaltensmustern und Arbeitsmethoden. In Zusammenhang mit der Prinzipiengemeinschaft der Europäischen Union spielt der Werte- und Normentransfer zwischen den verschiedenen Bestandteilen der gesamteuropäischen Gemeinschaft eine besondere Rolle. Er ist sowohl das Instrument der Verbreitung und Geltendmachung der Denk- und Arbeitsprinzipien des Zentrums in den verschiedenen Politikfeldern innerhalb der Europäischen Union, als auch das Instrument der Verbreitung der europäischen Normen und Prinzipien in den Nachbarstaaten rund um den Kontinent. Dadurch erfüllt der Wertetransfer zwei Funktionen:

- 1) Stärkung einer auf dem Prinzipienkatalog aufgebauten politischen Gemeinschaft der Europäischen Union.
- 2) Demokratisierung und Verbesserung der Lage der Menschenrechte in den Nachbargesellschaften.

Die Annahme, das bloße Vorhandensein eines Prinzipienkatalogs der europäischen Moderne aktiviere automatisch einen Prozess des Wertetransfers innerhalb und außerhalb des Kontinents, wäre voreilig. Zum erfolgreichen Wertetransfer gehören neben dem Prinzipienkatalog die Aktivierung der Akteure des Zentrums sowie die Empfangsbereitschaft der Zielgesellschaften. Nur wenn das politische Verhalten der Elite von Prinzipien und nicht von Interessen geleitet wird, kann ein Wertetransfer aktiviert werden. Die Glaubwürdigkeit

der Quelle steht hier im Vordergrund. Auch die Zielgesellschaften müssen für Erneuerungen, Reformen und mehr Integration offen und bereit sein.

Die Frage des Wertetransfers ist unter anderem deshalb problematisch, weil wir uns in einem multikausalen System befinden. Komplexe soziale Phänomene, wie zum Beispiel die Entwicklung des Prinzips der Gleichbehandlung von Frauen und Männern in einer Gesellschaft können nicht von einem einzigen Standpunkt aus betrachtet werden. Eine Fülle von Faktoren, Akteuren und Interessen haben über eine lange Zeit in einem komplexen System von reflexiven Interaktionen dazu beigetragen.

Es ist relativ leicht zu vergleichen, wie viele NGOs es in einem Land wie Ungarn oder Tunesien im Jahr 1980 gab und wie viele es heute gibt. Das Resultat kann als ein Indikator zur positiven oder negativen Entwicklung der Zivilgesellschaft des Landes verwendet werden. Nun welche Faktoren haben dazu beigetragen? Ist es das unmittelbare Ergebnis der verschiedenen Verträge und Abkommen zwischen der Europäischen Union und dem betreffenden Land? Anders formuliert: Soll eine positive Entwicklung der Zivilgesellschaft in Ungarn oder Tunesien automatisch als eine Leistung des europäischen Prinzipienkatalogs angerechnet werden? Oder haben unabhängig davon, lokale, soziale und politische Faktoren zu diesem Resultat mehr beigetragen?

Auf der Suche nach Konturen und Auswirkungen einer Prinzipiengemeinschaft der Europäischen Union ist es einfach ernüchternd zu erfahren, dass die demokratische Wende in Tunesien 2011, die zum Ende der Herrschaft Ben Alis führte, nicht wegen, sondern trotz der wirtschaftlichen und politischen Bindungen an die Europäische Union möglich war. Ähnliches gilt für Ägypten und weitere Staaten des Mittelmeerraumes. Die Leitlinien der europäischen Außenbeziehungen waren und sind primär durch Sicherung der wirtschaftlichen und politischen Interessen geprägt. So haben unter anderem die Sicherung der Öl- und Gaslieferungen, die Sicherung der südlichen Grenzen Europas vor unkontrollierter Einwanderung, die Bekämpfung des „internationalen Terrorismus“ und des islamischen Fundamentalismus die politische Agenda der europäischen Außenpolitik bestimmt. Die Lage der Menschenrechte und der Grundfreiheiten in den Nachbarstaaten wurden eher am Rande der Agenda erwähnt.²⁸³

Dazu kommt noch, dass die Entwicklung der politischen Prinzipien einer Gesellschaft kein linearer Prozess ist, in dem Akteure, Institutionen, soziale Interaktionen, Interessen und Politiken nur in einer Richtung wirken. Es handelt sich mehr um einen reflexiven Prozess, in dem alle Bestandteile mit verschiedener Intensität, aber in mehrere Richtungen agieren.

283 Über die Prioritäten der europäischen Außenpolitik in der Region vergleiche Asseburg 2005: 7.

Das würde auch bedeuten, dass wir es mit mehreren Phasen und Formen des Wertetransfers zu tun haben:

- 1) Phase des internen positiven Wertetransfers, in welcher der Aktionsradius des Prinzipienkatalogs vergrößert und die Politisierung der Gemeinschaft in Europa verstärkt wird.
- 2) Phase des externen positiven Wertetransfers, in der die Europäische Union zu politischen Reformen, zur Demokratisierung und zur Verbesserung der Lage der Menschenrechte in den Nachbargesellschaften erfolgreich beiträgt.
- 3) Die Stagnationsphase, die Stilllegung des Wertetransfers als Produkt der Stärkung der nationalen und antieuropäischen Tendenzen sowie die Selbsteinschließung der Gesellschaften der Peripherie vor Reformen.
- 4) Phase des internen negativen Wertetransfers, in welcher die Gemeinschaft nur durch wirtschaftliche Vorteile gebunden ist und verstärkte nationale Tendenzen zur Schwächung des Prinzipienkatalogs führen.
- 5) Phase des externen negativen Wertetransfers, in der die Außenbeziehungen der EU interessenorientiert sind und kaum Einfluss ausüben auf eine Verbesserung der politischen und demokratischen Qualität in den Nachbarstaaten, was zur Schwächung der Glaubwürdigkeit einer europäischen Prinzipiengemeinschaft führt.

Abbildung 22

Formen und Auswirkungen des Wertetransfers

Formen	Auswirkungen
Interner positiver Wertetransfer	Vergrößerung des Aktionsradius des Prinzipienkatalogs
Externer positiver Wertetransfer	Demokratisierung der Nachbargesellschaften
Stagnationsphase	Stilllegung und Schwächung der politischen Gemeinschaft
Interner negativer Wertetransfer	Stärkung der Zerfallsszenarien der EU
Externer negativer Wertetransfer	Schwächung der Glaubwürdigkeit einer Prinzipiengemeinschaft der EU

Quelle. Eigene Darstellung.

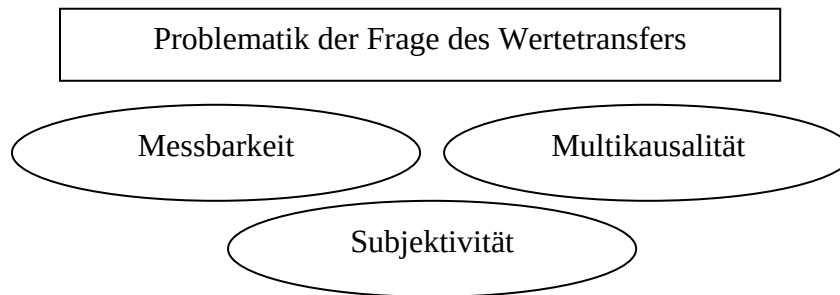
Ein weiteres Problem auf diesem Gebiet ist die Messbarkeit. Wir können die Prinzipienentwicklung einer Gesellschaft nur in großen zeitlichen Abständen messen.

Nun, wie misst man die Entwicklung des Diskriminierungsverbotsprinzips in einer Gesellschaft? Die Übernahme ins nationale Rechtssystem schafft zwar eine formelle juristische Basis, sagt aber noch nicht viel darüber aus, wie Suborgane, einfache Polizisten, Beamte oder Arbeitgeber, sich im Alltag verhalten.

Auch das Problem der Subjektivität bei der Wahrnehmung von Diskriminierungsfällen in der Öffentlichkeit erschwert die Messbarkeit. Die soziale, politische und kulturelle Disposition

des Beobachters bestimmt die Qualität der subjektiven Wahrnehmung. Dadurch sinkt die Verwertungsqualität der Messung.

Abbildung 23



Quelle: Eigene Darstellung

Das zentrale Thema der Dissertation ist die Frage der Prinzipiengemeinschaft der Europäischen Union. In diesem Teil wird versucht den Entwicklungsgrad einer Prinzipiengemeinschaft im politischen Leben der Europäer näher zu behandeln.

Was hat sich verändert im Wertesystem der Menschen im Lauf der Jahre der Integration?

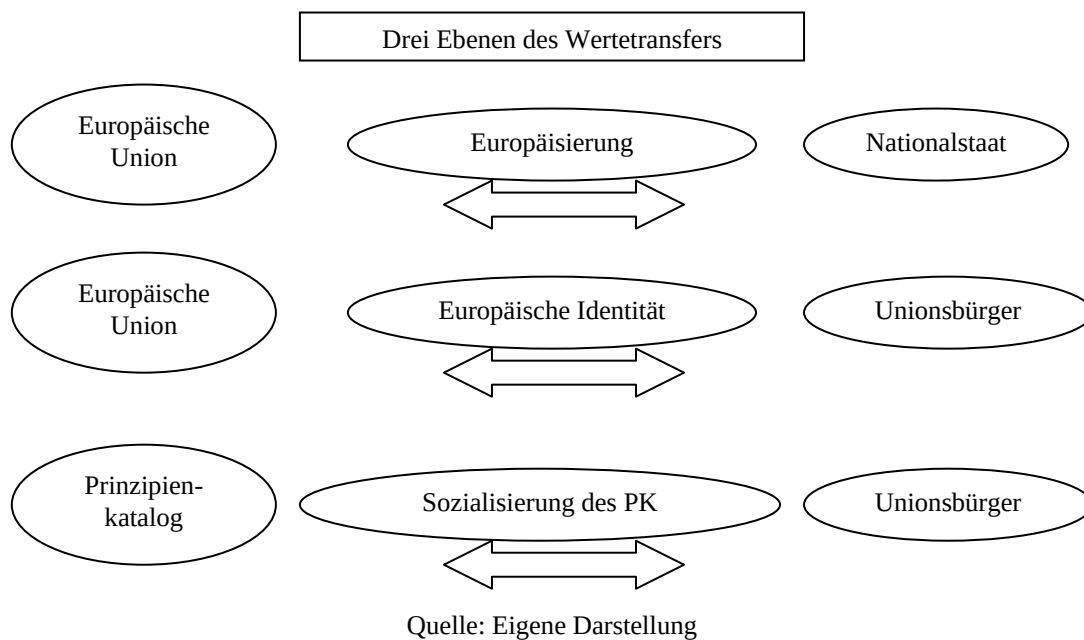
Hat sich der Prinzipienkatalog der Europäischen Union im täglichen Leben der Europäer einen Zugang verschafft? Oder wird er von der Interessen- und Realpolitik gebremst?

Haben die wirtschaftlichen Vorteile der Integration zur Stärkung der Bindung mit der Europäischen Union und dadurch zur Schaffung einer neuen Zugehörigkeit bzw. einer neuen Identität beigetragen? Oder tragen die nationalen Tendenzen nach wie vor eher zur Schwächung einer europäischen Identität.

Wenn wir die Frage der Prinzipiengemeinschaft der Europäischen Union vom Standpunkt des Wertetransfers betrachten werden, haben wir es mit drei Ebenen zu tun:

- 1) Die reflexive Beziehung zwischen dem Nationalstaat und der Europäischen Union. Die politische Literatur bezeichnet diese Ebene als Europäisierungsprozess.
- 2) Die Bindung des europäischen Souveräns mit der Europäischen Union. Das umfasst die verschiedenen Ebenen der Identifizierung der Unionsbürger mit der Europäischen Union. Wir behandeln hier die Frage einer möglichen europäischen Identität.
- 3) Die Nähe der Unionsbürger zum Prinzipienkatalog. Hier wollen wir die Werteprioritäten der Menschen in Europa näher behandeln und sehen, ob ein Prinzipienkatalog (PK) der Europäischen Union das Wertesystem der Europäer im Lauf der Jahre der Integration beeinflusst hat. Anders ausgedrückt: Die Sozialisierung des Prinzipienkatalogs.

Abbildung 24



Wir müssen mit dem Nationalstaat beginnen. Denn dieser war und ist das erste Ziel der Änderungen. Über ihn schaffte die Union den Zugang zum nationalen Staatsvolk und versuchte den europäischen Souverän zu schaffen.

6.1 Der Wertetransfer zwischen dem Nationalstaat und der Europäischen Union

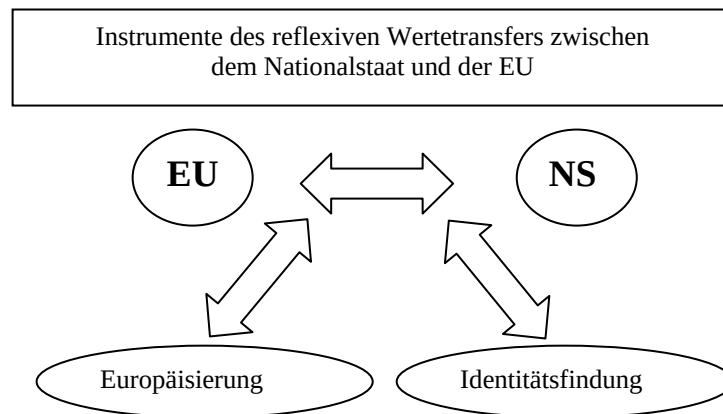
Die wechselseitigen, komplexen und andauernden Interaktionen zwischen dem Nationalstaat und der Europäischen Union kennzeichnen eine reflexive Beziehung zwischen Mitglied und Gemeinschaft, die darauf zielt, die Funktionen, Kompetenzen und Strukturen des Nationalstaates zu reformieren.

Der Prozess des Werte- und Normentransfers auf dieser Ebene soll aber differenziert behandelt werden. Es soll unterscheiden werden zwischen Normen, die die Kommunikation und die Interaktionen in den Bereichen Wirtschaft, Industrie und Verwaltung erleichtern sollen und den Normen und Prinzipien, die das politische und soziale System kennzeichnen.

Der politische Wertetransfer erfüllt hier zwei Funktionen:

- 1) Der Wertetransfer als ein Instrument der Europäisierung.
- 2) Der Wertetransfer als ein Instrument der Identitätsfindung Europas.

Abbildung 25



Quelle: Eigene Darstellung.

6.1.1 Der Wertetransfer als ein Europäisierungsinstrument

Die Geschichte der Europäisierung als ein Begriff geht auf das kolonialistische Zeitalter zurück. Damit wurde der Transfer der europäischen Werte und Normen in die Kolonien gemeint. Im postkolonialistischen Zeitalter meinte man damit eher die Verbreitung der europäischen Kultur und Lebensweise. Das umfasste vor allem die Künste, wie Musik, Theater, Kino und Ähnliches. Erst in Zusammenhang mit der europäischen Integration bekam der Begriff neue Konturen. Er umfasst eher die Änderungen in der Natur des Nationalstaates, seine Kompetenzen und Einflüsse im politischen Entscheidungsprozess gegenüber der Gemeinschaft.

*Die Europäisierung ist ein politisch-gesellschaftlicher Prozess, der angetrieben von der Geschwindigkeit und Reichweite der europäischen Integration einen Veränderungsdruck auf Nationalstaaten und europäische Gesellschaften ausübt, aber auch europäische Institutionen zur Responsivität gegenüber nationalen Interessen zwingt und damit diese zu fortwährendem politischen Wandel und zum Teil auch zu institutioneller Anpassung bewegt. Europäisierung erweitert den Wahrnehmungshorizont und den politischen Handlungsraum von Nationalstaaten um die europäische Dimension.*²⁸⁴

Nach Johan Olsen, kann das Phänomen der Europäisierung vom Standpunkt des Änderungsgrades, *What is changing?* auf fünf Ebenen behandelt werden:

- 1) Änderung der Außengrenzen des politischen Raumes. Also Europäisierung als Produkt der Ausdehnung der Europäischen Union.
- 2) Institutionelle Entwicklungen des Zentrums. Gemeint wird hier die Änderung in der Natur und Formen der politischen Kontrolle der Europäischen Union.

²⁸⁴ Beate Kohler-Koch in: Schuppert 2005: 103.

- 3) Zentrale Penetration des Nationalstaates. Die Macht- und Kompetenzverteilung zwischen Zentrum und Nationalstaat.
- 4) Europäisierung als eine „Exportform“. Der Transfer von Formen, Organisationen und Kultur des europäischen Regierungssystems außerhalb des Kontinents.
- 5) Entwicklung der europäischen Einheit. Europäisierung als ein Projekt zur Schaffung einer europäischen Identität, sowohl als Produkt der Zentralisierung als auch als Ergebnis der Öffnung der Grenzen innerhalb des politischen Raumes.²⁸⁵

Die Änderungen beschränken sich nicht auf einen messbaren Bereich. Sie sind vielfältig und durch Reflexivität gekennzeichnet. Sowohl die Institutionen des Zentrums als auch die Organe des Nationalstaates werden regelmäßig erneuert und reformiert. Diese Reformen und Änderungen sind teilweise notwendig um die politische und wirtschaftliche Integration zu beschleunigen, teilweise als Produkt und Mehrwert der europäischen Integration.

Die politischen und die wirtschaftlichen Formen der Integration sind die direkten und deutlichsten Formen der Europäisierung, deshalb, weil sie sich schließlich durch Verträge und Gesetzesänderungen ausdrücken und dadurch die Natur des Nationalstaates ändern. Sie werden aber auch von sozialen und kulturellen Integrationsformen begleitet.

*Zu nennen sind hier in erster Linie Hinweise auf veränderte Denkweisen, Werte, Präferenzsysteme von Entscheidungsträgern auf der einen Seite, also die politisch-kulturelle Dimension der nationalstaatlichen Neuorientierung im Europäisierungsprozess, sowie die nichtstaatliche, meist im Wirtschaftswettbewerb, sich vollziehende Europäisierung.*²⁸⁶

Die Europäisierung, als ein reflexives Verhältnis zwischen dem Nationalstaat und der Gemeinschaft, kann hier differenziert behandelt werden:

- 1) Einfluss des Nationalstaates auf die Gemeinschaft.
- 2) Einfluss der Gemeinschaft auf den Nationalstaat.

6.1.1.1 Einfluss des Nationalstaates auf die Gemeinschaft

Schon die ersten Verträge, die EGKS, Euroatom und EWG tragen die Konturen des Transfers der nationalstaatlichen Modelle auf die institutionellen Strukturen der Gemeinschaft. Die Konstruktion des Europaparlaments, des EuGH oder der Zentralbank sind Abbildungen ähnlicher Institutionen des Nationalstaates. (Modelltransfer). Aber mehr beeinflusst die Anwesenheit der nationalstaatlichen Vertreter im Parlament, im Rat, im Wirtschafts- und Sozialausschuss sowie im Ausschuss der Regionen das politische Verhalten der

²⁸⁵ Olsen 2002: 923ff.

²⁸⁶ Roland Sturm in: Schuppert 2005: 105.

Gemeinschaft. Die Aktivitäten dieser Vertreter sind primär von Interessen des Nationalstaates geprägt.

Abbildung 26

Personalbestand der Gemeinschaftsorgane		
	1995 EU 15	2009 EU 27
Europäisches Parlament	4091	6081
Europäischer Bürgerbeauftragter		63
Europäischer Datenschutzbeauftragter		37
Rat	2464	3512
Kommission	20383	26209
davon Verwaltung	15836	20384
Forschung	3497	3827
Amt für Veröffentlichungen	525	654
Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF)		384
sonstige	525	960
Gerichtshof	950	1931
Rechnungshof	503	880
EWSA und AdR	716	1206
Gesamt	29107	39919

Quelle: Fischer Weltalmanach 2010: 589.

Parallel dazu agiert ein Netzwerk von Beamtenausschüssen in verschiedenen Bereichen der täglichen wirtschaftlichen und politischen Kooperation, um gemeinsame Maßnahmen und Lösungen zu treffen. Die Tätigkeitsbereiche dieses Netzwerkes variieren von Vereinheitlichung der Qualitätsnormen für Nahrungsmittel bis zu diplomatischen Interventionen in außenpolitischen Angelegenheiten.²⁸⁷

Der Personalbestand der Gemeinschaftsorgane zeigt das Ausmaß der Interaktionen im Zentrum. Einerseits werden hier die nationalen Interessen artikuliert und verteidigt, andererseits gewinnt das Personal einen Überblick über die Nationalinteressen, Sorgen, Denkmuster und Arbeitsmethoden der anderen Mitglieder und vermittelt sie weiter. Das Ergebnis drückt sich im Phänomen des „europäischen Beamtentums“ aus.

Auf allen Ebenen des Systems im Zentrum werden Prinzipien, Normen, Denk- und Verhaltensmustern der Vertreter der Nationalstaaten ausgetauscht oder nachgeahmt und drücken sich schließlich in gemeinsamen Beschlüssen aus.

Wir beobachten auch, dass Vertreter der Nationalstaaten, gleich ob sie Abgeordnete im Europäischen Parlament, Mitglieder der Beratungsgremien oder Verwaltungsbeamten in Brüssel sind, nach ein Paar Dienstjahren mehr oder wenig europäisiert werden. Eine Konfrontation mit den nationalstaatlichen Denkmustern ist oft unvermeidlich.

287 Vgl. Wessels 2008: 20.

Ähnliches beobachten wir, wenn Studenten ein paar Semester im Ausland verbringen. Die Einstellung zur Fragen wie Fremdenfeindlichkeit wird auf Grund der eigenen Erfahrung als „Fremde“ beeinträchtigt und oft positiv geändert.

6.1.1.2 Einfluss der Gemeinschaft auf den Nationalstaat

In umgekehrter Richtung verändert die Gemeinschaft die Natur des Nationalstaates, seine Kompetenzen sowie seine Strukturen. Die Vorrangstellung des EU-Rechts vor dem Nationalrecht und die Umwandlung der Verordnungen, Rechtslinien und Empfehlungen in nationale Gesetze führen zur Vereinheitlichung der Rechtssysteme der Mitgliedstaaten und dadurch zur Europäisierung der Gemeinschaft.

Ein Hauptinstrument im Prozess der Europäisierung ist der Transfer der Normen und Prinzipien des Zentrums in die Peripherie. Schon seit den ersten Verträgen der Europäischen Gemeinschaften in den 1950er Jahren war der europäische Integrationsprozess durch die Vereinheitlichung der Normen geprägt. Das Ziel war die Verbesserung und die Entwicklung der Kommunikation innerhalb der Gemeinschaft. Die einheitlichen Normen und Arbeitstechniken erleichtern die Interaktionen im Netzwerk und dadurch konnten die wirtschaftlichen Vorteile der Integration maximiert werden, was zur Verlängerung des Interaktionsradius innerhalb des Netzwerkes führte und dadurch zur Erweiterung der Gemeinschaft beitrug.

Die Vereinheitlichung der Prinzipien und Normen wurde unter anderem in Rechtsakten der Gemeinschaft zum Ausdruck gebracht. Diese wurden ins Nationalrecht aufgenommen und trugen zur Reformierung der Rechtsordnung der Mitgliedstaaten bei.

*Die Werte einer Gesellschaft schlagen sich in der Verfassung, den Gesetzen und selbst in der Struktur des Staates nieder; verstößt ein Brauch dagegen, muss er aufgegeben werden.*²⁸⁸

Die 60 Jahre europäischer Integration sind vor allem durch den stufenweisen Transfer der Rechtsakte der Gemeinschaft in das Nationalrecht der Mitgliedstaaten geprägt.

Abbildung 27 Anzahl der geltenden Rechtsakte (+/- 100)

Rechtsakte der Gemeinschaft	
1980	5000
1990	7000
2000	10200
2002	10800
2003	11500
2004	12200

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Wessels 2008: 22.

²⁸⁸ Todorov 2010: 112.

Die Tabelle zeigt die Steigerung der geltenden Rechtsakte der Gemeinschaft zwischen 1980 (5000) und 2004 (12200).

Eine weitere Steigerung des reflexiven Verhältnisses der Gemeinschaft zum Nationalstaat drückt sich durch die Europäisierung öffentlichen Aufgaben aus. Neue Institutionen wie „Europol“ und „Eurojust“ oder „Verteidigungsagentur“ sind Beispiele für die Ausdehnung der Kompetenzen der Europäischen Union auf Kosten des Nationalstaates.²⁸⁹

Diese Entwicklung ist oft vom Widerstand der nationalen Elemente gegen die Vertiefung der Beziehung geprägt. Nationalstaatliche Interessen oder wirtschaftlichen Kalkulationen verhinderten oft den Normen- und Wertetransfer zwischen der Gemeinschaft und dem Nationalstaat und verzögerten dadurch den Integrationsprozess.

Ein wichtiger Faktor im Integrationsprozess ist der Grad der Disziplinierung des jeweiligen Mitgliedstaates gegenüber dem Gemeinschaftsrecht. Dieser ist oft von der politischen Kultur des Landes abhängig. So hat Italien zwischen 1953 und 1997 die Verträge der Gemeinschaft 343 Mal verletzt. Gefolgt von Belgien 203 Mal und Frankreich 163 Mal. Insgesamt bis 2005 behält Italien mit 574 Klagen die Vorreiterrolle für sich in Anspruch. Frankreich folgte mit 358, Belgien mit 321, Griechenland mit 293 und Deutschland mit 237 Klagen. Die drei Neutralen Staaten der Erweiterungsrunde des Jahres 1995 Schweden, Finnland und Österreich zeigten sich dem EU Vertrag gegenüber relativ diszipliniert (25, 43 und 86 Klagen).

Unter Berücksichtigung des Beitrittsjahres hat Dänemark mit 34 die niedrigste Zahl an Klagen bekommen. Abbildung 28

Klagen wegen Vertragsverletzungen		
	1953 bis 1997	Summe bis 2005
Belgien	203	321
Dänemark	20	34
Deutschland	117	237
Finnland	0	43
Frankreich	163	358
Griechenland	143	293
Großbritannien	40	105
Irland	74	165
Italien	343	574
Luxemburg	78	190
Niederland	56	115
Österreich	1	86
Portugal	36	120
Schweden	0	25
Spanien	54	154

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Wessels 2008: 267.

Nach 1989 standen die ehemaligen EG 12 vor einer ernsthaften Herausforderung, nämlich das Vakuum im Osten, sowohl wirtschaftlich als auch politisch, zu füllen. Der

289 Wessels 2008: 21.

Europäisierungsprozess bekam dadurch neue, scharfe Konturen. Was bis dahin rein wirtschaftlich zentriert war, musste nach 1989 fast alle Bereiche des politischen und sozialen Lebens erfassen. Dabei war der Stand der Errungenschaften der EG 12 in wirtschaftlichen, aber auch in politischen und demokratischen Fragen maßgebend. Diese neue Phase in der Geschichte des Europäisierungsprozesses drückte sich in den Kopenhagener Kriterien 1993 aus.

Die neuen Mitglieder verpflichteten sich den Besitzstand des Zentrums zu übernehmen. Die Erfüllung der Bedingungen und der erfolgreiche Transfer der Normen und Prinzipien des Zentrums in den osteuropäischen Staaten führten zur erfolgreichen Erweiterung im Jahr 2004 bzw. 2007.

Die Art, wie die Erweiterung der Union und die Übernahme des sowjetischen Erbes vollzogen wurden, weist auf eine Methodik hin, die darauf zielte, die Erweiterung sowohl vertraglich als auch inhaltlich korrekt und genau zu durchführen:

- 1) Zuerst definierten sich die ehemaligen EU 12:

*Die Union beruht auf den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit; diese Grundsätze sind allen Mitgliedstaaten gemeinsam.*²⁹⁰

- 2) Dann stellten sie die Bedingungen und die Vorgangsweise der Erweiterung fest:

*Jeder europäische Staat, der die in Artikel 6. Abs. 1 genannten Grundsätze achtet, kann beantragen, Mitglied der Union zu werden. Er richtet seinen Antrag an den Rat; dieser beschließt einstimmig nach Anhörung der Kommission und nach Zustimmung des Europäischen Parlaments, das mit der absoluten Mehrheit seiner Mitglieder beschließt. Die Aufnahmebedingungen und die durch eine Aufnahme erforderlich werdenden Anpassungen der Verträge, auf denen die Union beruht, werden durch ein Abkommen zwischen den Mitgliedstaaten und dem antragstellenden Staat geregelt. Das Abkommen bedarf der Ratifikation durch alle Vertragsstaaten gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften.*²⁹¹

- 3) Diese Bedingungen wurden in Kopenhagen 1993 konkretisiert:

- A) Die institutionelle Stabilität als eine Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, sowie zur Wahrung der Menschenrechte und zur Achtung und dem Schutz von Minderheiten.
- B) Eine funktionsfähige Marktwirtschaft.

290 Artikel 6 Absatz 1 des EUV von Maastricht 1992. In: Wessels 2007: 447.

291 Artikel 49 EUV. In: Wessels 2007: 446.

- C) Die Übernahme der aus der Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen und sich die Ziele der politischen Union sowie der wirtschafts- und Währungsunion zu eigen machen können.²⁹²

Vor allem die Erfüllung des ersten Kriteriums, nämlich die politische Reform des Nationalstaates und seiner Institutionen kennzeichnete die Qualität des Werte- und Normentransfers.

*Diese „politische Konditionalität“ betonte den Charakter der EU als Wertegemeinschaft demokratischer Staaten.*²⁹³

Diese Werte wurden im Vertrag von Lissabon 2007 durch die Einfügung von Artikel 1a. ergänzt:

*Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.*²⁹⁴

Die plakative Präsentation dieser Werte drückte den Wunsch der Mitgliedstaaten nach Stärkung und Vertiefung der Prinzipiengemeinschaft der Europäischen Union aus.

Seit 1990 bereiteten sich die ehemaligen Staaten des Warschauer-Pakts auf die Aufnahme in die Union und die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien vor, mit Erfolg. Auch wenn es in den verschiedenen Umsetzungsbereichen zahlreiche Defizite und Rückschläge gibt, wird die Zeit seit 1990 durch den positiven Transfer der Normen der EU 12 in die neuen Mitgliedstaaten geprägt.

6.1.1.3 Begleitphänomene

Die politische Transformation des Nationalstaates war auch von negativen Tendenzen begleitet: So haben die demokratischen Reformen, das Mehrparteiensystem sowie das passive und aktive Wahlrecht die Bildung und Entfaltung nationalistischer und oft rechtsextremer Parteien ermöglicht. Unter der Herrschaft des kommunistischen Einparteiensystems wurden die nationalistischen Tendenzen als staatsfeindlich bezeichnet und bekämpft.

²⁹² Wessels 2007: 447.

²⁹³ Wessels 2007: 447.

²⁹⁴ Artikel 1a der Allgemeinen Bestimmungen des Vertrags von Lissabon. Veröffentlicht in Amtsblatt der Europäischen Union am 17. 12. 2007. C306/1. ISSN 1725-2407. Online:

>http://www.ecb.int/ecb/legal/pdf/de_lisbon_treaty.pdf< Zugriff 8. 2. 2011.

Die politische Reform ermöglichte zwar den Nationalismus in den postkommunistischen Staaten, sie gilt aber nicht als dessen einzige Ursache. Die Schwächung des Sozialstaates, die ungleiche Verteilung des Reichtums, die zunehmende Arbeitslosigkeit und Armut sind die wahren Gründe für nationalistische Tendenzen. Deshalb beschränkt sich das Phänomen nicht nur auf Osteuropa, sondern ist auch verstärkt in den westeuropäischen Staaten zu beobachten. Nun, wie gefährlich sind die nationalistischen und oft rechtsgerecherten Tendenzen für eine Prinzipiengemeinschaft der Europäischen Union?

Auf nationalstaatlicher Ebene wirken sie deshalb destruktiv, weil:

- 1) Die Feindlichkeit der EU gegenüber verhindert den positiven Normen- und Wertetransfer.
- 2) Die Normen und Prinzipien des Prinzipienkatalogs werden oft aus engem nationalistischem Standpunkt interpretiert.
- 3) Die Verbreitung des nationalistischen Gedankenguts bremst die Konsolidierung einer auf Pluralität und Toleranz aufgebauten Prinzipiengemeinschaft.

So werden oft Aufrufe zur Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten als Zugeständnisse an die türkische Minderheit in Bulgarien oder an Roma und Sinti in Rumänien dargestellt. Sie werden als europäische Einmischung in souveräne Bereiche des Nationalstaates interpretiert und wie Akte der Feindseligkeit behandelt. Ähnliches beobachten wir in Zusammenhang mit Fragen der Religionsfreiheit und der zunehmenden Islamfeindlichkeit in nationalistischen Kreisen in Europa.

Ein Hauptmerkmal der nationalistischen Bewegungen ist die Konstruktion von Feindbildern, als ein Instrument zur Definition der eigenen Gruppenidentität und zur Abgrenzung nach außen.

In diesem Zusammenhang ist die Flexibilität und Umwandlungsfähigkeit des Rechtspopulismus bei der Konstruktion von Feindbildern bemerkenswert:

Am Beispiel der österreichischen FPÖ, die Partei des „dritten Lagers“, kann man die historische Umwandlung der Feindbilder rekonstruieren:

- 1) In den 1970er Jahren wurde der traditionelle Antisemitismus durch türkische und jugoslawische Feindbilder ergänzt.
- 2) Die Öffnung der Grenzen zu Osteuropa nach 1989 und der Sturm der polnischen Arbeiter auf den Schwarzmarkt sowie die „rumänischen Einbrecherbanden“ lieferten weiteres Material zur Konstruktion von neuen Feindbildern.
- 3) Nach dem 11. September 2001 wurde der Islam als die „wirkliche Gefahr für die Kultur des Abendlandes“ entdeckt.

Ab diesem Zeitpunkt begann, unter dem Einfluss des amerikanischen Neokonservatismus, des „Kulturenkampfs“ und der weltweiten „Antiterrorhysterie“, eine neue Epoche in Europa. Ausdrücke der Islamfeindlichkeit sind inzwischen im täglichen Leben in Europa bemerkbar: Die Gegnerschaft zur Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union, die Mohammedkarikaturen, Kopftuchdiskussionen und hitzige öffentliche Debatten über den Bau von neuen Moscheen (mit oder ohne Minarett) sind Beispiele für die Aktivierung und Mobilisierung der öffentlichen Meinung gegen die „islamische Gefahr“.

Parallel dazu wurde in den letzten Jahren das „jüdisch-christliche Erbe des Abendlandes“ verstärkt betont. Dies beschränkt sich aber nicht auf das rechte Spektrum des europäischen Nationalismus, sondern wird vermehrt auch von konservativen Kreisen und Parteien der Mitte, insbesondere in Zusammenhang mit der Mitgliedschaft der Türkei, hervorgehoben.

Die historische Belegung dieser Behauptung ist problematisch. Zuerst spricht dagegen die Tatsache, dass die europäische Moderne genau die Antithese zu dem präsentierte, was alttestamentarisch oder biblisch sein könnte. So bestimmte die Kultur der Aufklärung das Leben im 18. Jahrhundert. Die französische Revolution wurde durch den Bruch mit der Macht des Klerus geprägt. Der Grad der Modernisierung des Nationalstaates im 19. Jahrhundert wurde unter anderem nach dem Abstand zur Kirche gemessen. Die *Entkirchlichung* des öffentlichen Lebens führte zum zunehmenden politischen Machtverlust der Kirche und zur Säkularisierung des Staates im 19. Jahrhundert. Der Trend zur Schwächung der Kirche setzte sich im 20. Jahrhundert fort.²⁹⁵

Die Trennung zwischen Kirche und Staat kennzeichnet auch die Entwicklung der europäischen Moderne nach 1945. Dies gilt auch für die Verträge und Konventionen der Europäischen Union. Etwas Ähnliches wie das amerikanische „In God we trust“ ist in den Texten der europäischen Verträge und Konventionen kaum auffindbar. Die Politisierung der Religion würde in jeder Gesellschaft dem auf Pluralismus und Diskriminierungsverbot gestützten Demokratisierungsprozess entgegenwirken.

*Eine Demokratie darf jedoch weder eine starke kollektive Identität noch das Bekenntnis zu einer Religion voraussetzen.*²⁹⁶

Die Entdeckung der „jüdisch-christlichen Wurzeln“ soll für den europäischen Nationalismus vor allem drei Funktionen erfüllen:

- 1) Die Schaffung einer neuen europäischen Identität, als Basis für eine breite europäische Rechtsbewegung.

²⁹⁵ Vgl. Liedtke 2010: 124.

²⁹⁶ Klein 2001: 394.

- 2) Die Abgrenzung nach außen. Dadurch soll zum Beispiel die Mitgliedschaft der Türkei verhindert werden.
- 3) Eine Basis schaffen für eine europäische restriktive Politik in Fragen der Minderheiten, Integration und Migration.

Das Absurde an dieser Argumentation ist ihre Anwendung als ein Abgrenzungsinstrument zu den islamischen Gesellschaften. Kulturhistorisch gesehen gilt der Islam als die dritte Etappe in einer monotheistischen Evolution. Der Islam präsentierte sich nicht als eine Antithese zum Christentum und Judentum, sondern eher als ihre Fortsetzung.

Anders formuliert: Die islamische Kultur hat genau so viele jüdisch-christliche Wurzeln wie das Abendland. Rational gedacht wäre das „jüdisch-christliche Erbe des Abendlandes“ ein Grund mehr für und sicher nicht gegen die Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union.

Der Rechtsnationalismus beschränkte sich nicht mehr auf der Grenzen des Nationalstaates, sondern suchte nach Verbündeten und Koalitionen europaweit. Im Angesicht der „neuen Gefahren“ bemühten sich Vertreter der rechtsnationalistischen Parteien um die Bildung einer breiten europäischen „Rechtsbewegung“, die die gesamteuropäischen nationalen antiislamischen Aktivitäten zusammenbinden und zur Geltung bringen sollte. Koalitionen innerhalb und außerhalb Europas wurden gesucht und gefunden:

Gemeinsam mit Vertretern der rechtsnationalen Parteien aus Schweden (Schwedendemokraten), Belgien (Vlaams Belang) und Deutschlands Bürgerrechtspartei für mehr Freiheit und Demokratie (Die Freiheit) verabschiedete die FPÖ am 7. Dezember 2010 in Jerusalem die „Jerusalemser Erklärung“:

*Nachdem die totalitären Systeme des 20. Jahrhunderts überwunden wurden, sieht sich die Menschheit gegenwärtig einer neuen weltweiten totalitären Bedrohung ausgesetzt: dem fundamentalistischen Islam. Wir betrachten uns als Teil des weltweiten Kampfes der Verteidiger von Demokratie und Menschenrechten gegenüber allen totalitären Systemen und deren Helfershelfern. Damit stehen wir an vorderster Front des Kampfes für die westlich-demokratische Wertegemeinschaft. [...] Israel als einzige wirkliche Demokratie im Nahen Osten ist uns wichtiger Ansprechpartner in dieser bewegten Weltregion. [...] Ebenso ist das Recht Israels auf Selbstverteidigung gegenüber allen Aggressionen, insbesondere gegenüber islamischem Terror, zu akzeptieren.*²⁹⁷

Das Positive an dieser Entwicklung ist die Tatsache, dass ein gesamteuropäisches Rechtsprojekt aufgrund seiner Misskonstruktion zum Scheitern verurteilt ist. Die

297 Auszüge aus der „Jerusalemser Erklärung“. Online in: > <http://www.diefreiheit.org/politische-programme/jerusalemser-erklarung/> < Zugriff 22. 1. 2011.

Hauptfundamente einer Rechtsbewegung sind lokale nationalistische Parteien. Das historische Kapital dieser Parteien wurde auf der Maximierung der innereuropäischen nationalen Differenzen aufgebaut. Die nationalsozialistischen Wurzeln der Rechtsparteien im deutschsprachigen Raum und die Kriegsbelastung erschweren zum Beispiel ein Bündnis mit französischen oder britischen Nationalisten, die ihr historisches Kapital auf dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus aufgebaut haben. Die britischen Nationalisten wiederum haben mit den französischen Nationalisten kaum etwas Gemeinsames. Ähnliches gilt für die ungarische und slowakische Nationalbewegung, sowie für die italienischen und österreichischen Nationalisten, wenn es, zum Beispiel, um Südtirol ginge.

Die innereuropäischen Differenzen zwischen den nationalen Bewegungen sind viel tiefer als die „antiislamische“ Gemeinsamkeit, was auf lange Sicht, das Projekt zur Gründung einer einheitlichen europäischen Rechtsbewegung zum Scheitern bringen wird.

Das ist unter anderem der Grund dafür, warum es bis jetzt keine einheitliche Rechtsbewegung im europäischen Parlament gibt. Ein weiterer nicht unbedeutender Grund hinter dem bisherigen Scheitern einer europäischen Ultrarechtskoalition ist die Tatsache, dass das Hauptthema des Legitimationskapitals des Ultranationalismus, nämlich die Fremdenfeindlichkeit, zunehmend von den Parteien der Mitte übernommen wird. In Deutschland gehören inzwischen anti-islamischen Slogans zur Parteiprogrammen der CDU und CSU. In Frankreich machte Sarkozy die Gegnerschaft zur Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union zum zentralen Thema seiner Europapolitik. Dadurch versuchen die konservativen Parteien in Europa einen Teil der Wählerschaft des Ultranationalismus für sich zu gewinnen.²⁹⁸

6.1.1.4 Fazit zur Frage der Europäisierung

Sowohl der Nationalstaat als auch die Europäische Union tragen zur Bildung einer Prinzipiengemeinschaft bei. Die Vereinheitlichung der Normen und die Vergrößerung des Wirkungsbereichs des Prinzipienkatalogs im Nationalrecht der Mitgliedstaaten führen zur Konsolidierung der politischen Gemeinschaft. Auch wenn nationale Tendenzen den Fortschritt oft bescheiden bleiben lassen, sorgt die Kontinuität der Bewegung für einen dynamischen Prozess, an dessen Ende die Konturen einer Prinzipiengemeinschaft der Europäischen Union immer schärfer werden.

²⁹⁸ Vgl. Anton Pelinka in „Allianz der Rechten: FPÖ paktiert mit Front National“ in die Presse vom 25. 1. 2008. Online in: >http://diepresse.com/home/politik/eu/357966/Allianz-der-Rechten_FPOe-paktiert-mit-Front-National< Zugriff 23. 2. 2011.

6.1.2 Der Wertetransfer als ein Instrument der europäischen Identitätsfindung

Ein Mehrwert der 60 jährigen europäischen Integration drückt sich unter anderem durch die zunehmende Identifizierung mit der Europäischen Union bzw. mit Europa aus. Die Schaffung und Stärkung einer europäischen Identität war immer das Ziel des Einigungsprojekts. So haben im Jahr 1973 die Außenminister der EG 9 ein „Dokument über die europäische Identität“ verabschiedet, in dem *das gemeinsame Erbe, die eigenen Interessen, die besonderen Verpflichtungen der Gemeinschaft sowie die Feststellung der Verantwortlichkeit der EG durch den bereits erreichten Grad des Zusammenhalts gegenüber der übrigen Welt*, als Zentralelemente einer gemeinsamen europäischen Identität hervorgehoben wurden.²⁹⁹

In Maastricht 1992 wurden diese Elemente mehrmals betont, wobei hier Politikfelder wie die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie eine gemeinsame Verteidigungspolitik als Instrumente zur Stärkung der europäischen Unabhängigkeit und gleichzeitig zur Schaffung einer gemeinsamen europäischen Identität dienen sollten.³⁰⁰

Im Allgemeinen kann die Frage der Identität auf verschiedenen Ebenen behandelt werden:

- 1) Die psychologische Ebene: Dazu gehören die emotionale Bindung des Individuums an die Gemeinschaft, die Schaffung eines neuen Identitätsbewusstseins sowie eines neuen Zugehörigkeitsgefühls.
- 2) Die geographische Ebene: Im Zentrum steht die Identifikation des Individuums mit dem Raum. Das bedeutete auch die Abgrenzung nach außen. Wer gehört dazu und wer nicht?
- 3) Die kulturelle Ebene: Die Schaffung einer gemeinsamen Identität durch die Gemeinsamkeit der Sprache und / oder der Religion.
- 4) Die historisch-politische Ebene: Die Gemeinsamkeit der Geschichte in einem geographischen Raum als ein Hauptelement einer gemeinsamen Identität. Hier gilt die nationale Identifizierung des Individuums mit dem Land als ein Produkt der historischen Bindung.³⁰¹

Die Kreise der Bindungen des Individuums an die Gemeinschaft beginnen mit der Familie und der Lebens- und Wohngemeinschaft. Nomaden und Bewohner entlegener Gebiete identifizieren sich oft mit dem Stamm oder mit dem Wohngebiet. Die religiösen Minderheiten in einer restriktiven Gesellschaft, wo die soziale Abgrenzung zur Stärkung der Identifizierung mit der Sekte führt, entwickeln oft eine Sektenidentität.

299 Pfetsch 2005: 112.

300 Vgl. Präambel EUV. In: Pfetsch 2005: 112.

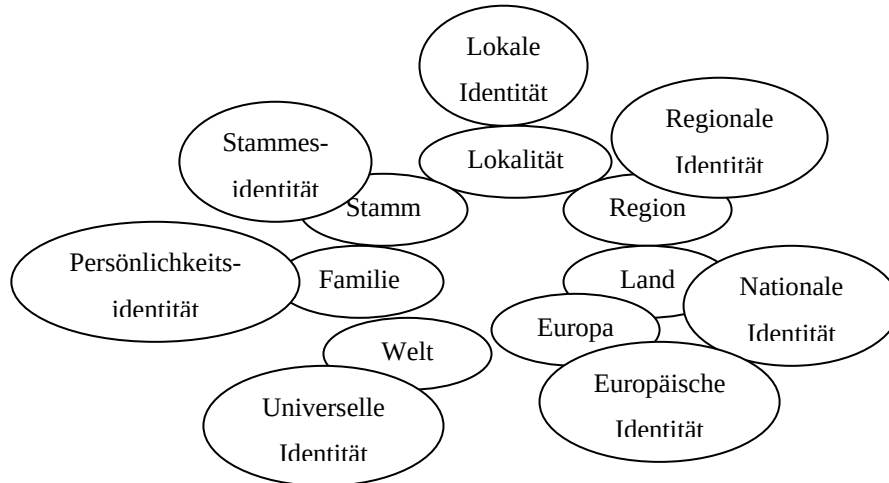
301 Pfetsch 2005: 113.

Die Politisierung der Gemeinschaftsbildung und die Entstehung des Nationalstaates bzw. die Nationen führten zur Konsolidierung der nationalen Identität. Eine der Bindungsformen der Bevölkerung (Staatsvolk) an den Nationalstaat drückt sich in die Staatsbürgerschaft aus. Die Europäische Union, als eine Steigerungsform der politischen Gemeinschaftsbildung, versucht die Bindung der Bürger an die Gemeinschaft durch die Unionsbürgerschaft zu konsolidieren. Gleichzeitig führten die Entwicklungen des multimedialen Kommunikationssystems zur Stärkung der weltweiten Infogesellschaft und zur Konsolidierung einer Weltkultur, die sich durch universelle Werte und Normen ausdrückt. Das Ergebnis ist im Phänomen des „Weltbürgertums“ zunehmend zu beobachten.

Alle diese Identitätsformen beinhalten einer Art Bindung des Individuums an die ausgesuchte Gemeinschaft. Dem entsprechend ist die Loyalitätsform. Das Individuum identifiziert sich mit der Gruppe durch ein System von Gemeinsamkeiten, die das Zugehörigkeitsgefühl zur Gemeinschaft stärken. Gleichzeitig wird die Bindung durch ein System von Vorteilen, Rechten, aber auch Pflichten und Loyalitäten gekennzeichnet.

Abbildung 29

Formen der Bindung des Individuums mit der Gemeinschaft



Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Pfetsch 2005: 113.

Wenn wir die Frage der europäischen Identität in Zusammenhang mit der Prinzipiengemeinschaft der Europäischen Union näher behandeln wollen, dann müssen wir weiter differenzieren:

- 1) Identität der Bürger der Europäischen Union als ein Teil der politischen Identifizierung mit der Union, mit dem Ziel, die politische Partizipation zu

maximieren. Diese würde unter anderem auch zu Beschleunigung des Demokratisierungsprozess führen.

- 2) Identität der Bürger der Europäischen Union als ein Teil der historischen und kulturellen Identifizierung mit dem geographischen Raum. Auf dieser Ebene wird ein Nebenprodukt, nämlich die Abgrenzung, mitproduziert.
- 3) Die Identifizierung der Bürger der Europäischen Union mit dem eigenen Nationalstaat, unter anderem als Selbstschutz vor dem Verlust der eigenen Identität durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Die Nebenprodukte sind die Stärkung der nationalen Tendenzen, die Schwächung des Wertetransfers und die Stagnation des Integrationsprozesses.

Abbildung 30

Identitätsformen und möglichen Auswirkungen	
Identitätsform	Auswirkung
Politische Identifizierung mit der EU	Politische Partizipation und Demokratisierung
Geographische Identifizierung mit Europa	Abgrenzung
Identifizierung mit dem Nationalstaat	Nationalismus und Stagnation

Quelle: Eigene Darstellung.

Die Identifizierung mit der Europäischen Union schritt langsam voran. Bis jetzt hat der Nationalstaat die Identifikation seiner Bürger bestimmt und geprägt. So haben historische Mythen, nationale Konflikte und die Kriegsgeschichte zur Emotionalisierung der reflexiven Beziehung (Bürger – Staat) massiv beigetragen. Die Identifizierung mit dem Nationalstaat war die rationale Folge:

- 1) Der antihabsburgische Krieg für die italienische Identität.
- 2) Die antinapoleonischen Kriege für die deutsche Identität.
- 3) Der Krieg mit England und Jeanne d' Arc für die Franzosen.³⁰²

Dazu kommt noch, dass auf dieser Ebene, ein Netzwerk von Pflichten und Rechten (Wehrpflicht, Schulpflicht, Steuerpflicht, Sozialstaatpflichten) die Bindung der Bürger an den Nationalstaat systematisiert und dadurch die nationale Identifikation gestärkt haben.³⁰³

Dem gegenüber ist die Bindung mit der Europäischen Union eher rational, politisch und wirtschaftlich geprägt. Die Bewegungsfreiheit, der Euro, die Friedenssicherung und die Demokratie kennzeichnen heute die Bindung der Menschen an die Europäische Union.³⁰⁴

302 Vgl. Hartmut Kaelble: Eine europäische Gesellschaft? In: Schuppert 2005: 320.

303 Ibid.

304 Vgl. Eurobarometer 71, 2009, Seite 86. Online in:

>http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb71/eb71_en.htm< Zugriff 5. 2. 2011.

Der Prinzipienkatalog, der jetzt wie selbstverständlich klingt, ist ein Produkt eines Transformationsprozesses, der Europa nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges regelrecht erfasste und bis jetzt, mit kurzen Unterbrechungen, sich fortsetzte. Seine Prinzipien sind aber auch das gemeinsame, was zur Bildung einer europäischen Identität beitragen könnte.

Nicht der Nationalismus und die Abgrenzungskultur, sondern Pluralismus, Toleranz und Achtung der Menschenwürde würden die Konturen der europäischen Identität im 21. Jahrhundert bilden.

Diese Behauptung basiert einfach auf folgender Annahme: Die europäische Identität ist ein Produkt des Erfolges und nicht des Scheiterns des europäischen Einigungsprojekts.

Es gäbe keine gemeinsame europäische Identität, wenn 27 Nationalstaaten auf dem Ausbau des Nationalismus beharren würden. Nur durch die Beseitigung der nationalistischen und kulturellen Barrieren und durch Schwächung der Abgrenzungstendenzen kann ein positiver Wertetransfer stattfinden und zur Konsolidierung einer europäischen Identität beitragen.

Anders ausgedrückt: Die gemeinsame europäische Identität beruht auf der Gemeinsamkeit der europäischen Werte.

*Europa ist und muss mehr sein als ein Konsumenten- und Produzentenmarkt, will es von den Bürgern akzeptiert und damit legitimiert werden; die europäische Identität müsste als eine kollektive Identität entstehen, die die Identitätsstiftenden Kräfte des Nationalismus und Rassismus überwindet, ohne in puren Konsumismus oder in anonymen Institutionalismus zu verfallen.*³⁰⁵

Die historische und kulturelle Identifizierung mit dem geographischen Raum birgt in sich die Gefahr der Abgrenzung und kann auch Reaktionen hervorrufen, die strategisch gesehen kontraproduktiv sein können. Die Abgrenzung der Türkei und der westlichen Teile Russlands würden einer europäischen Inklusionspolitik entgegen wirken. Die Abgrenzung wird noch schärfer, wenn man Europa vom afrikanischen oder asiatischen Standpunkt aus betrachtet.

Historisch gesehen soll die kulturelle Identifizierung mit dem geographischen Raum als ein dynamischer Prozess betrachtet werden. So haben die starken historischen Bindungen Großbritanniens und der Niederlande an den atlantischen Raum die Frage der nationalen Identifizierung und der Zugehörigkeit dieser zwei Gesellschaften massiv geprägt. Vom britischen Standpunkt aus wurde Europa mit dem kontinentalen Festland gleichgestellt. Als Winston Churchill 1946 in Zürich von den „Vereinigten Staaten von Europa“ sprach, zählte er Großbritannien nicht dazu. Die wirtschaftlichen Bindungen mit der EG und der EU in den

305 Pfetsch 2005: 113.

letzten 40 Jahren haben zur Europäisierung Großbritanniens beigetragen und prägen heute die Frage der britischen Identifizierung.³⁰⁶

Ähnliches ist in Frankreich zu beobachten. Paris versucht die alten kolonialen Beziehungen wirtschaftlich zu beleben. Die Verschärfung der Frage der geographischen Identifizierung mit Europa würde auf die französische Afrikapolitik sicher nicht positiv wirken.

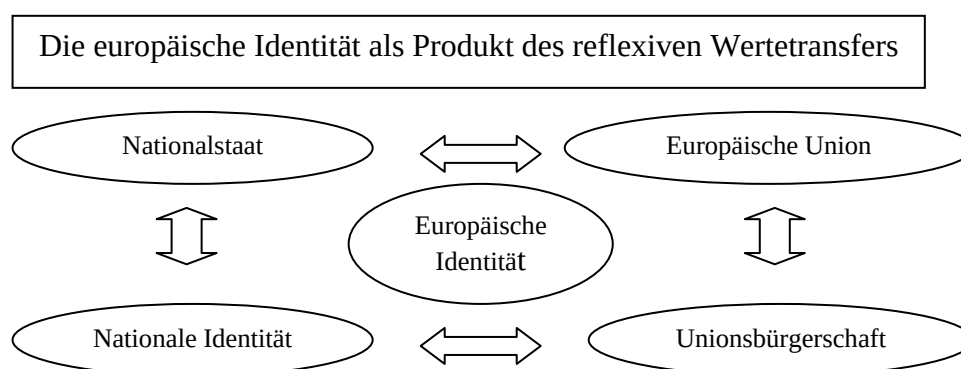
In dem folgenden Teil wird versucht die Entwicklung der Identifizierung mit der Europäischen Union an Hand eines historischen empirischen Vergleichs näher zu behandeln. Die Einstellung der Bürger zu folgenden Themen kann uns auf die Stärke der Bindung mit der Europäischen Union und dadurch auf die Einstellung zur europäischen Identität hinweisen:

- 1) Die Unionsbürgerschaft.
- 2) Der Euro.
- 3) Das Vertrauen in die Institutionen der EU.

6.1.2.1 Die Unionsbürgerschaft

Die politisch europäische Identität ist ein Produkt der reflexiven Beziehung zwischen der Europäischen Union, dem Nationalstaat und dem europäischen Souverän. Die Europäische Union reformierte den Nationalstaat und griff in seine Kompetenzbereiche ein. Der Nationalstaat versuchte seine Vorteile durch die Mitgliedschaft in der Union zu maximieren. Gleichzeitig verlor er an Macht und Einfluss gegenüber der Union. Dazwischen steht der Souverän, das Staatsvolk, das jetzt einen neuen „Vater“ bekommen hat. Auch wenn dieser neue Vater noch nicht beliebt ist, aber er möchte, dass die Kinder seinen Namen tragen.

Abbildung 31



Quelle: Eigene Darstellung.

Schon in Maastricht 1992 wurde mit der „Unionsbürgerschaft“ die erste Maßnahme getroffen, mit dem Ziel, die politische Identifizierung der europäischen Bürger mit der Europäischen

306 Vgl. Pfetsch 2005: 117.

Union zu stärken. Im Vertrag von Lissabon 2007 wurde die Unionsbürgerschaft neuerlich betont.³⁰⁷

Nun, wie reagiert der europäische Souverän auf die neue politische Identität?

Eurobarometer 45 stellte im Jahr 1996 fest, dass 50% der Befragten in der EU 15 glaubten, dass eine europäische Staatsbürgerschaft notwendig sei. 37% der Befragten fahnden das nicht notwendig. Die höchsten (Ja) Werte wurden in Irland mit 63%, die niedrigsten in Dänemark mit 23% vermerkt. In Österreich haben nur 26% für eine europäische Staatsbürgerschaft gestimmt. Auffallend ist die relative große Zustimmung in einem EU-kritischen Land wie Großbritannien 52%, während in Luxemburg nur 40% der Befragten die Idee für notwendig hielten.

Abbildung 32 Die Einstellung zur europäischen Staatsbürgerschaft 1996

Eine europäische Staatsbürgerschaft ist notwendig		
Stand 1996		
	Ja	Nein
Irland	63%	19%
Italien	62%	23%
Griechenland	61%	27%
Frankreich	57%	30%
Portugal	56%	23%
Spanien	53%	23%
Großbritannien	52%	37%
Niederland	51%	44%
EU 15	50%	37%
Belgien	49%	34%
Finnland	48%	44%
Luxemburg	40%	40%
Deutschland	36%	52%
Schweden	31%	58%
Österreich	26%	60%
Dänemark	23%	70%

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Eurobarometer 45: 89.³⁰⁸

Parallel dazu, auf einer sozial-kulturellen Ebene, führte der Integrationsprozess zur Entstehung eines europäischen Netzwerks, wo die Akteure sich nicht mehr innerhalb nationaler Grenzen limitieren lassen. Die Identifikation mit dem gesamteuropäischen Projekt nahm zu. Dies ist das Produkt einer europaweiten multikulturellen und multilingualen Interaktion.

307 Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Arbeitsweise der europäischen Union, Artikel 20 (ex- Artikel 17 EGV), Amtsblatt der Europäischen Union vom 9. 5. 2008 C115/47. Online in: ><http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2008:115:0047:0199:de:PDF>< Zugriff 8. 2. 2011.

308 Standard Eurobarometer 45. (Umfrage April - Mai 1996) Online in: >http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb45/text_ge.pdf< Zugriff 10. 2. 2011.

*Die individuelle Identität ergibt sich aus der Überschneidung mehrerer kollektiver Identitäten; sie existiert nicht aus sich selbst heraus. Woher kommt die Kultur einer menschlichen Gruppe? Die paradoxe Antwort lautet: Sie ist das Ergebnis früherer Kulturen. Eine neue Kultur entsteht aus dem Zusammentreffen mehrerer Kulturen geringerer Reichweite, aus der Aufspaltung einer umgreifenden Kultur oder aus dem Austausch mit einer benachbarten Kultur.*³⁰⁹

Im Jahr 1996 haben sich in der EU 15 nur 16% der Befragten als EU Bürger bezeichnet. 61% identifizierten sich primär mit dem eigenen Nationalstaat und 22% mit der Region.

Die höchsten Werte der Identifikation mit der EU wurden in Italien 30% und Luxemburg 25% erhoben, die niedrigsten wurden in Finnland 4% und Schweden 6% vermerkt.

Als Bürger des eigenen Landes haben sich 51% der Befragten in Spanien und Belgien bezeichnet. Das waren die niedrigsten Messungen. Dafür war die Identifikation mit der Region sehr hoch. 38% der befragten Spanier und 32% der befragten Belgier haben sich regional identifiziert. Abbildung 33

Zugehörigkeitsgefühle der Bürger Stand 1996			
	EU Bürger	Bürger des eigenen Landes	Bürger der Region
Italien	30%	53%	16%
Luxemburg	25%	62%	12%
Frankreich	16%	61%	23%
Irland	16%	77%	7%
Niederland	16%	67%	15%
EU 15	16%	61%	22%
Belgien	15%	51%	32%
Großbritannien	15%	71%	14%
Deutschland	14%	59%	27%
Österreich	11%	71%	18%
Spanien	10%	51%	38%
Griechenland	10%	74%	16%
Portugal	9%	64%	27%
Dänemark	7%	79%	13%
Schweden	6%	69%	25%
Finnland	4%	78%	18%

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Eurobarometer 45: 88.³¹⁰

Der Grund liegt im ethnischen und sprachlichen Charakter dieser zwei Staaten. Belgien ist in drei Regionen mit drei Sprachen eingeteilt: Brüssel (Französisch), Flandern (Flämisch) und Wallonien (Deutsch und Französisch). In Spanien haben wir eine noch kompliziertere

309 Todorov 2010: 77f.

310 Standard Eurobarometer 45. (Umfrage April - Mai 1996) Online in: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb45/text_ge.pdf < Zugriff 10. 2. 2011. Die Spalten „weiß nicht“ und „keine Antwort“ wurden nicht berücksichtigt.

Einteilung: Kastilien, Katalonien und das Baskenland. Die höchsten Werte der Identifikation mit dem eigenen Land wurden in Dänemark 79%, Irland 77% und Finnland 78% vermerkt.

Im Frühjahr 2002 führte Eurobarometer eine Umfrage bezüglich der Identifizierung mit dem Nationalstaat bzw. mit Europa durch. Die Ergebnisse zeigten eine relativ starke Bindung an den Nationalstaat. Im Durchschnitt der EU 15 identifizierten sich 38% der Befragten ausschließlich als Bürger des eigenen Landes. Dem gegenüber fühlten sich nur 4% als nur Europäer. 7% der Befragten setzten die europäische Identität vor die nationale Identität.

In Schweden und in Finnland fühlte sich nur 1% der Befragten ausschließlich als Europäer. In Deutschland 6% und in Luxemburg wurde der höchste Wert mit 14% vermerkt. Der Rest der EU 15 blieb unter der 5% Marke.

Ausschließlich als Bürger des eigenen Landes haben sich 62% der Briten, 55% der Finnen und 54% der Schweden identifiziert. Der niedrigste Wert wurde in Italien mit 20% vermerkt.

In Italien fühlten sich 65% der Befragten primär als Bürger des eigenen Landes und dann als Europäer. In Spanien waren 60% und in Großbritannien nur 28% der Befragten dieser Meinung. Im Durchschnitt der EU 15 hatten sich 48% der Befragten primär national und dann europäisch identifiziert. Abgesehen von der nationalen Bindung fühlt sich eine große Mehrheit der Befragten als Europäer. Abbildung 34

Europäische und nationale Identität. EU 15 (2002 und 2004)								
	National		Nat. u. Europ.		Europ. u. Nat.		Nur Europ.	
	2004	2002	2004	2002	2004	2002	2004	2002
Belgien	39%	34%	44%	49%	8%	10%	7%	5%
Dänemark	43%	38%	51%	55%	4%	5%	1%	2%
Deutschland	38%	39%	46%	43%	8%	10%	6%	6%
Finnland	60%	55%	37%	40%	2%	3%	1%	1%
Frankreich	29%	33%	54%	52%	8%	8%	6%	4%
Griechenland	55%	48%	39%	46%	3%	4%	2%	2%
Großbritannien	62%	62%	27%	28%	4%	4%	4%	4%
Irland	49%	47%	44%	43%	2%	4%	3%	3%
Italien	28%	20%	56%	65%	8%	9%	3%	4%
Luxemburg	27%	26%	39%	43%	12%	13%	18%	14%
Niederland	48%	41%	43%	48%	5%	7%	2%	2%
Österreich	50%	45%	36%	39%	7%	11%	4%	2%
Portugal	46%	43%	46%	49%	5%	4%	2%	2%
Schweden	57%	54%	37%	38%	3%	5%	1%	1%
Spanien	32%	28%	58%	60%	4%	4%	3%	4%
EU 15	41%	38%	46%	48%	6%	7%	4%	4%

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Standard EB 57: 60 und EB 61: Abb. 11.5³¹¹

311 Eurobarometer 57. (Umfrage März-Mai 2002) veröffentlicht Oktober 2002. Online in: >http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb57/eb57_de.pdf< und Eurobarometer 61 Umfrage Feb.–März 2004 Abb. 11.5. veröffentlicht Mai 2004. Online in: >http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb61/eb61_de.pdf< Zugriff 9. 2. 2011.

Der höchste Wert wurde in Italien mit 78% (Nationalisten und Europäer + Europäer und Nationalisten + Nur-Europäer), der niedrigste in Großbritannien mit 36% vermerkt. Im Durchschnitt der EU 15 haben sich 59% der Befragten mit Europa identifiziert.

Zwei Jahre später, Anfang 2004, stieg der Prozentsatz derer, die sich ausschließlich mit dem eigenen Staat identifizieren, um 8 Punkte in Italien, um 7 Punkte in den Niederlanden und Griechenland, um 5 Punkte in Belgien, Dänemark, Finnland und Österreich, um 4 Punkte in Spanien, um 3 Punkte in Schweden und Portugal. Minuswerte wurden in Frankreich um 4 Punkte und in Deutschland um einen Punkt vermerkt. Im Durchschnitt der EU 15 stieg die ausschließliche Identifizierung mit dem eigenen Staat um 3 Punkte.

Der Prozentsatz derer, die sich als Nur-Europäer bezeichnen stieg um 4 Punkte in Luxemburg und um 2 Punkte in Belgien, Frankreich und Österreich. Im Durchschnitt der EU 15 blieb der Wert mit 4% stabil.

Im Durchschnitt der EU 15 sank der Prozentsatz der Befragten, die sich mit Europa identifizierten (Nationalisten und Europäer + Europäer und Nationalisten + Nur-Europäer) um 3 Punkte von 59% auf 56%.

Im Jahr 2006 fühlten sich im Durchschnitt der EU 25 90% der Befragten mit dem eigenen Land, 63% mit Europa und 50% mit der Europäischen Union verbunden.

Abbildung 35

Gefühl der Verbundenheit 2006 EU 25		
	Verbunden	Nicht Verbunden
Land	90%	9%
Region	87%	13%
Stadt bzw. Dorf	86%	14%
Europa	63%	35%
EU	50%	47%

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Standard Eurobarometer 65: 71.³¹²

Diese Ergebnisse zeigen eine relativ starke Bindung an den Nationalstaat. Die Identifikation mit Europa auf Kosten des Nationalstaates ist sehr minimal.

Die meisten Europäer zeigten sich als stolze Nationalisten. Eine Befragung im Frühjahr 2002 ergab, dass eine große Mehrheit der Befragten auf die eigene Nationalität stolz ist. In Griechenland und Irland zeigten sich 97% der Befragten auf die eigene Nationalität als (sehr stolz + ziemlich stolz). In 9 Staaten der EU 15 wurde die 90% Marke überschritten.

312 Die Spalte „weiß nicht“ wurde nicht berücksichtigt. Online:
>http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb65/eb65_de.pdf< Zugriff 25. 3. 2011.

Der niedrigste Wert wurde in Deutschland mit 70% vermerkt. Dort wurde auch der höchste Wert der Ablehnung (22%) erreicht. Im Durchschnitt der EU 15 haben sich immerhin 85% der Befragten als stolze Nationalisten gezeigt. (Abbildung 36)

Abbildung 36

Nationalstolz der EU 15 im 2002		
	sehr stolz+ziemlich stolz	wenig stolz+überhaupt nicht stolz
Belgien	79%	16%
Dänemark	90%	8%
Deutschland	70%	22%
Finnland	95%	4%
Frankreich	86%	10%
Griechenland	97%	3%
Großbritannien	91%	7%
Irland	97%	2%
Italien	91%	7%
Luxemburg	84%	13%
Niederland	85%	12%
Österreich	86%	9%
Portugal	91%	7%
Schweden	90%	8%
Spanien	90%	7%
EU 15	85%	11%

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Standard Eurobarometer 57: 61.³¹³

Nun, wie fühlen sich die Europäer, wenn sie sich mit anderen Kontinenten vergleichen? Also nicht nur dem Nationalstaat, sondern auch Nichteuropäern gegenüber. In drei Befragungen in den Jahren 2000, 2001 und 2002 wurde die Frage gestellt: *Würden Sie sagen, dass Sie sehr stolz, ziemlich stolz, nicht sehr stolz oder überhaupt nicht stolz darauf sind, Europäer zu sein?*³¹⁴

Abbildung 37

Stolz Europäer zu sein (EU 15)			
	Frühjahr 2002	Herbst 2001	Herbst 2000
Sehr stolz	14	11	14
Ziemlich stolz	48	49	48
Nicht sehr stolz	17	19	19
Überhaupt nicht stolz	10	9	10
(Weiß nicht)	11	12	10

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Eurobarometer 57: 61.³¹⁵

Die Ergebnisse zeigten einen relativ stabilen Wert. 60% bis 62% der Befragten haben sich als (sehr stolze + ziemlich stolze) Europäer bezeichnet. Dem gegenüber haben sich 27% bis 29%

313 Eurobarometer 57. (Umfrage März-Mai 2002) veröffentlicht Oktober 2002. Online in: >http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb57/eb57_de.pdf< Zugriff 9. 2. 2011.

314 Ibid: 61.

315. Eurobarometer 57. (Umfrage März-Mai 2002) veröffentlicht Oktober 2002. Online in: >http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb57/eb57_de.pdf< Zugriff 9. 2. 2011.

als (nicht sehr stolze + überhaupt nicht stolze) Europäer bezeichnet. 10% der Befragten hatten zu dieser Frage keine Meinung.

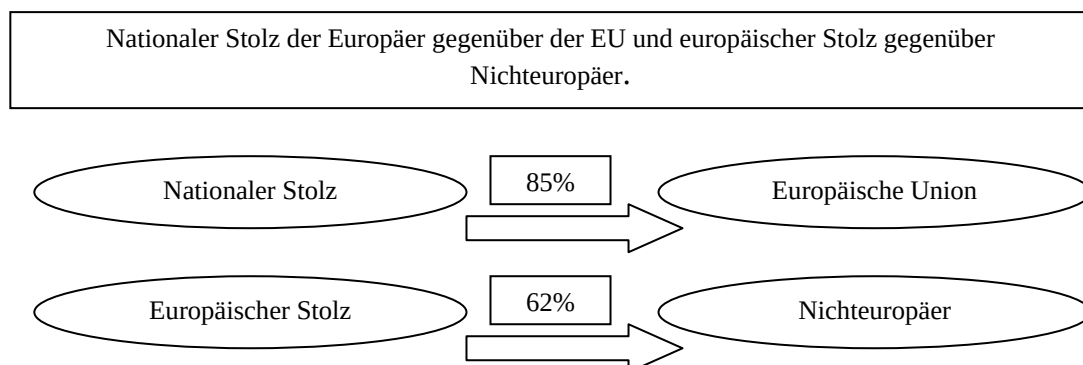
Die Länderanalyse zur dieser Frage zeigte im Jahr 2002 ein relativ differenziertes Bild innerhalb der EU 15. Während in Italien 81% der Befragten sich als (sehr stolze + ziemlich stolze) Europäer bezeichnet haben, waren in Großbritannien nur 44% und in Deutschland nur 51% der Befragten dieser Meinung. Die größte Ablehnung haben die Befragten in Großbritannien (44%) gefolgt von Griechenland (36%) und Deutschland (34%) gezeigt. Der niedrigste Wert der Ablehnung wurde in Italien mit 11% vermerkt. Im Durchschnitt der EU 15 zeigten sich 27% der Befragten als (wenig stolz + überhaupt nicht stolz) Europäer zu sein.

Abbildung 38

Stolz Europäer zu sein EU 15 2002		
	sehr stolz+ziemlich stolz	wenig stolz+überhaupt nicht stolz
Belgien	63%	26%
Dänemark	74%	18%
Deutschland	51%	34%
Finnland	69%	28%
Frankreich	61%	25%
Griechenland	63%	36%
Großbritannien	44%	44%
Irland	71%	13%
Italien	81%	11%
Luxemburg	78%	16%
Niederland	63%	30%
Österreich	66%	22%
Portugal	70%	19%
Schweden	68%	24%
Spanien	75%	14%
EU 15	62%	27%

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Eurobarometer 57: 62.³¹⁶

Abbildung 39



Quelle: Eigene Darstellung.

316 Eurobarometer 57. (Umfrage März-Mai 2002) veröffentlicht Oktober 2002. Online in: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb57/eb57_de.pdf Zugriff 9. 2. 2011.

Die Einstellung der Europäer zur Europäischen Union zeigt eine gewisse Stabilität sowohl bei den Befürwortern der Mitgliedschaft als auch bei den EU Gegnern. Zwischen 1995 und 2009 zeigte Eurobarometer durchschnittlich einen Zustimmungswert von 52%. Der niedrigste Zustimmungswert wurde im Frühling 1997 mit 46% vermerkt. Der höchste Zustimmungswert zur Mitgliedschaft des eigenen Landes in der Europäischen Union wurde im Frühling 2007 mit 57% vermerkt. Diese Stabilität ist auch bei der Gegnerschaft zur Mitgliedschaft bemerkbar. So meinten im EU Durchschnitt zwischen 1995 und 2009 14% der Befragten, dass die Mitgliedschaft des eigenen Landes in der EU eine schlechte Sache sei.

Abbildung 40

Die Mitgliedschaft meines Landes in der EU ist (% der EU)				
		eine gute Sache	eine schlechte Sache	weder gut noch schlecht
EB 43 EU 15	1995	56%	12%	25%
EB 44 EU 15	1995	53%	13%	28%
EB 45 EU 15	1996	48%	15%	28%
EB 46 EU 15	1996	48%	17%	28%
EB 47 EU 15	1997	46%	15%	30%
EB 48 EU 15	1997	49%	14%	28%
EB 49 EU 15	1998	51%	12%	28%
EB 50 EU 15	1998	54%	12%	26%
EB 51 EU 15	1999	48%	12%	27%
EB 52 EU 15	1999	50%	12%	27%
EB 53 EU 15	2000	49%	14%	27%
EB 54 EU 15	2000	50%	14%	27%
EB 55 EU 15	2001	48%	13%	29%
EB 56 EU 15	2001	53%	12%	28%
EB 57 EU 15	2002	53%	11%	28%
EB 58 EU 15	2002	55%	10%	29%
EB 59 EU 15	2003	54%	11%	27%
EB 60 EU 15	2003	48%	15%	31%
EB 61 EU 15	2004	48%	17%	29%
EB 62 EU 25	2004	56%	13%	28%
EB 63 EU 25	2005	54%	15%	27%
EB 64 EU 25	2005	50%	16%	30%
EB 65 EU 25	2006	55%	13%	28%
EB 66 EU 25	2006	53%	16%	27%
EB 67 EU 27	2007	57%	15%	25%
EB 68 EU 27	2007	58%	13%	25%
EB 69 EU 27	2008	52%	14%	29%
EB 70 EU 27	2008	53%	15%	27%
EB 71 EU 27	2009	53%	15%	28%
EB 72 EU 27	2009	53%	15%	28%
Mittelwert		52%	14%	28%

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Standard Eurobarometer 69: 13 und 72: 147.³¹⁷

317 Online: >http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb69/eb69_part2_de.pdf< und
> http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb72/eb72_vol1_de.pdf< Zugriff 6. 3. 2011.

Der höchste Ablehnungswert wurde mit 17% zweimal vermerkt: 1996 nach der Erweiterung auf EU 15 und 2004 nach der Erweiterung auf EU 25.

Auch eine passive neutrale Gruppe, die die Mitgliedschaft des eigenen Landes in der Europäischen Union weder gut noch schlecht fand, bewegte sich zwischen 1995 und 2009 um die 28% Marke. Der niedrigste Wert wurde mit 25% in den Jahren 1995 und 2007, der höchste Wert wurde mit 31% Ende 2003 vermerkt. (siehe Tabelle)

Zusammenfassung zur Unionsbürgerschaft, nationalen Identifizierung und zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union:

- 1) Eine Mehrheit der Bürger der EU 15 (50%) glaubte 1996, dass eine europäische Staatsbürgerschaft notwendig sei. Dem gegenüber waren 37% der Befragten nicht dieser Meinung.
- 2) Im selben Jahr bezeichneten sich nur 16% der Befragten primär als EU Bürger. 61% der Befragten haben sich mit dem Nationalstaat, 22% mit der Region primär identifiziert.
- 3) Im Jahr 2002 haben sich 38% der Befragten in den EU 15 mit dem Nationalstaat identifiziert. 48% identifizierten sich als Nationalisten und Europäer, 7% als Europäer und Nationalisten und 4% als nur Europäer.
- 4) Im selben Jahr zeigten sich 85% der Befragten als stolze Nationalisten gegenüber 62%, die stolz darauf sind, Europäer zu sein.
- 5) Im Jahr 2006 fühlten sich 90% der Befragten mit dem eigenen Land verbunden. 50% erklärten, sie fühlen sich mit der EU verbunden und 47% meinten genau das Gegenteil.
- 6) Zwischen 1995 und 2009 zeigte sich eine gewisse Stabilität bei der Frage der Mitgliedschaft zu Europäischen Union: Durchschnittlich bezeichnen 52% der Befragten die Mitgliedschaft als eine gute Sache, 14% als eine schlechte Sache und 28% fanden es weder gut noch schlecht.

6.1.2.2 Der Euro als ein Identitätsstifter

Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) wurde als eine eigenständige Organisation in Maastricht 1992 konstruiert, mit dem Ziel, die wirtschaftlichen und dadurch die politischen Fundamente der damaligen EG/EU 12 zu festigen. Ein weiteres Ziel war es, die Kriterien der wirtschaftlichen Integration sowohl innerhalb der EG/EU 12 als auch für die neuen Mitglieder festzulegen. 1995 haben die EU 15 sich auf den „Euro“ als eine gemeinsame

Währung geeinigt, die ab 2002 zwölf nationale Währungen ersetzte. Inzwischen gilt der Euro als die offizielle Währung in 17 EU Staaten.³¹⁸

Die Verwendung des Euro als offizielle Währung in 17 von 27 EU Staaten kann nicht nur positiv wirken. Der Euro trägt zwar zur Erleichterung der wirtschaftlichen Integration innerhalb der Eurogruppe bei, spaltet aber gleichzeitig die EU 27 in zwei Zonen.³¹⁹

In Zusammenhang mit der Frage der Europäischen Identität trägt die Verwendung einer gemeinsamen Währung zur Erweiterung des Kreises der Gemeinsamkeiten bei. Das führte zur Stärkung der Bindungskräfte in der neu konstruierten Gemeinschaft.

Wie reagierte der europäische Souverän auf die Idee einer einheitlichen Währung?

Im Jahr 1996 haben 78% der Befragten in Italien für die Einführung einer gemeinsamen Währung gestimmt gegenüber nur 9%, die dagegen waren.

In Schweden (27%), Österreich (34%) und Großbritannien (34%) wurden die niedrigsten Zustimmungswerte vermerkt.

Gegen die Einführung einer gemeinsamen Währung wurden die meisten Stimmen in Schweden (61%) und in Dänemark (58%) verzeichnet. Im Durchschnitt der EU 15 haben 53% der Befragten dafür und 33% dagegen gestimmt.

Abbildung 41

Eine einheitliche europäische Währung: Dafür oder dagegen				
	Dafür		Dagegen	
	1996	2004	1996	2004
Italien	78%	69%	9%	27%
Niederland	66%	58%	26%	39%
Irland	66%	83%	16%	12%
Griechenland	64%	64%	21%	33%
Luxemburg	63%	88%	26%	10%
Spanien	62%	74%	15%	24%
Frankreich	59%	68%	22%	27%
Belgien	53%	83%	22%	15%
EU 15	53%	60%	33%	35%
EURO 12	56%	66%	28%	30%
Portugal	52%	67%	22%	27%
Deutschland	40%	58%	49%	38%
Dänemark	36%	50%	58%	44%
Finnland	35%	73%	57%	25%
Großbritannien	34%	26%	53%	61%
Österreich	34%	68%	45%	22%
Schweden	27%	45%	61%	51%

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Standard EB 45:45 und EB 61: B58.³²⁰

318 Von den EU 15 verwenden Großbritannien, Dänemark und Schweden noch die nationale Währung. Von den neuen EU 16-27 traten Malta, Zypern, Slowenien, die Slowakei und seit 1. 1. 2011 Estland, als 17. Mitglied der Eurogruppe bei.

319 Vgl. Schermann, Stimmer, Thöndl 2007: 95.

Im Jahr 2004 sank die italienische Begeisterung für den Euro von 78% auf 69%. Die italienischen Eurogegner haben sich von 9% auf 27% verdreifacht. Der negative Trend war auch in den Niederlanden und in Großbritannien zu beobachten.

In den restlichen EU 15 war ein positiver Trend feststellbar. In Luxemburg stieg die Zahl der Euro-Befürworter von 63% auf 88%, in Irland von 66% auf 83%, in Belgien von 53% auf 83%. In Österreich verdoppelte sich die Zahl der Euro Befürworter von 34% auf 68%, in Finnland von 35% auf 73%. Die Gegenstimmen in diesen zwei Staaten reduzierten sich auf die Hälfte. Im Durchschnitt der EU 15 stiegen die Zustimmungswerte von 53% auf 60%, die Gegenstimmen von 33% auf 35%. Im Durchschnitt der EURO 12 stiegen die Zustimmungswerte um 10 Punkte von 56% auf 66%, die Gegenstimmen von 28% auf 30%.

Hat aber die Mitgliedschaft in der Währungsunion zur Stärkung der Bindung bzw. des Zugehörigkeitsgefühls der Europäer zur Europäischen Union beigetragen?

Im Jahr 2002 waren 48% der Befragten in der Eurogruppe (EURO 12) der Meinung, dass durch die Einführung des Euros, die Bindung an Europa gestärkt wurde.

Die höchste Zustimmung wurde in Italien mit 63% gefolgt von Luxemburg mit 62% vermerkt. In Italien wurde auch der niedrigste Ablehnungswert vermerkt.

Abbildung 42

Durch die Nutzung des Euros fühlen wir uns europäischer als vorher Stand 2002		
	Stimme zu	Lehne ab
Belgien	46%	33%
Deutschland	37%	25%
Finnland	38%	40%
Frankreich	50%	24%
Griechenland	42%	41%
Irland	51%	24%
Italien	63%	16%
Luxemburg	62%	22%
Niederland	39%	48%
Österreich	44%	40%
Portugal	53%	22%
Spanien	48%	23%
EURO 12	48%	25%

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Eurobarometer 57: 81.³²¹

Nur 16% der Befragten Italiener haben diese Behauptung abgelehnt. Die höchste Ablehnung war in den Niederlanden mit 48% zu verzeichnen. Im Durchschnitt der EURO 12 waren 25%

320Standard Eurobarometer 45. (Umfrage April - Mai 1996) Online in:

>http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb45/text_ge.pdf< und Eurobarometer 61. Online in:

>http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb61/eb61_de.pdf< Zugriff 10. 2. 2011.

321 Eurobarometer 57. (Umfrage März-Mai 2002) veröffentlicht Oktober 2002. Online in:

>http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb57/eb57_de.pdf< Zugriff 9. 2. 2011.

der Befragten nicht der Meinung, der Euro hätte die Bindung mit Europa gestärkt. (Abbildung 42)

Zwischen 1999 und 2008 (EB 52 bis EB 70) wurden die Teilnehmer nach ihrer Einstellung zur Währungsunion und zum Euro befragt. Die Ergebnisse zeigten relativ stabile Werte. Im Durchschnitt haben 61% der Befragten dafür gestimmt. Der höchste Zustimmungswert wurde Anfang 2002 unmittelbar nach der Einführung des Euros mit 67%, der niedrigste Zustimmungswert wurde Ende 2000 mit 55% vermerkt.

Auch die Ablehnungswerte zeigten eine relative Stabilität: Im Durchschnitt haben 32% der Befragten gegen die Währungsunion und den Euro zugestimmt. Ende 2000 wurde mit 37% der höchste Wert der Ablehnung, Anfang 2002 mit 25% der niedrigste Wert gemessen.

Zwischen 6% und 9% der Befragten hatte zu dieser Frage keine Meinung.

Abbildung 43

Die Einstellung zur Währungsunion und zum Euro in % EU				
		Dafür	Dagegen	weiß nicht
EB 52 EU 15	1999	60%	32%	8%
EB 53 EU 15	2000	58%	33%	9%
EB 54 EU 15	2000	55%	37%	8%
EB 55 EU 15	2001	59%	33%	8%
EB 56 EU 15	2001	61%	30%	9%
EB 57 EU 15	2002	67%	25%	8%
EB 58 EU 15	2002	63%	30%	7%
EB 59 EU 15	2003	66%	27%	7%
EB 60 EU 15	2003	59%	35%	6%
EB 61 EU 15	2004	60%	35%	6%
EB 62 EU 25	2004	63%	31%	6%
EB 63 EU 25	2005	59%	35%	6%
EB 64 EU 25	2005	60%	34%	7%
EB 65 EU 25	2006	59%	34%	7%
EB 66 EU 25	2006	61%	33%	6%
EB 67 EU 27	2007	63%	31%	6%
EB 68 EU 27	2007	61%	31%	8%
EB 69 EU 27	2008	60%	33%	7%
EB 70 EU 27	2008	61%	32%	7%
Mittelwert		61%	32%	7%

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Standard Eurobarometer 70: 236.³²²

Eurobarometer stellte 2008 fest, dass das Bildungsniveau der Europäer bei der Beurteilung der Frage der einheitlichen Währung ein entscheidender Faktor ist. So waren 73% der Befragten mit Hochschulbildung und nur 50% der Befragten, die mit 16 Jahren die Ausbildung beendeten, für den Euro.

³²² Online in: >http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb70/eb70_full_de.pdf< Zugriff 8. 3. 2011.

Weiters ist die soziale Disposition der Befragten von enormer Bedeutung. 72% der Führungskräfte, 67% der Freiberufler und Studenten waren für den Euro. Daneben unterstützten nur 52% der Arbeitslosen, 54% der Hausfrauen/Hausmännern und 55% der Rentner die gemeinsame Währung.³²³

Zusammenfassung zum Euro als ein Identitätsstifter:

- 1) Zwischen 1996 und 2004 stiegen die Zustimmungswerte für den Euro von 53% auf 60% innerhalb der EU 15 und von 56% auf 66% innerhalb der EURO 12. Dem gegenüber stiegen auch die Ablehnungswerte von 33% auf 35% innerhalb der EU 15 und von 28% auf 30% innerhalb der EURO 12.
- 2) 48% der Befragten innerhalb der Eurozone meinten 2002, dass sie sich nach der Einführung des Euros mehr europäischer fühlen als vorher. 25% der Befragten waren nicht dieser Meinung.
- 3) Ein Vergleich der Zustimmungswerte für die gemeinsame Währung zwischen 1999 und 2008 zeigt einen leicht veränderten Wert zwischen 55% und 67% mit einem Mittelwert von 61%. Dem gegenüber waren im Durchschnitt 32% der Befragten gegen den Euro.
- 4) Das Bildungsniveau und die soziale Disposition der Befragten sind in diesem Zusammenhang von enormer Bedeutung. Je höher der Bildung, desto höher der Zustimmungswert für den Euro.

6.1.2.3 Das Vertrauen in die Institutionen der Europäischen Union

Eine weitere Ebene zur Messung der Bindung der Europäer an die Europäische Union ist die Vertrauens Ebene. Was halten die europäischen Bürger von Institutionen der Europäischen Union? Eurobarometer versuchte die Einstellung der Europäer zum Europäischen Parlament, zur Europäischen Kommission und zur Europäischen Zentralbank zu messen.

Ein Vergleich der Ergebnisse in der Zeit zwischen 1999 und 2009 zeigt relativ stabile Werte. Auf die Frage, ob die Befragten dem Europäischen Parlament eher vertrauen oder eher nicht vertrauen, haben im EU Durchschnitt 53% der Befragten die Frage bejaht. 28% meinten, sie würden dem Parlament eher nicht vertrauen und 19% hatten zur dieser Frage keine Meinung. Der höchste Vertrauenswert wurde im Jahr 2002 mit 59%, der niedrigste im Jahr 2009 mit 48% vermerkt. Der höchste Wert (eher nicht vertrauen) wurde auch 2009 mit 36% vermerkt. Ein Zusammenhang zwischen 2009 und dem Reformvertrag ist nicht leicht auszuschließen.

³²³ Ibid: 238.

Abbildung 44

Vertrauen gegenüber dem Europäischen Parlament				
		eher vertrauen	eher nicht vertrauen	weiß nicht
EB 51 EU 15	1999	50%	28%	22%
EB 52 EU 15	1999	53%	27%	20%
EB 53 EU 15	2000	52%	28%	19%
EB 54 EU 15	2000	53%	28%	19%
EB 55 EU 15	2001	52%	25%	23%
EB 56 EU 15	2001	57%	24%	19%
EB 57 EU 15	2002	54%	24%	22%
EB 58 EU 15	2002	59%	23%	19%
EB 59 EU 15	2003	57%	23%	20%
EB 60 EU 15	2003	54%	27%	20%
EB 61 EU 15	2004	54%	29%	17%
EB 62 EU 25	2004	57%	26%	16%
EB 63 EU 25	2005	52%	31%	18%
EB 64 EU 25	2005	51%	34%	16%
EB 65 EU 25	2006	52%	30%	19%
EB 66 EU 25	2006	52%	32%	16%
EB 67 EU 27	2007	56%	28%	16%
EB 68 EU 27	2007	55%	27%	18%
EB 69 EU 27	2008	52%	27%	21%
EB 70 EU 27	2008	51%	31%	18%
EB 71 EU 27	2009	48%	36%	16%
EB 72 EU 27	2009	50%	33%	17%
Mittelwert		53%	28%	19%

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Eurobarometer 72: 172.³²⁴

Das Vertrauen der Europäer gegenüber der Europäischen Kommission ist schwächer als das Vertrauen gegenüber dem Parlament. Der höchste Vertrauenswert wurde im Jahr 2002 mit 53%, der niedrigste im Jahr 1999 mit 40% erreicht. Im Durchschnitt zwischen 1999 und 2009 haben 47% der Befragten erklärt, sie würden der Kommission eher vertrauen.

Durchschnittlich haben 29% der Befragten erklärt, sie würden der Kommission eher nicht vertrauen. Der höchste (eher nicht vertrauen – Wert) wurde 2009 mit 34%, der niedrigste in den Jahren 2002 und 2003 mit 24% erreicht. Im Durchschnitt hatte ein Viertel der Befragten zu dieser Frage keine Meinung.

324 Online: > http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb72/eb72_vol1_de.pdf< Zugriff 7. 3. 2011.

Abbildung 45

Vertrauen gegenüber der Europäischen Kommission				
		eher vertrauen	eher nicht vertrauen	weiß nicht
EB 51 EU 15	1999	40%	33%	27%
EB 52 EU 15	1999	44%	29%	26%
EB 53 EU 15	2000	45%	30%	25%
EB 54 EU 15	2000	46%	30%	24%
EB 55 EU 15	2001	45%	27%	28%
EB 56 EU 15	2001	50%	25%	25%
EB 57 EU 15	2002	47%	25%	27%
EB 58 EU 15	2002	53%	24%	24%
EB 59 EU 15	2003	50%	24%	26%
EB 60 EU 15	2003	46%	28%	26%
EB 61 EU 15	2004	48%	29%	23%
EB 62 EU 25	2004	52%	27%	21%
EB 63 EU 25	2005	46%	31%	23%
EB 64 EU 25	2005	46%	33%	21%
EB 65 EU 25	2006	47%	29%	24%
EB 66 EU 25	2006	48%	31%	21%
EB 67 EU 27	2007	52%	27%	21%
EB 68 EU 27	2007	50%	26%	24%
EB 69 EU 27	2008	47%	27%	26%
EB 70 EU 27	2008	47%	30%	23%
EB 71 EU 27	2009	44%	34%	22%
EB 72 EU 27	2009	46%	32%	22%
Mittelwert		47%	29%	24%

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Eurobarometer 72: 176.³²⁵

Ähnliche Werte beobachten wir bei der Frage des Vertrauens gegenüber der Europäischen Zentralbank. Durchschnittlich meinten 46% der Befragten, sie würden der Zentralbank eher vertrauen. Der höchste Vertrauenswert wurde 2007 mit 53%, der niedrigste in den Jahren 1999 und 2001 mit 42% erreicht.

Im Durchschnitt 1999 bis 2009 haben 26% der Befragten für „eher nicht vertrauen“ entschieden.

Durchschnittlich hatten 28% der Befragten zur dieser Frage keine Meinung. Die höchsten Misstrauenswerte wurden im Jahr 2009 mit 33% vermerkt.

325 Online: > http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb72/eb72_vol1_de.pdf< Zugriff 7. 3. 2011

Abbildung 46

Vertrauen gegenüber der Europäischen Zentralbank				
		eher vertrauen	eher nicht vertrauen	weiß nicht
EB 51 EU 15	1999	42%	24%	34%
EB 52 EU 15	1999	44%	25%	31%
EB 53 EU 15	2000	43%	27%	30%
EB 54 EU 15	2000	44%	29%	27%
EB 55 EU 15	2001	42%	24%	34%
EB 56 EU 15	2001	50%	23%	27%
EB 57 EU 15	2002	47%	23%	30%
EB 58 EU 15	2002	49%	23%	28%
EB 59 EU 15	2003	47%	23%	30%
EB 60 EU 15	2003	44%	26%	30%
EB 61 EU 15	2004	46%	27%	27%
EB 62 EU 25	2004	50%	25%	26%
EB 63 EU 25	2005	47%	27%	26%
EB 64 EU 25	2005	44%	28%	28%
EB 65 EU 25	2006	49%	25%	26%
EB 66 EU 25	2006	46%	27%	26%
EB 67 EU 27	2007	53%	25%	22%
EB 68 EU 27	2007	47%	24%	29%
EB 69 EU 27	2008	50%	24%	26%
EB 70 EU 27	2008	48%	30%	22%
EB 71 EU 27	2009	44%	33%	23%
EB 72 EU 27	2009	44%	33%	23%
Mittelwert		46%	26%	28%

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Eurobarometer 72: 180.³²⁶

Zusammenfassung zum Vertrauen der europäischen Bürger gegenüber den Institutionen der Europäischen Union:

- 1) Zwischen 1999 und 2009 zeigten im Durchschnitt 53% der Befragten eher Vertrauen in das Europäische Parlament. 28% würden dem Parlament eher nicht vertrauen und 19% hatten keine Meinung.
- 2) Im selben Zeitraum zeigten durchschnittlich 47% der Befragten eher Vertrauen in die Europäische Kommission. 29% würden die Kommission eher nicht vertrauen und 24% hatten keine Meinung.
- 3) Die Einstellung der Europäer zur Europäischen Zentralbank ist zwischen 1999 und 2009 eher stabil geblieben. Im Durchschnitt vertrauten 46% der Befragten der Zentralbank. 26% zeigten kein Vertrauen und 28% hatten keine Meinung.

326 Online: > http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb72/eb72_vol1_de.pdf< Zugriff 7. 3. 2011.

6.1.2.4 Fazit zur Frage der europäischen Identität

Die Europäische Union schaffte den Zugang zum europäischen Souverän und stärkte schrittweise durch die Unionsbürgerschaft und den Euro die Bindung mit ihm. Dieser Fortschritt stärkte die Identifizierung der Unionsbürger mit der Europäischen Union.

Der Hauptgegner einer auf Pluralismus, Diskriminierungsverbot und Menschenrechten aufgebauten Prinzipiengemeinschaft der Europäischen Union ist die Abgrenzung. Das ist das Nebenprodukt, das die Diskussion der Frage der europäischen Identität oft produziert. Die Forschung in diesem Bereich soll sich immer die europäische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts vergegenwärtigen. Das Unheil, das Europa während der zwei Weltkriege widerfahren ist, war nichts anderes als das Ergebnis der Teilung Europas in Nationen nach 1815. Der Nationalismus des 19. Jahrhunderts bedeutete die Abgrenzung. Der Krieg zwischen den Nationen war nur eine Frage der Zeit. Die heutige Beharrung auf geografischer oder religiöser Identifizierung und dadurch auf Abgrenzung birgt in sich ähnliche Gefahren wie die, die der Nationalismus des 19. Jahrhunderts mit sich brachte.

6.2 Die Sozialisierung des Prinzipienkatalogs

Wenn wir heute in Europa durchschnittlich gebildete Menschen fragen, *was würden Sie unter einer Prinzipiengemeinschaft der Europäischen Union verstehen?* Würden die meisten antworten: *Menschenrechte, Demokratie, Friedenssicherung und Rechtsstaatlichkeit.*³²⁷

Wir wollen hier nicht behaupten, dass dieses Ergebnis ausschließlich ein Produkt des Prinzipienkatalogs der Europäischen Union sei. Also kein Produkt einer linearen Entwicklung, die mit einer zwischenstaatlichen Konvention beginnt, eine Reihe von Prinzipien enthält, die dann im Prozess der Sozialisierung sich gesellschaftlich verbreiten und verankern. Die Bemühungen der Menschheit in und außerhalb Europas für ein qualitativ besseres Leben und für mehr Demokratie und Menschenrechte sind viel älter als der Prinzipienkatalog der Europäischen Union. Das politische Wertesystem der Europäer im 21. Jahrhundert ist ein Produkt der historischen Akkumulationen der Bemühungen der Menschen für mehr Freiheit, Gleichheit und politische Partizipation, und das nicht ausschließlich seit der Französischen Revolution. Gleichzeitig haben die 60 Jahre Integration zur schrittweisen Vertiefung des Prinzipienkatalogs im Wertesystem der Europäer geführt. Auch ein Grad der Sensibilisierung der Öffentlichkeit gegenüber groben Verletzungen dieser Prinzipien ist vermehrt beobachtbar.

327 Standard Eurobarometer 66. Erste Ergebnisse: 35. Online:
>http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb66/eb66_highlights_de.pdf< Zugriff 6. 3. 2011.

Ein Beispiel dafür ist die Entscheidung des Innenministeriums in Wien nach zahlreichen Protestaktionen der politischen Straße gegen die Abschiebung der zwei achtjährigen Zwillingsschwestern Komani in den Kosovo im Oktober 2010.³²⁸

Wir wollen in Zusammenhang mit der Prinzipiengemeinschaft der Europäischen Union in diesem Teil der Frage des politischen Wertesystems der Menschen in Europa nachgehen. Wie tief verankert ist der Prinzipienkatalog im Wertesystem der Europäer? Welche Prioritäten und Präferenzen haben die Menschen in Europa? Und wovon ist das abhängig?

Wenn wir einen arbeitslosen Familienvater nach seine Prioritäten fragen würden, würden wir sicher die Arbeitsplatzsicherung ganz oben finden. Für ihn würden die soziale und wirtschaftliche Sicherheit einen höhern Rang haben als Umweltschutz und kulturelle Vielfaltigkeit. Erst wenn diese Grundbedürfnisse der Menschen befriedigt sind, dann würden sie sich höheren Zielen und Werten widmen. Würde das aber bedeuten, dass er nicht bereit sei, an einer Antikriegsdemonstration teilzunehmen?

Anderes formuliert: Leben wir wirklich nur vom Brot?

In diesem Zusammenhang verdienen die Denkansätze von Ronald Inglehart einen Moment der Aufmerksamkeit.³²⁹

6.2.1 Die Theorie des Wertewandels von Ronald Inglehart

Die Basis dieser Theorie ist aufgebaut auf zwei Haupthypothesen:

- 1) Eine Mangelhypothese: Demnach seien die Wertprioritäten der Menschen von der wirtschaftlichen und sozialen Umwelt abhängig. Die Dinge, die knapp sind, werden, subjektiv gesehen, am höchsten eingeschätzt.
- 2) Eine Sozialisationshypothese: Diese geht davon aus, dass die Änderungen in den ökonomischen und sozialen Bedingungen keine unmittelbare Auswirkung auf die Wertprioritäten hätten. Der Wertewandel geschieht nach zeitlicher Verzögerung. Dies deshalb, weil die Wertprioritäten der Menschen während der Jugendzeit einen anhaltenden und prägenden Charakter hätten.³³⁰

Nach Inglehart zeigen Menschen, die während der Jugendzeit unter harten wirtschaftlichen Bedingungen gelebt haben, ein stabiles Wertesystem, auch wenn die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen sich grundsätzlich verändert haben. So hat die Generation, die die harte

328 Unter anderem hat eine digitale „Initiative gegen das Unrecht“ 120 Tausend Unterschriften gesammelt. Danach hob die Innenministerin Maria Fekter den Bescheid zur Ausweisung der Familie auf. Ausführlich in Nachrichten.at vom 22. 10. 2010. Online:

><http://www.nachrichten.at/oberoesterreich/art4,490120>< Zugriff 13. 1. 2011.

329 Boeree, George (2006): Persönlichkeitstheorien, Abraham Maslow, Shippensburg University, USA. Online: >http://www.social-psychology.de/do/PT_maslow.pdf< Zugriff 27. 3. 2011.

330 Inglehart 1997: 142; Inglehart 1998: 191f.

Zeit nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges überlebt hat, zur Zeit des Wohlstands in den 1970er Jahren die gleichen Einstellungen zu materiellen Grundbedürfnissen wie vorher. Die Generation, die aber nach dem Ende des Krieges geboren wurde und im Wohlstand lebte, neigt eher dazu, höhere, nicht materielle Ziele, hoch zu schätzen.

Inglehart differenziert hier zwischen materialistischen und postmaterialistischen Werten.

Zur materialistischen Wertorientierung gehört die Befriedigung der physischen Bedürfnisse wie die Versorgung und die Sicherheit. Zur Versorgung gehören der Kampf gegen steigende Preise, Wirtschaftswachstum und wirtschaftliche Stabilität. Zur Sicherheit gehören die Aufrechterhaltung der Ordnung, Kriminalitätsbekämpfung und starke Landesverteidigung.

Würden diese Grundbedürfnisse befriedigt, dann hätten die Menschen Interessen für postmaterialistische Werte. Zu denen gehören die Selbstverwirklichung wie die Bedürfnisse nach Achtung und Zugehörigkeit. Das Verlangen nach mehr Mitspracherecht und Partizipation im politischen und sozialen Umfeld kennzeichnen diesen Teil.

Abbildung 47

Rangordnung menschlicher Bedürfnisse		
Wertorientierung	Bedürfnisstrukturen	Ausdrücke
Postmaterialistisch	Soziale Bedürfnisse	Ästhetisch und Intellektuell
	Selbstverwirklichung	Zugehörigkeit und Achtung
Materialistisch	Physische Bedürfnisse	Sicherheit
		Versorgung

Quelle: Inglehart 1997: 148.

Die höchsten Bedürfnisse in der postmaterialistischen Wertordnung sind soziale Bedürfnisse, ästhetische und intellektuelle Interessen. Die Menschen würden sich für freie Meinungsäußerung, Verschönerung der Umwelt und qualitative Verbesserung der Gesellschaft einsetzen.³³¹

³³¹ Inglehart 1997: 148.

Inglehart differenziert weiter zwischen drei Gesellschaftsformen im Laufe der sozialen Evolution. Jede der drei Formen hat ihr eigenes hauptsächliches Gesellschaftsprojekt, ihre eigenen individuelle Werte und ihr Autoritätssystem.

Das Leben in einer traditionellen Gesellschaft ist geprägt vom Kampf ums Überleben. Das Hauptprojekt ist die Stabilisierung der Wirtschaft. Die individuellen Werte sind religiös und von den Gemeinschaftsnormen geprägt. Die Autorität ist traditional.

Die modernen Gesellschaften sind ein Produkt der Industrialisierung des Wirtschaftssystems. Deshalb dreht sich das Hauptprojekt um die Maximierung des Wirtschaftswachstums. Die individuellen Werte sind leistungsorientiert, die Autoritätsform ist rational-legitim.

Die postmoderne Gesellschaft ist ein Produkt des Wohlstandes und des Reichtums. Die Menschen sind mit der Maximierung des Wohlbefindens beschäftigt. Die individuellen Werte sind postmaterialistisch und postmodern. Die Wertschätzung der traditionellen Autoritätsformen wie Kirche und Staat nimmt ab.

Abbildung 48

Gesellschaftsform, Ziele und individuelle Werte			
	Traditional	Modern	Postmodern
Gesellschaftsprojekt	Überleben in einer stabilen Wirtschaft	Maximierung des Wirtschaftswachstums	Maximierung des subjektiven Wohlbefindens
Individuelle Werte	Traditionale Religiöse u. Gemeinschaftsnormen	Leistungsmotivation	postmaterialistische und postmoderne Werte
Autoritätssystem	Traditionale Autorität	Rational-Legitime Autorität	Die Wertschätzung der Autorität nimmt ab

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Inglehart 1998: 114.

Inglehart verglich in seiner Studie den Wertewandel sowohl in den westeuropäischen Gesellschaften als auch in den USA und Japan. Er ging davon aus, dass die Industriegesellschaften, durch das wirtschaftliche Wachstum, den Trend zu postmaterialistischen Werten beschleunigen. Ein Vergleich von acht westeuropäischen Staaten zwischen 1970 und 1993 zeigt eine zwar bescheidene, aber konstante Verschiebung von materialistischen zu den postmaterialistischen Werten. Ein wichtiger Faktor dabei ist der Generationswechsel. Menschen, die nach dem Ende des Krieges geboren wurden und in relativ sicheren Verhältnissen leben, zeigen mehr Interesse für postmaterialistische Werte als die alten Generationen.³³²

332 Neben den USA wurden Untersuchungen geführt in Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien, Niederlande, Belgien, Dänemark und Irland. Inglehart 1998: 201.

Inglehart fasste seine Erkenntnisse zusammen:

- 1) Die Verschiebung zum Postmaterialismus ist mit dem Wohlstand verknüpft. Daher ist es kein westliches Phänomen. Auch in traditionellen, aber reichen Gesellschaften mit ökonomischer Sicherheit ist der Trend zu beobachten.
- 2) Dort, wo die Industrialisierung noch nicht begonnen hat, bleibt der Trend zum Postmaterialismus schwach. Deshalb bleibt auch der Unterschied zwischen den Werten der Jungen und den Werten der Alten klein: *Die intergenerationellen Wertdifferenzen reflektieren die Wirtschaftswachstumsrate einer Gesellschaft.*³³³
- 3) Es gibt keine Garantie dafür, dass der Trend zum Postmaterialismus in Zeiten der Wirtschaftskrisen, der Inflation und steigender Arbeitslosigkeit anhalten würde.
- 4) Ist aber ein Wertewandel vollzogen, dann bleibt die intergenerationelle Wertdifferenz stabil: *die deutlichen und beträchtlichen Wertdifferenzen zwischen den Werten der jüngeren und der älteren Geburtskohorten hielten in Westeuropa während der Rezessionen Mitte der siebziger und der frühen achtziger Jahre an.*³³⁴

Von Bedeutung ist der Zusammenhang von Industrialisierung und Demokratisierung der Gesellschaft. Nach Inglehart führt die Industrialisierung zu kulturellen Veränderungen, wo die Menschen verstärkt nach demokratischen Institutionen verlangen.

*Die Industriegesellschaften bringen mit zunehmender Reife immer stärker spezialisierte und gebildete Beschäftigte hervor, die immer geschickter darin werden, politischen Druck auszuüben. Es wird immer schwieriger und kostspieliger die Forderung nach politischer Liberalisierung zu unterdrücken.*³³⁵

Eine weitere Ebene in Zusammenhang mit dem Wertewandel ist die Links-Rechts-Klassifikation. Nach Inglehart ruft die politische Positionierung von postmaterialistischen Streitfragen wie Umweltschutz, Frauen- oder Atompolitik eine materialistische Reaktion hervor. Dabei vermischen sich die Trennlinien zwischen links und rechts zur Gunsten der materialistischen-postmaterialistischen Differenzierung. So würden sich große Teile der Arbeiterschaft mit den „Rechten“ verbünden, *um die traditionellen materialistischen Werte (wie z.B. Betonung des ökonomischen Wachstums, militärische Sicherheit oder Recht und Ordnung im Staat) zu unterstützen.*³³⁶

333 Inglehart 1998: 225.

334 Inglehart 1998: 225.

335 Inglehart 1998: 301.

336 Inglehart 1997: 152.

Diese Entwicklung führte zur Spaltung der traditionellen linken Parteien in postmaterialistische und materialistische Linke. Die Gründung von neuen Parteien mit ausschließlich postmaterialistischen Schwerpunkten, wie die Grünen, war die Folge.³³⁷

6.2.2 Kritik der Wertewandeltheorie von Inglehart

Ein Hauptkritiker der Wertewandeltheorie von Inglehart ist der deutsche Helmut Klages. Vor allem die Teilung in materialistische und postmaterialistische Werte, auf die das Modell von Inglehart aufgebaut ist, wird von Klages als eindimensional und linear kritisiert.³³⁸

Das alternative Erklärungsmodell von Klages ist mehrdimensional und aufgebaut auf die Annahme einer Wertesynthese. Demnach könnten sich gegensätzliche Werte (traditionale und moderne) in neuen Wertetypen vermischen.

Die Annahme von Inglehart, das Bedürfnis nach Sicherheit bestimmt die materialistische Orientierung der Werte, wurde von Klages nicht infrage gestellt, sondern neu kategorisiert:

Klages Modell unterscheidet hauptsächlich zwischen Pflichtorientierung und Selbstentfaltung. Wobei die Selbstentfaltung sowohl materialistische als auch ideale Komponenten hatte.

Das Ergebnis drückt sich in einem neuen Typus aus: die aktiven Realisten. Diese sollen sowohl traditional und pflichtbewusst orientiert sein, als auch nach Selbstentfaltung und Verwirklichung suchen.³³⁹

Für Inglehart spricht seine Bereitschaft zur Flexibilität. Seine Theorie des Wertewandels ist ein Beispiel für eine Theorie in Bewegung. Aufgrund der neuen Erkenntnisse seiner Studien und der weltweiten politischen Umwälzungen versuchte er seine Denkansätze kritisch zu ergänzen:

- 1) Der Einfluss von traditionellen Institutionen wie Religion und Nationalismus ist nach wie vor gegenwärtig.
- 2) Der kulturelle Modernisierungsprozess ist nicht eindirektional. Kann auch umgekehrt werden.
- 3) Der Wandel vom Materialismus zum Postmaterialismus kann auch durch einen umgekehrten Wandel begleitet werden.
- 4) Die zwei Wandelformen sind Produkt der ökonomischen, politischen und sozialen Änderungen.
- 5) Der Wertewandel in den Postindustriegesellschaften schaffte jene Bedingungen, die zur Stabilität der Demokratie beitrugen.³⁴⁰

³³⁷ Inglehart 1997: 153.

³³⁸ Klages 1992: 12ff.

³³⁹ Klages 2002: 44.

Schwer nachvollziehbar in seinem Modell ist die Annahme, dass zuerst die Grundbedürfnisse, wie Versorgung und Sicherheit, befriedigt werden müssen, bevor man sich höheren Werten widmen könnte. Obwohl dem Verfasser keine empirischen Befunde in diesem konkreten Zusammenhang zur Verfügung stehen, kann hier, rational gedacht, angenommen werden, dass die Menschen im 21. Jahrhundert nicht nur vom Brot allein leben wollen. Wie sonst könnten wir die politischen und sozialen noch andauernden Umwälzungen in Tunesien, Ägypten, Bahrain, Jemen, Libyen, Syrien und Jordanien ab Dezember 2010 erklären?

Die Freiheit und das Leben in Würde gehören zu Grundbedürfnissen der Menschen genau wie das Wasser und das Brot.

6.2.3 Europäische Werteprioritäten

Im Jahr 2006 stellte Eurobarometer folgende Frage: *Welche drei der folgenden Werte sind für Sie persönlich am wichtigsten? (max. 3 Nennungen)*

Abbildung 49

persönliche Werte der Europäer 2006	
Frieden	52%
Respekt gegenüber menschlichem Leben	43%
Menschenrechte	41%
Demokratie	24%
Freiheit des Einzelnen	22%
Toleranz	19%
Gleichheit	18%
Rechtstaatlichkeit	17%
Solidarität, Unterstützung anderer	14%
Selbstverwirklichung	11%
Respekt gegenüber anderen Kulturen	11%
Religion	7%

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Standard Eurobarometer 66 (Erste Ergebnisse): 35.³⁴¹

Für 52% der Befragten innerhalb der EU 25 stand die Sicherung des Friedens unter den drei wichtigsten Werten. 43% wählten die Achtung des menschlichen Lebens, 41% wählten die Menschenrechte und 24% wählten die Demokratie unter die wichtigsten Werte.

Werte wie Toleranz, Gleichheit, Rechtstaatlichkeit und Solidarität haben bei dieser Befragung die 20% Marke nicht überschritten. (Abbildung 49)

Das bedeutet aber nicht, dass der Prinzipienkatalog der Europäischen Union in den Augen der Europäer dieselbe Rangordnung haben würde wie die persönliche Wertepriorität.

Auf die Frage:

340 Inglehart 2005: 299f.

341 Online: >http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb66/eb66_highlights_de.pdf< Zugriff 6. 3. 2011.

Welche drei der folgenden Werte repräsentieren am besten die Europäische Union? (max. 3 Nennungen)

haben die Befragten die Menschenrechte, die Demokratie und den Frieden unter den drei wichtigsten Werten genannt. Ein Viertel der Befragten hat die Rechtstaatlichkeit, 17% die Solidarität, 14% die Gleichheit und nur 10% die Freiheit des Einzelnen unter den drei wichtigsten Werten der Europäischen Union genannt.

Abbildung 50

Werte die die Europäische Union am besten repräsentieren 2006	
Menschenrechte	38%
Demokratie	38%
Frieden	36%
Rechtstaatlichkeit	24%
Respekt gegenüber anderen Kulturen	19%
Solidarität, Unterstützung anderer	17%
Gleichheit	14%
Respekt gegenüber menschlichem Leben	13%
Toleranz	11%
Freiheit des Einzelnen	10%
Selbstverwirklichung	4%
Religion	3%

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Standard Eurobarometer 66 (Erste Ergebnisse): 35.³⁴²

Im Jahr 2008 glaubte eine große Mehrheit (61%), dass die Europäer durch Werte gekennzeichnet sind. Allerdings meinten 44%, die europäischen Werte seien einfach westliche Werte.

Abbildung 51

	stimme eher zu	lehne eher ab	weiß nicht
Verglichen mit anderen Kontinenten ist es bei den Europäern einfacher zu erkennen, welche Werte sie gemeinsam haben.			
	61%	22%	17%
Es gibt keine gemeinsamen europäischen Werte, sondern nur allgemein westliche Werte			
	44%	37%	19%

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Eurobarometer 69: 58.³⁴³

Auf die Frage, ob die europäischen Staaten, in Bezug auf gemeinsame Werte eng beieinander stehen, stimmten in zwölf Staaten mehr als 60% und in fünf Staaten weniger als 50% der Befragten in den EU 30 zu³⁴⁴. In der Slowakei und in Mazedonien wurde die 70% Marke überschritten. In der Türkei meinten 64%, sie hätten ähnliche Werte wie die europäischen

342 Online: >http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb66/eb66_highlights_de.pdf< Zugriff 6. 3. 2011.

343 Eurobarometer 69, veröffentlicht Juni 2008. Online in:

>http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb69/eb69_en.htm< Zugriff 1. 2. 2011.

344 EU 27 plus die drei Mitgliedskandidaten die Türkei, Kroatien und Mazedonien.

Nachbarn. Der niedrigste Wert wurde in Österreich mit 39% erreicht. Durchschnittlich stimmten 54% der Befragten in den Staaten der EU 27 zu.

Abbildung 52

Die europäischen Staaten stehen, in Bezug auf gemeinsame Werte eng beieinander. (JA Werte)			
Belgien	62%	Niederlande	57%
Bulgarien	61%	Österreich	39%
Dänemark	62%	Polen	62%
Deutschland	52%	Portugal	60%
Estland	51%	Rumänien	54%
Finnland	49%	Schweden	53%
Frankreich	48%	Slowakei	71%
Griechenland	58%	Slowenien	66%
Großbritannien	45%	Spanien	58%
Irland	55%	Tschechien	68%
Italien	58%	Ungarn	52%
Lettland	42%	Zypern	68%
Litauen	53%	Türkei	64%
Luxemburg	54%	Mazedonien	72%
Malta	65%	Kroatien	54%
EU 27	54%		

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Eurobarometer 69: 61.³⁴⁵

Auf die Frage nach der Bedeutung der Europäischen Union hat Ende 2009 eine große Mehrheit (46%), die Bewegungsfreiheit hervorgehoben. Für sie bedeutet die EU die Möglichkeit, überall reisen, arbeiten oder studieren zu können. Mehr als ein Drittel (37%) verbindet die EU mit dem Euro. Für 28% der Befragten trägt die EU zur Sicherung des Friedens in Europa bei und 25% meinten, die EU sei ein wichtiger Global Player. Nur 26% der Befragten verbinden die EU mit Demokratie und für 21% bedeutet die Mitgliedschaft in der EU Geldverlust. Während 22% die Kulturvielfältigkeit der europäischen Völker hervorheben, machen sich 11% große Sorgen um die eigene Identität. 18% erwarten von der Mitgliedschaft in der EU Wohlstand und 14% machen die EU für die steigende Arbeitslosigkeit verantwortlich. 14% der Befragten glauben, dass die Öffnung der Grenzen zur Steigerung der Kriminalität geführt hat und 11% erwarten von der Mitgliedschaft in der Europäischen Union soziale Sicherheit.

345 Eurobarometer 69, veröffentlicht Juni 2008. Online in:
>http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb69/eb69_en.htm< Zugriff 1. 2. 2011.

Abbildung 53

was bedeutet die Europäische Union für Sie?						
	EB 72	EB 71	EB 70	EB 69	EB 67	Mittelwert
	H09	F09	H08	F08	F07	
Bewegungsfreiheit (reisen, studieren, arbeiten)	46%	42%	44%	49%	52%	47%
Euro	37%	33%	34%	35%	39%	36%
Frieden	28%	25%	27%	26%	33%	28%
Global Player	25%	23%	23%	22%	26%	24%
Demokratie	26%	22%	21%	21%	22%	22%
Geldverlust	21%	20%	19%	19%	20%	20%
Kulturvielfältigkeit	22%	19%	20%	22%	27%	22%
Bürokratie	20%	19%	17%	18%	21%	19%
Wohlstand	18%	16%	17%	17%	20%	18%
Arbeitslosigkeit	14%	13%	11%	11%	14%	13%
Schwache Überwachung der Außengrenzen	14%	12%	16%	18%	18%	16%
Steigende Kriminalität	14%	11%	14%	15%	17%	14%
Verlust der eigenen kulturellen Identität	11%	10%	11%	11%	12%	11%
Soziale Sicherheit	11%	10%	9%	9%	10%	10%

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an EB 70: 135; EB 71: 86; EB 72: 142.³⁴⁶

346 Online in: >http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb71/eb71_en.htm< und
>http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb72/eb72_vol1_de.pdf< und
>http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb70/eb70_full_de.pdf< Zugriff 5. 2. 2011.

6.2.4 Europäische Werteprioritäten 2009 aus dem Standpunkt Inglehart

Was erwarten die Europäer von der Europäischen Union? Was sind die wichtigsten Fragen, die die EU dringend behandeln soll? Die Antworten reflektierten die wirklichen Prioritäten und Ängste der Menschen in Europa.

Im Frühling und Herbst 2009 wurde die Frage gestellt:

Welche Belange sollten Ihrer Meinung nach durch die europäischen Institutionen in den nächsten Jahren verstärkt beachtet werden, um die Europäische Union in Zukunft zu stärken? (Max. 3 Antworten).³⁴⁷

In Anlehnung an der Wertprioritätentheorie von Inglehart wird hier versucht, die Antworten in materialistische Werte (M) und postmaterialistische Werte (P) zu differenzieren.

Abbildung 54

Prioritäten der EU nach Ansichten der Bürger der EU 30		
	EB 71	EB 72
	Frühling 2009	Herbst 2009
Wirtschaftspolitik (M)	32%	33%
Soziale Fragen und Gesundheitspolitik (M)	26%	26%
Einwanderungsfragen (M)	24%	24%
Die Bekämpfung der Kriminalität (M)	22%	24%
Umweltfragen (P)	20%	21%
Energiefragen (M)	19%	19%
Solidarität mit ärmeren Regionen (P)	18%	18%
Der Kampf gegen den Klimawandel (P)	17%	17%
Bildungspolitik (P)	16%	14%
Der Binnenmarkt (M)	13%	13%
Die Außenpolitik (M)	10%	12%
Die wissenschaftliche Forschung (M)	10%	11%
Die Infrastruktur für Transport und Energieversorgung (M)	8%	8%
Die Verteidigungspolitik (M)	7%	8%
Die Kulturpolitik (P)	4%	6%
Summe in Punkten	246	254
Anteil der materialistischen Werte	171	178
Anteil der postmaterialistischen Werte	75	76
Anteil der materialistischen Werten in %	69,50%	70,10%
Anteil der postmaterialistischen Werten in %	30,40%	29,90%

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Eurobarometer 72: 247.³⁴⁸

Ein Drittel der Befragten setzte die wirtschaftliche Stabilität (M) ganz oben. Das war zweifelsohne ein Ausdruck der ökonomischen Unsicherheit nach der weltweiten Wirtschaftskrise vom 2008.

³⁴⁷ EB 72: 247. Online in: >http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb72/eb72_vol1_de.pdf< Zugriff 2. 4. 2011.

³⁴⁸ Online in: >http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb72/eb72_vol1_de.pdf< Zugriff 2. 4. 2011.

Ein Viertel der Befragten (26%) fühlte sich in sozialen Fragen benachteiligt und machte sich Sorgen um die Gesundheitspolitik (M). Ein unmittelbares Ergebnis der Rentenreform und der Sparmaßnahmen in der medizinischen Versorgung.

Auf Platz drei und vier wurden die Sorgen um die Einwanderungspolitik und Kriminalitätsbekämpfung zum Ausdruck gebracht (M). Zweifelsohne ein Erfolg der Propaganda der verschiedenen Parteien des europäischen Rechtsnationalismus.

Ein Fünftel der Befragten gab der Umweltfrage die Priorität (P) und 18% setzten die Solidarität mit ärmeren Regionen unter die wichtigsten drei Fragen (P).

Der Anteil der materialistischen Werte in Frühling 2009 war 69,5%. Dieser stieg im Herbst um nur 0,6% auf 70,1%.

Der Anteil der postmaterialistischen Werte sank zwischen Frühling und Herbst 2009 um nur 0,5% von 30,4% auf 29,9%.

Das Ergebnis zeigt, dass die Postmaterialisten nach wie vor eine Minderheit sind. Die meisten Menschen in den postindustrialisierten Gesellschaften würden sich eher als Materialisten bezeichnen. Trotzdem würden drei von zehn Unionsbürgern sich für postmaterialistische Werte einsetzen.

Können wir den Grad der Anwesenheit einer Prinzipiengemeinschaft mit dem Anteil der Postmaterialisten in den europäischen Gesellschaften gleichsetzen?

Im Zentrum der Interessen einer Prinzipiengemeinschaft sollen die Werte und Normen des Prinzipienkatalogs stehen. Diese sind in der Rangordnung fast identisch mit den postmaterialistischen Werten von Inglehart. Weiters können wir auch davon ausgehen, dass Menschen mit postmaterialistischen Interessen mehr dazu bereit sind, sich für politische und kulturelle Fragen einzusetzen. Ein Überblick über die politischen Protestaktionen in den letzten 40 Jahren kann uns auf den Grad der Anwesenheit einer Prinzipiengemeinschaft hinweisen.

6.2.5 Die Protestkultur als Instrument einer Prinzipiengemeinschaft

Seit der Französischen Revolution prägt die Protestkultur die Geschichte Europas. Sowohl 1848 als auch 1917 und 1968 hat die politische Straße durch Verschärfung der sozialen und politischen Gegensätze zur politischen Transformation der europäischen Gesellschaften beigetragen.

Die Erfahrungen der Geschichte zeigen ein kaum vorhandenes Interesse des Nationalstaates an demokratischen Entwicklungen. Ähnliches wird beobachtet beim Verhalten der klassischen Parteien. Die mit dem Nationalstaat verbundenen und ihn legitimierenden großen

politischen Parteien waren an Reformen der politischen Verhältnisse genauso wenig interessiert wie der Staat. Ein Beispiel dafür ist die Haltung der Sozialdemokraten unter der Führung von Victor Adler gegen das Frauenwahlrecht Ende des 19. Jahrhunderts in Wien.³⁴⁹

Die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts war von mehreren Phänomenen gekennzeichnet:

- 1) Der wirtschaftliche Wohlstand stärkte die Tendenz zum Postmaterialismus.
- 2) Der relativ hohe Bildungsgrad der jungen Generation führt zur mehr Interesse an politischer Partizipation.
- 3) Schwächung der Loyalität gegenüber traditionellen Institutionen wie Staat, Kirche oder klassischen Parteien.
- 4) Gründung von neuen Parteien, die die neuen politischen und sozialen Interessen vertreten.
- 5) Die Entstehung von neuen sozialen Bewegungen.³⁵⁰

Die Entwicklungen in wichtigen Politikfeldern in den 1970er Jahren wie Frauenpolitik, Umweltpolitik, Menschenrechte und Minderheitenschutz waren begleitet von neuen sozialen und politischen Organisationen, die diese neuen Fragen und Interessen vertraten.

Inglehart meinte, dass *Postmaterialisten dazu neigen, ihr Handeln auf die Herbeiführung von Veränderungen auszurichten und ebenfalls eher dazu bereit sind, sich an unkonventionellen Protestaktionen zu beteiligen.*³⁵¹

Die Leitlinien und Prinzipien der neuen Politikfelder kommen im Prinzipienkatalog zum Ausdruck. Er erfüllt unter anderem eine pädagogische Funktion. Dadurch kann er das Wertesystem der neuen Generation prägen. Das Ergebnis drückt sich in neuen sozialen Bewegungen und politischen Parteien aus.

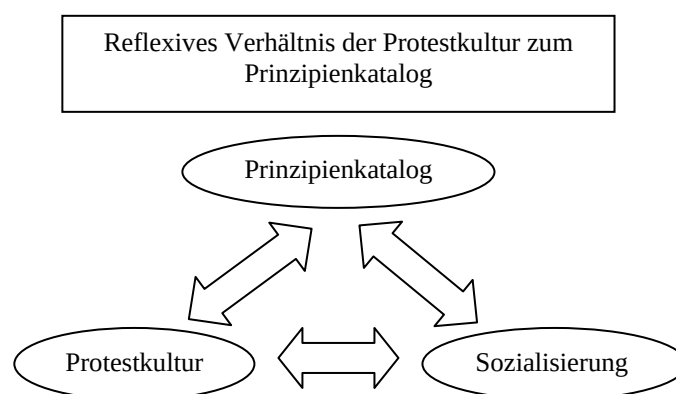


Abbildung 55

Quelle: Eigene Darstellung.

349 Ausführlich in „Der Kampf um das Frauenwahlrecht“. Online:

> <http://www.renner-institut.at/frauenakademie/wahlrecht/wahlrecht.htm> < Zugriff 16. 01. 2011.

350 Vgl. Inglehart 1997: 151ff.

351 Inglehart 1997: 153.

Die Qualität und die Formen der Protestkultur hängen von der Qualität des demokratischen Systems ab und widerspiegeln auch die politische Kultur der Gesellschaft. Die Leitlinien der politischen Straße sind aber nicht primär von den politischen Prinzipien der Europäischen Union oder Leitlinien der Konventionen des Europarats geprägt, sondern unterliegen ihrer eigenen Logik und haben einen eigenen historischen Werdegang. Sie sind ein Produkt der sozialen und politischen Evolution der europäischen Gesellschaften.

Anders ausgedrückt: Die europäische Protestkultur ist kein Ergebnis des Prinzipienkatalogs, sondern vielmehr eher eine seiner Ursachen.

Die Bemühungen der Menschen für mehr politische Partizipation und Gleichheit sowie für Verbesserung der Lebensqualität und die Bereitschaft dafür zu kämpfen, hat die Staatspolitik oft zur Korrekturmaßnahmen gezwungen. Die Antikriegsbewegung von 1968, die Antiatombewegung, die Frauenbewegung oder die Umweltorganisationen übten sowohl eine horizontale, gesellschaftliche, als auch eine vertikale, staatspolitische Funktion aus.

Ein Nachahmungseffekt sorgte für die Verbreitung einer neuen politischen Protest- und Aufklärungskultur in verschiedenen Politikbereichen sowohl innerhalb als auch außerhalb Europas. Ein Bottom-Up-Effekt führte zu politischen Reformen und Änderungen der nationalstaatlichen Politik sowie zum Umbau der staatlichen Strukturen. Die Gründung von neuen Ministerien, wie Umwelt- oder Frauenministerium ist ein Ausdruck dieser Entwicklung. Ein Überblick über die großen politischen Protestaktionen in Europa der Nachkriegszeit soll den Grad der Anwesenheit einer Prinzipiengemeinschaft im politischen Leben der Europäer darstellen:

- 1) Die Antivietnamkriegsdemonstrationen Ende der 1960er Jahre.
- 2) Die Antiatomkraftwerke-Bewegung der 1970er und 1980er Jahre.
- 3) Die Sitzblockade in Hainburg gegen den Bau des Wasserkraftwerks 1984.³⁵²
- 4) Das Lichtermeer gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit in Deutschland im Dezember 1992.³⁵³
- 5) Die europaweiten Demonstrationen gegen den Irakkrieg 1991 und 2003.
- 6) Die Demonstration gegen die FPÖ/ÖVP Koalition im Jahr 2000.
- 7) Die digitale „Initiative gegen das Unrecht“ in Wien (120000 Unterschriften) gegen die Abschiebung der Zwillingsschwester Komani in den Kosovo im Oktober 2010.³⁵⁴

Diese Beispiele sind nur ein Teil der Protestaktionen der politischen Straße in Europa. Sie sind ein Spiegelbild der Qualität der europäischen Protestkultur und liefern uns Hinweise auf

352 Vgl. Gottweis 1997: 343ff.

353 Online: ><http://www.aspelin.com/lichtermeer/lichterketten/index.html>< Zugriff 4. 4. 2011.

354 Online: ><http://www.nachrichten.at/oberoesterreich/art4,490120>< Zugriff 13. 1. 2011.

eine lebendige Prinzipiengemeinschaft; immer wieder, wenn Grundprinzipien der europäischen Moderne verletzt oder gefährdet werden.

6.2.6 Fazit zur Frage der Sozialisierung des Prinzipienkatalogs

Der Prinzipienkatalog der europäischen Moderne ist ein Produkt der Verträge und der Konventionen der verschiedenen Organisationen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Er ist aber auch ein Produkt der Bemühungen der Menschen für mehr Partizipation, Freiheit, Gleichheit und ein besseres Leben. Die Geschichte Europas lehrt uns, dass die meisten sozialen und politischen Errungenschaften, die zur Transformation der europäischen Gesellschaften und zur Korrektur der Staatspolitik führten, unmittelbare Produkte der europäischen Protestkultur sind. Diese Errungenschaften drückten sich über den Nationalstaat in einem Prinzipienkatalog aus. Durch die Erfüllung der pädagogischen Funktion prägt der Prinzipienkatalog das Wertesystem der Europäer und trägt zur Verschärfung des politischen Bewusstseins der jungen Generation und dadurch zur Verbesserung und Entwicklung der Protestkultur bei.

Ein reflexives Verhältnis zwischen dem Prinzipienkatalog und der Protestkultur prägte die Entwicklung der europäischen Moderne seit 1945.

6.3 Zusammenfassung zur Frage des Wertetransfers

Eine Prinzipiengemeinschaft der Europäischen Union kann es auf zwei Ebenen geben:

- 1) Die Ebene der Gemeinschaft der Staaten.
- 2) Die Ebene der Gemeinschaft der Bürger.

Die Prinzipiengemeinschaft der Staatengemeinschaft würde sich durch prinzipienorientierte Elitenpolitik ausdrücken. Ihr gegenüber steht eine Interessengemeinschaft, die durch Realpolitik und Interessenaustausch geprägt ist.

Die schrittweise Europäisierung stärkt zwar den Einfluss des Prinzipienkatalogs, wird aber zunehmend von nationalen Tendenzen gebremst.

Ähnliches ist auch beim Verhalten der Unionsbürger zu beobachten. Die Bindung an den Nationalstaat prägt nach wie vor die Loyalität der Europäer auf Kosten der Zugehörigkeit zur Europäischen Union. Die kulturelle und religiöse Abgrenzung „Europas“ in Zusammenhang mit der Diskussion der Frage der europäischen Identität würde sich auf das Konzept einer Prinzipiengemeinschaft negativ auswirken.

Gleichzeitig haben wir Hinweise auf die Anwesenheit einer lebendigen Prinzipiengemeinschaft, die in regelmäßigen Abständen durch Formen der Protestkultur zum

Vorschein kommt, immer wieder, wenn Grundprinzipien der europäischen Moderne verletzt oder gefährdet werden.

Im Angesicht von globalen, kontinentalen oder regionalen Herausforderungen, wie Umwelt-, Atom- oder Sozialfragen führte ein Konzentrierungsprozess zur Entwicklung einer breiten europäischen Protestbewegung, die durch Reflexivität zur Bereicherung und Konsolidierung des Prinzipienkatalogs beiträgt, gleichzeitig wird sie von ihm geprägt.

7. Die Frage des Imperiums

Der Zusammenbruch der Sowjetunion und die Erweiterung der Europäischen Union auf EU 27, die politischen und wirtschaftlichen Verbindungen mit den Nachbarstaaten im Rahmen der ENP und der Union für den Mittelmeerraum sowie im Rahmen der östlichen Partnerschaft haben genug Anlass geliefert, um die Frage der Natur der Europäischen Union und ihre Positionierung im Weltsystem näher zu behandeln:

- 1) Wohin führt ein Prozess der Akkumulation und der Konzentrierung der politischen und wirtschaftlichen Macht in Europa?
- 2) Wohin führen der Ausdehnungsprozess der Europäischen Union und die Schaffung neue Wirtschaftsräume im Mittelmeerraum und im Westasien?
- 3) Welche Rolle kann ein selbstbewusstes, prinzipienorientiertes Europa im internationalen System spielen?

Seit 1945 entwickelten sich die westeuropäischen Staaten ununterbrochen zu den wichtigsten Industrie- und Wirtschaftszentren der Welt. Die Europäische Union ist heute die reichste Wirtschaftsgruppe weltweit.

Abbildung 56

Welt BIP in absoluten Zahlen 2007 in Mrd. US- Dollar	
Welt	54274
EU 27	16770
EU 15	15602
USA	13816
Japan	4395
China	3287
Brasilien	1347
Russland	1285
Indien	1137

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD): Handbook of Statistics 2008.³⁵⁵

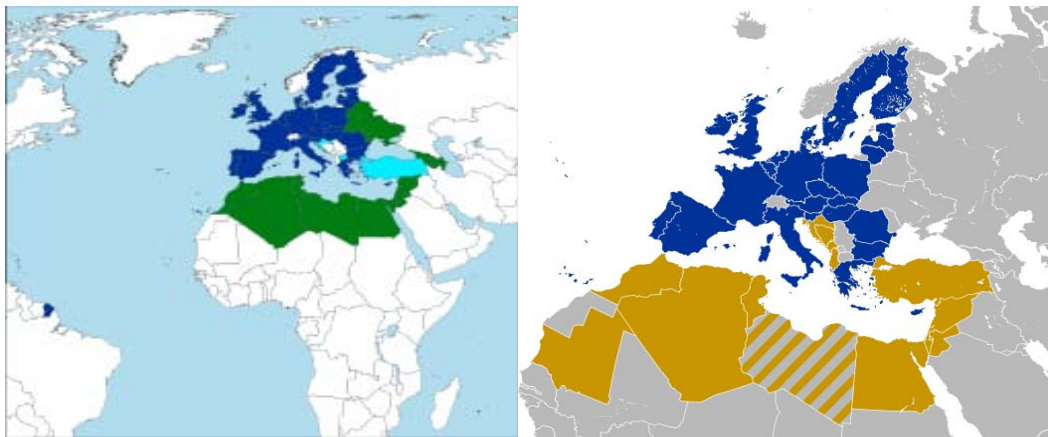
Die EU 15 allein haben im Jahr 2007 4000 Milliarden US Dollar mehr erwirtschaftet als Russland, Japan, China, Indien und Brasilien zusammen. Durch die räumliche Ausdehnung der Europäischen Union auf 27 Staaten mit 4 Millionen km² und fast 500 Millionen Bürgern sowie durch die geplante Freihandelszone im Rahmen der Union für den Mittelmeerraum 2008 mit fast 800 Millionen Konsumenten auf 12 Millionen km² könnten wichtige Kriterien der Imperienbildung erfüllt werden.

355 Online in: ><http://www.bpb.de/wissen/I6PFEV,0,WeltBruttoinlandsprodukt.html>< Zugriff 10. 11. 2010.

*Neben dem Kriterium der zeitlichen ist das der räumlichen Ausdehnung: Eine Macht, die nicht über ein beachtliches Herrschaftsgebiet verfügt, wird man nicht ernstlich als Imperium bezeichnen können.*³⁵⁶

Die starken wirtschaftlichen und politischen Beziehungen mit den osteuropäischen und westasiatischen Staaten im Rahmen der ENP und zuletzt durch die Initiative „östliche Partnerschaft“ weisen daraufhin, dass der Prozess der Ausdehnung noch nicht abgeschlossen ist. Auch wenn die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei fast den Stillstand erreichten, zeigt das Interesse der Europäischen Union an Georgien, Armenien und Aserbaidschan auf Intentionen zu weiteren Ausdehnungen im Osten des schwarzen Meeres.

Abbildung 57



Die ENP 2004 und die Union für den Mittelmeerraum 2008.³⁵⁷

Solche Tendenzen gaben der Diskussion über die Natur dieser Entwicklungen neue Nahrung. Ähnlichkeiten mit wirtschaftlichen und politischen Ausdehnungen europäischer Mächte im 19. Jahrhundert sind vom Bild Europas im 21. Jahrhundert nicht leicht wegzuwischen.

Nur die klassische Definition des Imperiums geht von Eroberungen aus:

*Imperium ist eine große, zusammengesetzte, multi- ethnische oder multinationale politische Einheit, die in der Regel durch Eroberung entsteht und zwischen einem dominanten Zentrum und untergeordneten, geographisch oft weit entfernten Peripherien geteilt ist.*³⁵⁸

Ein Begleitphänomen der Geschichte der Europäischen Union ist aber die Gewaltlosigkeit. Kein Staat wurde zur Mitgliedschaft gezwungen oder militärisch bedroht. Auch die Beziehungen der Europäischen Union mit der Peripherie sind durch eine kultivierte, moderate

³⁵⁶ Münkler 2007: 23.

³⁵⁷ Aus >http://ec.europa.eu/world/enp/index_de.htm< und

Aus:> http://ar.wikipedia.org/w/index.php?title=%D9%85%D9%84%D9%81:EU27-2008-Union_for_the_Mediterranean.svg&filetimestamp=20090518144901< Zugriff 27. 11. 2010.

³⁵⁸ Stephen Howe in Eckert 2006: 8f.

und oft passive Außenpolitik gekennzeichnet. Deshalb kann hier nicht vom klassischen Imperienbildung die Rede sein. Gleichzeitig muss beachtet werden, dass wir es im 21. Jahrhundert mit völkerrechtlich gesicherten, wirtschaftlich und sozial relativ gut entwickelten Nachbarstaaten zu tun haben, was von der Peripherie des 19. Jahrhunderts nicht behauptet werden kann.

Das Gewicht der Diskussion muss deshalb primär im wirtschaftlichen Teil liegen. Die oft kritisierte, passive und unentschlossene Rolle im internationalen System wirft die Frage auf, ob die Europäische Union nicht nur eine Wirtschaftsinteressengemeinschaft sei, die mit sich selbst beschäftigt ist und kaum Intentionen zeigt, eine aktive Weltpolitik zu betreiben.

Die Finanzkrise des Jahres 2008 öffnete die Augen auf die Schwächen einer nur auf die Wirtschaft und Realpolitik aufgebauten Interessengemeinschaft. Bis jetzt zeigte sich die formal vorhandene Prinzipiengemeinschaft relativ wirkungslos der Interessengemeinschaft gegenüber. Dabei bekam die Diskussion über die Bedeutung und das Gewicht einer Prinzipiengemeinschaft als ein Kern der Europäischen Union neue Nahrung.

Die politische Literatur versucht die Natur der Europäischen Union, ihre Interessen, Intentionen und Zukunftsszenarien aus dem Standpunkt der Theorien der Imperienbildung zu bewerten. Der Vergleich mit den klassischen Imperien des 19. Jahrhunderts zeigt die scharfen Trennlinien, welche die Verwendung der klassischen Imperialismustheorien am Beispiel der heutigen EU fast unbrauchbar macht.

Ist die EU ein Imperium, oder ist sie auf dem Weg eins zu werden? Wenn ja, dann handelt es sich hier um ein neues, moderate und vor allem auf Demokratie und Gewaltlosigkeit aufgebautes „Imperium“.

In diesem Teil der Arbeit wird die These des europäischen Imperiums weder gestellt noch verteidigt. Wir wollen uns mit den europäischen Entwicklungen der EG 12 bis EU 27 aus dem Standpunkt der Theorien der Imperienbildung auseinandersetzen.

Das primäre Ziel bleibt, das System der Prinzipiengemeinschaft im Mittelpunkt zu behalten. Der Kern des Systems ist durch die demokratische Qualität gekennzeichnet. Durch die Erweiterung und die Ausdehnung der Europäischen Union bestünde aber die Gefahr, die demokratische Qualität des Zentrums, auf Grund der Akkumulation und der Konzentrierung der Macht, könnte schwächer werden, was schlussendlich zur Schwächung der Prinzipiengemeinschaft führen würde.

Deshalb interessiert uns hier die Hauptfrage: Kann ein europäisches Imperium im 21. Jahrhundert demokratisch bleiben? Wenn ja, welche Strategien sollen hier beachtet werden?

Die systematische Auseinandersetzung mit der Frage des möglichen europäischen „Imperiums“ zwingt uns folgende Fragen näher zu behandeln:

- 1) Frage des klassischen Imperialismus.
- 2) Frage der Schwächung der Imperiendogmen nach 1945.
- 3) Frage des Zwangs zur „Imperienbildung“ nach 1989.
- 4) Frage des demokratischen Imperiums.

7.1 Der klassische Imperialismus

Der klassische Begriff des Imperialismus entstand zusammen mit der kolonialen Ausdehnung der europäischen Staaten im 19. Jahrhundert. Wobei hier die Imperienbildung als eine Steigerung des kolonialen Systems verstanden wird. Unter dem Begriff des Imperialismus wurden die Gesamtheit aller Aktivitäten und Kräfte gemeint, die zum Aufbau und zur Erhaltung eines neuen Machtbereichs außerhalb der Grenzen des Mutterlandes beitrugen. Der klassische Begriff umfasst also:

- 1) Die politische Ausdehnung durch Einverleibung neuer Territorien und Erweiterung der nationalen Grenzen.
- 2) Die ökonomische Ausdehnung durch die Sicherung von neuen Absatzmärkten und Handelswegen.
- 3) Die militärische Ausdehnung durch die weltweite Kontrolle von geostrategischen Punkten.³⁵⁹

Zur Entstehung einer imperialen Macht gehören auch der Wille und das Vermögen eines Zentrums, die Nationalinteressen des Mutterlandes als Imperialinteressen zu definieren und sie im internationalen System zu verteidigen.

Die Steigerung aus dem Kolonialsystem bedeutete die Umwandlung der Kolonialpolitik in Weltpolitik. Ende des 19. Jahrhunderts unterschieden sich die zwei Systeme grundsätzlich voneinander:

- 1) Kolonialismus begnügte sich prinzipiell mit lokalen oder regionalen Sicherung der wirtschaftlichen Interessen des Mutterlandes.
- 2) Imperialismus hingegen bedeutete die weltweite Interessenwahrnehmung des Mutterlandes.

Die Art, wie das Zentrum im Mutterland seine Peripherie verwaltete, symbolisierte die Natur des Systems:

- 1) Kolonien des 19. und 20. Jahrhunderts wurden von „Kolonialbehörden“ verwaltet.

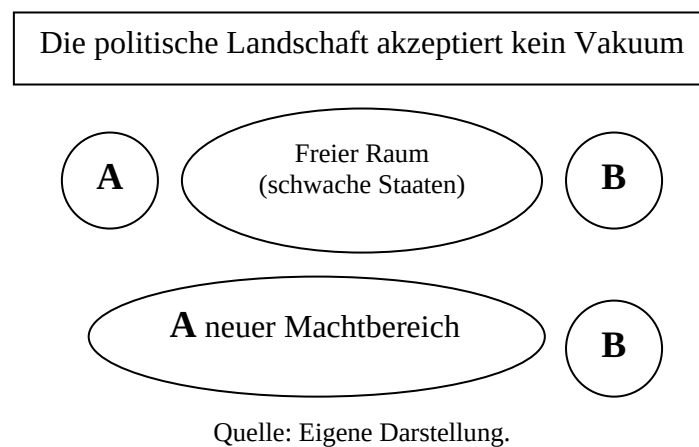
359 Vgl. Schieder/Spindler 2006: 295.

2) Imperien wurden von Staatskanzleien, Außen- und Kriegsministerien geführt.³⁶⁰

Unter anderem bedeutete der klassische Imperialismus die kapitalistische Durchdringung großer Wirtschaftsräume. Diese war das Produkt der Entwicklung des kapitalistischen Systems in Europa des 19. und 20. Jahrhunderts, was zur Rivalität der Kolonialmächte und zur Teilung der Welt in Einflusszonen zwischen denen führte.

Bis zum Ende des kolonialistischen Zeitalters in den 1960er Jahren herrschten eher die klassischen Imperialismustheorien. Die unterscheiden sich in zwei Gattungen: Die politische Imperialismustheorie und die ökonomische Imperialismustheorie. Die politische geht davon aus, dass es zwischen Macht (A) und Macht (B) keinen freien Raum geben kann. Würde sich die Macht (A) in den freien Raum (oft ist damit gemeint, kleine oder schwache Staaten) nicht ausdehnen, dann würde die Macht (B) das tun. Also abgesehen davon, ob in diesem Raum wirtschaftliche Interessen liegen oder nicht, die Ausdehnung dient vor allem die Erweiterung der äußeren Grenzen sowie die Einschränkung der Macht der anderen. Deshalb gebe es nach der Theorie des politischen Imperialismus keine Vakuen in der Welt.³⁶¹

Abbildung 58



Die ökonomische Imperialismustheorie erklärt Imperien als eine weitere, notwendige Entwicklung des nationalstaatlichen kapitalistischen Systems. Wenn die Industrieprodukte die Konsumkapazitäten im Inland überspringen, ist der Staat gezwungen nach neuen Absatzmärkte und Konsumenten zu suchen. Täte der Staat das nicht, müssen die Preise durch den Überschuss an Angebot sinken. Dadurch sinkt die Gewinnrate, was das kapitalistische System fundamental gefährden würde. Die wirtschaftlich orientierte Imperienbildung

³⁶⁰ Osterhammel 2009: 27.

³⁶¹ Nohlen 1998: 266.

beinhaltete auch die Sicherung der Absatzmärkte und der Handelswege, was zwangsweise zur Militarisierung der Beziehungen zwischen Zentrum und Peripherie führen würde.³⁶²

Die politische Literatur heute hebt die Bedeutung der Intention zur Imperiumsbildung hervor:

*Imperialismus heißt, dass es einen Willen zum Imperium gibt; gleichgültig, ob er aus politischen oder ökonomischen Motiven gespeist wird – er ist die ausschlaggebende, wenn nicht die einzige Ursache der Weltreichsbildung.*³⁶³

Dieser These steht einer Antithese gegenüber: Imperien entstehen zufällig. Also es gab keine Absicht dahinter. Imperien entstehen als Produkt historischer Zufälle und politischer Entscheidungen einzelner Akteure. Der englische Historiker John Robert Seeley meinte 1883, das britische Imperium sei *in a fit of absence of mind* entstanden. Ein Moment der Geistesabwesenheit.³⁶⁴

Die Geschichte der Entstehung des britischen Imperiums ab 1882 verdient hier in Zusammenhang mit der Antithese als Vergleichsmoment die Aufmerksamkeit.

7.1.1 Das britische Imperium

Andrew Porter definiert Imperialismus als:

*Die Erlangung (mit unterschiedlichen Mitteln) von übermächtigem Einfluss oder direkter Kontrolle über die politische und / oder wirtschaftliche Entwicklung schwächerer, technologisch weniger fortgeschrittener Völker oder Staaten.*³⁶⁵

Das Ergebnis der europäischen imperialistischen Aktivitäten des 19. Jahrhunderts drückte sich in Imperien aus. Das war eine Steigerungsform aus dem Kolonialsystem, die historisch eine neue Stufe in der Geschichte der europäischen Staatenbildung darstellte, aber auch zur qualitativen Änderungen der Stellung des Staates im internationalen System führte.

Stephen Howe definiert Imperium als:

*eine große, zusammengesetzte, multi- ethnische oder multinationale politische Einheit, die in der Regel durch Eroberung entsteht und zwischen einem dominanten Zentrum und untergeordneten, geographisch oft weit entfernten Peripherien geteilt ist.*³⁶⁶

Die politische Literatur unterscheidet auch zwischen Imperien, die über Land expandieren, und jenen, die durch Seemacht geschaffen werden. Das britische Imperium ist ein Beispiel für eine Seenation, die durch die Kontrolle von strategisch wichtigen internationalen Seepunkten zum Imperium wurde.

362 Vgl. Schieder/Spindler 2006: 295ff.

363 Münkler 2007: 20.

364 Münkler 2007: 20.

365 Eckert 2006: 8.

366 Eckert 2006: 8f.

Mitte des 19. Jahrhunderts, nach der Öffnung des Suezkanals, hatte Großbritannien mehr Handels- als Kriegsschiffe gehabt. Die Handelsnation, wie sie damals genannt wurde, war daran interessiert, den Seeweg nach Indien zu sichern. Neben England war Frankreich sehr bemüht seinen Einfluss in der Region nicht zu verlieren. Den zwei europäischen Mächten stand der ägyptische Vizekönig (Khedive) Ismael (Reg. 1863-1879) gegenüber, der in Paris studierte und als Anhänger europäischer Ideen galt, aber gleichzeitig das Land durch Misswirtschaft ruinierte. Die ägyptische Staatsverschuldung europäischen Kreditgebern gegenüber machte den Khediven erpressbar und zwang ihn seine Anteile an der Suezkanalgesellschaft (44% des Gesamtkapitals der Gesellschaft) in einer geheimen Aktion an Großbritannien zu verkaufen. Der Hauptakteur dieser Epoche war der britische Premierminister Benjamin Disraeli (Reg. 1874-1880). Es gelang ihm in einer fragwürdigen Aktion für vier Millionen Pfund in Gold die ägyptischen Anteile an der Suezkanalgesellschaft für Großbritannien zu kaufen. Die einzige Bedingung des Khediven war die absolute Geheimhaltung, deshalb konnte Disraeli das britische Parlament nicht informieren und musste das Geld aus einer Bank der Familie Rothschild ausleihen.³⁶⁷ In einem Schreiben an Königin Victoria am 24. November 1875 schrieb Disraeli folgendes:

*Soeben hat es sich entschieden; Sie haben es Madame. Die französische Regierung ist ausmanövriert worden. Sie griffen zu hoch und boten Darlehen zu Wucherzinsen und Bedingungen an, die ihnen praktisch die Herrschaft in Ägypten gegeben haben würden. Der Khedive, in Verzweiflung und Entrüstung, bot der Regierung Ew. Majestät geradezu an, seine Anteile zu erwerben. Vorher hätte er sich einen solchen Vorschlag überhaupt nicht angehört. Vier Millionen Pfund Sterling! Und fast sofort. Es gab nur eine Firma, die das tun konnte- die Rothschilds. Sie benahmen sich bewundernswert; schossen das Geld zu einem niedrigen Zinssatz vor, und der ganze Anteil des Khediven ist jetzt in Ihrem Besitz, Madame.*³⁶⁸

Durch den Kauf der Aktienanteile wurde Großbritannien zum Hauptaktionär der Suezkanalgesellschaft und schränkte den französischen Einfluss stark ein. Die starke Verschuldung des ägyptischen Staates führte zur zunehmenden europäischen Einmischung in der Verwaltung, was zur Provokation der ägyptischen nationalen Elemente führte. Es folgte die Revolte der ägyptischen Armee gegen die europäische Einmischung, was in London als eine Gefährdung der britischen „Nationalinteressen“ betrachtet wurde. Im Juli 1882 beendeten 20000 britische Soldaten die Revolte der ägyptischen Armee, besetzten die Kanalzone und blieben dort bis 1956.³⁶⁹

367 Bank N.M.R & Sons in London. Einzelheiten der Aktion in: Blake 1980: 482-488.

368 Blake 1980: 485.

369 Vatikiotis 1991: 150ff.

Das war die erste militärische Steigerung, die Jahre später in den britischen Kolonien zur Methode wurde. Danach wurden Port Said und Suez in Ägypten, Aden am südlichen Ende des Roten Meeres und Basra im Süden des Irak zu den wichtigsten Handelsniederlassungen und (geostrategischen) Stützpunkten der Briten auf dem Weg nach Indien.

Deshalb gilt 1882 als das Jahr, in dem aus der Handelsnation das britische Imperium hervorging. Ein Imperium, das jede Zeit bereit war seine Interessen militärisch zu verteidigen. Diese Entwicklung stellte einen qualitativen Sprung in der Geschichte der europäischen Völker dar. Max Weber betrachtete das Jahr 1882 als einen Wendepunkt in der Geschichte der bürgerlich organisierten Kulturvölker, *die zeitlang friedlich konkurriert haben und jetzt mit Machtmitteln die Erde ökonomisch beherrschen wollen.*³⁷⁰

Die Annahme, das britische Imperium war nicht intendiert, ist zum Teil historisch belegbar. Es ergab sich einfach aus den Fakten, dass die britischen Handelsschiffe den Weg nach Indien doppelt so schnell zurücklegen konnten als die anderen. Das führte zur Verdoppelung der Warenmenge auf dem europäischen Markt und zur Reduzierung der Transportkosten und des Verkaufspreises. Innerhalb kurzer Zeit kontrollierten britische Firmen den Welthandel. Die Militarisierung des Imperiums war eine Begleiterscheinung der Kontrolle des Seeweges nach Indien:

*Jetzt heißt das Reich Kanal und Indien; ein Indien allein kann es für uns nicht mehr geben. Indien ist eine beliebige Zahl von Ziffern; aber der Kanal ist die Einheit, welche diese Ziffern zu Werten macht.*³⁷¹

Das Phänomen des britischen Imperiums ist historisch deshalb von Bedeutung, weil es das Produkt von vier Entwicklungen ist:

- 1) Eine Steigerung aus einer Handelsnation.
- 2) Eine Steigerung aus einer Kolonialmacht.
- 3) Produkt geostrategischer Ausdehnung.
- 4) Eine Steigerung zur militärischen Weltmacht.

Auch wenn es in London keine Pläne oder Absichten gab, ein Imperium zu gründen, die Entwicklung zur militärischen Weltmacht war ein Nebenprodukt der geostrategischen Ausdehnung. Durch den Kauf der Aktien der Suezkanalgesellschaft stieg die politische und wirtschaftliche Investition in Ägypten und später in der Region. Das ermutigte weitere Kreise der britischen Wirtschaft diesen neuen Zustand auszubauen. Die politische Ausdehnung war ein Produkt der wirtschaftlichen Kontrolle. Das neue System musste aber militärische gesichert werden. Der Ausbau der militärischen Präsenz in den Handelsniederlassungen

³⁷⁰ Max Weber in: Schöllgen 1994:2.

³⁷¹ Cairns, ein britischer Diplomat in einem Brief an Benjamin Disraeli in: Blake 1980: 482.

entlang der Strecke auf dem Weg nach Indien stellte die zweite Steigerung dar. Ab diesem Zeitpunkt galt der Schutz dieser Gebiete als britisches Nationalinteresse und wurde im internationalen System geltend gemacht. Das britische Imperium wurde geboren.

Zur Sicherung der imperialen Interessen gehörte auch der Ausbau der Infrastruktur der Peripherie. Der Bau von Eisenbahnlinien, Telegrafienlinien sowie Bewässerungskanäle vom Nil bis zum Suezkanal sollten vor allem der Verbesserung des Kommunikationsnetzwerkes des Imperiums dienen, führten aber auch zur Verbesserung der Lebensqualität der Bevölkerung.³⁷²

Ein Begleitphänomen dieser Epoche ist die Entwicklung der britischen politischen Elite. Die Verwaltung der Herrschaftsgebiete führte zur Geburt neuer Generationen von Beamten und Staatsbediensteten, die sich mit der lokalen und regionalen Thematik beschäftigt haben. Das Ergebnis waren Hundertschaften von britischen Spezialisten in Fragen der Kultur, Sprachen und Religionen der Völker des Imperiums. Ein Phänomen, das das britische Imperium von anderen grundsätzlich unterscheidet.³⁷³

7.1.2 Die Teilung der Welt am Anfang des 20. Jahrhunderts

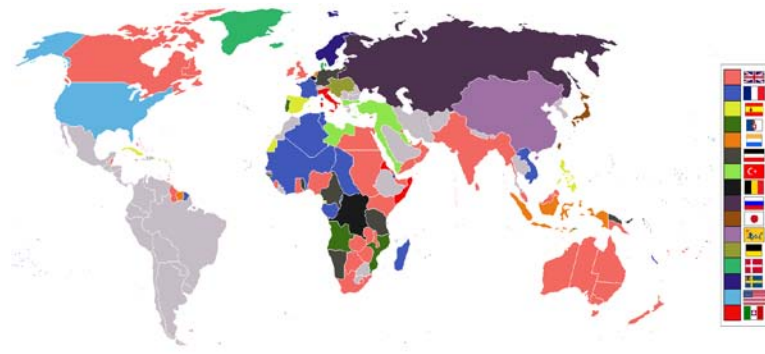
Am Ende des 19. Jahrhunderts war die Welt in Einflusszonen der damaligen Großmächte geteilt: Das russische Zarenreich, die Habsburger Monarchie, die Osmanische Monarchie, das britische Imperium, die französische Kolonialmacht etc. Das Multipolare System hätte zur Weltsicherheit beitragen können, wenn die Machtverhältnisse gleich verteilt gewesen wären. Das war aber am Ende des 19. Jahrhunderts nicht der Fall. Die schleichende Schwäche des osmanischen Reiches machte die anderen europäischen Mächte hungrig. Der Ausbruch des Krieges war nur eine Frage der Zeit.

Das 20. Jahrhundert war das Jahrhundert der großen Nationen in Europa. Der Erste Weltkrieg war nichts anderes als die Bemühungen dieser Nationen ein Imperium zu bilden, ein vorhandenes zu verteidigen oder sich gegen die Einverleibung in ein fremdes Imperium zu wehren. Die Schwäche der Osmanen verführte die europäischen Kolonialmächte, vor allem Großbritannien und Frankreich zu Gebietsansprüchen. Die Teilung der ehemaligen osmanischen Peripherie erfolgte bereits 1882. Frankreich kontrollierte Tunesien und die Briten Ägypten. Nach 1918 setzte sich die Teilung des osmanischen Erbes fort. Frankreich übernahm Syrien und den Libanon, Großbritannien kontrollierte Palästina, das Gebiet des jetzigen Jordaniens und den Irak. Italien nützte 1912 die osmanische Schwäche aus und besetzte die libysche Küstenregion.

³⁷² Nohlen 1993: 156.

³⁷³ Vgl. Gärtner 2009: 54.

Abbildung 59



Die Welt vor dem Ersten Weltkrieg³⁷⁴

Mussolini hatte schon in den 1920er Jahren die Absicht gehabt, ein neues Römisches Imperium zu gründen. Um das zu erreichen wurden die Kolonien in Ost- und Nordafrika ausgebaut. 100000 Italiener wurden in Libyen angesiedelt. 1934 fiel er mit 330000 italienischen Soldaten in Äthiopien, damals Abbessinien, ein. Unter Einsatz von Giftgas und Massenerschießungen konnten die Italiener den Widerstand der Äthiopier brechen. Erst nach der Niederlage gegen britische Truppen 1941 zog sich Italien aus Libyen und Ostafrika zurück.³⁷⁵

Während Spanien und Portugal ihre Kolonien in Lateinamerika schon im 19. Jahrhundert verloren haben, konnten Großbritannien und Frankreich ihren Bestand bis Mitte des 20. Jahrhunderts mehr oder weniger aufrechterhalten. Vor allem in Afrika und in Asien kontrollierten die zwei Mächte zur Zeit des Ersten Weltkrieges fast 19 Millionen km².³⁷⁶

Die Oktober-Revolution 1917 und der Sieg der Kommunisten in Moskau beendete das Zarenreich und öffnete den Weg zur Bildung neuer Machtstrukturen im Osten, die später in der Sowjetunion ihren Ausdruck fanden. In Deutschland begann mit dem Sieg der NSDAP 1933 eine neue Ära, die zur Bildung des Dritten Reiches führen sollte. Als im Jahr 1939 der Zweite Weltkrieg ausbrach, waren die Entwicklungen danach von den deutschen Plänen zur Imperienbildung geprägt. Dem gegenüber waren die Kolonialmächte Großbritannien und Frankreich mit dem Schutz ihrer Territorien, Nationalinteressen und Kolonien beschäftigt. Als aber die Hauptstädte der Mutterländer der Kolonialmächte besetzt wurden (Paris) oder unter Dauerbombardierung der deutschen Raketen standen (London), begann der Countdown der alten europäischen Großmächte.

Der Einmarsch der Sowjets im Osten sowie die Landung der Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika im Westen beendeten 1945 endgültig die deutschen Absichten zur

374 Aus >http://de.academic.ru/pictures/dewiki/87/World_1898_empires_colonies_territory.png&imgrefurl<
Zugriff 26. 11. 2010.

375 Liedtke 2010: 258.

376 Liedtke 2010: 257.

Reichsbildung und öffneten den Weg zur einen neuen Ära des Bipolaren Systems, in dem nur zwei Weltmächte das Sagen hatten: die vereinigten Staaten von Amerika und die Sowjetunion. Die Zeit der alten europäischen Kolonialmächte war schon abgelaufen.

7.2 Das Ende der europäischen Imperiendogmen nach 1945

Die Jahre nach 1945 waren durch folgende Merkmale geprägt:

- 1) Die Bildung der sowjetischen Weltmacht im Osten.
- 2) Die militärisch dominante Anwesenheit der Vereinigten Staaten von Amerika im Westen.
- 3) Die Schwächung des britischen Imperiums und der europäischen Kolonialmächte.
- 4) Allgemeine europäische Kriegsmüdigkeit.

Unter der Herrschaft der kommunistischen Partei sicherte die Rote Armee für die Sowjetunion große Gebiete in Osteuropa und war in der Lage weitere Gebiete zu erobern. Diese ideologisch und militärisch geprägte Herrschaft blieb bis 1989. Die Bezeichnung *sowjetisches Imperium* gründet sich auf die räumliche, politische und militärische Ausdehnung. Gegen diese Bezeichnung spricht die passive und kaum bedeutende Rolle der Sowjetunion als eine Wirtschaftsmacht. Die Sowjetunion hat im Laufe der 70 Jahre dauernden Herrschaft kaum Intentionen gezeigt als ein wichtiger Akteur auf dem Weltmarkt hervorzutreten. Sowohl die inneren Beziehungen als auch die politischen Verbindungen mit den sozialistischen Staaten wie dem Blockfreien waren ideologisch und politisch orientiert. Die Wirtschaftsbeziehungen waren oft nicht gewinnorientiert, sondern zielten vor allem auf die Unterstützung der Entwicklung der Infrastruktur in den befreundeten Staaten.³⁷⁷

Auf der westliche Seite traten die Vereinigten Staaten von Amerika als eine Weltmacht hervor und konnten durch die NATO und die WEU ein Netzwerk von westlich orientierten Staaten in Westeuropa aufbauen. Die Vormachtstellung der Vereinigten Staaten von Amerika in Westeuropa in der Zeit von 1945 bis 1989 war ununterbrochen stabil.

Demgegenüber waren die klassischen europäischen Mächte des 19. Jahrhunderts, Großbritannien und Frankreich, im Abbaustadium. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ging es für die alten zwei Mächte rapid bergab. Nach der Niederlage in Dien Bien Phu 1954 verlor Frankreich seine Stützpunkte in Indochina. 1956 wurden die ehemaligen Protektorate Tunesien und Marokko unabhängig. Der Algerienkrieg zwischen 1954 und 1962 war geprägt durch außergewöhnliche Brutalität und endete mit der Unabhängigkeit Algeriens.

³⁷⁷ Ein Paradebeispiel dafür ist der Bau des Assuan-Damms in Ägypten 1956-1971 nach dem Großbritannien und der Vereinigten Staaten von Amerika die versprochene Kredite verweigerten. Vgl. Cremeans 1963: 147ff.

Das Schicksal des britischen Imperiums war nicht viel anders. 1947 wurde Indien unabhängig. 1956 zogen sich die britischen Truppen aus der Suezkanalzone zurück, nach der Suezkrise 1956 verlor Großbritannien auch den politischen Einfluss in der Region. 1961 zog sich Großbritannien aus Kuwait zurück. 1963 wurde Kenia als die letzte afrikanische Kolonie unabhängig.

Die militärische Dominanz der Vereinigten Staaten von Amerika in Westeuropa setzte sich in den ehemaligen britischen und französischen Kolonien und Einflusszonen fort. Nach Dien Bien Phu wurden amerikanische Truppen in Vietnam stationiert. Die Arabische Halbinsel und die Golfregion wurden zum amerikanischen Interessengebiet erklärt. Der Staat Israel, das Produkt der britischen Mandatspolitik in Palästina, wuchs zum Hauptverbündeten der USA im Nahen Osten heran. Die Vereinigten Staaten von Amerika hatten militärische Stützpunkte in Saudi Arabien und dem Iran und genossen politische Loyalität in Jordanien und Marokko. Auf dem europäischen Kontinent führte der Ausmaß der Zerstörung nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zur allgemeinen Kriegsmüdigkeit und Tendenzen zur Gewaltlosigkeit. Dieser These steht die Antithese gegenüber: Das französische, britische und belgische Verhalten nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges sprechen eher für Kriegsbereitschaft und Fortsetzung des Militarismus in Europa und nicht für Kriegsmüdigkeit:

- 1) Der Algerienkrieg (1954–1962) kostete nach algerischen Angaben mehr als eine Million Menschen das Leben.³⁷⁸ Die französischen Medien setzen sich jetzt noch, 50 Jahre nach dem Algerienkrieg, kritisch mit dem Ausmaß der Grausamkeit der französischen Armee in Algerien auseinander:

*Der 92-jährige General a.D. Jacques Massu, 1957 Chef der berüchtigten "Paras" (10. Fallschirmspringerdivision), und sein damaliger Stellvertreter, der heute 82-jährige General Paul Aussaresses, damals Leiter des französischen Geheimdiensts in Algier, bestätigten, dass über 3.000 Gefangene, die damals als "verschwunden" galten, in Wirklichkeit exekutiert worden waren. Aussaresses erklärte, Folter und Mord hätten 1957 zum festen Bestandteil der französischen Kriegspolitik gehört.*³⁷⁹

- 2) Die gemeinsame israelisch-französisch-britische Invasion auf der Sinaihalbinsel und in der Suezkanalzone nach der Nationalisierung der Suezkanalgesellschaft durch den ägyptischen Präsidenten Nasser 1956.³⁸⁰

378 Mehr Informationen Online in: > <http://www.uni-protokolle.de/Lexikon/Algerienkrieg.html> < Zugriff 11. 11. 2010.

379 Folter im Algerienkrieg (1954-62). Die Rolle der französischen Armee - damals und heute. Von Marianne Arens und Françoise Thull 28. März 2001. In: ><http://www.wsws.org/de/2001/mar2001/alge-m28.shtml> < Zugriff 19. 10. 2010.

380 Judt 2009: 329ff.

- 3) Die Hinrichtung von mehr als 1000 Afrikanern in der britischen Siedlerkolonie Kenia auf der Grundlage von Antiterrorgesetzen nach einem Volksaufstand in den 1950er Jahren. Zehntausende wurden jahrelang inhaftiert und über Hunderttausend wurden umgesiedelt.³⁸¹

Trotzdem kann hier behauptet werden, dass die militärischen Aktionen der europäischen Kolonialmächte bis Mitte der 1960er Jahre die Überreste des europäischen Militarismus des 20. Jahrhunderts darstellen. Es war dieselbe europäische Generation, die die Grausamkeiten der zwei Weltkriege zwischen 1914 und 1945, als Besatzer oder Besetzte, als Unterdrücker oder Unterdrückte, als Folterer oder Gefolterte erlebt hat.

Als aber das einfache Volk in Frankreich befragt wurde, stimmten bei einem Referendum im Jahre 1961 78% der Wahlbeteiligten für einen Rückzug aus Algerien.³⁸²

Für viele französische Offiziere war Algerien nach 1945 eine Gelegenheit, um das zu verwirklichen, was gegen Deutschland nicht möglich war und eine Kompensation für die demütigende Vertreibung aus Indochina durch die Vietminh im Mai 1954.³⁸³

Historisch gesehen war auch nicht zu erwarten, dass die alten Imperien geräuschlos zu Grunde gehen. Imperien hören auch nicht auf nach einem Befehl zu existieren. Eine mit 100 Kilometer pro Stunde fahrende Lokomotive bleibt auch nicht sofort stehen, wenn die Notbremse gezogen wird.

Bemerkenswert ist hier die schnelle Umfärbung der europäischen politischen Elite: Der französische Präsident Francois Mitterrand (1981-1995), ein Befürworter der europäischen Integration in der 1980er Jahren, war in der Zeit des Algerienkriegs Innenminister und später Justizminister und ein starker Befürworter der Kolonialpolitik. Er dürfte im Jahr 1957 die Hinrichtung von algerischen Aktivisten der FLN durch das Schafott zugelassen haben.³⁸⁴

Für die These der Gewaltlosigkeit spricht die Bereitschaft der europäischen Völker zur wirtschaftlichen Integration unmittelbar nach Kriegsende. Die militärische Macht ist kein entscheidender Faktor mehr, der zur Sicherung nationaler Interessen notwendig wäre. Die wirtschaftliche Kooperation und die gegenseitige Abhängigkeit voneinander traten an die Stelle der Armeen und ersetzten sie. Die Denkansätze der klassischen Interdependenztheorie des 20. Jahrhunderts, wie sie Norman Angell formulierte, stellten die traditionellen Funktionen der Armeen infrage: Diese sind in einem wirtschaftlichen Netzwerk nicht

³⁸¹ Eckert 2006: 92.

³⁸² Online: ><http://www.uni-protokolle.de/Lexikon/Algerienkrieg.html>< Zugriff 11. 11. 2010.

³⁸³ Judt 2009: 318ff.

³⁸⁴ Francois Mitterrand, Chamäleon der Macht. Online: ><http://www.wdr.de/themen/kultur/stichtag/2006/10/26.jhtml>< Zugriff 19. 10. 2010.

notwendig. Nach Angell hängt der Wohlstand einer Nation nicht von ihrem militärischen Potenzial, sondern von Verknüpfungen und Öffnung der Märkte sowie von Steigerung der Kaufkraft der Konsumenten der Nachbarstaaten ab.³⁸⁵

Das Phänomen der Kriegsmüdigkeit und der Bereitschaft zur Gewaltlosigkeit der westeuropäischen Gesellschaften führte zu weiteren Phänomenen:

- 1) Ende der europäischen Imperiendogmen.
- 2) Verlagerung der militärischen Ideologien in den Westen hinter dem Atlantik und in den Osten zur Sowjetunion.
- 3) Entstehung des Bipolaren Systems.

Sicher haben die Gründung der NATO und später der WEU zur militärischen Färbung der europäischen Moderne geführt. Sie haben aber im Inhalt kaum was verändert: Die NATO war und ist das zweite Gesicht der Vereinigten Staaten von Amerika im Westeuropa, die WEU ihr Nebenprodukt.

Die 1950er und 1960er Jahre waren geprägt durch die Bemühungen der europäischen Moderne sich von Dogmen der Gewalt und der Macht zu befreien. Die Entscheidung des französischen Präsidenten de Gaulle 1962 sich aus Algerien zurückzuziehen, trotz massiven Widerstand, der französischen Armee und der fast eine Million Franzosen in Algerien, kann als Beispiel dafür betrachtet werden.

Der Kalte Krieg und die Teilung der Welt zwischen zwei Imperien, die mit der Vorbereitung zum Dritten (atomaren) Weltkrieg beschäftigt waren, prägte das europäische Leben bis 1989.

Die europäischen Nationen waren unter anderem damit beschäftigt, diesen möglichen Krieg zu verhindern. Keine europäische Nation zeigte Tendenzen zur Imperienbildung oder wollte das Bipolare System ändern. Mit einer bescheidenen französischen Ausnahme zur Zeit der Präsidentschaft de Gaulle, stellte niemand in Europa die Macht der zwei Imperien infrage.

In den 1980er Jahren zeigten die zwei Großmächte schon Anzeichen der Müdigkeit.

7.3 Das Ende der Sowjetunion

Die Sowjetunion erstreckt sich auf 22,4 Millionen km², fast einem Sechstel der Erdoberfläche, und hatte eine 10000 km. breite Landmasse. Der große Reichtum an Rohstoffen und Mineralien, 25% aller Wälder der Welt, 58,7% der Weltölreserven, 41% des Eisenerzes und 58% der Weltkohlevorkommen, war der zweite Faktor zur Sicherung der geostrategischen Stabilität der Sowjetunion.³⁸⁶ Die große Fläche ermöglichte den Aufbau eines Binnenmarktes und dadurch die Unabhängigkeit von Welthandel. Der Kalte Krieg und die fast hysterisch

³⁸⁵ Schieder/Spindler 2006: 94.

³⁸⁶ Kennedy 1997: 296f.

gelaufene Wettrüstung hatten unter anderem zur Bildung der größten Waffenarsenale der Welt und gleichzeitig zur Ausbeutung der Nationalressourcen und zur Schwächung des wirtschaftlichen Wachstums geführt. Ende der 1980er Jahre war die Sowjetunion wirtschaftlich am tiefsten Punkt ihrer Geschichte.

Abbildung 60

Das Absinken der Wachstumsrate des sowjetischen BSP in %	
1956-1960	5,9
1961-1965	5
1966-1970	5,3
1971-1975	3,7
1976-1980	2,6
1981-1984	2,7
1985-1988	2,2
1989	-2
1990	-6
1991	-10

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Tabelle 11-1, in Kennedy 1997: 300.

Paul Kennedy sieht in den rigiden Strukturen des Staates eine weitere Ursache für den wirtschaftlichen Niedergang der Sowjetunion. So konnten die westlichen Nationen von dem traditionellen, auf Kohle und Stahl basierenden Industriesystem zum Wissens- und konsumorientierten System übergehen. Ein solcher Übergang hätte in der Sowjetunion den Abbau der zentralisierten Wirtschaft bedeutet. Auch das strikte Einparteiensystem hätte die notwendige Freiheit, die eine wissensorientierte Gesellschaft braucht, nicht bieten können.

*Die Sowjetökonomie verfiel also in einer Zeitfalte, sie war in einem ökonomischen >Langzeitzyklus< tiefgefroren, an die Industrien und >Inputs< der 30er Jahre gefesselt.*³⁸⁷

Das wirtschaftliche Zurückbleiben der Sowjetunion führte in den 1970er Jahren dazu, dass die ehemaligen Verlierer des Zweiten Weltkrieges, nämlich Deutschland und Japan, auf der BSP Skala vor der Sowjetunion positioniert wurden. Mit schätzungsweise 500 Milliarden Dollar war die Sowjetunion Ende der 1980er Jahre sogar weit hinter Großbritannien und Italien.³⁸⁸

Das System der Sowjetunion wurde kurz vor seinem Ende auf drei Ebenen instabil:

- 1) Die Legitimität des politischen Systems.
- 2) Die Produktivität des ökonomischen Systems.

³⁸⁷ Kennedy 1997: 301.

³⁸⁸ Kennedy 1997: 303.

3) Die inneren Bindungen des ethnisch-kulturellen Systems.

Spätestens nach der Helsinki Akte 1975 zeigte sich die Schwäche des Einparteiensystems und der politischen Orthodoxie gegenüber den Anforderungen einer modernen Gesellschaft. Das System konnte sich weder die Medienfreiheit noch die Aufhebung der Zensur erlauben. Ein Mehrparteiensystem mit freien Wahlen und Parlamentarismus lag weit entfernt. Gleichzeitig waren die telekommunikativen Mittel in der Sowjetunion so gut entwickelt, dass die Gesellschaft in der Lage war, sich über die Welt außerhalb der Sowjetunion zu informieren. Ein totalitäres Herrschaftssystem kann nicht in einer Infogesellschaft existieren. Dieser Widerspruch führte zur einer Welle des Umdenkens auch innerhalb der Partei, die in einer Politik der Glasnost und Perestroika unter Gorbatschow mündete. Diese neue Denkweise beabsichtigte die Reformierung des politischen und sozialen Systems, hatte aber ihre eigene Dynamik und geriet außer Kontrolle. Das Hauptergebnis der Perestroika war die Schwächung der politischen Legitimität des Einparteiensystems.

Der Kalte Krieg führte zur Erschöpfung des Wirtschaftssystems und dadurch zur Schwächung der sozialen Aufgaben des Staates. Es kommt noch dazu, dass die Arbeitsmoral in den Fabriken und Büros zunehmend durch Gleichgültigkeit und Mangel an Motivation geprägt war. Dem entsprechend war die Qualität der Produktion in fast allen Bereichen des täglichen Lebens in der Sowjetunion.

*Eine stotternde Wirtschaft und eine schäbige politische Ideologie trugen auf diese Weise dazu bei, ihren eigenen Zerstörungsmechanismus zu schaffen, eine allgemeine Malaise, welche die relative Position der Sowjetunion in der Welt Jahr um Jahr verschlechterte.*³⁸⁹

Die ethnischen Unruhen sind ein Begleitphänomen der politischen und wirtschaftlichen Schwäche. Die Sowjetunion war eine Föderation von fünfzehn nominal unabhängigen Unionsrepubliken. Jede dieser Staaten war das Heimatland einer Volksgruppe, die eine Mehrheit bildete anderen Minderheiten gegenüber. So haben in Russland die Tataren zum Beispiel als eine Minderheit gegenüber den Russen gelebt. Offiziell gab es in der Sowjetunion 53 ethnisch definierte und politisch verwaltete Volksgruppen. Tatsächlich lebten aber mehr als 100 Nationalitäten innerhalb der Sowjetunion.³⁹⁰

Diese Vielfaltigkeit an Kulturen, Sprachen und Religionen war im Laufe der letzten Jahrhunderte von zahlreichen Auseinandersetzungen und Rivalitäten begleitet. Ein Teil davon war durch den ewigen Gegensatz zwischen Provinz und Stadtbewohnern oder den Gegensatz zwischen Bergvölkern und Nomaden geprägt. Ein weiterer Teil der ethnischen Auseinandersetzungen wurde religiös gefärbt, wie bei den Konflikten um Nagornij Karabach

389 Kennedy 1997: 305f.

390 Kennedy 1997: 307.

oder in Tschetschenien. Unter der Herrschaft Josef Stalins und während des Kampfes gegen den Nationalsozialismus konnte die Kommunistische Partei mehr oder weniger diese Volksgruppen gegen den gemeinsamen Feind vereinigen. In den Jahren des Kalten Krieges lieferte die ständige Gefahr eines atomaren Angriffs der NATO genug Kohäsionskräfte im ethnisch-kulturellen System der Sowjetunion.

Nach dem Ende des Kalten Krieges und mit der Politik von Glasnost und Perestroika begann das System in sich zu zerfallen. Innerhalb kurzer Zeit entstand innerhalb der Sowjetunion eine neue Struktur: Ein russisches Zentrum, umgeben von einer vielfältigen und kampfbereiten Peripherie, die sich nur die Trennung von Moskau wünscht.

*Auch die Spannung zwischen Zentrum und Peripherie ist leicht zu verstehen. Sie ist die natürliche Folge der vierhundertjährigen Expansion der Russen aus dem moskowitischen Kernland. Obwohl viele Millionen von Russen umgesiedelt wurden, in die baltischen Staaten, die südlichen Republiken und die Pazifikgebiete, blieb die grundlegende Dichotomie erhalten: die Peripherie der Sowjetunion war ethnisch nichtrussisches Land, oft weit entfernt vom russischen Zentrum.*³⁹¹

Die drei Krisen, die Legitimitätskrise, die Wirtschaftskrise und die Krise des ethnisch-kulturellen Systems haben die Sowjetunion stark geschwächt. Im Westen wurden diese Entwicklungen mit Neugier beobachtet. Bis zum letzten Moment glaubten westliche militärische Kreise, die Sowjetunion sei allein auf Grund der militärischen Kapazitäten und der geografischen Fläche eine Weltmacht. 1991 haben Offiziere der Roten Armee versucht, die Macht in Moskau zu übernehmen und die Herrschaft der Kommunistischen Partei zu retten. Der Versuch ist fehlgeschlagen und Gorbatschow wurde entmachtet. Ab diesem Zeitpunkt war es ziemlich klar, das Ende ist sehr nah. In Osteuropa löste sich der Warschauer Pakt auf und beendete endgültig den Kalten Krieg. Die Sowjetunion existierte nicht mehr.

7.4 Die Vereinigten Staaten von Amerika und das Unipolare System

Die zweite Seite des Konflikts, nämlich die Vereinigten Staaten von Amerika, waren sicher von der Schnelligkeit der Ereignisse in der Sowjetunion genauso überrascht wie der Rest der Welt. Als der Kern der Sowjetunion, nämlich Russland, auf Dogmen des Imperiums verzichtete und sich in die Grenzen des Nationalstaates zurückzog, war es nicht übertrieben zu erwarten, dass auch die Vereinigten Staaten von Amerika auf die Imperiodogmen verzichten würden. In sportlichen Veranstaltungen wäre das die logische Folge: Wenn ein Boxer aufgibt, zieht sich der Zweite in seiner Ecke zurück. Es gäbe keinen Grund mehr für

391 Kennedy 1997: 308.

militärische Stützpunkte und die Stationierung von Tausenden amerikanischen Soldaten in Westeuropa.

Rational gedacht hätten die Vereinigten Staaten von Amerika nach dem Ende des Kalten Krieges die militärischen Präsenz, mindestens in Westeuropa, auf ein Minimum reduzieren und so zur Entspannung der Lage beitragen können. In Wirklichkeit haben sie sich eher für eine stärkere militärische Anwesenheit sowohl im Westen als auch in den Osteuropäischen Staaten entschieden.

Ein Vergleich der militärischen Operationen in der Zeit zwischen 1945 und 1989 zeigt eine Einschränkung auf Krisengebiete im Allgemeinen und eine eher distanzierte militärische Politik in den Gebieten der ehemaligen „Dritten Welt“. So haben die Vereinigten Staaten von Amerika zwischen 1945 und 1989 34 militärische Operationen außerhalb der nationalen Grenzen durchgeführt. Davon 13 Operationen zwischen 1970 und 1975 in Zusammenhang mit dem Vietnamkrieg. In Afrika auffallend nur einmal in Kongo 1960/1962. Im Nahen Osten drei Mal in Zusammenhang mit den arabisch israelischen Kriegen 1956, 1967 und 1973. Erst ab 1980 ist eine zunehmende qualitative Änderung und Steigerung der Aktivität zu beobachten:

- 1) Im Libanon, in Zusammenhang mit der israelischen Invasion 1982.
- 2) Vor der libyschen Küste drei Mal zwischen 1981 und 1986.
- 3) Im persischen Golf eine Daueranwesenheit ab 1980.
- 4) Im Mittel- und Südamerika wurden sechs Operationen ab 1981 durchgeführt.³⁹²

Die Ursache für diese Zunahme an militärischer Präsenz der Vereinigten Staaten von Amerika weltweit ist unter anderem in der schleichenden Schwäche der Sowjetunion im internationalen System ab 1980 zu suchen.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion stiegen die militärischen Aktivitäten der Vereinigten Staaten von Amerika enorm. In Europa, vor allem im adriatischen Raum und auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens, zeigten die amerikanischen Truppen, insbesondere die Luftwaffe, massive Präsenz, zwischen 1992 und 1996 führten die USA vier große Operationen im adriatischen Raum durch, zwischen 1992 und 1998 acht Operationen in Bosnien- Herzegowina und zwischen 1995 und 1999 sieben Operationen im Kosovo und in Albanien. Obwohl fast alle Operationen unter der Aufsicht der NATO im Rahmen der KFOR (Kosovo Force) und SFOR (Stabilisation Force) für Bosnien und Herzegowina durchgeführt wurden, war die amerikanische Luftwaffe fast die einzige bedeutende Schlagkraft.³⁹³

³⁹² Vgl. Anhang 8.

³⁹³ Vgl. Anhang 9.

Hier darf nicht außer Acht gelassen werden, dass das Gebiet des ehemaligen Jugoslawien, den einzigen möglichen, von der NATO nicht kontrollierten Zugang Russlands zum Mittelmeer darstellte. Auch nach dem Ende der Sowjetunion galt Russland nach wie vor als ein instabiles und gefährliches Gebiet. Die amerikanische Containmentpolitik gegen die Sowjetunion in den Jahren des Kalten Krieges fand auch hier einen neuerlichen Ausdruck: Durch den Zerfall Jugoslawiens in winzigen Nationalstaaten und die Bindung dieser Staaten im westlichen Sicherheitssystem verliert Russland, strategisch gesehen, den einzigen Zugang zum Mittelmeer.

Eine beachtliche Zunahme der amerikanischen militärischen Aktivitäten ist in Afrika zu beobachten. Vor 1989 waren die Vereinigten Staaten von Amerika offiziell nur ein Mal in Zusammenhang mit der Kongokrise 1960–1962 militärisch aktiv. Nach 1990 ist ein vielfältiges Interesse und die Bereitschaft zur militärischer Präsenz bemerkbar. Insgesamt haben die Vereinigten Staaten von Amerika 16 offizielle militärische Operationen in zwölf afrikanischen Staaten durchgeführt.³⁹⁴

Eine ähnliche Zunahme an militärischer Aktivität ist in Mittel- und Südamerika zu beobachten. Ein Teil davon lief unter dem Deckmantel der Drogenbekämpfung, wie die Operationen „Support Justice“ und „Steady State“ in Südamerika.³⁹⁵ Ein Teil zielte auf die Unterstützung pro-amerikanischer Regierungen wie die Operation „Promote Liberty“ in Panama, die das Ziel hatte, den neuen, pro amerikanischen Präsidenten Endara, nach der Entmachtung Noriegas zur Seite zu stehen.³⁹⁶

Die intensivste Form der militärischen Intervention nach 1989 drückte sich im persischen Golf und im Irak aus. Schon in den 1970er Jahren, vor allem nach der OPEC Krise 1973, als die arabischen Staaten in der OPEC, in Zusammenhang mit dem arabisch-israelischen Krieg im Oktober 1973 beschlossen haben, den Ölpreis zu erhöhen und die Produktionsmenge zu reduzieren, wuchs die strategische Bedeutung der Region für die Vereinigten Staaten von Amerika. 1978 erklärte die Führung der amerikanischen Streitkräfte in einem Memorandum die Hauptziele der amerikanischen Politik im Nahen Osten:

- 1) Die Sicherung des kontinuierlichen Zugangs zu den Ölressourcen.
- 2) Die Unterbindung der Entstehung einer feindlichen Hegemonie.
- 3) Das Überleben des Staates Israel.³⁹⁷

³⁹⁴ Ibid.

³⁹⁵ Mehr Informationen Online in: >http://www.globalsecurity.org/military/ops/steady_state.htm< Zugriff 12. 9. 2010.

³⁹⁶ Mehr Informationen Online in: >http://www.globalsecurity.org/military/ops/promote_liberty.htm< Zugriff 12. 9. 2010.

³⁹⁷ Vgl. Bierling 2010: 10.

Ein Jahr später, 1979, wurde die Region durch zwei große Ereignisse geprägt:

- 1) Der Einmarsch der Sowjets in Afghanistan.
- 2) Die Ausrufung der islamischen Republik im Iran.

Die islamische Revolution und der Sturz der Pahlavi-Dynastie im Iran bedeuteten für die Vereinigten Staaten von Amerika den Verlust eines wichtigen Verbündeten und einer Hauptsäule ihrer Politik im Mittleren Osten. Das Regime vom Schah Reza Pahlavi war praktisch der amerikanische Wachposten am persischen Golf. Mit der Türkei und Pakistan war Iran ein Teil der amerikanischen Containmentpolitik gegen die Sowjetunion.

Unter diesen neuen Umständen erklärte der amerikanische Präsident Jimmy Carter vor dem Kongress im Jänner 1980:

*An attempt by any outside force to gain control of the Persian Gulf region will be regarded as an assault on the vital interests of the United States of America and such an assault will be repelled by any means necessary, including military force.*³⁹⁸

Dadurch zeichnete sich eine qualitative Änderung der amerikanischen Außenpolitik ab, die die Region als ein Interessengebiet erklärte und gleichzeitig die Absicht klarstellte, mit militärischen Mitteln diese Interessen zu verteidigen. In diesem Zusammenhang sind die amerikanischen militärischen Aktivitäten im persischen Golf ab 1980 zu verstehen.

Nach der Kuwaitkrise im August 1990 verlegten die Vereinigten Staaten von Amerika fast 700000 Soldaten in die Golfregion. Ab Jänner 1991 führten sie eine bis dahin beispiellose Demonstration an Vernichtungskraft und militärischer Überlegenheit gegen den Irak durch. Insgesamt waren 3000 Kampfflugzeuge im Einsatz, die zwischen 16. Jänner und 18. Februar 1991 109876 Einsätze geflogen haben *und die militärischen und technischen Kapazitäten des Iraks vernichteten.*³⁹⁹ In Wirklichkeit wurde die gesamte wirtschaftliche Infrastruktur des Landes zerstört.

Die Golfregion war in den 1990er Jahre von den unverhältnismäßigen militärischen Aktivitäten der Vereinigten Staaten von Amerika stark geprägt.⁴⁰⁰

Hier hat die Abhängigkeit des amerikanischen Wirtschaftssystems vom Erdöl der Region eine entscheidende Rolle gespielt. Die Sicherung der Ölquellen und der Öllieferungen war und ist das Hauptanliegen der amerikanischen Außenpolitik.

Bemerkenswert ist auch, dass die Vereinigten Staaten von Amerika und westliche Staaten wie Großbritannien, Frankreich und Deutschland den Irak im Krieg gegen den Iran (1980-1989)

398 Carter-Doktrin in: Meier 1998: 25.

399 US General Schwarzkopf in einer Mitteilung an Präsident George Bush (dem Vater). In: Heikal 1992,1: 26.

400 Online in: ><http://www.freitag.de/2001/43/01430802.php>< Mehr Details auch in:

<http://www.globalsecurity.org/military/ops/> Zugriff 7. 9. 2010.

politisch und militärisch massiv unterstützt hatten. Ähnliches ist zu beobachten bei der massiven militärischen und technischen Unterstützung der islamischen Freiwilligen und Organisationen, die die sowjetischen Truppen in Afghanistan bekämpft haben, durch die CIA. Nach der Schwächung der islamischen Republik im Iran durch den achtjährigen Krieg mit dem Irak und dem Auszug der Sowjets aus Afghanistan 1989 wurden die Seiten gewechselt: Der ehemalige Verbündete Saddam Hussein wurde nach der Kuwaitkrise im Jahr 1990 zum Erzfeind erklärt. Aus den islamischen Freiwilligen im Krieg gegen die Sowjets in Afghanistan entwickelten sich die ersten Zellen jener Organisation, die zehn Jahre später als Al-Qaida berühmt wurde.

Ein weiteres Merkmal der amerikanischen Außenpolitik im Allgemeinen und im arabischen Raum im Besonderen ist die Selektivität bei der Verwendung der *American Values*. Die Hauptverbündeten der Vereinigten Staaten von Amerika in der Region sind totalitäre und konservative Regime der Arabischen Halbinsel, wie Saudi Arabien, Kuwait, die Vereinigten Arabischen Emirate, Bahrain und Katar. Die Kontinuität der Herrschaft dieser Regime bedeutet die Kontinuität der Loyalität und der Zugehörigkeit der Region zum amerikanischen System. Die Demokratisierung der islamisch konservativen Gesellschaften in diesen Staaten würde zur Parlamentarisierung des politischen Systems und möglicherweise zum Bruch der politischen Zugehörigkeit dieser Länder zum westlichen Sicherheitssystem führen.

Die politische Literatur ist sehr uneins über die Definition des amerikanischen Phänomens. Die Einschränkung auf Hegemonie im Unterschied zum Imperium ist aufgebaut auf die Annahme, die USA begnügen sich nur mit der Kontrolle der Außenpolitik der Peripherie und versuchen nicht, die inneren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Strukturen zu ändern.

*Der wesentlichste Unterschied besteht nur darin, dass sich Hegemonien auf die Einflussnahme des Außenverhaltens von anderen Staaten beschränken, während Imperien auch die inneren politischen Strukturen bestimmen.*⁴⁰¹

Paul Kennedy hingegen betrachtet die weltweite militärische Aktivität der USA als ein wichtiges Kriterium zur Imperienbildung.⁴⁰²

Hier darf nicht übersehen werden, dass die Vereinten Staaten von Amerika den Status quo der Peripherie deshalb nicht ändern wollen, weil dieser Zustand die optimalen Bedingungen zur amerikanischen Dominanz schafft. Eine Änderung der politischen und ökonomischen Verhältnisse in einem Land innerhalb der Peripherie könnte zum Aussteigen des jeweiligen Landes aus der Dominanzzone führen.

401 Gärtner 2009: 55.

402 Ibid.

Die amerikanische Politik in Saudi-Arabien ist ein Paradebeispiel dafür: Das Land sollte das Erdöl liefern und militärische Stützpunkte zur Verfügung stellen. Das politische System des Königreiches ist alles anderes als demokratisch. Kein Parlament, keine politische Parteien, keine Wahlen, die Frauen dürfen nicht einmal Auto fahren und das Strafrecht ist mittelalterlich. Trotzdem zeigten die amerikanischen Regierungen im Laufe der letzten 60 Jahren kaum Interesse diese Zustände zu kritisieren oder nach Reformen zu verlangen. In den offiziellen amerikanischen Aussendungen werden kritische Bemerkungen in Zusammenhang mit den nicht-demokratischen Verhältnissen oder Fragen der Menschenrechte streng vermieden. Diese Politik ist nachvollziehbar: Solange die amerikanischen Nationalinteressen und die Erdöllieferungen nicht gefährdet werden, dann können die Dinge, vom amerikanischen Standpunkt betrachtet, so bleiben, wie sie sind.

Ab dem Zeitpunkt, wo ihre Interessen ernsthaft gefährdet werden, ändert sich die passive Haltung der Vereinigten Staaten von Amerika und sie zeigen sich bereit, auch militärische und geheimdienstliche Mittel einzusetzen, um das Regime zu stürzen:

- 1) 1953 erklärte eine demokratisch gewählte, von Mohammad Mosaddegh geführte Regierung im Iran die Nationalisierung der „Anglo-Iranien Oil Company“. Die Aktion wurde als eine Gefährdung westlicher Interessen in der Region betrachtet und rief die Vereinigten Staaten von Amerika auf den Plan. Ein von der CIA erfolgreich geführter Militärputsch beendete die antiwestlichen Ambitionen Mosaddeghs.⁴⁰³
- 2) 1961, die Ermordung von Patrice Lumumba, dem ersten Ministerpräsidenten des unabhängigen Kongo durch die CIA. Er hatte die Absicht gehabt, die Beziehungen mit der Sowjetunion aufzubauen und gefährdete dadurch Machtpositionen der USA und Belgiens in Afrika.⁴⁰⁴
- 3) 1973 organisierte die CIA mit Erfolg einen Militärputsch gegen Salvador Allende, den demokratisch gewählten marxistischen Präsidenten Chiles. Allende wurde dabei getötet.
- 4) Die 1980er Jahre waren geprägt durch die Aktionen der CIA zur Unterstützung der Contras in Lateinamerika.
- 5) Ab 1990 eine übertriebene Militärdemonstration im persischen Golf und im Irak, mit dem Ziel das politische System in Irak und Iran zu destabilisieren, was im Irak zum Sturz der regierenden Bath-Partei im Jahre 2003 und zur Hinrichtung des irakischen Präsidenten Saddam Hussein 2006 führte.

⁴⁰³ Louis 1984: 651ff.

⁴⁰⁴ Eckert 2006: 94.

Deshalb soll bei der Definition des amerikanischen Phänomens berücksichtigt werden, dass das hegemoniale Verhalten nicht prinzipiell, sondern selektiv ist.⁴⁰⁵ Das imperiale Verhalten, das durch den unverhältnismäßigen militärischen Einsatz mehrmals zum Ausdruck kam, prägte das Bild der Vereinigten Staaten von Amerika in der Welt, insbesondere seit 1989.

Dazu kommt noch, dass die militärisch-technische Entwicklung in den letzten 30 Jahren eine qualitative Änderung in der Natur der Kriegsführung hat. Die Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika sind heute in der Lage mittels eines Netzwerks von Satelliten rund um die Erde jedes Land genau zu kontrollieren. Mit diesem Netzwerk werden verschiedene Waffensysteme ferngesteuert. Vor allem die im Golfkrieg berühmt gewordenen Marschflugkörper, sollten die klassischen Luftangriffe durch die Luftwaffe ersetzen. Die neuen Waffen haben genauso viel Zerstörungskraft und Einwirkung auf das Ziel, wenn nicht mehr als die klassischen Luftangriffe. Nur haben sie den Vorteil, eigene Piloten und Soldaten nicht zu gefährden. Die neuen modernen demokratischen Gesellschaften des Westens würden große Verluste an eigenen Soldaten, wie in Vietnamkrieg, nicht ertragen können und würden sich gegen die Interventionspolitik ihrer Regierungen stellen.

*Dieselben Prinzipien und Mechanismen, die den Krieg im Handlungsrepertoire der westlichen Demokratien auf einen untergeordneten Platz drängten, haben schließlich dazu geführt, dass diese Demokratie, wenn sie sich nach langem Zögern zum militärischen Eingreifen in einen Konflikt durchringen – sei es zur Unterdrückung der Gewaltoption von Bürgerkriegsparteien, zum Schutz von Menschenrechten oder zur Zerschlagung terroristischer Basen-, im Prinzip nur ihre Luftwaffe oder seegestützten Lenkflugkörper und allenfalls kleine Spezialeinheiten zum Einsatz bringen können.*⁴⁰⁶

Im Zweiten Golfkrieg nach der Kuwaitkrise im Jänner und Februar 1991 wurde der Irak besiegt und zum Rückzug aus Kuwait gezwungen ohne dass ein einziger amerikanische Soldat den Irak betreten hat. Im Kosovokrieg 1999 wurde Belgrad durch Luftangriffe gezwungen, seine Haltung zu ändern. In Afghanistan und Nordpakistan werden die meisten Angriffe jetzt durch unbemannte Flugzeuge durchgeführt.

Diese Entwicklung verbessert die Angriffskapazitäten, ändert aber die Hauptkonturen der amerikanischen Kriegsstrategien seit 1945 kaum:

- 1) Ausübung des maximalen militärischen Drucks, um den Gegner zur Kapitulation zu zwingen. (Hiroshima, Nagasaki, Dresden, B-52 Flächenbombardierung in Vietnam, Irak 1991–2003 sowie, Belgrad 1999)

405 Hervorhebung durch den Verfasser.

406 Münkler: 2004: 218.

- 2) Die Verluste in der Zivilbevölkerung des angegriffenen Landes dienen dem Ziel, den Gegner zu demoralisieren und zur Aufgabe zu zwingen.
- 3) Das Risiko, eigene Truppen bei Eroberung zu gefährden soll minimiert bleiben.

Das Hauptinstrument ist hier die Luftwaffe. Die amerikanischen Flugzeugträger sind global und geostrategisch weltweit verteilt, so dass sie jederzeit und überall einsatzbereit wären, was die Bezeichnung „Imperium der Flugzeugträger“ begründen würde.

Abbildung 61

BIP Daten der Vereinigten Staaten von Amerika zwischen 1990 und 2000

BIP in Milliarden US Dollars	
1990	5757,2
1991	5946,9
1992	6286,8
1993	6604,3
1994	7017,5
1995	7342,3
1996	7762,3
1997	8250,9
1998	8694,6
1999	9216,2
2000	9764,8

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an UN DATA.⁴⁰⁷

Paul Kennedy hat das Ende des *amerikanischen Imperiums* schon vor dem Ende des 20. Jahrhunderts erwartet. Er ist der Meinung, dass der schnelle und unerwartete Niedergang der Sowjetunion eher das Leben des amerikanischen Imperiums um einige Jahre verlängert hat. Das Verschwinden der Sowjetunion als Hauptgegner führte zu Reduzierung der amerikanischen Militärausgaben, was in den 1990er Jahren zu durchschnittlich 4% pro Jahr wirtschaftlichem Wachstum geführt und dadurch das Leben des Imperiums verlängert hat.⁴⁰⁸

7.4.1 Der Neokonservatismus

Die zweite Steigerung nach 1989 kam durch die amerikanische Reaktion nach dem 11. September 2001 zum Ausdruck. Diese Zeit war durch den so genannten Kulturenkampf geprägt. Gleichzeitig herrschte der Neokonservatismus in Washington. An der Stelle des Kommunismus wuchs der Islam als das neue Feindbild der westlichen demokratischen Welt. Die fast alttestamentarisch begründete neue Kriegspolitik der Vereinigten Staaten von Amerika sollte die Welt neuerlich in zwei Lagern teilen:

⁴⁰⁷ Online: >http://data.un.org/Data.aspx?d=WDI&f=Indicator_Code%3aNY.GDP.MKTP.CD< Zugriff: 4. 11. 2010.

⁴⁰⁸ Paul Kennedy in Interview mit der Zeitschrift Profil No. 40 vom 2. 10. 2006, S. 96f.

- 1) Ein liberal demokratisches von den Vereinigten Staaten von Amerika geführtes Lager.
- 2) Ein Lager der Feinde der westlichen Welt. Hier wurden vor allem die so genannten *State Sponsors of Terrorism* positioniert.⁴⁰⁹

Die Konturen dieser Politik wurden schon Ende des 20. Jahrhunderts gezeichnet. Das globale Vakuum, die überdimensionale und mehrmals demonstrierte militärische Macht und die Reaktionsschwäche der Weltgemeinschaft ermutigten konservative Kreise diesen Zustand der Superiorität auszubauen und für eine allein dominierende amerikanische Weltmacht zu werben. Die politisch theoretische Grundlage dafür lieferten in den 1990er Jahren zwei umstrittene amerikanische Politologen:

- 1) Francis Fukuyama 1993 mit dem Werk: *The end of history and the last man*.
- 2) Samuel Huntington 1996 mit dem Werk: *The clash of civilizations*.

Obwohl die zwei Autoren gegensätzliche Thesen präsentierten, gelten sie als die Vorbereiter zur Macht- und Konfrontationspolitik der Vereinigten Staaten von Amerika in der Ära George W. Bush ab 2001.

Fukuyama vertrat die These, dass es nach dem Ende des ideologischen Kampfes zwischen Ost und West keine Gegensätze mehr geben wird. Die Geschichte der Menschheit sei keine offene und endlose Geschichte. Die Menschheit sei bestrebt, die besten sozialen Formen der Gesellschaft zu erreichen. Würde das einmal erreicht, dann ginge die Geschichte zu Ende.

Fukuyama hat Hegel und Marx in seine These hineingezogen und meinte:

*Both Hegel and Marx believed that the evolution of human societies was not open-ended, but would end when mankind had achieved a form of society that satisfied its deepest and most fundamental longings. Both thinkers thus posited an "end of history": for Hegel this was the liberal state, while for Marx it was a communist society.*⁴¹⁰

Fukuyama vertrat nach dem Fall der Mauer 1989 und dem Ende des Kalten Krieges die Ansicht, dass die Welt in einem Unipolaren System friedlicher und demokratischer sein würde. Es herrsche nach dem Sieg über den Kommunismus eine universale liberale demokratische Kultur. Dieser Sieg sei auch ein Beweis für die Gültigkeit der liberalen Werte gegenüber faschistischen und nationalsozialistischen Dogmen. Der Grund liege in der Natur des Menschseins, die die Dogmen des Faschismus und Totalitarismus ablehnt. Durch den Sieg der Liberalen Demokratie als eine Synthese zwischen extremem Liberalismus und Totalitarismus ginge die Geschichte der politischen Gegensätze zu Ende. Allerdings es sei mit

⁴⁰⁹ Darunter Iran, Syrien, Sudan und Kuba. Irak bis 2003, Libyen bis 2006, Nordkorea bis 2008. Mehr auf Homepage der U.S. Department of State: ><http://www.state.gov/s/ct/c14151.htm>< Zugriff 15. 9. 2010.

⁴¹⁰ Fukuyama 1992: xii.

Widerstand zu rechnen. Fukuyama meinte, dass die islamischen Gesellschaften sich gegen den Sieg der westlichen Werte wehren würden:

The end of the Cold war in Europe was followed immediately by a challenge to the West from Iraq, in which Islam was arguably a factor. ⁴¹¹

Die westlichen Werte werden am Ende siegen, weil, so Fukuyama, die Zeit der islamischen Eroberungen vorbei sei.

Fukuyama übersah hier in einer verdächtigen Art und Weise den wirklichen Hintergrund des Konfliktes mit dem Irak, nämlich das Erdöl. 15 Jahre Später distanzierte sich Fukuyama von seiner These über das Ende der Geschichte und wurde zum Kritiker der Dogmen des Neokonservatismus. ⁴¹²

Das zweite Werk ist umfassender und historisch gesehen gefährlicher. Samuel Huntington vertrat in seinem Buch „The Clash of Civilizations“ die These, dass die Menschheit in Kulturen geteilt ist. Nach dem Ende des Kalten Krieges und dem Niedergang des Kommunismus ginge der ideologische Konflikt auch zu Ende. Die Zukunft würde durch den kulturellen Kampf geprägt sein. Die Menschen seien durch Normen, Werte, Glauben und Lebensvorstellungen von einander zu unterscheiden. Die Erde sei in acht Kulturkreise geteilt:

- 1) Der chinesische Kulturkreis.
- 2) Der russisch orthodoxe Kulturkreis.
- 3) Der japanische Kulturkreis.
- 4) Der hinduistische Kulturkreis.
- 5) Der islamische Kulturkreis.
- 6) Der westliche Kulturkreis.
- 7) Der lateinamerikanische Kulturkreis.
- 8) Der afrikanische Kulturkreis. ⁴¹³

Die zukünftigen Konflikte seien nicht politisch oder ökonomisch verursacht, sondern rein kulturell. Denn jede Zivilisation hätte einen nicht reformierbaren Kern, was zur Konfrontation zwischen den großen Kulturen der Menschheit führen würde. Die größten Herausforderungen für die westliche Zivilisation kämen aus den islamischen und chinesischen Gesellschaften. Er sieht die Welt von einem kulturellen multipolaren System geprägt. Die Vereinigten Staaten von Amerika seien die Beschützer der westlichen Werte und haben diese gegen die Gefahren der anderen Kulturen zu verteidigen. Huntington ist strikt dagegen, dass der Westen bei der

⁴¹¹ Fukuyama 1992:45f.

⁴¹² Siehe Francis Fukuyama: The Clash of Cultures and American Hegemony. A Presentation to the American Political Science Association. 1. 9. 2006. Online in:

> <http://www.the-american-interest.com/article.cfm?piece=178>< Zugriff 17. 9. 2010.

⁴¹³ Huntington 2002: 30f.

Gestaltung der internationalen Beziehungen Fragen der Demokratie und der Menschenrechte ins Zentrum der Außenpolitik stellt. Der Westen solle versuchen, mit dem jetzigen Zustand der anderen Kulturen zu leben und die eigenen Werte vor äußeren Einflüssen zu schützen:

*Das Überleben des Westens hängt davon ab, dass die Amerikaner ihre westliche Identität bekräftigen und die Westler sich damit abfinden, dass ihre Kultur einzigartig, aber nicht universal ist, und sich einigen, um diese Kultur zu erneuern und vor der Herausforderung durch nichtwestliche Gesellschaften zu schützen.*⁴¹⁴

Der schärfste Konflikt des Westens würde mit dem islamischen Kulturkreis sein. Allerdings erwartet Huntington auch ernsthafte Konflikte zwischen der islamischen Kultur einerseits und der russischen Orthodoxie, der afrikanischen Kultur und dem Hinduismus andererseits.⁴¹⁵

Die islamische Kultur sei deshalb problematisch, so Huntington, weil sie prinzipiell das demokratische System ablehne. Der Kern der islamischen Kultur sei nicht reformierbar, der zunehmende Fundamentalismus sei der Beweis dafür. Der Westen würde in den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts mit den Völkern nichtwestlicher Zivilisationen in Konflikt geraten.⁴¹⁶

Parallel dazu gab es in den Vereinigten Staaten von Amerika ein Netzwerk aus zahlreichen Organisationen, Denkfabriken, Medien, Werbeagenturen und ähnlichem, die das Ziel verfolgten, die Interessen der Banken, der Waffenindustrie, des Pentagons und der Ölkonzerne zu wahren und für eine neue globale Rolle der Vereinigten Staaten von Amerika zu werben. Eine dieser Organisationen wurde 1997 gegründet und lief unter den Namen „The Project for the New American Century“. Das Projekt wurde bekannt durch die Veröffentlichung eines Berichtes im September 2000 mit dem Titel „Rebuilding America’s Defenses - Strategy, Forces and Resources for a New Century“.⁴¹⁷

In diesem Bericht wurden die Leitlinien für die zukünftige Positionierung der USA als einzige Weltmacht vorgeschlagen. Die wichtigsten Thesen des Projektes sind:

- 1) Die Vereinigten Staaten von Amerika sind in der Lage die Welt zu führen.
- 2) Das 21. Jahrhundert soll ein Jahrhundert der amerikanischen Prinzipien und Interessen werden.
- 3) Die Militärmacht der USA soll in der Lage sein, jetzigen und zukünftigen Herausforderungen zu begegnen.
- 4) Sowohl die Außenpolitik als auch die nationale Führung der USA haben die globale Verantwortlichkeit zu akzeptieren.

414 Huntington 2002: 19f.

415 Huntington 2002: 398.

416 Huntington 2002: 189.

417 Online in ><http://www.newamericancentury.org/RebuildingAmericasDefenses.pdf>< Zugriff 14. 9. 2010.

- 5) Die USA sind für die Sicherheit in Europa, den Nahen Osten und in Asien verantwortlich.
- 6) Wenn die USA diese aktive Rolle nicht übernimmt, dann würden andere Mächte ermutigt werden, amerikanische Interessen zu gefährden.
- 7) Die Geschichte des 20. Jahrhunderts hat uns gelehrt, nicht auf das Problem zu warten, sondern Umstände zu schaffen, die die Entstehung von Herausforderungen und Gefahren für amerikanische Interessen im Vorfeld zu verhindern.
- 8) Dazu gehört die Einsetzung der technischen und militärischen Kapazitäten, um die unipolare Machtstellung der Vereinigten Staaten von Amerika zu sichern.⁴¹⁸

Mit der Machtübernahme George W. Bushs im Jahr 2001 bekam der Neokonservatismus die Gelegenheit, die Visionen des Projektes für ein neues amerikanisches Jahrhundert zu verwirklichen.

Am 11. Oktober 2001 erklärte Bush vor der Presse, der Krieg in Afghanistan sei der erste Krieg des 21. Jahrhunderts und wird solange dauern bis Al Qaida besiegt wird. Im Juni 2002 erklärte er, was später als die Bush Doktrin bekannt wurde:

*The war on terror will not be won on the defensive. We must take the battle to the enemy, disrupt his plans, and confront the worst threats before they emerge. In the world we have entered, the only path to safety is the path of action. And this nation will act.*⁴¹⁹

Demnach werden die Vereinigten Staaten von Amerika nicht darauf warten, bis es zu spät sei, sondern präventiv agieren. Auffallend in dieser Epoche ist der starke Einfluss von kleinen Gruppen von Personen bei der Gestaltung der Außenpolitik der Vereinigten Staaten von Amerika. Bemerkenswert ist die wirtschaftliche Karriere dieser Personen vor dem Einzug in das Weiße Haus. George W. Bush hatte starke Beziehungen zur Ölindustrie und der „Carlyle Group“⁴²⁰. Sein Vize Dick Cheney war von 1995 bis 2000 der Geschäftsführer von „Halliburton/Kellogg Brown & Root, Inc.“, einer Dienstleistungsfirma, die Regierungsaufträge in Kriegsregionen entgegennimmt. Unter seiner Vizepräsidentschaft 2001–2009 erhielt die Firma, ohne Ausschreibung im Irak Regierungsaufträge im Wert von zwei Milliarden US Dollar. Die Sicherheitsberaterin 2001–2005 und Außenministerin 2005–2009, Condoleezza Rice, arbeitete zwischen 1991 und 1997 für die „Research and

418 Aus der „founding Statement of Principles“ des Projektes. Online in: <http://www.newamericancentury.org/RebuildingAmericasDefenses.pdf> < Seite 2. Zugriff 14. 9. 2010.

419 Ibid.

420 Die größte Investitionsgesellschaft in der Vereinigten Staaten von Amerika mit fragwürdigen Querverbindungen zu Ölkonzernen, Waffenindustrie und saudisches Kapital. Vgl. Dan Briody 2003: The Iron Triangle, Inside the secret world of the Carlyle Group, New Jersey.

Development Corporation“ (RAND), eine Denkfabrik, die die Streitkräfte berät. Sie war auch ein Mitglied im Direktorium des Chevron Ölkonzerns.⁴²¹

Die Vorstellungen des Neokonservatismus fanden zwar ihren Ausdruck kurzfristig in den militärischen Operationen in Irak und Afghanistan, dort wurden aber bald auch die Grenzen der politischen Machbarkeit erreicht.

Beide Kriege, Irak und Afghanistan, gelten inzwischen als eine große Misskalkulation. Im Irak war die Politik des Neokonservatismus durch eine Mischung aus übertriebenem Alarmismus und Allmachtsansprüchen geprägt. Die Rechtfertigung des Angriffes wurde hauptsächlich aufgebaut auf zwei Annahmen, die sich später als falsch erwiesen:

- 1) Der Irak besitzt Massenvernichtungswaffen.
- 2) Der Irak unterstützte al Qaida bei den Anschlägen von 11. September 2001.

Gegen diese Behauptungen gab es zahlreiche Gegenstimmen. Hans Blix, der Leiter der internationalen Waffeninspektionen der Vereinten Nationen, der nach den angeblichen Massenvernichtungswaffen des Irak jahrelang suchte, verweigerte seiner Zustimmung. Im Sicherheitsrat waren Frankreich und Russland von den amerikanischen Rechtfertigungen nicht überzeugt und so verweigerte auch der Sicherheitsrat die Zustimmung zum Krieg. Für die amerikanische Regierung war der Krieg gegen den Irak eine beschlossene Sache, mit oder ohne die Zustimmung des Sicherheitsrates.⁴²²

Die zweite Rechtfertigung, der Irak unterstütze Al Qaida, sprach eher für eine Mischung aus Ignoranz und Bosheit: Das Regime der Bath-Partei ist sozialistisch und säkular. Jahrelang wurden Angehörige der islamischen Organisationen in Irak verfolgt und bekämpft. Die Annahme, der Irak unterstütze islamische Organisationen widerspricht den Grundkenntnissen der politischen Beziehungen im arabischen Raum.

Eine weitere Rechtfertigung, nämlich das Regime in Irak sei undemokratisch und verletze die Menschenrechte, ist unbestritten, nur die Korrekturkosten waren enorm. Das Land wurde in Schutt und Asche bombardiert und militärisch besetzt, das Regime der Bath-Partei beseitigt, der irakische Präsident Saddam Hussein festgenommen und feierlich hingerichtet. Was danach folgte, war alles anderes als friedliche oder demokratische Verhältnisse:

- 1) Die Auflösung der Zentralverwaltung führte zur Chaos und Bürgerkrieg.
- 2) Die Auflösung der Armee führte zur Gründung von zahlreichen militärischen Organisationen.

421 Ausführliche Informationen in Dan Briody 2004: The Halliburton Agenda. The Politics of Oil and Money, New Jersey.

422 Blix 2004: 271ff.

Das Ergebnis der amerikanischen Invasion war schwerwiegend: Bis Ende 2009 starben nach bescheidenen Einschätzungen 100000 irakische Zivilisten und 4370 amerikanische Soldaten, weitere 31000 US Soldaten wurden schwer verletzt. Fast vier Millionen Iraker leben jetzt als Flüchtlinge innerhalb und außerhalb des Landes.⁴²³

Für die ehemalige irakische Opposition, die sich eher die Durchsetzung der Demokratie und die Verbesserung der Lage der Menschenrechte erhofft hatte, war die Enttäuschung groß:

*Es sind der Irak und die Iraker, die das meiste bezahlt haben für die verfehlte Politik ihrer ehemaligen Befreier und ihrer neuen Herrscher.*⁴²⁴

Dazu kommen die unverhältnismäßigen Kosten des Krieges: bis Ende 2011 dürfte der Irakkrieg zwischen 1,8 und 2,7 Billionen Dollar kosten.

*Eine Billion Dollar reiche aus, um 43 Millionen Studenten ein Vollstipendium für eine vierjährige Ausbildung an öffentlichen Universitäten zu bezahlen.*⁴²⁵

Ein gravierender Irrtum der amerikanischen Politik im Irak war die systematische Vernichtung der Institutionen des irakischen Staates, weil sie, so die amerikanische Annahme, von den Anhängern der Bath-Partei geführt wurden. Das Ergebnis war ein Zustand der Staatenlosigkeit in einem Land, wo zwei große ethnische Gruppen (Araber und Kurden) und zwei große religiöse Sekten (Sunniten und Schiiten) eng nebeneinander leben.

Unter der Herrschaft der Bath-Partei war das Land mit Staatsgewalt vereint. Nach dem Niedergang des irakischen Staates kamen die ethnischen und religiösen Differenzen zum Vorschein und entwickelten sich schnell zu militärischen Auseinandersetzungen. Dieser Zustand brachte das Land in einen blutigen Bürgerkrieg und blockierte die Durchführung demokratischer Reformen, falls angenommen würde, das Ziel der Intervention sei die Demokratisierung Iraks gewesen.

Das altkolonialistische Prinzip „teile und herrsche“ wurde im Irak aktualisiert. Die tägliche Vergegenwärtigung historischer, ethnischer und religiöser Differenzen wird politisch instrumentalisiert, um die politische und soziale Einheit des Staates zu zerstören. Das Paradebeispiel dieser Methodik in der Region ist der Libanon:

Bevor sich die alte Kolonialmacht Frankreich 1943 vom Libanon zurückzog, ließ sie eine konfessionelle Verfassung zurück, die bis heute die Spaltung und die Instabilität des Landes verursacht: Der Verfassung nach muss der Staatspräsident christlicher Maronit sein. Ein sunnitischer Muslim führt die Regierung. Ein schiitischer Muslim übt das Amt des Parlamentspräsidenten aus und die Armee muss von einem Christen kommandiert werden.

⁴²³ Bierling 2010: 215f.

⁴²⁴ Allawi 2007: 460. In: Bierling 2010: 216.

⁴²⁵ Stiglitz / Bilmes 2008: XV, 57. In: Bierling 2010: 217. (Ein Billion ist 1000 Milliarde)

Das Ziel ist nicht die Stabilität, sondern die Schwächung und die Instabilität des Landes für eine lange Zeit zu garantieren. Seit der Unabhängigkeit erlebte der Libanon mehrere Bürgerkriege, die Hunderttausende Menschen das Leben kosteten. Der längste dauerte von 1975 bis 1992. Bis jetzt ist das Land auf Grund dieser Verfassung politisch gespalten.

Eine konfessionelle Verteilung gab es in Europa zu Beginn der Neuzeit nach der Reformation und nach dem Dreißigjährigen Krieg (1618-48), um die Macht zwischen Katholiken und Protestanten zu verteilen.⁴²⁶

Im kurdischen Teil im Nordirak ist eine bescheidene wirtschaftliche Entwicklung zu beobachten. Die Ölfelder im kurdischen Teil und im Süden werden militärisch gesichert, so dass die Ölproduktion nicht gefährdet wird. Im Rest des Landes sind Investitionen im Sicherheitsbereich und bei der Polizei, aber kaum in wichtigen Infrastrukturbereichen zu beobachten. In Bagdad sind die stundenlange Unterbrechung der Stromversorgung und Engpässe bei Treibstoff und Trinkwasser ein Teil des täglichen Lebens geworden.⁴²⁷

2003 lehnten die europäischen traditionellen Neutralstaaten Österreich, Finnland und Schweden sowie das „Kontinentallager“ Frankreich und Deutschland die Invasion im Irak ab. Die Türkei verweigerte die Benützung ihrer militärischen Basis durch die USA. Deshalb können wir nicht von einer einheitlichen westlichen Sicherheitsstrategie ausgehen. Das Amerika des Neokonservatismus verfolgte seine eigene globale Strategie. Die europäischen Staaten hatten dagegen ihre nationalen und regionalen Interessen. Die Nähe zur Konfliktregion Irak machte sie vorsichtiger.

Ein Grund für die Ablehnung des Krieges durch Deutschland, Frankreich und Russland war die Tatsache, dass die irakischen Staatsschulden diesen Staaten gegenüber im Falle des Staatszerfalls für immer verloren gehen würden.

2006 distanzierte sich Fukuyama von Dogmen des Neokonservatismus und machte die Regierung Bush für die schlechte Lage verantwortlich. Er nannte vier Gründe für das Scheitern der Politik des Neokonservatismus:

- 1) Die Bedrohungsszenarien gegen die USA nach dem 11. September 2001 seien übertrieben.
- 2) Die übertriebene Erwartung, demokratische Reformen in den eroberten Ländern lassen sich mit weniger Anstrengung durchsetzen.
- 3) Das übertriebene Vertrauen, die CIA wisse alles genau und die amerikanischen Streitkräfte würden jeden Widerstand besiegen.

426 Vgl. Kinder 2008: 255.

427 Vgl. Bierling 2010: 169ff.

- 4) Die Irrglaube, die Welt würde uns glauben, wir hätten weder nationale noch imperiale Interessen.⁴²⁸

7.4.2 Die USA, ein militärisches Imperium?

Die These, die USA seien ein militärisches Imperium, lässt sich unter anderem an Hand von drei Fakten nachweisen:

- 1) Die Teilung der Welt in Militärzonen. (AOR).
- 2) Die übertriebenen Militärausgaben auf Kosten der nationalen Sozialpolitik.
- 3) Die weltweite Stationierung der US Streitkräfte.

Die Teilung der Welt in Zonen, die so genannten Area of responsibility (AOR) und die Zuweisung dieser Zonen in den Verantwortungsbereich der amerikanischen Streitkräfte würden die These untermauern, die USA seien ein militärisches Imperium:

- 1) The United States Northern Command (USNORTHCOM) ist zuständig für die Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada.
- 2) The United States European Command (USEUCOM) auch (EUCOM) ist zuständig für militärische Operationen der amerikanischen Streitkräfte in Europa und im asiatischen Teil Russlands.
- 3) The United States Africa Command (AFRICOM) ist seit 2008 zuständig für ganz Afrika mit Ausnahme Ägyptens.
- 4) The United States Central Asien Command (USCENTCOM) ist zuständig für Operationen in Ägypten, die arabischen Staaten in Asien, Iran, Afghanistan, Pakistan und die ehemaligen sowjetischen Republiken Kazachstan, Kirgizstan Tajikistan Turkmenistan und Uzbekistan.⁴²⁹
- 5) The United States South American Command (SOUTHCOM) ist zuständig für Mittel- und Südamerika.
- 6) The United States Pacific Command (USPACOM). Der Zuständigkeitsbereich umfasst fast der Hälfte der Erdoberfläche und erstreckt sich von der Ostküste Afrikas bis zur Westküste Amerikas und vom Nordpol und Alaska bis zum Südpol. In diesem Zuständigkeitsbereich sind auch die Volksrepublik China, Indien, die Mongolei und alle südasiatischen Staaten erfasst. (siehe Karte)

428 Francis Fukuyama: The Clash of Cultures and American Hegemony. A Presentation to the American Political Science Association. 1. 9. 2006. Online in: > <http://www.the-american-interest.com/article.cfm?piece=178>< Zugriff 17. 9. 2010.

429 Mehr Information Online in: ><http://www.centcom.mil/en/countries/aor/>< Zugriff 23. 4. 2011.

Die offiziellen Erklärungen der USA vermitteln ein Bild über die Ziele dieser Kommandostrukturen. Zum Beispiel, unter Mission der (USPACOM) liest man Folgendes:

*U.S. Pacific Command (USPACOM), together with other U.S. Government agencies, protects and defends the United States, its territories, Allies, and interests; alongside Allies and partners, promotes regional security and deters aggression; and, if deterrence fails, is prepared to respond to the full spectrum of military contingencies to restore Asia-Pacific stability and security.*⁴³⁰

Abbildung 62



Quelle: Homepage der United States Pacific Command.⁴³¹

Demnach fühlen sich die Vereinigten Staaten von Amerika für die Sicherheit und die Stabilität in der Region, in diesem Fall (USPACOM) fast die Hälfte der Erdoberfläche, verantwortlich.

Der AFRICOM wurde erst 2008 gegründet, nachdem Studien gezeigt hatten, dass schon im Jahre 2015 fast 25% des amerikanischen Bedarfs an Erdöl aus Afrika kommen würde. Das meiste würde aus Westafrika kommen. Deshalb hat bereit im Jahr 2002 eine Gruppe mit den Namen „The African Oil Policy Group“ eine Lobby-Gruppe der Ölindustrie, den Congress und die Bush Regierung darum gebeten, die Region um den Golf von Guinea als *an area of vital interest* zu erklären.⁴³²

Die These von dem militärischen Charakter des amerikanischen Imperiums lässt sich weiter an Hand des Anteils an den Weltmilitärausgaben untermauern:

Seit 2001 haben die USA ihren Militäretat kontinuierlich aufgestockt. Die vom Friedensforschungsinstitut Sipri für das Jahr 2008 festgestellten US-Rüstungsausgaben von

⁴³⁰ Home Page der USPACOM:

>http://www.pacom.mil/web/pacom_resources/pdf/PACOM%20Strategy%20Sep%202010.pdf< Zugriff 23. 4. 2011.

⁴³¹ Online in:> http://www.pacom.mil/web/site_pages/uspacom/regional%20map.shtml< Zugriff 6. 1. 2011.

⁴³²The Christian Science Monitor 23. 5. 2002. Online: ><http://www.csmonitor.com/2002/0523/p07s01-oaf.html>< Zugriff 29. 9. 2010.

607 Milliarden Dollar entsprechen 40% der weltweiten Militärausgaben von 1464 Milliarden Dollar.⁴³³

Abbildung 63

Die Weltmilitärausgaben 2008

Die Vereinigten Staaten von Amerika	41,5%
Die Europäische Union	20,8%
Die Volksrepublik China	5,8%
Russland	4%
Indien	1,8%
Rest der Welt	26,1%

Quellen: Eigene Darstellung in Anlehnung an Global Trends 2010: 107.⁴³⁴

Und das dritte Faktum zur Gunsten der These vom militärischen Imperium ist die weltweite militärische Anwesenheit der US-Streitkräfte in mehr als 130 Staaten der Welt. Die Vereinigten Staaten von Amerika hatten Anfang 2010 auf fünf Kontinenten mehr als 725 militärische Stützpunkte. Außerhalb der USA sind weltweit außer Irak und Afghanistan 290000 US Soldaten stationiert.⁴³⁵

Die Stationierung von amerikanischen Soldaten und Kriegsgeräten in diesen Ländern passiert oft mit Zustimmung der lokalen Regierungen oder auf Grund einer Entscheidung des UN-Sicherheitsrates. Die Anwesenheit im Irak und in Afghanistan ist legitimiert durch Zustimmung der Regierungen in Bagdad und Kabul. Regierungen, die erst nach der amerikanischen Invasion und mit amerikanischer Unterstützung an die Macht gekommen sind. Auch die US militärische Anwesenheit in Deutschland geschieht mit Zustimmung der deutschen Regierungen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges.

Würde das aber die These vom militärischen Charakter des amerikanischen Imperiums schwächen? Im Gegenteil: Die globale militärische Aktivität und die Gewaltbereitschaft der Vereinigten Staaten von Amerika haben die Definition, die USA sei bloß nur ein Hegemon, oder nur ein gutmütiges Imperium, enorm geschwächt:

*während in der Vergangenheit die Macht Amerikas hegemonial war, also in der Regel vom Ausland akzeptiert und häufig als legitim betrachtet wurde, kommt sie jetzt aus den Gewehrläufen. Das untergräbt die Hegemonie und den Anspruch, ein wohlwollendes Empire zu sein.*⁴³⁶

Weiters ist zu berücksichtigen, dass die US- Außenpolitik bei allen Konflikten, wie Irak 1991 und 2003 oder in Afghanistan ab 2001 ein großes Interesse daran hat, europäische Verbündete

433 Atlas der Globalisierung 2010: 104

434 Debiel (Hgg.) 2010.

435 Atlas der Globalisierung 2010: 104.

436 Michael Mann In: Münkler 2007: 13.

für die US-Politik zu gewinnen. Einerseits hilft die europäische Beteiligung den Krieg international zu legitimieren, andererseits leisten die europäischen Partner einen Beitrag bei der Finanzierung und bei den militärischen Aktionen.

Ein Merkmal der amerikanischen Kriege im 21. Jahrhundert ist die zunehmende Zahl der „Vertragsbediensteten“, die moderne Bezeichnung für Söldner in den Kriegsgebieten. Nach einer Studie für das Verteidigungsministerium arbeiten im Irak und in Afghanistan mehr „Contractors“ als Uniformierte. So waren im Juli 2010 207600 Vertragsbedienstete gegenüber 175000 offiziellen Soldaten beschäftigt. Die Studie macht diese Tatsache für die steigende Kriminalität in der Armee, die Misshandlung der Zivilisten und dadurch für den schlechten Ruf der amerikanischen Streitkräfte im Irak und in Afghanistan verantwortlich.⁴³⁷

Der deutsche Journalist und Schriftsteller Peter Scholl-Latour sieht hier auch einen Grund für die bescheidene amerikanische Antikriegsbewegung. Im Vergleich zum Vietnam Krieg waren die Soldaten „Wehrpflichtige“ und dadurch war fast jede amerikanische Familie betroffen. Mit Ausnahme der Offiziere gehören die derzeitigen Soldaten im Irak zu den untersten Bevölkerungsschichten. Darunter seien viele *Schwarze und Latinos* und andere Neueinwanderer, die durch den Dienst in der Armee, auf die dringend ersehnte amerikanische Staatsbürgerschaft hoffen. Die Verluste in den Reihen diesen Gruppen würden in der breiten amerikanischen Öffentlichkeit kaum registriert, was zur Bescheidenheit der Antikriegsbewegung in Amerika beitrug.⁴³⁸

Die Verstrickung der Vereinigten Staaten von Amerika im Irak und in Afghanistan hat das Gesicht Amerikas qualitativ verändert. Die Vereinigten Staaten von Amerika verhalten sich nicht mehr wie ein Nationalstaat (Mutterland) mit hegemonialen Interessen, sondern wie eine Weltmacht, die sich als alleiniger Inhaber der Erde samt Ressourcen und Einwohnern versteht.

In Wirklichkeit hatten die Vereinigten Staaten von Amerika nach 1989 nicht die Absicht gehabt, den Ring zu verlassen. Der Niedergang der Sowjetunion bedeutete für sie, sie seien jetzt die einzige unbestrittene Weltmacht. Die amerikanische Militärlpolitik der 1990er Jahre im Mittleren Osten sprach eher für ein Weltimperium, das gerade die Erde samt Bewohnern als sein Eigentum betrachtete und sich dementsprechend verhalten hat.

Der Boxer hat sich nicht in seiner Ecke zurückgezogen. Er ging auf das Publikum los.

437 Department of Defense Contractors in Iraq and Afghanistan: Background and Analysis Report for Congress from Moshe Schwartz am 2. 7. 2010. Online in: ><http://www.fas.org/spp/crs/natsec/R40764.pdf>< Zugriff 29. 9. 2010.

438 Vgl.Scholl-Latour 2009: 306f

*Kritiker sehen in den Vereinigten Staaten einen „militärischen Leviathan“, der nur darauf aus sei, seine globale Vormachtstellung zu erhalten und langfristig abzusichern, etwa durch den Irakkrieg. So würden die „Schurkenstaaten“ das Feindbild ersetzen, das früher die Sowjetunion abgab, und konnten gleichzeitig dazu dienen, Loyalität zu mobilisieren. Die gegen diese Feindstaaten gerichteten Sicherheitsbündnisse sollten dabei vor allem verhindern, dass die westliche „Gemeinschaft“ – in Europa wie in Asien- zerbricht.*⁴³⁹

Nur ist diese Ausdehnung und Machtdemonstration ist mit enormen Kosten verbunden, Kosten, die zur starken Verschuldung der amerikanischen Regierung und teilweise zur Finanzkrise 2008 führten. Dazu kommt noch, dass der Erfolg im Irak und in Afghanistan und die Sicherung der Stabilität in der Region eher bescheiden geblieben sind.

Die Staatsverschuldung wuchs innerhalb von 10 Jahren um mehr als das Zehnfache von 360 Milliarden Dollar im Jahr 1997 auf 3700 Milliarden Dollar im Jahr 2007.

Abbildung 64

Staatsverschuldung der USA in Milliarden US Dollars		
1997	360	5% des BIP
2007	3700	18% des BIP

Quelle. Eigene Darstellung in Anlehnung an Atlas der Globalisierung 2010: 104

Die Beschreibung des amerikanischen Phänomens soll in dieser Dissertation eine Vergleichsfunktion erfüllen. Die Ausdehnung der europäischen Union und die Sicherung europäischer Interessen sowie die Kontrolle der Peripherie oder deren Vorbereitung zur Aufnahme in die Union gingen irgendwie friedlicher und zivilisierter vor sich. Keine Streitkräfte und Flugzeugträger, sondern wirtschaftliche Verträge und politische Reformen standen hier im Vordergrund. Würden wir das amerikanische Phänomen als eine Form des militärischen Imperialismus betrachten, dann haben wir im Fall der Europäischen Union eher mit einem wirtschaftlichen Imperium zu tun.

Bereits nach dem Fall der Mauer 1989 zeigten sich die ersten Ansätze einer europäischen „imperialen“ Ausdehnung.

7.5 Der Zwang zur europäischen „Imperienbildung“ nach 1989

Zwischen 1945 und 1989 entwickelte sich die europäische Wirtschaft zu einem weltweit wichtigen Faktor. Die Akkumulation des europäischen Kapitals führte im Laufe der 60 Jahre unter anderem zur Bildung von multinationalen Konzernen, die zu den wichtigsten und einflussreichsten der Welt zählen. Diese Entwicklung ist ein Nebenprodukt des kapitalistischen Systems. Die Konzentrierung des Kapitals in Industrie- und Finanzsektoren

439 Atlas der Globalisierung 2010: 104.

sowie die Bildung von Bankmonopolen sind Begleitphänomene eines Systems, das nach den optimalen Lösungen seiner Probleme sucht. Gleichzeitig führte der Überschuss an Produktion zur Stärkung des Außenhandels und dadurch zu besserer Positionierung der westeuropäischen Wirtschaft auf dem Weltmarkt:

Zwischen 1945 und 1989 wuchs der Anteil der westeuropäischen Produktion auf dem Weltmarkt und erreichte oft mehr als den amerikanischen oder japanischen Anteil.

Abbildung 65

Anteil der europäischen Produktion auf dem Weltmarkt 1989	
Computersektor	15,90%
Luft- und Raumfahrtindustrie	33,60%
Werkzeugmaschinen und Robotik	30,80%
Präzisionsgeräte	33,70%
Medizin und Biotechnik	37,70%
Organischen Chemikalien	42,20%

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Kennedy 1997: 201.

Die Imperialismustheorien des 19. Jahrhunderts haben das Phänomen der Entstehung der Konzerne und Bankmonopole behandelt. Nach Marx zeigten diese Formen der Konzentrierung des Kapitals die Grenzen zur Imperienbildung. Ein weiteres Kriterium ist die Bestrebung des Zentrums, seinen Machtbereich zu erweitern. Die beiden Phänomene, die Konzernbildung und die wirtschaftliche Expansion sind nach Marx Begleiterscheinungen des kapitalistischen Systems:

*Kapital muss international expandieren, weil die im nationalen Rahmen produzierbare Mehrwertmasse zu klein ist, um die Profitsprüche des Kapitals zu befriedigen.*⁴⁴⁰

Demnach sei das kapitalistische System von mehreren Problemen begleitet:

- 1) Die durch die Technologie erzielte Überproduktion.
- 2) Die begrenzte Konsumkapazität der Nationalmärkte.
- 3) Die dadurch klein gewordene Gewinnrate.

Die Expansion des Kapitals außerhalb der nationalen Grenzen war deshalb von einer essenziellen Bedeutung zur Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Systems.

Parallel dazu entstand ein politisches Vakuum in unmittelbarer Nähe Westeuropas. Die klassische politische Imperialismustheorie würde hier die Ausdehnung der ehemaligen EG 12 in den ehemaligen Staaten des Warschauer Pakts nicht als ein rein europäisches Projekt betrachten. Die neuen globalen Interessen der Vereinigten Staaten von Amerika als eine Siegermacht würden hier im Zentrum stehen. Die amerikanische geostrategische Politik fand ihren Ausdruck in den amerikanischen Bemühungen, die ehemaligen Staaten des Warschauer

440 Nohlen 1998: 266.

Pakts in die NATO aufzunehmen. Diese Überlegung wird weiter dadurch unterstützt, dass bei allen Verhandlungen über neue Aufnahmen in die Europäische Union seit 1992 die Stimme Washingtons fast immer am lautesten war. So wurden die Verhandlungen über die Aufnahme der Türkei in der Europäischen Union durch die amerikanische, geostrategisch orientierte Zustimmung und die finanziell und kulturell begründete europäische Ablehnung geprägt.

Deshalb muss die Epoche nach 1989 dreifach differenziert behandelt werden:

- 1) Die wirtschaftliche Ausdehnung des europäischen Kapitals.
- 2) Die politische Ausdehnung der europäischen Institutionen.
- 3) Die militärische Ausdehnung des westlichen Sicherheitssystems.

Nur die Weltwirtschaft und die internationalen Handelsbeziehungen wurden nach 1989 unter dem neuen Unipolaren System qualitativ geändert.

7.5.1 Das Zeitalter der Globalisierung

Das Ende des Kalten Kriegs war begleitet von einem wirtschaftlichen Phänomen, das als Hauptinstrument zu Sicherung der amerikanischen Dominanz auf den Weltmärkten betrachtet werden kann. Der Boxer, der das Publikum von seiner Überlegenheit überzeugen konnte, wollte auch als Fischer was verdienen: *Er warf seine Netze überall und alle Fische sollen ihm, und nur ihm gehören.*⁴⁴¹

In Europa waren die 1980er Jahre durch die Herrschaft des Neoliberalismus im europäischen Wirtschaftssystem geprägt. Eine Welle der Privatisierung des Staatseigentums und dadurch Schwächung des Nationalstaates seinen Ressourcen gegenüber rollte über Westeuropa. Die Wirtschaftsorganisationen gewannen mehr an Einfluss, das kapitalistische System produzierte dabei sein Hauptprodukt: die durch die Akkumulation des Kapitals und Konzentrierung der Wirtschaftszweige entstandenen transnationalen Unternehmen (TNU). Parallel dazu entfaltete sich ein Bankensystem, dass einerseits von Privatisierung des Staatseigentums profitierte, andererseits ohne Staatsschutz im Ernstfall nicht überleben könnte.

Dieser Tendenz wurde nach dem Ende des Kalten Krieges fortgesetzt. Die Vereinigten Staaten von Amerika betrachteten die Auflösung der Sowjetunion als einen Sieg der Liberalen Demokratie und der freien Marktwirtschaft über den Kommunismus und die sozialistisch orientierte Volkswirtschaft. Das unipolare politische und militärische Weltherrschaftssystem brachte seine wirtschaftliche Begleitung mit sich: Die Globalisierung.

441 So beschrieb Muta as safadi, ein arabischer Philosoph, das amerikanische Verhalten nach 1989. Arabische Quelle: al quds al arabi von 5. 7. 2010. Seite 22.

Mit dem neuen Weltwirtschaftssystem sollten die westlichen Konzerne unter der Führung des amerikanischen Kapitals die Weltwirtschaft erobern. Dieses Vorhaben war gekoppelt mit den militärischen Expansionen der Vereinigten Staaten von Amerika nach 1989.

Geplant war, dass das Wirtschaftsmodell des Westens, nämlich die liberale Marktwirtschaft, sich weltweit durchsetzen soll. Das bedeutete die Öffnung der Märkte und die Liberalisierung des Welthandels. Das Ergebnis war eine weltweite Steigerung in Polarisierung und Kapitalakkumulationsprozess. Ein Hauptinstrument der Globalisierung ist das Transnationale Unternehmen.

Abbildung 66

Anzahl Transnationaler Unternehmen (TNU)		
	Anzahl der TNU in der Welt	Anteil der ÖES in %
1992	36600	92
1993	37530	91,3
1994	38541	89,1
1995	38747	88,3
1996	44508	81,7
1997	53607	81
1998	59902	83,1
1999	63459	76,9
2000	63312	78,9
2001	64592	77,8
2002	63834	76,8
2003	61582	73,2
2004	69727	72,5
2005	77175	71,9
2006	78411	74,3
2007	78817	71,6
2008	82053	71,6

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Angaben der UNCTAD⁴⁴²

Nach Angaben der Vereinten Nationen gab es 1992 weltweit 36600 TNU, 92% davon hatten ihren Hauptsitz in den Ökonomisch Entwickelten Staaten (ÖES), die USA, Westeuropa und Japan. Nur die Globalisierung hatte eine eigene Dynamik, die dazu führte, dass die Zahl der TNU weltweit stets gestiegen ist. Gleichzeitig konnten Staaten wie China, Indien, Brasilien und Russland davon gut profitieren und sich auf dem Weltmarkt durchsetzen. Das Ergebnis war eine zunehmende Steigerung der Zahl der TNU in den Ländern außerhalb der ökonomisch entwickelten Zone. Im Jahr 2000 hatten von 63312 TNU nur 78,9% ihren Hauptsitz in der ÖES Zone. Im Jahr 2008 stieg die Zahl der TNU auf 82053 und der Anteil der ÖES sank auf 71,6%. (siehe Tabelle)

442 United Nations Conference on Trade and Development. Hier Online in:
><http://www.bpb.de/files/92FAHN.pdf>< Zugriff 27. 11. 2010.

Genau zur dieser Zeit, als weltweit die ersten Wellen der Globalisierung die Fundamente des Nationalstaates erschütterten, begann der Prozess der europäischen wirtschaftlichen Erweiterung in den Osten. Anderes formuliert: Die europäische wirtschaftliche Ausdehnung war zum größten Teil Ausdehnung der europäischen TNU.

Deshalb ist es von Bedeutung in Zusammenhang mit der Frage der Imperienbildung zu berücksichtigen, dass:

- 1) Kein nationales, sondern eher transnationales Kapital hier im Einsatz war.
- 2) Die EG, später EU, blieb als politischer Regulator aktiv.
- 3) Die Rolle der TNU als politischer Akteur im Entscheidungsprozess stieg enorm.

7.5.2 Das wirtschaftliche Vakuum im Osten

Die wirtschaftlichen Beziehungen in Europa unmittelbar nach 1989 waren durch folgende Hauptmerkmale gekennzeichnet:

- 1) Das entstandene politische und wirtschaftliche Vakuum im Osten öffnete die Augen im Westen auf die neuen Absatzmärkte.
- 2) Dem aktiven Zentrum stand eine hungrige und willige Peripherie gegenüber.
- 3) Die Ausdehnung des Einflussbereiches der europäischen Konzerne wurde von politischen und wirtschaftlichen Reformen begleitet.

Die Bedürfnisse des modernen Wirtschaftssystems, wie es Westeuropa um 1989 hatte, waren im Kern ähnlich wie die Bedürfnisse des Kapitalismus des 19. Jahrhunderts:

- 1) Sicherung des Rohmaterials.
- 2) Sicherung der Energieressourcen.
- 3) Suche nach billigen Arbeitskräften.
- 4) Suche nach neuen Konsumenten und Absatzmärkten.
- 5) Suche nach neuen Gebieten für neue Investitionen des westeuropäischen Kapitals.

Mag sein, dass Osteuropa nur in schwachen Formen die ersten zwei Punkte erfüllen würde, sicher ist aber, dass es ein enormes Potenzial an gut ausgebildeten Fachkräften und Arbeitern verfügte sowie die neuen gesuchten Konsumenten und Absatzmärkte liefern könnte.

Das kapitalistische System des Zentrums sah in der neuen Peripherie neue Absatzmärkte für den westlichen Produktionsüberschuss und ein neues Reservoir von relativ gut ausgebildeten Arbeitskräften für neue Industrieprojekte. Weiteres öffnete sich dadurch eine breite Fläche für neue Wirtschaftsprojekte, wo der Überschuss an Kapital investiert werden kann.

Eine erfolgreiche wirtschaftliche Ausdehnung setzte aber das Vorhandensein einer westlichorientierten Wirtschaftsinfrastruktur voraus. Das bedeutete die Reformierung oder

Umstrukturierung des wirtschaftlichen Systems in den Oststaaten, mit dem Ziel, jene Infrastruktur zu schaffen, die Absatzmärkte öffnet, die westlichen Investitionen sichert und den wirtschaftlichen Gewinn garantiert. Für das Zentrum war eine Kopie der westlichen Infrastruktur die ideale Basis, die solche Sicherheiten und Garantien liefern würde. Die Herausforderung war unter anderem deshalb groß, weil die betroffenen Gesellschaften 40 Jahre lang unter kommunistischen Systemen gelebt haben, wo die Partei die Konsumqualität und die Marktbewegung streng regulierte. Eine Umstrukturierung des wirtschaftlichen Systems bedeutete gleichzeitig die politische Reform. Es soll gesichert werden, dass eine neue politische Elite die Macht in den Osteuropäischen Staaten übernimmt. Diese soll die beabsichtigten wirtschaftlichen Reformen unterstützen und vorantreiben.

Deshalb setzte eine erfolgreiche Übernahme des Ostens die Erfüllung zweier Bedingungen voraus:

- 1) Transfer der westlichen wirtschaftlichen Normen.
- 2) Transfer des westlichen politisch-demokratischen Systems.

Das Zentrum der europäischen Moderne nach 1945 war nicht nur durch eine wirtschaftliche Entwicklung gekennzeichnet, sondern akkumulierte innerhalb von 40 Jahren Integration einen Katalog von politischen Normen und Verhaltensmustern, die die demokratische Geschichte der westeuropäischen Staaten mehr oder weniger geprägt hatten. Vor allem die Entwicklungen im Bereich der Menschenrechte und politische Freiheiten kennzeichneten die Grenzen des Zentrums seiner neuen Peripherie gegenüber.

Dieser Stand der Errungenschaften sollte im Angesicht der neuen Herausforderungen im Osten nicht geschädigt oder negativ beeinflusst werden. Gleichzeitig sollte das wirtschaftliche Projekt Osteuropas keine Verluste, sondern Gewinne mit sich bringen.

Unmittelbar nach dem Maastrichter Vertrag setzten die Staaten des Zentrums jene Maßstäbe, Bedingungen und Kriterien fest, die später als die Kopenhagener Kriterien bekannt wurden. Diese sollten dafür sorgen, dass die Übernahme des Erbes der Sowjetunion den politischen Besitzstand des Zentrums nicht gefährden würde. Der Transfer der westlichen wirtschaftlichen Standards in die neue Peripherie sollte jenen Rahmen schaffen, der die westlichen Investitionen sichert und die Bewegung der europäischen transnationalen Unternehmen erleichtert.

Begleitphänomene

Nur die Öffnung der Grenzen gab neue Nahrung für nationale Kräfte in Westeuropa, besonderes zur Wahlzeiten. Das Auftauchen von billigen Arbeitskräften auf dem westlichen Schwarzmarkt und eine steigende Sorge um den Verlust der Arbeitsplätze mobilisierten die

nationalen Elemente im Westen, die nach der Schließung der Grenzen verlangten. Das Phänomen war in sich ein Beispiel der Absurdität deshalb, weil nur ein paar Jahre vorher die westlichen Staaten vehement nach der Öffnung der Grenzen und die Gewährung der Reisefreiheit für die Bevölkerung Osteuropas verlangt hatten.

Die Intention zur wirtschaftlichen und politischen Ausdehnung, um das Vakuum zu füllen, war gekoppelt mit steigender Ablehnung in der Öffentlichkeit und quer durch die Parteienlandschaft. Die Frage der Öffnung oder Schließung der Grenzen vor den Osteuropäern wurde politisch instrumentalisiert und prägte das politische Leben in Westeuropa. Das Phänomen begleitet die Geschichte der Ausdehnung seit 1989 ungebrochen. Auch als es mehrmals erwiesen wurde, dass der Arbeitsmarkt sowohl im Westen als auch im Osten an Mangel an Arbeitskräfte leidet, und dass die Ursachen der Arbeitslosigkeit mehr in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, als in die Osterweiterung zu suchen sind, beharren nationale Elemente auf ihrer Ablehnungspolitik.⁴⁴³ Dieses Phänomen kann man heute noch in Zusammenhang mit der geplanten Mitgliedschaft der Türkei, kulturell gefärbt, beobachten.

7.5.3 Das politische Vakuum

Der Bürgerkrieg in den ehemaligen jugoslawischen Republiken ist ein Beispiel für die Formen der Instabilität, wenn ein Zentrum die Macht über seine Peripherie verliert und keine andere Macht es ersetzt. Das entstandene Vakuum nach dem Ende der sowjetischen Ära in Osteuropa bot eine offene Bühne für unkalkulierbare, soziale und ethnische Auseinandersetzungen. Die Sicherung Westeuropas vor ähnlichen Gefahren, deren Kosten schlussendlich die reichsten westeuropäischen Staaten übernehmen würden, zwang zur Aktivierung des europäischen Zentrums der neuen Peripherie gegenüber.

Das Hauptanliegen der westeuropäischen Staaten war neue politische und wirtschaftliche Zustände im Osten zu schaffen, die schnell für politische und soziale Stabilität sorgen. Dies würde eine Flüchtlingswelle nach Westeuropa verhindern können.

Gleichzeitig öffneten sich für die westeuropäische Wirtschaft neue Absatzmärkte, auf die konnten und wollten die europäischen Konzerne nicht verzichten. Die wirtschaftliche Ausdehnung setzte aber die Verbesserung der Infrastrukturen der Peripherie voraus.

Neben den europäischen politischen Interessen und Sorgen waren die Vereinigten Staaten von Amerika an Sicherheitsfragen und neuen militärischstrategischen Strukturen in Osteuropa

⁴⁴³ Beispiel dafür sind die berühmte Aussage von Josef Cap *Das Boot ist voll* oder die übertriebene Angst von polnischen Arbeitern vor 2004 und die Berichte über den Mangel an Fachkräften auf dem polnischen Markt heute.

interessiert. Die neue Situation nach dem Ende des Kalten Krieges und der Auflösung der Sowjetunion sollte die Dominanz der Vereinigten Staaten von Amerika in Europa sichern. Ein Merkmal dieser Epoche ist die übertriebene amerikanische militärische Machtdemonstration nach 1989, die mehrmals zum Ausdruck kam.

Deshalb haben wir in Zusammenhang mit der Übernahme des Erbes der Sowjets in Osteuropa und die Füllung des politischen Vakuums mit zwei von einander getrennten politischen Strategien zu tun:

- 1) Spezifische europäische strategische Ausdehnungspolitik.
- 2) Amerikanische geostrategische Militärpolitik.

Das Hauptanliegen des europäischen Zentrums war nach 1989 die Sicherung der politischen Stabilität in den neuen Nachbarstaaten. Also abgesehen von wirtschaftlichen Interessen des europäischen Kapitals, lag es im Bereich der rein sicherheitspolitischen Interessen des europäischen Zentrums die neuen Gebiete zu übernehmen.

Gleichzeitig war das Zentrum um seine jahrelang erarbeiteten Errungenschaften besorgt. Die Übernahme einer „imperialen Aufgabe“ würde sowohl das Gesicht als auch den Kern der ehemaligen EG 12 massiv beeinflussen. Dieser Zustand zwang zum Handeln: Der erste Schritt war der Umbau des Zentrums.

Die Reform der Organisation der EG 12 war essentiell, um der neuen Herausforderung im Osten begegnen zu können. Der Maastrichter Vertrag 1992 zielte darauf ab, jene neue Organisation zu schaffen, die in der Lage sein kann, das Vakuum unbeschadet zu füllen und das Erbe der Sowjetunion in Osteuropa zu übernehmen.

Die klassische politische Imperialismustheorie würde hier die Erweiterung der EU 12 auf EU 27 innerhalb von 20 Jahren als ein typisches Beispiel der Ausdehnung einer Macht im Machtbereich anderer, schwach gewordener oder verschwundener Mächte sehen.

Obwohl wir inhaltlich, methodisch und formell mit zwei vollkommen verschiedenen historischen Epochen zu tun haben, gilt die britische und französische Ausdehnung in den ehemaligen Gebieten des schwach gewordenen Osmanischen Reiches Ende des 19. Jahrhunderts und nach dem endgültigen Sieg 1918 als Beispiel der politischen Ausdehnung nach der klassischen politischen Imperialismustheorie.

Die Hauptunterschiede sind:

- 1) Die Gewaltlosigkeit der Ausdehnung der EG 12 nach 1989.
- 2) Der Sogeffekt der Peripherie, ausgedrückt durch die Beitrittsanträge zur Union.
- 3) Ein relativ gut entwickelter Stand der demokratischen und rechtsstaatlichen Errungenschaften des europäischen Zentrums.

Fazit:

Gehen wir von einer Ausdehnung im Sinne der klassischen politischen Imperialismustheorie aus, dann haben wir es hier mit neuen Formen der politischen Ausdehnung zu tun. Diese sind durch Gewaltlosigkeit, Demokratie und Willigkeit der Peripherie gekennzeichnet.

7.5.4 Das militärische Vakuum

Die EG 12 waren 1989 eine Gemeinschaft, die durch wirtschaftlich gut entwickelte aber politisch noch bescheidene Infrastrukturen gekennzeichnet war. Die Frage der Sicherung Westeuropas während des Kalten Krieges wurde hauptsächlich von der NATO übernommen. Nach dem Fall der Mauer, der Auflösung des Warschauer Pakts und dem Ende der Sowjetunion entstand neben dem wirtschaftlichen und politischen auch ein militärisches Vakuum.

Die Auswirkungen des Machtzerfalls und der Instabilität in Osteuropa auf die Sicherheitsinteressen des Westens waren unkalkulierbar. Die Szenarien variierten zwischen Bürgerkriegen und ethnischer Vertreibung, wie am Beispiel des ehemaligen Jugoslawiens am deutlichsten war, bis zur Massenauswanderung.

Das zu verhindern lag primär in den Interessen des westlichen Sicherheitssystems. Deshalb war es auch in diesem Fall eine Aufgabe der NATO.

Abbildung 67

Neue Mitglieder der NATO nach 1989	
Polen	1999
Ungarn	1999
Tschechien	1999
Bulgarien	2004
Estland	2004
Lettland	2004
Litauen	2004
Rumänien	2004
Slowakei	2004
Slowenien	2004
Albanien	2009
Kroatien	2009

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Daten der NATO.⁴⁴⁴

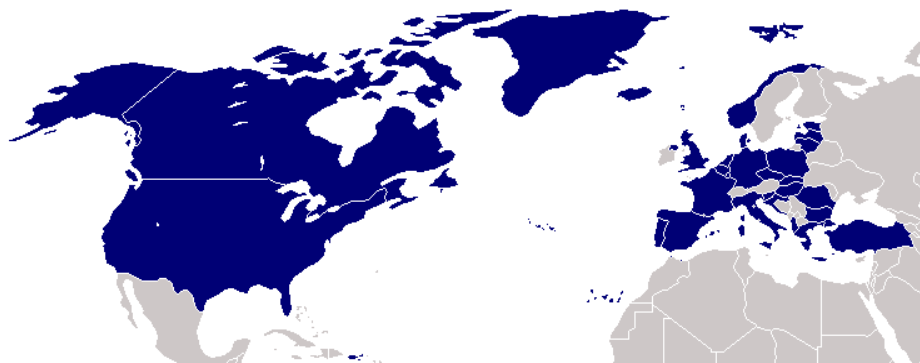
444 Online in: > http://www.nato.int/cps/en/SID-7A7B0ECF-826A5076/natolive/nato_countries.htm < Zugriff 22. 11. 2010.

Die Ausdehnung der westlichen militärischen Organisation auf die ehemaligen Gebiete des Warschauer Pakts lief auffallend reibungslos. Die osteuropäischen Staaten stellten die Anträge auf Aufnahme in der NATO unmittelbar nach Auflösung des Warschauer Pakts. Ein Sogeffekt der Peripherie erleichterte zweifelsohne die Erweiterung des Machtbereichs der Organisation. 1999 traten Polen, Tschechien und Ungarn der NATO bei. 2004 folgten Slowenien, die Slowakei, Rumänien und Bulgarien sowie die ehemaligen Sowjetrepubliken Lettland, Litauen und Estland. 2009 wurden Albanien und Kroatien aufgenommen.⁴⁴⁵

Dadurch erreichte die NATO als das militärische Instrument des westlichen Sicherheitssystems eine neue geostrategische Ausdehnung.

Abbildung 68

Die NATO 2010



Quelle: Karte der NATO.⁴⁴⁶

7.5.5 Ein modernes Zentrum - Peripherie Verhältnis

Im Unterschied zu den Imperien des 19. Jahrhunderts, wo die ehemaligen Kolonien sich passiv gegenüber dem aktiven Zentrum verhalten haben, zeigte sich im 20. und 21. Jahrhundert ein Sog, der von der Peripherie ausgeht und die Ausdehnung des Zentrums erleichtert. Die ehemaligen Staaten des Warschauer Pakts zeigten nach 1989 große Bereitschaft sowohl zu starken Bindungen mit der EG als auch zur Mitgliedschaft in anderen europäischen Organisationen wie dem Europarat.

Die Unterzeichnung der Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten ist die Grundbedingung zur Mitgliedschaft im Europarat. Die Staaten der neutralen Zone, Schweden und Österreich, hatten die Konvention schon 1950 und 1957, Finnland erst 1989 unterzeichnet. Zypern und Malta hatten die Konvention 1961 und 1966 unterzeichnet. Als erster Staat der restlichen zehn Staaten der neuen Peripherie unterzeichnete Ungarn 1990 und als letzter Staat Lettland 1995 die Konvention. (siehe Tabelle)

445 Homepage der NATO. >http://www.nato.int/cps/en/SID-3C37F3F9-D9133E97/natolive/nato_countries.htm< Zugriff 1. 11. 2010.

446 Online in:>http://de.wiktionary.org/wiki/Datei:Map_of_NATO_countries.png< Zugriff 22. 11. 2010.

Abbildung 69

Daten der EMRK der neuen EU Staaten.

Staaten	Unterzeichnung	Ratifizierung	Inkrafttreten
Bulgarien	7/5/1992	7/9/1992	7/9/1992
Estland	14/5/1993	16/4/1996	16/4/1996
Finnland	5/5/1989	10/5/1990	10/5/1990
Lettland	10/2/1995	27/6/1997	27/6/1997
Litauen	14/5/1993	20/6/1995	20/6/1995
Malta	12/12/1966	23/1/1967	23/1/1967
Österreich	13/12/1957	3/9/1958	3/9/1958
Polen	26/11/1991	19/1/1993	19/1/1993
Rumänien	7/10/1993	20/6/1994	20/6/1994
Schweden	28/11/1950	4/2/1952	3/9/1953
Slowakei	21/2/1991	18/3/1992	1/1/1993
Slowenien	14/5/1993	28/6/1994	28/6/1994
Tschechien	21/2/1991	18/3/1992	1/1/1993
Ungarn	6/11/1990	5/11/1992	5/11/1992
Zypern	16/12/1961	6/10/1962	6/10/1962

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Daten des Europarats.⁴⁴⁷

Der Sogeffekt der Peripherie gegenüber dem Zentrum ist durch die Vielfältigkeit der Motivationen gekennzeichnet:

- 1) Die Suche nach politischem Schutz. Durch die Zugehörigkeit zur EG bzw. EU sucht das Land die politische Unabhängigkeit von einem mächtigen Nachbarstaat:
 - A) Irland 1973 von Großbritannien.
 - B) Zypern 2004 von der Türkei.
 - C) Slowenien 2004 von Belgrad.
 - D) Polen, Tschechien, die Slowakei, Ungarn, Estland, Lettland und Litauen wollten durch die Mitgliedschaft 2004 die Unabhängigkeit von Russland sichern.
- 2) Eine bessere Positionierung im internationalen System.
- 3) Die Suche nach militärischem Schutz durch die Mitgliedschaft in der NATO.
- 4) Einen garantierten Zugang zum europäischen Markt.⁴⁴⁸

Die politische Ausdehnung der Europäischen Union war ebenfalls von einem starken Sogeffekt der Peripherie geprägt. Die Aufnahme der Staaten Osteuropas in der Europäischen Union verlief in zwei Etappen:

⁴⁴⁷ Online in: ><http://conventions.coe.int>< Zugriff 22. 11. 2010.

⁴⁴⁸ Pfetsch 2005: 109.

- 1) Aufnahme der neutralen Zone (Österreich, Schweden und Finnland 1995)
- 2) Aufnahme der 12 neuen Mitglieder 2004 bzw. 2007.

Die Erweiterung der politischen Gemeinschaft war auch vom Willen der Bevölkerung der Peripherie abhängig. Dort wo die Bevölkerung gegen die Mitgliedschaft in der Europäischen Union gestimmt hatte, wie in Norwegen und in der Schweiz, blieb die politische Ausdehnung stehen.

Abbildung 70 Das Zentrum – Peripherie Verhältnis im 19. und im 21. JH.

Zentrum- Peripherie Verhältnis		
	Zentrum	Peripherie
19. JH	Aktiv	Passiv
21. JH	Aktiv	Aktiv

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Münkler 2007: 21.

Im Unterschied zu Peripherien des 19. Jahrhunderts konnten die osteuropäischen Staaten, durch die Verbindungen mit dem europäischen Markt und die Öffnung ihrer nationalen Märkte für Investitionen des Zentrums wirtschaftlich profitieren. Das Ergebnis war eine enorme Steigerung des BIP dieser Staaten innerhalb relativ kurzer Zeit.

Die phänomenale Steigerung war in Polen zu beobachten. 1990 erwirtschaftete das Land gerade 59 Milliarden US Dollar. Im Jahr 2008 wurden 527 Milliarden US Dollar erwirtschaftet. Eine Steigerung von fast 900 %.

Abbildung 71

BIP der neuen EU Staaten in Milliarden US Dollars					
	1990	2000	2004	2008	2008/1990 in %
Bulgarien	20,7	12,6	24,6	49,9	241,0
Estland	5	5,6	12	23	460,0
Lettland	7,4	7,8	13,7	33,7	455,4
Litauen	10,5	11,4	22,5	47,3	450,4
Malta	2,3	3,9	5,6	7,4	321,7
Polen	58,9	171,3	253	527	894,7
Rumänien	38,3	37	75,4	200	522,1
Slowakei	15,4	20,3	42,2	94,9	616,2
Slowenien	17,4	19,9	33,7	54,6	313,7
Tschechien	34,8	56,7	109,5	216,4	621,8
Ungarn	33	47,9	102	154,7	468,7
Zypern	5,6	9,3	15,8	21,3	380,3
EU 16-27	249,3	403,7	710	1430,2	573,6

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Datenbank der Vereinten Nationen.⁴⁴⁹

449 Gross Domestic Product (GDP) Online in:
http://data.un.org/Data.aspx?d=WDI&f=Indicator_Code%3aNY.GDP.MKTP.CD < Zugriff 18.11.2010

Die schwächste Steigerung wurde in Bulgarien mit 241% registriert. Die drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen zeichneten eine Steigerung von 450%.

Durchschnittlich stieg das BIP der neuen 12 Staaten um 570% von 249,3 Milliarden US Dollar im Jahr 1990 auf 1430,2 Milliarden US Dollar im Jahr 2008. (siehe Tabelle)

Diese Zahlen sprechen für eine neue Form der imperialen Ausdehnung. Geht man davon aus, dass wir mit einem imperialen Zentrum EG/EU 12, später EU 15 und einen ersten Peripheriekreis EU 16-27 zu tun haben, dann müssen wir gerade hier von der klassischen politökonomischen Imperialismustheorie, die von Ausbeutung und Aussaugen der Peripherie durch das Zentrum ausgeht, als Erklärungstheorie Abschied nehmen.⁴⁵⁰

Im Unterschied zu imperialen Ausdehnung des 19. Jahrhunderts stieg das Vermögen der Peripherie dem Zentrum gegenüber. Dies führte zur Verbesserung der Lebensqualität der Einwohner der neuen Mitgliedstaaten.

Abbildung 72

BNE Pro Einwohner in US Dollar			
	1992	2008	2008/1992 in %
Bulgarien	4900	11950	243,8
Estland*	6330	19280	304,5
Lettland	4990	16740	335,4
Litauen	7090	18210	256,8
Malta*	11780	22460	190,6
Polen	5380	17310	321,7
Rumänien	4440	13500	304,0
Slowakei	6470	21300	329,2
Slowenien	10740	26910	250,5
Tschechien	10540	22790	216,2
Ungarn	7670	17790	231,9
Zypern*	12100	24040	198,6

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Datenbank der Vereinten Nationen.⁴⁵¹
Die Daten von Zypern und Malta stammen aus 2007, von Estland aus 1995.

⁴⁵⁰ Hervorhebung durch den Verfasser.

⁴⁵¹ Brutto National Einkommen (BNE) pro Einwohner, englisch Gross National Income (GNI) per capita at purchasing power parity (PPP) Online in:
>http://data.un.org/Data.aspx?d=WDI&f=Indicator_Code%3aNY.GNP.PCAP.PP.CD< Zugriff 20. 11. 2010.

Für fünf Staaten, Estland, Lettland, Polen, Rumänien und die Slowakei stieg das BNE Pro Kopf Einkommen um mehr als 300%. Die schwächste Steigerung wurde in Zypern und Malta mit ca. 200% gezeichnet.

Dem gegenüber entwickelte sich das Wirtschaftssystem in der EU 15 weiter, die Öffnung der Märkte innerhalb Europas und die Liberalisierung des Handels zeigten relativ gute Ergebnisse. Die Steigerung des BIP in % im Jahr 2008 im Vergleich zu 1990 ist zwar nicht so hoch wie in der Peripherie, blieb aber durchschnittlich im Bereich der 240% Marke. Die größte Steigerung wurde erreicht mit 589% in Irland, gefolgt mit 430% in Luxemburg und 378% in Griechenland. Die reichsten europäischen Staaten Deutschland, Frankreich und Italien blieben mit 213%, 229% und 202% Steigerung in der Nähe der unteren Grenzen.

Die schwächste Steigerung wurde in Finnland mit 194% und in Schweden mit 196% gezeichnet.

Abbildung 73

BIP der EU 15 in Milliarden US Dollar					
	1990	2000	2004	2008	2008/1990 in %
Belgien	202,7	231,9	359,6	497,5	245,4
Dänemark	135,8	160,1	244,4	342,6	252,2
Deutschland	1714,4	1900,2	2745,4	3652,8	213,0
Finnland	139,5	121,8	189,1	271,2	194,4
Frankreich	1244,4	1327,9	2061,3	2853	229,2
Griechenland	94,2	125,5	230	356,7	378,6
Großbritannien	995,8	1450,9	2168,2	2645	265,6
Irland	47,8	96,4	184,3	281,7	589,3
Italien	1133,4	1097,3	1727,7	2293	202,3
Luxemburg	12,6	20,3	34	54,2	430,1
Niederlande	294,8	385,1	609,8	860,3	291,8
Österreich	164,9	193,8	293,2	416,3	252,4
Portugal	75,2	112,6	178,9	242,6	322,6
Schweden	244,7	245,5	357,1	480	196,1
Spanien	520,9	580,6	1044,2	1604	307,9
EU 15	7021,1	8049,9	12427,2	16850,9	240,0

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Datenbank der Vereinten Nationen.⁴⁵²

452 Online in: >http://data.un.org/Data.aspx?d=WDI&f=Indicator_Code%3aNY.GNP.PCAP.PP.CD< Zugriff 20. 11. 2010.

Das BNE Pro Kopf Einkommen stieg in den EU 15 zwischen 1992 und 2008 am höchstens in Irland mit 286%. Die niedrigste Steigerung wurde in Italien mit 161% vermerkt. In Finnland, Griechenland, Großbritannien, Niederland und Spanien wurde die 200% Marke erreicht. Die restlichen Staaten der EU 15 zeigten eine Steigerung des BNE pro Kopf um die 175% Marke. Auffallend ist es, dass die reichsten Staaten Europas, nämlich Deutschland und Frankreich mit einer Steigerung von nur 173% und 179% einen relativ niedrigen Wert aufweisen. Durchschnittlich stieg das BNE Pro Kopf Einkommen in der EU 15 um 196%. Weltweit wurde durchschnittlich zwischen 1992 und 2008 eine Steigerung von 204% vermerkt.

Abbildung 74

BNE pro Einwohner in US Dollar			
	1992	2008	Steigerung 1992/2008 in %
Belgien	20400	34760	170,39
Dänemark	19670	37280	189,52
Deutschland	20720	35940	173,45
Finnland	15970	35660	223,29
Frankreich	19140	34400	179,72
Griechenland	14190	28470	200,63
Großbritannien	16690	36130	216,47
Irland	13060	37350	285,98
Italien	18730	30250	161,50
Luxemburg	33030	64320	194,73
Niederland	19060	41670	218,62
Österreich	21400	37680	176,07
Portugal	11950	22080	184,76
Spanien	14410	31130	216,03
Schweden	19140	38180	199,47
EU 15 Mittelwert	18504	36353	196,46
Welt	5064	10356	204,50

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Datenbank der Vereinten Nationen.⁴⁵³

Alle diese Zahlen sprechen für ein modernes Zentrum-Peripherie-Verhältnis:

- 1) Das Zentrum ist bemüht die wirtschaftlichen Infrastrukturen seiner Peripherie zu verbessern.

⁴⁵³ Gross National Income (GNI) per capita at purchasing power parity (PPP). Online in: http://data.un.org/Data.aspx?d=WDI&f=Indicator_Code%3aNY.GNP.PCAP.PP.CD < Zugriff 20. 11. 2010.

- 2) Dadurch wird die Basis geschaffen für erfolgreiche und gewinnbringende Investitionen.
- 3) Der Norm- und Prinzipien Transfer war essentiell zum Schutz des Besitzstandes des Zentrums und zur Verbesserung der politischen und wirtschaftlichen Kommunikation mit der Peripherie.
- 4) Die Öffnung der Märkte und die Beseitigung der Hindernisse vor den Vier Freiheiten führten zu Steigerung des Nationaleinkommens der neuen Mitgliedstaaten und zur Verbesserung der Lebensqualität der neuen europäischen Bürger.
- 5) Dadurch stieg das Interesse der Peripherie an starken Bindungen mit dem Zentrum.

Die Geschichte der europäischen Imperien zeigt Beispiele dafür, dass die Ausbeutung der Peripherie durch das Zentrum relativ kurz war. Die wirtschaftliche Ausbeutung und die militärische Kontrolle haben zu sozialen und politischen Unruhen geführt. Diese Entwicklung zwang das Zentrum zu mehr Kontrolle und dadurch zur mehr kostspieligen Ausgaben. Am Ende überstiegen die Kosten zur Aufrechterhaltung des Imperiums die aus der Peripherie erzielten Gewinne.

*Dagegen hatten diejenigen Imperien eine längere Dauer, die in ihre Randbereiche investierten und so dafür sorgten, dass die Peripherie schließlich am Fortbestand des Imperiums ebenso interessiert war wie das Zentrum.*⁴⁵⁴

Würden wir die europäische Erweiterung von EU 12 auf EU 27 als Formen der imperialen Ausdehnung betrachten, dann haben wir es hier mit einem gutmütigen, auf das Wohlergehen seiner Peripherie Rücksicht nehmenden Imperium zu tun.

Die wirtschaftliche Ausdehnung und der Prozess der Kapitalakkumulation haben aber ihre eigene Dynamik, die nicht bei den Grenzen der EU 27 stehen bleibt. Die Verbesserung der Infrastruktur der neuen Mitgliedstaaten führte zu wirtschaftlichem Wachstum und zur Steigerung der Produktion, so dass diese neuen Staaten ihren eigenen Überschuss haben. Auch die Akkumulation des Kapitals wurde in den neuen Mitgliedstaaten fortgesetzt. Das Ergebnis ist ein Gesamtüberschuss, der notwendig macht, neue Absatzmärkte außerhalb der Grenzen der EU 27 zu suchen.

454 Münkler 2007: 9.

Anderes formuliert: Der Waren- und Kapital-Export der europäischen Wirtschaft würde sich weiter ausdehnen, bis er jene Grenzen erreicht, wo die Märkte keine Waren brauchen, oder wenn er die Grenzbereiche anderer Imperien erreicht.

7.6 Europa, ein demokratisches Imperium?

Würden die Ausdehnung und die Entstehung des möglichen Imperiums zur Schwächung des demokratischen Gehalts des Zentrums führen? Anders gedacht: kann das mögliche Imperium demokratisch gesteuert werden?

Ein postnationales Europa braucht neue Normen und Institutionen, ein neues Verständnis der Frage der Integration und des Zusammenlebens und neue Demokratiemodelle. Das zwingt zu weiteren Überlegungen über Verfassung und Regierungssystem, über die Positionierung Europas in einer neuen Weltordnung. Die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika, die noch von Spuren des Kalten Krieges gefärbt sind, müssen neu überdacht werden. Europa des 21. Jahrhunderts braucht auch ein neues transatlantisches Kooperationssystem.

Die politische Literatur befasst sich mit diesen Fragen und mit den möglichen Szenarien der Zukunft der Europäischen Union sowie den Gefahren und Risiken, die ein großes Europa mit sich bringen würde. Die folgenden Denkansätze sind primär auf die Überlegungen und Vorschläge von Ulrich Beck und Edgar Grande zur Demokratisierung Europas aufgebaut.⁴⁵⁵ Im Zentrum stehen die Idee des kosmopolitischen Europas sowie der Begriff *Europäisches Empire*.

Die Überlegung beginnt mit der Analyse des jetzigen Zustandes der Europäischen Union und ihrer Natur:

- 1) Die EU ist kein Staat oder Superstaat, der die Hoheitsrechte seiner Mitglieder für sich in Anspruch nimmt.
- 2) Die EU ist kein Staatenbund, der Teile der Hoheitsrechte seiner Mitglieder kontrolliert.
- 3) Die EU ist keine Form der internationalen Kooperation wie internationale Organisationen, wo die Hoheitsrechte der Mitgliedstaaten nicht berührt werden.

Die EU ist eine neue, noch nicht definierte Form der staatlichen und gesellschaftlichen Integration. Auch wenn die politische Literatur sichtlich bemüht ist, das Phänomen zu definieren, *Zweckverband funktioneller Integration, parastaatliche Superstruktur,*

⁴⁵⁵ Ulrich Beck; Edgar Grande: Das Kosmopolitische Europa, 2007.

*Integrationsverband*⁴⁵⁶, haben wir bis jetzt keine umfassende und zufrieden stellende Beschreibung. Auf das aufbauend versuchen die Autoren Beck und Grande die EU zu definieren:

*Die EU lässt sich derzeit begreifen als ein dezentrales, territorial differenziertes, von Eliten dominiertes transnationales Verhandlungssystem. Dieses transnationale Verhandlungssystem, in das sowohl die Nationalstaaten als auch die supranationalen Institutionen integriert sind, bildet den politisch-institutionellen Kern des kosmopolitischen Europa.*⁴⁵⁷

Aus dem Standpunkt der Imperienbildung wird versucht unter Berücksichtigung der Eigenartigkeit der europäischen Integration und der Erfahrungen die letzten 50 Jahre einen Ausweg zu finden. Im Zentrum stehen die Differenzen zu Imperien des 19. Jahrhunderts, wie die Gewaltlosigkeit und die Freiwilligkeit der Mitgliedschaft:

*Die Kosmopolitisierung des Staates in Europa hat ein politisches Gebilde entstehen lassen, das wir als posthegemoniales Empire analysieren wollen. Als posthegemoniales beruht dieses Europäische Empire nicht (wie die Imperien des 19. Jahrhunderts) auf nationaler Abgrenzung und Eroberung, sondern auf nationaler Entgrenzung, Freiwilligkeit, Konsens, transnationalen Verflechtungen und dem daraus erwachsenden politischen Mehrwert.*⁴⁵⁸

Der Begriff *Empire* wird nicht nur von den Autoren verwendet, sondern wurde auch in zahlreichen Werken des Endes des 20. Jahrhunderts, vor allem in der amerikanischen Literatur zur Beschreibung der neuen Positionierung der Vereinigten Staaten von Amerika im internationalen System oft gebraucht. Dabei wurden je nach Standpunkt, Neokonservatismus oder Globalisierungskritik, die modernen Formen der imperialen Ausdehnungen im 21. Jahrhundert entweder gerechtfertigt oder kritisiert.

Für Beck und Grande hat das Empire Konzept drei Vorteile:

- 1) Öffnet den Blick auf neue Formen der politischen Integration jenseits der Nationalstaaten und ermöglicht dadurch die Befreiung der politischen Analyse des europäischen Herrschaftssystems aus ihrer Staatsfixierung.
- 2) Hebt die Machtasymmetrie der Staaten auf.
- 3) Öffnet den Blick auf eine neue Positionierung des Nationalstaates.

456 Beck 2007: 83.

457 Beck 2007: 85.

458 Beck 2007: 85f.

*Erzwingt die wirtschaftliche, kulturelle und politische Globalisierung einen Wechsel der Einheit des politischen vom Nationalstaat zum Empire?*⁴⁵⁹

7.6.1 Die Gefahren der Despotie

Ein Merkmal der europäischen Entwicklung der letzten 20 Jahre ist die Verlagerung der Kompetenzen in vielen wirtschaftlichen und politischen Bereichen zum Zentrum. Diese Epoche war durch die Herrschaft des Neoliberalismus gekennzeichnet. Eine Welle der Privatisierung des staatlichen Eigentums hat schließlich zur Verarmung des Nationalstaates und dadurch zu Sparmaßnahmen in vielen Bereichen der Sozialstaatlichkeit geführt.

Die Schwächung des klassischen europäischen Sozialstaates der 1970er Jahre war das Produkt der Entfaltung der Macht der freien Marktwirtschaft auf Kosten der politischen Kontrolle. Zwar hat die freie Marktwirtschaft zur europäischen Integration und zum Aufbau der EU 27 massiv beigetragen, führte aber in vielen Bereichen zur Schwächung und zum Abbau des Sozialstaates.

Paul Kennedy geht davon aus, dass diese Entwicklung eine Begleiterscheinung der freien und politisch unkontrollierten Marktwirtschaft ist. Am Beispiel Frankreichs meint er:

*Wenn zum Beispiel eine französische sozialistische Regierung gewissenhaft versucht, bessere Schulen, ein besseres Gesundheitswesen, bessere Wohnungen und öffentliche Einrichtungen für ihre Bürger zu schaffen, bedeutet dies, dass sie Kapital braucht. Und das kann sehr schwierig werden, denn die internationalen Investoren werden kaum um das Wohlergehen dieser Bürger sehr besorgt sein. Der rationale Markt ist seinem Wesen nach nicht an sozialer Gerechtigkeit interessiert.*⁴⁶⁰

Eine weitere Frage hier ist die Schwächung der demokratischen Qualität des Zentrums als Folgeerscheinung der Machtkonzentration. Ein fortschreitender Prozess der Imperienbildung und die Stärkung des Zentrums auf Kosten des Nationalstaates würden zweifelsohne zur Schwächung des demokratischen Gehalts des Systems führen.

Zurzeit der Entstehung des klassischen Imperialismus wurden die damaligen vorhandenen politisch demokratischen Ideale schnell in imperiale Werte umgewandelt. Am Beispiel der Entwicklung der französischen Revolution und der Entstehung des Kaisertums meinte Karl Marx, dass die Ideale *Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit* in *Infanterie, Kavallerie und Artillerie* umgewandelt wurden sind. Für Marx waren *Imperialismus und Despotismus* zwei Seiten ein und derselben Medaille.⁴⁶¹

⁴⁵⁹ Beck 2007: 88f.

⁴⁶⁰ Kennedy 1997: 80.

⁴⁶¹ Münkler 2007: 51.

Im Zentrum steht hier die Überlegung: Würde die geografische Ausdehnung und die zunehmende Akkumulation der politischen und wirtschaftlichen Macht der Europäischen Union zur massiven Änderungen in der Natur des Systems führen?

Beck und Grande nennen hier das Beispiel des römischen Reiches, *das sich mit der Konsolidierung imperialer Macht von einer Republik in eine Monarchie verwandelte.*⁴⁶²

Am Beispiel der amerikanischen Weltmachtstellung stellen sie zur Recht die Frage:

*kann Amerika Republik und Demokratie bleiben, wenn es ein Empire wird? Oder schließt das eine das andere aus?*⁴⁶³

7.6.2 Die drei Zukunftsszenarien

Die Frage der möglichen Zukunft der Europäischen Union wird von Beck und Grande unter Berücksichtigung der folgenden Annahmen behandelt:

- 1) Europa ändert sich ständig und muss sich ständig ändern.
- 2) Die Ziele der Änderung sind offen.
- 3) Die Zukunft ist nicht vorprogrammiert.
- 4) Der Europäisierungsprozess hat eine eigene, nicht zu stoppende Dynamik.⁴⁶⁴

Für die Zukunft Europas gäbe es drei Szenarien:

- 1) Ein Zerfallsszenario.
- 2) Ein Stagnationsszenario.
- 3) Ein Kosmopolitisierungsszenario.⁴⁶⁵

7.6.2.1 Das Zerfallsszenario

Das Szenario nimmt an, dass die EU an den inneren und äußeren Widersprüchen zerbrechen wird. Unter den inneren Faktoren sehen die Autoren vor allem:

- 1) Der wirtschaftliche Integrationsprozess der neuen Mitglieder der Union geht nicht weiter, wird blockiert oder rückgängig gemacht.
- 2) Schwache politische Reform und schwache Demokratisierung der Institutionen.
- 3) Schwächung des Sozialstaates durch den Neoliberalismus.
- 4) Renationalisierung der Politik durch die Stärkung der Rolle der Nationalparteien.

Die Stärkung des nationalen Lagers in den alten und neuen Mitgliedstaaten würde zur Nationalisierung der EU Politik führen. Das würde bedeuten, dass supranationale

⁴⁶² Beck 2007: 346.

⁴⁶³ Beck 2007: 346.

⁴⁶⁴ Beck 2007: 339.

⁴⁶⁵ Beck 2007: 339ff.

Entscheidungen unter Druck des Nationalismus nicht zu Stande kommen oder würden sie blockiert werden. Eine weitere Steigerung wäre die *negative* Verlagerung der Kompetenzen vom Zentrum zurück zum Nationalstaat.

Unter den äußeren Faktoren, die das Zerfallsszenario beschleunigen würden, sehen Beck und Grande das Nichtvorhandensein von gemeinsamen außenpolitischen Ziele und Strategien. Europa sei außenpolitisch in drei Lager geteilt:

- 1) Ein Kontinental- europäisches Lager: Eine von Frankreich und Deutschland geführte Politik, mit dem Ziel, die EU zu einem einheitlichen Machtzentrum aufzubauen, das der USA und China weltpolitisch gegenüber steht.
- 2) Ein transatlantisches Lager: Geht davon aus, Europa sei ein Teil der von den USA geführten Wertegemeinschaft. Großbritannien versucht hier durch die starken Bindungen mit der amerikanischen Kriegspolitik, die Vormachtstellung Deutschlands und Frankreich innerhalb der EU zu kompensieren.
- 3) Ein neutralistisches Lager: eine Fortsetzung der neutralen Politik zur Zeit des Kalten Krieges. Hier versuchen Staaten wie Österreich, Finnland und Schweden die außenpolitische Unabhängigkeit der EU zu erreichen.

Das Zerfallsszenario endet mit der Spaltung der Union in ihrer Bestandteile. Kleine Staatenbündnisse und Regime mit kaum supranationalen Kompetenzen.

Dieses Szenario ist sehr unwahrscheinlich. Die Wirtschaftsintegration zeigt sich zunehmend als eine treibende Kraft, die außenpolitische Spaltung bewirkte innerhalb der Union kaum Nebeneffekte.⁴⁶⁶

7.6.2.2 Das Stagnationsszenario

Das Szenario nimmt an, die Wirtschaftsgemeinschaft funktioniert, die Vorteile des Binnenmarktes haben genug Bindungskräfte erzeugt, die den Zerfall verhindern würden. Nur die politische Gemeinschaft ist wegen *größerer Heterogenität der Mitglieder* sehr schwach, die Loyalität der Mitglieder gegenüber der EU ist kaum vorhanden und deshalb kann keine gemeinsame europäische Politik zustande kommen.

Wegen der unterschiedlichen Interessen wird die weitere Vertiefung der Integration genauso blockiert wie eine Ausweitung oder Stärkung der Funktionen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik.

*Die EU würde im Zustand eines neoliberalen Wirtschaftsraumes ohne weitergehende politische Ansprüche und mit zweifelhafter demokratischer Legitimation tiefgefroren.*⁴⁶⁷

⁴⁶⁶ Beck 2007: 339f.

Dieser Zustand würde nicht der Zerfall der Union bedeuten, sondern einfach den Stillstand. Zwei Faktoren würden diesen Zustand verlängern:

- 1) Die wirtschaftlichen Vorteile des einheitlichen Marktes.
- 2) Die außenpolitischen Bemühungen der Vereinigten Staaten von Amerika: Es liege in den Interessen der USA, dass die Außenpolitik der EU schwach bleibt. Diese würde verhindern, dass eine europäische konkurrierende Hegemonialmacht entstehen könnte.⁴⁶⁸

7.6.2.3 Das Kosmopolitisierungsszenario

Das Szenario geht davon aus, dass Europa an einem Wendepunkt steht, wo Grundfragen unbedingt behandelt werden müssen:

- 1) Was verbindet ein postnationales Europa?
- 2) Was kann Europa zur Schaffung einer neuen Weltordnung beitragen?
- 3) Wie schaut diese neue Weltordnung aus?

Beck und Grande beginnen mit den Zielen der europäischen Kosmopolitik:

- 1) Die Stärkung der wirtschaftlichen Integration der EU.
- 2) Die Befreiung aus den Fesseln des Neoliberalismus.
- 3) Eine neue Orientierung der Außen- und Sicherheitspolitik.
- 4) Die EU soll eine neue globale Weltmacht werden.⁴⁶⁹

Das würde bedeuten, eine neue Positionierung der Europäischen Union, neben den Vereinigten Staaten von Amerika, China und Russland, in einer neuen Weltordnung. Die EU darf hier nicht, so die Autoren, in einem Konkurrenzverhältnis zu den USA stehen, sondern soll sich bemühen, das kosmopolitische Europa zu *einem zweiten globalen Machtzentrum zu machen, dem es gelingt, seinen Verbündeten USA in eine kosmopolitische, das heißt auf der Anerkennung der Andersheit der Anderen basierende Weltordnung einzubinden.*⁴⁷⁰

Der Weg zum kosmopolitischen Europa sei mit vielen Problemen und Hindernissen behaftet, die Europäische Union hätte aber inzwischen genug Erfahrung und Mittel gesammelt, um sie zu beseitigen. Dies würde aber *die neue Erfindung Europas durch die Europäer* voraussetzen.

Das Europa des 21. Jahrhunderts müsse politisch neu definiert und konstituiert werden.

Das neue kosmopolitische Europa solle auf vier Säulen aufgebaut werden:

- 1) Eine neue, auf den gemeinsamen Normen aufgebaute globale Zivilgesellschaft.

⁴⁶⁷ Beck 2007: 340.

⁴⁶⁸ Beck 2007: 340.

⁴⁶⁹ Beck 2007: 341.

⁴⁷⁰ Beck 2007: 341.

- 2) Eine neue postnationale Demokratie, mit dem Ziel, die politische Partizipation der europäischen Bürger zu maximieren.
- 3) Ein neuer kosmopolitischer Integrationssatz. Im Zentrum stehen nicht die Beseitigung und Aufhebung der kulturellen und nationalen Grenzen und Differenzen, sondern der Schutz und die Anerkennung.
- 4) Eine neue transatlantische Sicherheitsgemeinschaft, in der Europa als treibende Kraft des globalen Kosmopolitismus funktioniert.⁴⁷¹

Der *selbstkritische europäische Kosmopolitismus*⁴⁷² ist durch seine Funktion und Aufgaben, die er zu bewältigen hat, durch drei Merkmale gekennzeichnet:

- 1) Die Friedenssicherung: Besonders in der heutigen Welt, wo überall ethnische Konflikte und Spannungen herrschen und kriegerische Auseinandersetzungen entflammen, bekommt die Friedenspolitik eine besondere Bedeutung. Die Maxime des kosmopolitischen Europas sei, *ohne gezielte Politik der Versöhnung ist keine Demokratie und auf Dauer auch kein Frieden und keine Sicherheit möglich*.⁴⁷³ Diese Maxime soll die Sicherheitspolitik des zukünftigen Imperiums nach innen und nach außen bestimmen.
- 2) Reflexive Modernisierung: Das kosmopolitische Europa soll in der Lage sein, eine Alternative zum amerikanischen Globalisierungssystem zu entwickeln. Die globalen Probleme seien Produkte der unkontrollierten Entwicklungen der Technik, des Marktes und der nationalstaatlichen Kontrolle. Die reflexive Modernisierung bedeutet die Anerkennung und nicht die Abgrenzung von alternativen Modernen. Dadurch kann Europa eine Alternative zum *American way* präsentieren. Der „*American way*“, so die Autoren, hat die Erste Moderne globalisiert und schließt kategorisch die Anerkennung anderer Modernen aus.⁴⁷⁴
- 3) Globale Zivilgesellschaft: Die europäische Kosmopolitik kann nur auf einer ausgebauten, multifunktionalen und globalen Zivilgesellschaft aufgebaut werden. Das Ziel ist der Aufbau eines globalen Netzwerkes aus Zivilgesellschaften und kosmopolitisch agierenden Staaten. Dieses Netzwerk wäre in der Lage die globalen Herausforderungen und Problemen der Zukunft zu behandeln und Lösungen zu finden.

471 Beck 2007: 341.

472 Beck 2007: 336.

473 Beck 2007: 337.

474 Ibid.

*Ein kosmopolitisches Europa kann in diesem Sinne das weltöffentliche Legitimationspotential zivilisatorischer Gefährdungen nutzen, um die Koalition von europäischer und globaler Zivilgesellschaft und kosmopolitisch- kooperierenden Staaten zu bauen oder zu festigen. Es sind die Chancen der Weltrisikogesellschaft, die die Synthese von zivilgesellschaftlichen Bewegungen und Europäischem Empire des Konsenses begründen können.*⁴⁷⁵

7.6.3 Reflexiver Konstitutionalismus

Das kosmopolitische Europa braucht nicht eine Verfassung, um einem Staat oder einem Superstaat zu legitimieren. Die kosmopolitische Verfassung ist aus zwei Gründen notwendig:

- 1) Eine funktionierende globale Zivilgesellschaft mit kosmopolitischen Aufgaben kann nur auf Normen aufgebaut sein.
- 2) Diese Normen müssen durch Institutionen geschützt werden.

Die kosmopolitische Verfassung sei das Fundament dieser Normen und stellt den Rahmen der Institutionen der kosmopolitischen Regime dar:

*Gemeinsame Normen sollen verhindern, dass die Anerkennung von Andersheit zu reiner Beliebigkeit wird und sich desintegrierend auswirkt; gleichzeitig sollen sie Andersheit vor den Zumutungen der Vereinheitlichung und Vereinnahmung schützen*⁴⁷⁶

Ohne sie ausdrücklich zu nennen, wurde in diesem Zusammenhang auch die Frage der christlichen Wurzeln der westlichen Wertegemeinschaft erwähnt:

*wichtig ist zunächst nur, dass dieses normative Fundament sich gerade nicht auf einen >gemeinsamen Ursprung<, auf der Gemeinsamkeit einer >abendländischen Kultur< zurückführen lässt.*⁴⁷⁷

Diese neuen Normen und Werte müssen aus dem *bewussten Bruch mit der nationalstaatlichen Container-Geschichte* gewonnen werden. Sie seien auch das Produkt einer selbstkritischen Auseinandersetzung mit der Kolonial- und Kriegsgeschichte Europas.⁴⁷⁸

7.6.4 Kosmopolitische Demokratie

⁴⁷⁵ Ibid.

⁴⁷⁶ Beck 2007: 342.

⁴⁷⁷ Beck 2007: 342f.

⁴⁷⁸ Beck 2007: 343.

Im Zentrum steht hier die Aufhebung und Beseitigung des Demokratiedefizits der Europäischen Union. Die Autoren gehen von einem *Konstruktionsfehler der europäischen Gemeinschaftsbildung* aus:

- 1) Kompetenzverlust der nationalen Parlamente durch die Übertragung von Hoheitsrechten an supranationale Ebenen.
- 2) Trotzdem verfügen die supranationalen Organe kaum über eine ausreichende Legitimation.
- 3) Die Kontrollkompetenzen des Europäischen Parlaments sind unzureichend.
- 4) Schwache demokratische Legitimation der Europäischen Kommission.
- 5) Der Europäische Rat ist nur indirekt demokratisch legitimiert.

Gleichzeitig seien die Mitgliedstaaten der Europäischen Union, so die Autoren, vertraglich verpflichtet, den Prozess der Demokratisierung der Union zu unterstützen und die möglichen Defizite im System zu beseitigen. In der Präambel des Maastrichter Vertrags wurde der Wunsch zur *Stärkung der Demokratie und der Effizienz in der Arbeit der Organe* ausdrücklich geäußert. Die Mitgliedstaaten seien allesamt Demokratien und bekennen sich zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Es wäre deshalb natürlich, dass die Mitgliedstaaten den Prozess der Demokratisierung der Europäischen Union forcieren. Die Realität zeigt aber ein anderes Bild: Nicht die Demokratisierung der Union, sondern die Interessenpolitik der Nationalstaaten hatten die Priorität bei den Verhandlungen über die Zukunft der Union.

Beck und Grande sehen zwei Gründe für die schwache Demokratisierung der Union:

- 1) Der politische Widerstand: Die Verlagerung der Kompetenzen nach Brüssel hat zwar die nationalen Parlamente und das Europaparlament geschwächt, aber die Exekutive, die nationale wie die europäische, gestärkt. Diese seien die großen Gewinner des Machttransfers innerhalb von Europa. Die Demokratisierung der Europäischen Union würde nichts anderes bedeuten als *die freiwillige Selbstentmachtung der Exekutive*.
- 2) Die Notwendigkeit, die europäische Demokratie *von Grund auf neu zu denken*.⁴⁷⁹

Die Autoren stellen hier zwei Fragen:

- 1) Welche politische Ordnung soll hier demokratisiert werden? Oder anders gesagt, zu welcher politischen Herrschaftsordnung bewegt sich die Europäische Union?
- 2) Welches Demokratiemodell könnte hier passen.

479 Beck 2007: 345f.

Die Antworten seien in der Kosmopolitik zu suchen: *Europa ist kein Staat und ist nicht auf dem Weg, einer zu werden. Europa ist ein kosmopolitisches Empire.* Die posthegemoniale Tendenz würde sich in die Zukunft eher stärken und nicht schwächen. Daher müsse die Frage lauten: *wie kann das Europäische Empire demokratisiert werden?*⁴⁸⁰

Hier sehen Beck und Grande die Gefahren für den demokratischen Kern weder in der räumlichen Ausdehnung noch in der Machtakkumulation des Zentrums. Entscheidend für sie in diesem Zusammenhang sind:

- 1) Die Organisation des Herrschaftsraumes.
- 2) Die spezifische Machtstruktur.⁴⁸¹

Demnach seien die grundlegenden Demokratieprobleme *des europäischen Empires*:

- 1) Die Asymmetrie der konstitutiven Einheiten: Die Ungleichheiten bei den Beteiligungsrechten und Beteiligungsformen der Mitgliedstaaten. Die Rechte der Staaten, Regierungen und Bürger der Union seien ungleich verteilt und auf vielfältige Weise abgestuft. Diese führe, so die Autoren zur Asymmetrie der konstitutiven Einheiten der Union. Die Demokratie hingegen könne nur auf dem Prinzip der Gleichheit aufgebaut werden. Anders formuliert: Nur unter Gleichen kann das demokratische System funktionieren und ausgebaut werden.
- 2) Vielfältigkeit der Entscheidungsebenen: Die politische Macht der Europäischen Union sei nicht konzentriert und zentriert, sondern mehrfach über zahlreiche Institutionen und Handlungsebenen verteilt. Die politischen Entscheidungen würden durch die Beteiligung von zahlreichen Akteuren getroffen: Neben den nationalen Ebenen wie Ministerien und Parlamente würden auch die Institutionen der Europäischen Union wie der Rat, die Kommission und das Europäische Parlament hineingezogen werden. Aber auch Subinstitutionen wie die Generaldirektionen der Kommission, zahlreiche Ausschüsse, Unterausschüsse und Ähnliches seien am politischen Entscheidungsprozess beteiligt.⁴⁸²
- 3) Die Entfernung Wählerschaft - politische Macht: Die Entfernung des europäischen Souveräns von Zentren der politischen Macht sowie das komplexe Mehrebenensystem würde die politische Kontrolle erschweren. Der Souverän könne die von ihm gewählte politische Elite nicht kontrollieren. Die Schwächung der Kontrollmöglichkeiten des Souveräns führe zwangsweise zur Schwächung der demokratischen Qualität des Systems.

480 Beck 2007: 346

481 Beck 2007: 347.

482 Beck 2007: 348.

7.6.5 Vier Strategien zur Demokratisierung des *Europäischen Empires*

Die erwähnten Probleme und Fragen der Schwächung der demokratischen Qualität des großen Europa bergen in sich die möglichen Lösungen. Die Autoren Beck und Grande sehen in der europäischen kosmopolitischen Vision den passenden Rahmen für jene Maßnahmen und Strategien, die die möglichen Defizite kompensieren würden. Diese sollen eine Erweiterung und Ergänzung der bisherigen demokratischen Modelle darstellen:

*Wir wollen hier die These vertreten, dass nicht nur die EU, sondern auch das Empire Europa durchaus demokratisch gestaltet werden kann, dass hierzu das Modell der parlamentarischen Mehrheitsdemokratie jedoch nicht ausreicht. Aber auch die bislang vorliegenden Modelle der „postnationalen“ bzw. „postparlamentarischen“ Demokratie sind noch nicht ausreichend auf die besonderen Bedingungen des Europäischen Empires abgestimmt.*⁴⁸³

Die Demokratisierung des Empires könnte, so die Autoren, durch die Verfolgung von vier Strategien erreicht werden:

- 1) Strategie der Intervention.
- 2) Strategie der Inklusion.
- 3) Strategie der Anerkennung der Andersheit.
- 4) Strategie der Kontrolle.

Diese vier Strategien sollen Elemente des demokratischen Kosmopolitismus mit Bedingungen und Anforderungen *der Kontrolle imperialer Herrschaft in Europa kombinieren.*⁴⁸⁴

7.6.5.1 Strategie der Intervention

Im Zentrum dieser Strategie steht die Erweiterung der politischen Partizipation der europäischen Bürger. Hier wird die Rolle des Europäischen Parlaments im Regierungssystem der Europäischen Union unter der Lupe genommen

Das Parlament, die Grundinstitution der Repräsentativen Demokratie, kann hier seine Hauptfunktion, nämlich eine Regierung zu wählen, sie zu kontrollieren und abzuwählen, nicht erfüllen. Vor allem die Kontrollfunktion des Europäischen Parlaments ist aufgrund der Vielfältigkeit der Institutionen und Ausschüsse, die neben dem Parlament als Akteure im politischen Entscheidungsprozess eine wichtige Rolle spielen, sehr stark eingeschränkt. Die auf nationaler Ebene funktionierende Repräsentative Demokratie kann auf der Ebene des *Empires* nur teilweise funktionieren. Das Demokratiedefizit lässt sich beseitigen, wenn die

⁴⁸³ Beck 2007: 350.

⁴⁸⁴ Ibid.

europäischen Bürger die Möglichkeit hätten, in den politischen Prozess direkt zu intervenieren. Die Lösung, so die Autoren, soll nicht in der Repräsentativen Demokratie, sondern in einer Strategie der Intervention des europäischen Souveräns im politischen Entscheidungsprozess gesucht werden. Die Autoren heben hier die Bedeutung der Instrumente der Direktdemokratie hervor. Das Hauptinstrument ist die direkte Volksbefragung, das Referendum.

Nicht die nationalstaatlich orientierten Modelle der Kooperation sollen das politische Programm bestimmen, sondern die europäischen Bürger. Das Ziel sei die Schwächung des auf den Intergouvernementalismus und Supranationalismus aufgebauten Modells der politischen Entscheidung zur Gunsten des europäischen Souveräns.

Wichtig dabei ist es, dass diese Referenden nicht lokal oder national limitiert sein werden, sondern europaweit durchgeführt werden sollen.⁴⁸⁵

7.6.5.2 Strategie der Inklusion

Das demokratisch gesteuerte *Empire Europa* darf sich nicht innerhalb europäischen Grenzen limitieren lassen. Die Strategie der Intervention, die das Ziel hat, das Zentrum zu demokratisieren, soll durch eine Strategie zur Demokratisierung der Peripherie ergänzt werden. Im Zentrum der Strategie der Inklusion steht die Bindung der Peripherie in Entscheidungsprozesse des Zentrums. Diese Strategie würde sowohl die politischen, sozialen und kulturellen Bindungen stärken, aber auch zur Demokratisierung und Verbesserung der politischen Systeme der Peripherie beitragen. Dies würde auch zur Aufhebung der Asymmetrie der Beteiligungsrechte im *Empire Europa* führen.

Die Grundüberlegungen der Autoren Beck und Grande sind aufgebaut auf Ansätze des Kosmopolitismus. Demnach könne ein *Empire Europa* nur kosmopolitisch sein. Mit der Strategie der Inklusion soll klar gestellt werden, dass nicht nur die Bürger der Europäischen Union die verschiedenen Formen der direkten Demokratie ausüben dürfen, sondern auch die Bürger der Peripherie. Die Autoren heben hier die Bedeutung der Gleichheit der Beteiligungschancen innerhalb des Empires hervor. Diese sollte ein zentrales Anliegen der europäischen Kosmopolitik sein.

Ein weiteres Hindernis auf dem Weg zur Demokratisierung des Empires ist die Teilung Europas in *Mitgliedstaaten* und *Nicht-Mitgliedstaaten* der Europäischen Union. Diese Teilung stünde im klaren Widerspruch zur Grundprinzipien des Kosmopolitismus. Durch eine

485 Beck 2007: 350ff.

Strategie der Inklusion könne das Hindernis überwunden werden. Diese soll auf zwei Ebenen verfolgt werden:

- 1) Die Öffnung der europäischen Institutionen nach außen für Beteiligungswünsche der Peripherie. (Zentrum → Peripherie).
- 2) Die Selbstinklusion der Peripherie: Die Bürger und Regierungen der Nicht-Mitgliedstaaten können sich in die europäische Politik hineindefinieren, und so Europa mitkonstruieren. (Peripherie → Zentrum).

*Entscheidend dabei alldem ist, dass auf diese Weise der Entweder- Oder- Logik der EU Mitgliedschaft entgegengewirkt wird. Mitglied Europas, des Europäischen Empires, wird man nicht erst durch die formale Mitgliedschaft in der EU, Mitglied wird man, in dem man sich selbst hineindefiniert.*⁴⁸⁶

7.6.5.3 Strategie der Anerkennung von Andersheit

Im Zentrum steht die Beseitigung aller Formen der sozialen, kulturellen und politischen Benachteiligung der Minderheiten im europäischen Empire. Das Ziel dieser Strategie ist aber nicht die Beseitigung, sondern die Anerkennung der Differenzen:

*Ein Europa der Differenz muss zusätzlich die Anerkennung von Andersheit in demokratischen Verfahren bewerkstelligen. Die Gewährung gleicher Beteiligungsrechte ist hierbei zweifellos wichtig, aber damit ist es nicht getan. Kosmopolitische Demokratie muss gleichzeitig sicherstellen, dass diese formelle Gleichheit nicht dazu genutzt wird, um substantielle Unterschiede zu beseitigen- um bewahrenswerte Differenzen zu vernichten.*⁴⁸⁷

In einem früheren Werk, *der Kosmopolitische Blick 2004*, behandelte Beck die soziokulturelle Seite dieser Frage ausführlich und stellte unter anderem die Thesen von Samuel Huntington *the Clash of Civilizations* und Francis Fukuyama *The End of History*, infrage.⁴⁸⁸

Das Paradebeispiel für die politische Benachteiligung von Minderheiten ist im Parlamentarismus am deutlichsten zu beobachten. Das Hauptgewicht der parlamentarischen Arbeit in der repräsentativen Demokratie liegt im Mehrheitsbescheid. Das politische *Output* ist von Mehrheitsverhältnissen abhängig. Dadurch hätten kleine oder schwach vertretene politische Parteien und Gruppen kaum Chancen sich gegen die Großen Parteien durchzusetzen oder einen Teil ihrer politischen Agenda zu verwirklichen. Die kosmopolitische Demokratie sieht in der Strategie der Anerkennung der Andersheit die Gewichtsverlagerung im Parlamentarismus vom Mehrheitsprinzip zum Konsensprinzip.

486 Beck 2007: 355.

487 Beck 2007: 355.

488 Beck 2004: 79ff.

Anders formuliert: Die politischen Entscheidungen im Parlament sollen sowohl die Programme der großen Parteien als auch die politischen Ideen und Vorschläge der kleinen Gruppen berücksichtigen. Keine Majorsverhältnisse, sondern der Konsens soll im Vordergrund des parlamentarischen Lebens stehen:

*Dies ist die Strategie, mit der in den meisten soziokulturell heterogenen Staaten versucht wird, die politische Anerkennung von Andersheit, von Minderheitenpositionen in politischen Entscheidungsprozessen zu garantieren*⁴⁸⁹

7.6.5.4 Strategie der Kontrolle

Das Ziel dieser Strategie ist es, das Empire trotz großer und komplexer Strukturen zu kontrollieren. Damit sollen den Gefahren, die durch die Konzentration der Macht im Zentrum entstehen, begegnet werden. Es soll verhindert werden, *dass in Europa ein anonymer, undurchdringlicher und unkontrollierbarer Machtkomplex entsteht?*⁴⁹⁰

Durch die Vielfältigkeit der Entscheidungsebenen und die eingeschränkten Kontrollkompetenzen der Nationalparlamente und die des Europaparlaments geht ein Hauptteil der politischen Kontrolle verloren. Die kosmopolitische Demokratie sieht die Lösung des Problems in einer neuen Strategie der Kontrolle. Im Zentrum stehen die Umstellung des Kontrollprinzips von der *individuellen* auf die *institutionelle Kontrolle* sowie die Ausweitung der Kontrollmechanismen im politischen System.

In der klassischen repräsentativen Demokratie kann die Wählerschaft die politische Elite kontrollieren. Die Nähe der Wählerschaft zum Machtzentrum ermöglicht diese Funktion. Die Ausdehnung des Empires führt aber zur Vergrößerung der Entfernung zwischen dem Souverän und der Elite und schwächt dadurch die Kontrollfunktion.

Auf der Ebene des Empires soll ein vielfältiges System von Institutionen entstehen, die sich selbst gegenseitig kontrollieren und verhindern, dass eine einzige zentrale Institution die Macht in sich konzentriert. Die politischen Kompetenzen sollen auf mehrere Institutionen verteilt werden.

Die klassische Kontrollfunktion der Verfassungsgerichtsbarkeit gegenüber dem Gesetzgeber auf nationaler Ebene ist ein Beispiel für die politische Kontrolle einer Institution durch eine andere.

Schon Ende des 18. Jahrhunderts hat James Madison die Logik des Kontrollprinzips sowie die Frage, wie der Missbrauch staatlicher Macht verhindert werden kann, beschrieben. Diese könne erreicht werden:

489 Beck 2007: 356.

490 Beck 2007: 358.

*indem die innere Struktur des Regierungssystems so gestaltet wird, dass dessen konstitutive Elemente durch ihre wechselseitigen Beziehungen selbst zum Mittel werden, den jeweils anderen Teil in seine Schranken zu weisen. [...] Machtstreben muss Machtstreben entgegenwirken.*⁴⁹¹

Die institutionelle Kontrolle kann in zwei Prinzipien konkretisiert werden:

- 1) Das Prinzip der institutionellen Machtgleichheit: Die wichtigsten Institutionen des Regierungssystems sollen gleiche Kompetenzen haben, um sich gegenseitig kontrollieren zu können.
- 2) Das Prinzip der institutionellen Interdependenz: Keine dieser Institutionen soll außerhalb des Kontrollsystems angesiedelt sein.

*„eine Neukonstruktion Europas ist ohne eine Neukonstruktion der Demokratie in Europa nicht zu haben.“*⁴⁹²

7.6.6 Kritik des Kosmopolitismus

Die Denkansätze von Beck und Grande zur Demokratisierung des Empires blieben nicht ohne Kritik. Die Strategie der Intervention würde sicher zur Demokratisierung der Union massiv beitragen. Durch die Stärkung der Ansätze der Direktdemokratie, wie das EU-weite Referendum steigt die politische Partizipation der Unionsbürger der politischen Macht gegenüber.

Die Strategie der Inklusion trägt auch zur Erweiterung der Außengrenzen der Prinzipiengemeinschaft der Europäischen Union bei. Durch die Inkludierung der Peripherie im Werte- und Normensystem des Zentrums und durch die Abschaffung der geographischen, kulturellen oder religiösen Hindernisse kann der Demokratisierungsprozess der Peripherie beschleunigt werden. Bis jetzt hat die bilaterale wirtschafts- und Interessenpolitik der europäischen Staaten wie Frankreich, Deutschland und Italien, die Beziehungen mit den nordafrikanischen Staaten geprägt. Die Strategie der Inklusion würde die Interessenpolitik der EU-Mitgliedstaaten zur Gunsten der Prinzipiengemeinschaft kompensieren.

Problematisch hingegen wäre die Strategie der Anerkennung der Andersheit. Beck und Grande gehen von einem rein idealistischen Standpunkt aus, wo soziale und politische Auseinandersetzungen durch Konsens beseitigt werden können. Durch diese Strategie wird die Grundaufgabe der Politik, nämlich klare Positionen zu nehmen und richtige Lösungen für die täglichen Probleme der Gesellschaft zu finden, massiv geschwächt:

⁴⁹¹ James Madison, in Beck 2007: 358.

⁴⁹² Beck 2007: 360.

*Es ist nicht nur konzeptionell falsch, sondern auch mit politischen Gefahren verbunden, wenn das Ziel demokratischer Politik in Begriffen von Konsens und Versöhnung anvisiert wird. Das Streben nach einer Welt, in der die Wir-Sie-Unterscheidung überwunden wäre, basiert auf fehlerhaften Prämissen, und wer sich diese Vision zu Eigen macht, muss die tatsächliche Aufgabe demokratischer Politik zwangsläufig verkennen.*⁴⁹³

Die demokratische Qualität eines Systems hängt unter anderem auch von den täglichen Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen politischen Programmen ab. Die Schwächung der klassischen Links-Rechts Differenzierung führte zum Verschwimmen der politischen Positionen. Die Wählerschaft kann nicht mehr zwischen ehemaligen Linksparteien und bürgerlichen Parteien unterscheiden. Die politische Partizipation des Volkes wäre aber nur dann möglich, wenn der Souverän klare und scharfe Linien zwischen den Parteien ausmachen könnte. Die repräsentative Demokratie würde hier beim Fehlen der klaren Differenzen zwischen den Programmen der Parteien stark in Mitleidenschaft gezogen werden. Mit der Strategie der Kontrolle kann man die Defizite beseitigen, die durch die Entfernung der Wählerschaft von der politischen Macht entstehen könnten. Nur die Konzentrierung des Kontrollsystems auf die höchsten Ebenen der politischen Macht kann zur Konsolidierung einer übermächtigen politischen Klasse führen, die mit der Zeit totalitäre Konturen bekommen könnte. Auch wenn sie sich selbst kontrolliert, muss die Strategie der Kontrolle durch Akzente der Direktdemokratie kompensiert werden.

Auch die These Becks und Grandes im Bezug auf die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika zeigt schwache Konturen. Die amerikanische, fast hysterische, Sicherheitspolitik in Westeuropa, wie die Stationierung von Raketen in Polen und Radarstationen in Tschechien, um angebliche iranische und nordkoreanische Raketen abzuwehren, sowie die Entführung von Terrorverdächtigen und deren Anhaltung in geheimen CIA-Gefängnissen ist inzwischen auch für proamerikanischen Europäer sehr übertrieben. Die Prinzipiengemeinschaft der Europäischen Union würde an Glaubwürdigkeit viel verlieren, wenn die Europäische Union sich nicht eindeutig von der militärischen imperialen Politik der USA distanziert.

Dazu kommt noch die Notwendigkeit zur Aktualisierung der weltweiten Machtverteilung:

Die Weltordnung nach 1945 war vom Ergebnis des Zweiten Weltkrieges geprägt. Nach 1989 ging aber ein Hauptsieger des Zweiten Weltkrieges, nämlich die Sowjetunion, zu Grunde. Trotzdem änderte sich das Weltherrschaftssystem nicht. Die Zusammensetzung des

493 Mouffe 2007: 8.

Sicherheitsrates der Vereinten Nationen ist ein Beispiel für das alte und aktualisierungsbedürftige Weltherrschaftssystem.

Die Zeiten des Kalten Krieges sind vorbei, Russland ist an wirtschaftlichen Beziehungen mit Europa sehr interessiert und stellt keine Gefahren für Westeuropa dar. Die neuen Player China, Indien und Brasilien sind mehr an Kooperation als an Auseinandersetzungen interessiert.

Deshalb muss das westliche Sicherheitssystem, das eigentlich auf den Ergebnissen des Zweiten Weltkrieges aufgebaut wurde und noch vom Kalten Krieg geprägt ist, neu überdacht werden. Dabei muss sich Europa vom Militarismus und der Allmachtpolitik der Vereinigten Staaten von Amerika eindeutig distanzieren.

Vor allem ein europäisches Stillschweigen gegenüber den massiven Verletzungen der Menschenrechte und der Missachtung des Internationalen Rechts durch die Vereinigten Staaten von Amerika würde die Glaubwürdigkeit der Prinzipiengemeinschaft massiv schwächen.

7.7 Zusammenfassung zur Frage des Imperiums

Die Ausdehnung der EG 12, später EU 15 in Osteuropa trug die Konturen imperialistischen Verhaltens nach den klassischen geopolitischen Imperialismustheorien:

*Sie gehen von einer naturnotwendigen Rivalität der Staaten aus. Sobald Räume entstehen, deren politische Organisation zu schwach ist, um den Zugriff einer anderen fremden Macht abzuwehren, führt dies zu einem Machtvakuum. Dieses Machtvakuum muss gegen andere Rivalen gesichert werden.*⁴⁹⁴

Nur die Bindung der Erweiterung mit der Erfüllung der Kopenhagener Kriterien hat die Anwendung der klassischen Imperialismustheorie eingeschränkt. Es kommt noch dazu, dass die europäische Peripherie nach 1989 ein großes Interesse an der Bindung mit dem Zentrum gezeigt hat. Durch die Unterzeichnung und die Ratifikation der Konventionen des Europarates sowie durch die politischen Reformen und die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien zeigte sich die Willigkeit der Peripherie gegenüber dem Zentrum, während Imperien des 19. Jahrhunderts eher durch die Passivität der Peripherie gekennzeichnet waren.

Die Gewaltlosigkeit ist ein weiteres Phänomen der Erweiterung nach 1989. Keine Gewalt, keine Drohung mit Gewalt oder Ähnliches, sondern wirtschaftliche Verträge und politische Reformen standen im Zentrum. Dieses Phänomen zeichnet die scharfen Trennlinien sowohl zu Imperien des 19. Jahrhunderts als auch zur Weltmachtpolitik der USA im 21. Jahrhundert.

494 Nohlen 1998: 266.

Die Ausdehnung der NATO als ein Hauptinstrument des westlichen Sicherheitssystems trug zwar Merkmale imperialistischer geostrategischer Politik, soll aber nicht mit der politischen Erweiterung der Europäischen Union gleichgesetzt werden.

Die Verbesserung der Infrastruktur in den neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Union EU 16-27, sowie die Steigerung des BIP und dadurch die Verbesserung der Lebensqualität der neuen europäischen Bürger sprechen für ein modernes Zentrum-Peripherie Verhältnisses. Die klassische politökonomische Imperialismustheorie, die von der Ausbeutung der Peripherie durch das Zentrum ausgeht, kann hier als Erklärungsmuster nicht verwendet werden.

Die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen der Europäischen Union mit den zweiten Kreis der Peripherie (ENP 2004, EuroMed 2008, Östliche Partnerschaft) tragen zwar Konturen einer wirtschaftlichen Ausdehnungspolitik, sind aber durch Gewaltlosigkeit sowie Willigkeit der Peripherie gekennzeichnet.

Anzeichen einer Weltpolitik zur Wahrung und Erweiterung nationaler Interessen sind in Deutschland und in Frankreich zunehmend zu beobachten.

Die Wirtschaftskrise 2008 zeigte die Gefahren, die die Freimarktwirtschaft und das Börsensystem mit sich bringen würden, wenn die politische Kontrolle versagt. Gleichzeitig zeigte die Wirtschaftskrise die Grenzen des Solidaritätsprinzips innerhalb der Union.

Es ist noch sehr früh, um das Konzept einer europäischen Wirtschaftsregierung zu beurteilen. Die europäische Wirtschaftsregierung wäre in diesem Fall eine Form der vertikalen Machtkonzentrierung, was weiter zur Schwächung der Kompetenzen des Nationalstaates gegenüber dem Zentrum führen würde. Die zu erwartenden, vom Zentrum diktierten Sparmaßnahmen, würden unter anderem den Sozialstaat schwächen, was zu sozialen Unruhen und Protestaktionen führen würde. Ein Argument mehr für das Zerfallsszenario.

Das Konzept des *europäischen Empires* von Beck und Grande ist aufgebaut auf der Schwächung der neoliberalen Ordnung und soll die Antithese darstellen zum amerikanischen Globalisierungssystem.

Durch die vier Strategien der europäischen Kosmopolitik (Intervention, Inklusion, Anerkennung der Andersheit, Kontrolle) kann das *Empire*, trotz Ausdehnung, demokratisch gesteuert werden.

8. Zusammenfassung und Perspektiven

Das Ziel der Dissertation ist es, das System der Prinzipiengemeinschaft der Europäischen Union zu erfassen und verständlich zu machen. Das kann unter anderem durch die Zerlegung des Hauptsystems in Subsystemen erreicht werden.

Die Haupthypothese der Dissertation lautet:

Das System der Prinzipiengemeinschaft der Europäischen Union ist auf drei Subsystemen aufgebaut: Auf der gesamteuropäischen Gemeinschaft, auf dem Prinzipienkatalog und auf dem Prozess des Werte- und Normentransfers.

Diese Haupthypothese wird in drei Teilhypothesen unterteilt:

- 6) Die Verträge und Konventionen der supranationalen europäischen Organisationen haben nach 1945 zur Entstehung einer gesamteuropäischen Gemeinschaft geführt.
- 7) Die Summe aller Prinzipien, Ziele, Leitlinien, Denk- und Verhaltensmuster dieser Organisationen können in einem Prinzipienkatalog zusammengefasst werden.
- 8) Die Europäische Union, als ein Kern der gesamteuropäischen Gemeinschaft, ist der Träger des Prinzipienkatalogs und Hauptakteur im Prozess des Werte- und Normentransfers.

1. Begründung der Verifikation der ersten Teilhypothese

Der erste Teil der Dissertation setzt sich historisch-rekonstruktiv mit der Entstehungsgeschichte der gesamteuropäischen Gemeinschaft auseinander. Die europäische Moderne nach 1945 ist in sich ein Hauptprodukt der Auseinandersetzung mit den drei Hauptherausforderungen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges:

- 1) Die Friedenssicherung: Europa kann keinen neuen Krieg ertragen.
- 2) Die wirtschaftliche Integration: Die Hauptbasis, auf der ein neues Europa aufgebaut werden kann.
- 3) Die Entwicklung der Menschenrechte und Grundfreiheiten: Der Hauptgarant gegen die Entstehung von totalitären und faschistischen Systemen.

Wir können hier vier Gruppen von Organisationen und Verträge ausmachen, die zur Entstehung der gesamteuropäischen Gemeinschaft beigetragen haben:

- 1) Die erste Gruppe: Die Euro-Amerikanischen Organisationen. Zu dieser Gruppe gehören die OEEC, die NATO und die WEU.
- 2) Die zweite Gruppe: Der Europarat und die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.

- 3) Die dritte Gruppe: Die Verträge der Europäischen Union von der Montanunion 1952 bis zum Lissabon-Vertrag 2009.
- 4) Die vierte Gruppe: Die Verträge der Peripherie. Zu dieser Gruppe gehören der Barcelona-Prozess 1995, die ENP 2004, die Union für den Mittelmeerraum 2008 und zuletzt die Östliche Partnerschaft 2009.

Diese Organisationen und Verträge bilden die Basis, auf der die gesamteuropäische Gemeinschaft, das erste Subsystem der Prinzipiengemeinschaft, aufgebaut werden kann.

2. Begründung der Verifikation der zweiten Teilhypothese

Das zweite Subsystem der Prinzipiengemeinschaft der Europäischen Union ist der Prinzipienkatalog der europäischen Moderne nach 1945. Damit wird die Zusammenfassung aller Prinzipien und Leitlinien der europäischen Organisationen, Konventionen und Verträge gemeint. Der zweite Teil der Dissertation setzt sich mit dem Prinzipienkatalog der europäischen Moderne nach 1945 auseinander. Das Ergebnis kann auf drei Ebenen ersichtlich gemacht werden:

- 1) INPUT: Im Zentrum stehen die Konventionen und Verträge, die zur Entstehung des Prinzipienkatalogs beigetragen haben. Vor allem die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK) 1950, die Europäische Sozialcharta (ESC) 1961 und 1996, die Charta der Grundrechte der Europäischen Union 2009, die Kopenhagener-Kriterien 1993 und die zehn Leitprinzipien von Helsinki 1975 bilden die Basis des Prinzipienkatalogs.
- 2) INHALT: Hier stehen drei Gruppen von Prinzipien:
 - a) Sozialpolitische Prinzipien. (Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Gleichheit und Solidarität)
 - b) Staatsdemokratische Prinzipien. (Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Minderheitenschutz)
 - c) Außenpolitische Prinzipien. (Leitlinien zur Konfliktlösung und Friedenssicherung)
- 3) OUTPUT: Diese Ebene behandelt die internen und die externen Funktionen des Prinzipienkatalogs. Sowohl innerhalb als auch außerhalb des Kontinents erfüllt er formelle, materielle, pädagogische und formative Funktionen. (Abbildung 21, Seite 136)

Die Hauptfunktion des Prinzipienkatalogs ist es vor allem, die politischen Prinzipien der viel zitierten *Wertegemeinschaft der Europäischen Union* sichtbar und lesbar zu machen.

3. Begründung der Verifikation der dritten Teilhypothese

Das dritte Subsystem der Prinzipiengemeinschaft ist der Prozess des Werte- und Normentransfers. Der Hauptakteur hier ist die Europäische Union. Die Union kann zu Verbreitung und Konsolidierung der Prinzipien und Normen des Prinzipienkatalogs innerhalb und außerhalb Europas massiv beitragen.

Ein Überblick über die Mitgliedstaaten und Vertragspartner der verschiedenen europäischen Verträge und Konventionen zeigt, dass viele Staaten der Europäischen Union Vertragspartner dieser Organisationen und Konventionen sind. So sind die EU 27 Mitglieder des Europarats und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Von den 28 Mitgliedstaaten der NATO kommen 21 aus der EU. Ähnliches gilt für die OECD. 21 von 34 sind zugleich EU Staaten.

Von Bedeutung für den Wert- und Normentransfer außerhalb des Kontinents sind die Verträge der Peripherie: Die EU hat im Rahmen der ENP 16 Partnerstaaten, im Rahmen der Union für den Mittelmeerraum 16 Partnerstaaten und im Rahmen der Östlichen Partnerschaft sechs Partnerstaaten. (hier Abbildung 7, Seite 86)

Die Europäische Union kann deshalb als Hauptakteur zu Verbreitung und Stärkung des Prinzipienkatalogs und dadurch zu Konsolidierung der Prinzipiengemeinschaft massiv beitragen.

Der dritte Teil der Dissertation befasst sich mit der Frage des Wertetransfers. Unter anderem werden Aspekte der Europäisierung, die Frage der europäischen Identität sowie die nationalistischen Tendenzen in Europa näher behandelt. Das Beispiel Irlands 2008 und Tschechiens 2009, wo nationalstaatliche Interessen zur Verzögerung des Inkrafttretens des Reformvertrags geführt hatten, zeigt die Auswirkungen der nationalistischen Tendenzen auf den Integrationsprozess und auf die Prinzipiengemeinschaft.

In diesem Zusammenhang wird die vierte Hypothese gestellt:

Die nationalen Tendenzen und die Abgrenzungskultur würden der Umsetzung des Prinzipienkatalogs entgegenwirken, und dadurch das Konzept einer Prinzipiengemeinschaft schwächen.

4. Begründung der Verifikation der vierten Hypothese

Der Prozess des Werte- und Normentransfers, und dadurch der Prozess der Konsolidierung einer Prinzipiengemeinschaft, findet nicht im luftleeren Raum statt, sondern wird von den nationalstaatlichen Interessen umgeben. Der Druck der Interessenpolitik konnte oft die Übernahme von neuen Normen sowie die Beschließung neuer Gesetze verzögern. So haben

zum Beispiel Frankreich und Griechenland die Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten zwar im November 1950 unterzeichnet, aber erst 24 Jahre später, im Jahr 1974, ratifiziert. Ähnliches gilt für die vom tschechischen Präsidenten Vaclav Klaus bis Dezember 2009 hinausgezögerte Unterzeichnung des Reformvertrags und die Nichtratifikation der ESC 1996 in vielen Staaten der EU wie unter anderem in Deutschland, Spanien, Griechenland, Großbritannien, Polen und Österreich. Nationalstaatliche Interessen und ökonomische Überlegungen wirken bremsend auf die Konsolidierung einer Prinzipiengemeinschaft der Europäischen Union.

Die Positionierung nationalstaatlicher Interessen vor gesamteuropäischen Interessen wird gleichzeitig von einer Stärkung des Nationalismus und des Rechtspopulismus begleitet. Ein Phänomen, das sich auf die Entwicklung einer auf Gleichheit, Diskriminierungsverbot und Achtung der Menschenrechte aufgebauten Prinzipiengemeinschaft nur negativ auswirken kann.

Entscheidend für die Kontinuität der Drehung des Rades der Prinzipiengemeinschaft ist die genaue Zentralisierung der Achse. Eine Verschiebung des Zentrums würde die Stabilität der Bewegung negativ beeinflussen. (Schwungradeneffekt Seite 88f.)

Nationalstaatliche Tendenzen wirken wie die Verschiebung des Zentrums zu Gunsten eines Mitgliedstaates, was die Kontinuität des gesamten Integrationsprozesses gefährden würde.

Der vierte Teil der Dissertation befasst sich mit der Frage des Imperiums. Im Zentrum stand die Überlegung, ob die Ausdehnung der Europäischen Union den Besitzstand des Zentrums, also den Stand der demokratischen und politischen Errungenschaften gefährden würde. Das Beispiel Roms wurde vergegenwärtigt: eine Republik, die durch die Ausdehnung zur Monarchie wurde und als solche zu Grunde ging. In diesem Zusammenhang wurde die fünfte und letzte Hypothese der Dissertation gestellt:

Trotz Ausdehnung und Machtkonzentration der Europäischen Union, kann der Stand der Errungenschaften, vor allem der Demokratisierungsstand, durch die Befolgung von Ergänzungsstrategien, geschützt werden.

5. Begründung der Verifikation der fünften Hypothese

Im Zentrum stehen hier die Denkansätze des Kosmopolitismus von Ulrich Beck und Edgar Grande⁴⁹⁵. Grundsätzlich gehen die Autoren davon aus, dass von den drei Zukunftsszenarien (Zerfallsszenario, Stagnationsszenario und Kosmopolitisierungsszenario) nur das letzte

⁴⁹⁵ Ulrich Beck; Edgar Grande (2007): Das kosmopolitische Europa. Frankfurt am Main.

Szenario, das Überleben und die Kontinuität der Europäischen Union garantieren kann. (Seite 247ff)

Trotz Ausdehnung und Erweiterung kann das mögliche *Empire* demokratisch gesteuert werden:

- 1) Durch Einsetzung von Akzenten der Direktdemokratie wie europaweite Referenden kann die politische Partizipation der Unionsbürger maximiert werden. (Strategie der Intervention)
- 2) Mit der Strategie der Inklusion öffnet das Zentrum die Schranken zur Peripherie und trägt dadurch zur Demokratisierung der Nachbargesellschaften bei.
- 3) Durch die Ausdehnung des Empires vergrößert sich die Entfernung zwischen der politischen Macht und der Wählerschaft, was zur Schwächung der demokratischen Kontrolle führen wird. Mit der Strategie der Kontrolle kann das Defizit im Kontrollsystem beseitigt werden. Gleichzeitig wird die Konzentrierung der Macht im Zentrum durch die Vielfältigkeit der Institutionen kompensiert werden.
- 4) Die vierte Strategie, die Strategie der Anerkennung der Andersheit zielt vor allem auf die Abschaffung des Majorsverhältnisses im Parlamentarismus. Politische Entscheidungen sollen nach dem Konsensprinzip getroffen werden. Die Strategie zielt darauf ab, die Benachteiligung der Minderheiten im Parlament zu minimieren.

Die Strategie der Anerkennung der Andersheit ist sehr umstritten, weil sie unter anderem die scharfen Trennlinien zwischen den verschiedenen politischen Positionen ausradieren würde, was schlussendlich die Demokratie schwächen würde.

Fazit zur Prinzipiengemeinschaft der Europäischen Union

Die Friedenssicherung, die wirtschaftliche Integration und der Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten sind die Hauptmerkmale der europäischen Moderne nach 1945.

Die Reformfähigkeit der europäischen Staaten und die Bereitschaft zur Verwirklichung der Ziele der europäischen Moderne drückten sich auf die drei Ebenen aus:

- 1) Die Montanunion 1952 war unter anderem die technische Maßnahme, die einen neuen Krieg in Europa unmöglich machte. Die Helsinki-Akte 1975 entschärften den Ost-West-Konflikt und trugen zur Beendigung des Kalten Krieges bei.
- 2) Die Verträge der Europäischen Union ermöglichten einen offenen und grenzenlosen Markt. Das führte zur Positionierung der EU 27, als die stärkste Wirtschaftsmacht im internationalen System.

- 3) Der Europarat trug mit der EMRK zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten in Europa bei. Mit der Europäischen Sozialcharta (ESC) wurden Leitlinien zu einem gerechten europäischen Sozialsystem gesetzt. Diese Errungenschaft wurde mit der Charta der Grundrechte der Europäischen Union fortgesetzt.

Ein Hauptprodukt der europäischen Integration ist die Prinzipiengemeinschaft. Sie ist der Mehrwert in einem Prozess der Akkumulation der Normen und Prinzipien der europäischen Moderne seit 1945.

Die formalen Hauptfundamente einer Prinzipiengemeinschaft sind folgende:

- 1) Die durch Verträge und Konventionen entstandene gesamteuropäische Gemeinschaft.
- 2) Die formal schriftlich festgehaltenen, politischen und sozialen Prinzipien dieser Verträge und Konventionen.

Der Prinzipienkatalog ist ein Produkt der Konventionen und Verträge der gesamteuropäischen Gemeinschaft. Seine Leitlinien und Prinzipien wurden sowohl in den Kopenhagener Kriterien 1993 als auch in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union 2009 mehrmals zum Ausdruck gebracht. Die Europäische Union gilt hier als der Hauptträger des Prinzipienkatalogs der europäischen Moderne nach 1945. Auf das aufbauend stellen die Institutionen, Organe und Politikfelder der Europäischen Union eine Bühne dar, an welcher der Entwicklungsgrad einer Prinzipiengemeinschaft gemessen werden kann.

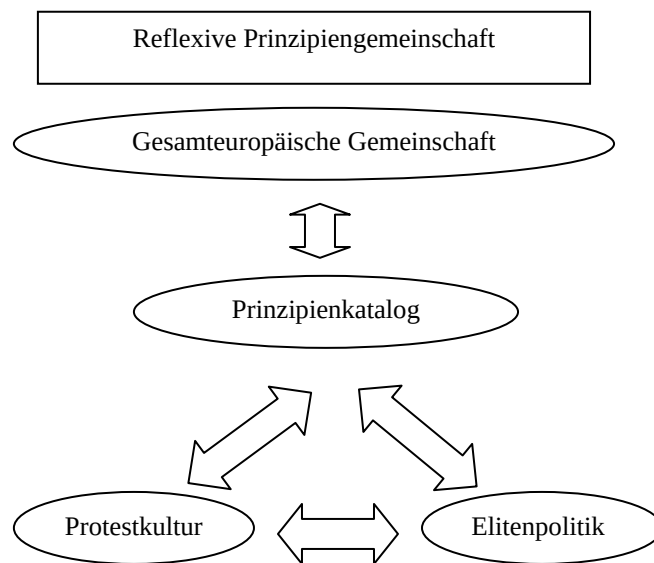
Die oben erwähnten zwei Fundamente ermöglichen nur die formale Existenz der Prinzipiengemeinschaft. Zur Wahrnehmung im täglichen Leben sind aber noch zwei weitere Fundamente nötig:

- 1) Das prinzipienorientierte politische Verhalten der Elite.
- 2) Die Sozialisierung des Prinzipienkatalogs.

Das politische Verhalten der Elite, sowohl auf nationalstaatlicher als auch auf europäischer Ebene, ist durch die Auseinandersetzung mit der Interessenspolitik geprägt und drückt sich oft erst unter Druck der Öffentlichkeit prinzipienorientiert aus.

Das zweite Fundament, die Sozialisierung des Prinzipienkatalogs, umfasst die reflexive Beziehung zwischen den formal vorhandenen politischen und sozialen Prinzipien einerseits, und den gesellschaftlichen Reaktionen auf deren Verletzung andererseits.

Abbildung 75



Quelle: Eigene Darstellung.

Alle vier Fundamente sind miteinander verbunden in einer reflexiven Beziehung:

- 1) Die europäischen Organisationen, Verträge und Konventionen liefern den Prinzipienkatalog.
- 2) Der Prinzipienkatalog soll das politische Verhalten der Elite dirigieren.
- 3) Eine auf Protestkultur gestützte politische Straße kontrolliert und prägt sowohl die nationalstaatliche als auch die europäische Politik.

Die Transformation der europäischen Gesellschaften nach 1945 wurde sowohl durch Reformen des Nationalstaates als auch durch den Austausch von Werten, Normen und Arbeitstechniken innerhalb der gesamteuropäischen Gemeinschaft geprägt.

Auf beiden Ebenen des Europäisierungsprozesses werden Werte und Normen ausgetauscht. Einerseits beeinflusst der Nationalstaat das politische Verhalten und die Umstrukturierung der Gemeinschaft, andererseits hat auch die Gemeinschaft zur Reformierung der politischen Verhältnisse und des Nationalrechts in den Mitgliedstaaten beigetragen.

Auf beiden Ebenen beobachten wir einen dynamischen Wandel in der politischen Kultur sowie eine konstant vertretene Interessengemeinschaft.

Dem gegenüber haben die Entwicklungen der postindustriellen Gesellschaften, vor allem in den Bereichen Kommunikation und Informationsaustausch, zur Stärkung einer relativ gut ausgebildeten und informierten Mittelschicht geführt, die kritisch und selbstbewusst nach

mehr Mitspracherecht und Mitbestimmung auf verschiedenen Ebenen der Politik verlangt. Der Einfluss dieser Schicht ist zunehmend. Sie ist ein Nebenprodukt des wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Wachstums. Der Versuch des Nationalstaates sie einzuschränken bedeutet, den Prozess der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Entwicklung zu bremsen, was schlussendlich den Staat schwächen würde. Deshalb kann angenommen werden, dass der Grad der Anwesenheit und des Einflusses dieser Gruppe in Zukunft eher zunehmen wird.

Sowohl der Grad der Errungenschaften im demokratischen als auch im wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Bereich machen eine Umkehrung fast unmöglich. Ein weiteres Argument für die Anwesenheit einer Prinzipiengemeinschaft, die in der Zukunft noch stärker sein und die Qualität der europäischen Moderne massiv prägen wird.

Parallel dazu trägt ein Prozess der Akkumulation der Normen, Leitlinien, Denk- und Arbeitsprinzipien zur schrittweisen Konsolidierung der Prinzipiengemeinschaft bei. Ein Schwungradeneffekt sorgt für die Kontinuität der Bewegung und wirkt dem Langsamwerden oder einem Ausstieg eines Mitgliedes aus der Gemeinschaft entgegen.

Ein besonderes Merkmal der europäischen Ausdehnung nach 1989 ist ihre Gewaltlosigkeit. Im Unterschied zu Imperien des 19. Jahrhunderts und zur jetzigen Militärkultur der USA wurden die Erweiterungen der Europäischen Union nicht durch militärischen Aktionen und Eroberungen, sondern durch wirtschaftliche Verträge und politische Reformen geprägt. Die Kopenhagener Kriterien setzten die Bedingungen zur Aufnahme der neuen Mitgliedstaaten fest.

Auch die moderate Bindung des europäischen Zentrums an die Peripherie wird durch Willigkeit und Bereitschaft der neuen Mitgliedstaaten zu Integration gekennzeichnet. Das schärft die Trennlinien zwischen Formen der europäischen Imperienbildung im 21. Jahrhundert zu Imperien des 19. Jahrhunderts.

Eine demokratische und auf Prinzipien der Gleichheit, Freiheit, Solidarität und Achtung der Menschenrechte gestützte Europäische Union kann dem Schicksal Roms (eine Republik, die durch die Ausdehnung zur Monarchie wurde und als solche zu Grunde ging) entgehen.

Anders formuliert: Die Prinzipiengemeinschaft ist der Hauptgarant zur Entwicklung, Erweiterung und Kontinuität der Europäischen Union.

Quellen

- Allawi, Ali (2007): *The Occupation of Iraq. Winning the War, losing the Peace*, London.
- Atlas der Globalisierung (2010): *Sehen und verstehen was die Welt bewegt*, Le Monde diplomatique, Paris.
- Atlas der Globalisierung Spezial, Klima (2010): *Le Monde diplomatique*, Paris.
- Beck, Ulrich; Grande, Edgar (2007): *Das kosmopolitische Europa*, Frankfurt am Main.
- Beck, Ulrich (2004): *Der kosmopolitische Blick, oder: Krieg ist Frieden*, Frankfurt am Main.
- Beyme, Klaus von (1991): *Theorie der Politik im 20. Jahrhundert- Von der Moderne zur Postmoderne*, Frankfurt am Main.
- Bierling, Stephan (2010): *Geschichte des Irakkriegs – Der Sturz Saddams und Amerikas Albtraum im Mittleren Osten*, München.
- Blake, Robert (1980): *Disraeli*, Frankfurt.
- Blix, Hans (2004): *Mission Irak – Wahrheit und Lügen*, München.
- Brandstetter, Gerfried (1996): *Chronologisches Lexikon der europäischen Integration 1945-1995*, Wien.
- Brandstetter, Gerfried (1999): *Die Westeuropäische Union: Einführung und Dokumente*, Wien.
- Brodocz, André; Schaal, Gary S. (Hg.) (2009a): *politische Theorien der Gegenwart I*, 3. Auflage, Wien.
- Brodocz, André; Schaal, Gary S. (Hg.) (2009b): *politische Theorien der Gegenwart II*, 3. Auflage, Wien.
- Busch, Klaus (2001): *Politikwissenschaftliche Integrationstheorien in Interaktion: Der synoptische Ansatz II*. In: Loth, Wilfried; Wessels, Wolfgang (Hgg.) (2001): *Theorien europäischer Integration*, Opladen.
- Cremeans, Charles (1963): *The Arabs and the World*, London.
- Debiel, Tobias (Hgg.) (2010): *Globale Trends 2010 – Frieden, Entwicklung, Umwelt*, Frankfurt am Main.
- Eckert, Andreas (2006): *Kolonialismus*, Frankfurt am Main.
- Eder, klaus (2001): *Integration through culture? The paradox of the search for a European identity*. In: Eder & Giesen (eds): *European Citizenship*, Oxford.
- Fukuyama, Francis (1992): *The End of History and the Last Man*, New York.
- Gärtner Heinz (2009): *Obama – Weltmacht auf neuen Wegen*, Wien.

- Gottweis, Herbert (1997): Neue soziale Bewegungen in Österreich. In: Dachs, Gerlich, Gottweis (Hgg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs - Die Zweite Republik, 3. Auflage, Wien.
- Haas, Ernst (1958): The Uniting of Europe, Political, Social and Economical Forces 1950-1957, London.
- Hauser, Gunther (2008): Das europäische Sicherheits- und Verteidigungssystem und seine Akteure, Wien.
- Heikal, Mohamed (1992): Der Golfkrieg (arabische Auflage), Kairo.
- Heikal, Mohamed (1992): Illusions of Triumph, an Arab view of the Golf War, London.
- Herz, Dietmar (1999): Die Europäische Union, Politik, Recht, Wirtschaft, Frankfurt am Main.
- Höffe, Otfried (2000): Pflichteuropa und Wahleuropa. Zwei Gesellschaftsverträge. In: Die Union – Vierteljahresschrift für Integrationsfragen, hg. von der Europäischen Kommission, Vertretung in Österreich, (2000/1).
- Holtz, Uwe (Hg.) (2000): 50 Jahre Europarat, (Schriften des Zentrums für Europäische Integrationsforschung, Bd. 17), Baden-Baden.
- Huntington, Samuel (2002): Kampf der Kulturen – Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, Wien.
- Inglehart, Ronald (1977): The Silent Revolution – Changing Values and Political Styles Among Western Publics, New Jersey.
- Inglehart, Ronald (1997): Vergleichende Wertewandelforschung. In: Bergschlosser, Dirk: Vergleichende Politikwissenschaft, Opladen.
- Inglehart, Ronald (1998): Modernisierung und Postmodernisierung – Kultureller, wirtschaftlicher und politischer Wandel in 43 Gesellschaften, Frankfurt am Main.
- Inglehart, Ronald; Welzel, Christian (2005): Modernization, Cultural Change, and Democracy – The Human development Sequence, New York.
- Jachtenfuchs, Markus; Kohler-Koch, Beate (Hgg.) (1996): Europäische Integration, Opladen.
- Jachtenfuchs, Markus; Kohler-Koch, Beate (Hgg.) (2003): Europäische Integration, 2. Auflage, Opladen.
- Judt, Tony (2009): Geschichte Europas – von 1945 bis zur Gegenwart, Frankfurt am Main.
- Kaiser, André (2009): Die politische Theorie des Neo-Institutionalismus: James March und Johan Olsen. In: Brodocz, André; Schaal, Gary S. (Hgg.) (2009): politische Theorien der Gegenwart II, 3. Auflage, Wien.
- Keller, Horst (1999): Werte statt Grenzen, Der Europarat – Wegbereiter und Vordenker, Rheinbreitbach.

- Kennedy, Paul (1989): Aufstieg und Fall der großen Mächte, Frankfurt am Main.
- Kennedy, Paul (1997): In Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert, Frankfurt am Main.
- Keohane, Robert; Nye, Joseph (1977): Power and Interdependence, World Politics in Transition, Boston – Toronto.
- Kinder, Hermann (Hgg.) (2008): dtv-Atlas Weltgeschichte - von den Anfängen bis zur Gegenwart, München.
- Klages, Helmut (Hgg.) (1992): Werte und Wandel - Ergebnisse und Methoden einer Forschungstradition, Frankfurt.
- Klages, Helmut (2002): Der blockierte Mensch – Zukunftsaufgaben gesellschaftlicher und organisatorischer Gestaltung, Frankfurt.
- Klein, Ansgar (Hgg.) (1999): Neue soziale Bewegungen, Impulse, Bilanzen und Perspektiven, Opladen/Wiesbaden.
- Klein, Ansgar (2001): Der Diskurs der Zivilgesellschaft, Opladen.
- Klein, Ansgar (Hgg.) (2007): NGOs im Spannungsfeld von Krisenprävention und Sicherheitspolitik, Wiesbaden.
- Köck / Hintersteiner (Hg.) (2000): Europa als Sicherheits- und Wertegemeinschaft, Überlegungen aus universeller, regionaler und nationaler Perspektive, Wien.
- Kohler-Koch, Beate; Eising, Rainer (Hgg.) (2005): Interessenpolitik in Europa, Baden-Baden.
- Kopeinig, Margaretha; Petritsch, Wolfgang (2010): Die europäische Chance, Neustart nach der Krise, Wien.
- Lang, Gudrun; Strohmer, Michael (Hgg.) (2002): Europa der Grundrechte – Beiträge zur Grundrechtecharta der Europäischen Union, Bonn.
- Liebhart, Karin; Pribersky, Andreas (2001): Wir sind Europa - Österreich und seine Nachbarn am „Goldenen Vorhang“. In: Karlhofer / Melchior/ Sickinger (Hgg.), Anlassfall Österreich - Die Europäische Union auf dem Weg zu einer Wertegemeinschaft, Baden - Baden.
- Loth, Wilfried (1998): Helsinki, 1. August 1975, Entspannung und Abrüstung, München.
- Loth, Wilfried; Wessels, Wolfgang (Hgg.) (2001): Theorien europäischer Integration, Opladen.
- Lotter, Christoph (1997): Die Parlamentarische Versammlung der Westeuropäischen Union: Demokratische Kontrolle europäischer Sicherheitspolitik, Baden-Baden.
- Louis, William Roger (1984): The British Empire in the Middle East 1945-1951, Oxford.
- Meier, Thomas (1998): Die Reagan-Doktrin, die Feindbilder, die Freundbilder, Bern.

- Melchior, Josef (2001): Die europäische Wertegemeinschaft zwischen Rhetorik und Realität, in: Karlhofer/Melchior/Sickinger (Hgg.), Anlassfall Österreich - Die Europäische Union auf dem Weg zu einer Wertegemeinschaft, Baden - Baden.
- Michalski, Krzysztof (2000): Politik und Werte, in: Die Union – Vierteljahreszeitschrift für Integrationsfragen, hg. von der Europäischen Kommission, Vertretung in Österreich, 2000/1.
- Mouffe, Chantal (2007): Über das Politische, Wider die kosmopolitische Illusion, Frankfurt am Main.
- Münkler, Herfried (2007): Imperien - Die Logik der Weltherrschaft – vom alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten, Reinbek bei Hamburg.
- Neisser, Heinrich (2000): Der Schutz der Menschenrechte in der Europäischen Union. In: Die Union – Vierteljahreszeitschrift für Integrationsfragen, hg. von der Europäischen Kommission, Vertretung in Österreich, (2000/1).
- Nohlen/Nuschler (Hgg.)(1993): Handbuch der Dritten Welt, Der Nahe Osten, Bonn.
- Nohlen, Dieter (Hg.)(1998): Wörterbuch Staat und Politik, München, Zürich.
- Olsen, Johan (2002): The many faces of Europeanization. In: Journal of Common Market Studies, 2002, 40 (5): 920-952.
- Osterhammel, Jürgen (2009): Kolonialismus- Geschichte, Formen, Folgen, München.
- Pfetsch, Frank (2005 a): Die Europäische Union. Eine Einführung, München.
- Pfetsch, Frank (2005 b): Die Europäische Union. Geschichte, Institutionen, Prozesse. 3. Auflage, München.
- Pöllinger, Sigrid (2000): Der Beitrag der KSZE/OSZE zu einem europäischen Sicherheitssystem, in: Köck / Hintersteininger (Hgg.) (2000): Europa als Sicherheits- und Wertegemeinschaft, Überlegungen aus universeller, regionaler und nationaler Perspektive, Wien.
- Schermann, Karin; Stimmer, Gernot; Thöndl, Michael (2007): Die Europäische Union, Institutionen - Verfahren - Akteure, Wien.
- Schieder, Siegfried; Spindler, Manuela (Hgg.) (2003): Theorien der Internationalen Beziehungen, 1. Auflage, Opladen.
- Schieder, Siegfried; Spindler, Manuela (Hgg.) (2006): Theorien der Internationalen Beziehungen, 2. Auflage, Opladen.
- Schneider, Heinrich (2000): Die Europäische Union als Wertegemeinschaft auf der Suche nach sich selbst. In: Die Union – Vierteljahreszeitschrift für Integrationsfragen, hg. von der Europäischen Kommission, Vertretung in Österreich, (2000/1).

Schneider, Heinrich (2000): Österreich in Acht und Bann – ein Schritt zur politisch integrierten „Wertegemeinschaft“, in: Integration, Vierteljahreszeitschrift des Instituts für Europäische Politik in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Europäische Integration, 23.Jg. April 2000.

Schmitt, Carl (1967): Die Tyrannei der Werte, in: Säkularisation und Utopie, Erbacher Studien, Stuttgart.

Schöllgen, Gregor (1994): Das Zeitalter des Imperialismus, München.

Scholl-Latour, Peter (2009): Der Weg in den neuen Kalten Krieg, München.

Schuppert, Gunnar Folke (Hg.) (2005): Europawissenschaft, Baden-Baden.

Vatikiotis, P.J. (1991): History of Modern Egypt, London.

Vierecke, Andreas (Hgg.) (2010): dtv-Atlas, Politik, München.

Vocelka, Karl (2010): Geschichte der Neuzeit 1500- 1918, Wien, Köln, Weimar.

Wessels, Wolfgang (2008): Das politische System der Europäischen Union, Wiesbaden.

Stiglitz, Joseph; Bilmes, Linda (2008): The Three Trillion Dollar War: The True Cost of the Iraq Conflict, New York.

Weiterführende Literatur

Algieri, Franco (2010): Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Wien.

Becker, Maren (Hgg.) (2007): Globalisierung und Global Governance, Paderborn.

Bieling, Hans-Jürgen; Lerch, Marika (Hgg.) (2005): Theorien der europäischen Integration, Wiesbaden.

Briody, Dan (2003): The Iron Triangle – Inside the Secret world of the Carlyle Group, New Jersey

Chomsky, Noam (2003): Hegemony or Survival – America´s Quest for Global Dominance, New York.

Chomsky, Noam (2004): Eine Anatomie der Macht, der Chomsky-Reader, Hamburg.

Faber, Anne (2005): Europäische Integration und politikwissenschaftliche Theoriebildung, Neofunktionalismus und Intergouvernementalismus in der Analyse, Wiesbaden.

Hobsbawm, Eric (2009): Globalisierung, Demokratie und Terrorismus, München.

Khanna, Parag (2009): Der Kampf um die Zweite Welt – Imperien und Einfluss in der neuen Weltordnung, Berlin.

Krell, Gert (2000): Weltbilder und Weltordnung, Einführung in die Theorie der internationalen Beziehungen, Baden-Baden.

Maalouf, Amin (2000): Mörderische Identitäten, Frankfurt am Main.

Mayring, Philipp (1996): Einführung in die qualitative Sozialforschung, 3. überarbeitete Auflage, Weinheim.

Moebius, Stephan; Quadflieg, Dirk (Hgg.) (2006): Kultur. Theorien der Gegenwart, Wiesbaden.

Parsons, Talcott (1969): Politics and Social Structure, New York.

Randeria, Shalini (Hgg.) (2009): Vom Imperialismus zum Empire, Frankfurt am Main.

Sen, Amartya (2010): Die Identitätsfalle, Warum es keinen Krieg der Kulturen gibt, München.

Thiemeyer, Guido (2010): Europäische Integration, Wien.

Wisnewski, Gerhard (2010): Drahtzieher der Macht, München.

Internetquellen

Asseburg, Muriel (2005): Barcelona Plus 10 - gescheiterter Aufbruch in der Euromediterranen Partnerschaft. Stiftung Wissenschaft und Politik- SWP Aktuell 57, Dez. 2005. Online in: >http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=2642< Zugriff 15. 1. 2010.

Charta (1990): Charta von Paris für ein neues Europa. Treffen der Staats- und Regierungschefs, der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), 19. bis 21. November 1990 in Paris Online in: ><http://www.menschenrechtsbuero.de/pdf/paris90g.pdf>< Zugriff 15. 1. 2010.

Charta (2000): Charta der Grundrechte der Europäischen Union, Dokument (2000 /C 364/01), Nizza 7. 12. 2000. Online in: > http://www.europarl.europa.eu/charter/pdf/text_de.pdf< Zugriff 15. 1. 2010.

Charta (2007): Charta der Grundrechte der Europäischen Union, Dokument (2007/C 303/01), Amtsblatt der Europäischen Union 14. 12. 2007. Online in: ><http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2007:303:0001:0016:DE:PDF>< Zugriff 15. 2. 2010.

ESC (1996): Europäische Sozialcharta (revidiert), Straßburg 3. 5. 1996. Online in: ><http://conventions.coe.int/Treaty/ger/Treaties/Html/163.htm>< Zugriff 15. 2. 2010.

EG (1996): Verordnung (EG) Nr. 1488/96 des Rates vom 23. Juli 1996 über finanzielle und technische Begleitmaßnahmen (MEDA) zur Reform der wirtschaftlichen und sozialen Strukturen im Rahmen der Partnerschaft Europa-Mittelmeer. Amtsblatt Nr. L 189 vom 30/07/1996 S. 0001 – 0009. Online in:

><http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:31996R1488:DE:HTML><
Zugriff 15. 11. 2009.

EG (2006): Verordnung (EG) Nr. 1638/2006 Des europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 2006 zur Festlegung allgemeiner Bestimmungen zur Schaffung eines

Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstruments. Online in:

>http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/oj_l310_de.pdf,< Zugriff 15. 12. 2009.

ER (2000): Schlussfolgerungen des Vorsitzes. Europäischer Rat (Nizza) 7. bis 9. Dezember 2000. Online in: >http://www.europarl.europa.eu/summits/nice1_de.htm< Zugriff 15. 11. 2009.

ER (2008): Anlage I zur Schlussfolgerungen des Vorsitzes nach der Tagung des Europäischen Rates vom 13. und 14. März 2008 in Brüssel. Dokument 7652/08 des Rates.

Online

in:>http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/99429.pdf,<
Zugriff 17. 12. 2009.

Euromed (2008 a): Joint Declaration of the Paris Summit for the Mediterranean Paris, 13. July 2008. Online in:

>http://www.ue2008.fr/webdav/site/PFUE/shared/import/07/0713_declaration_de_paris/Joint_declaration_of_the_Paris_summit_for_the_Mediterranean-EN.pdf< Zugriff 15. 12. 2009.

Euromed (2008 b): Schlussfolgerung nach der Tagung der Außenminister der Mittelmeerunion in Marseille 3. und 4. November 2008. Online in:

>http://ue2008.fr/webdav/site/PFUE/shared/import/1103_ministerielle_Euromed/Final_State_ment_Mediterranean_Union_EN.pdf< Zugriff 15. 12. 2009.

Einhäuser, Barbara (2005): Wie nutzt Europa die Reflexionsphase? - Eine erste Bilanz seit dem Gipfeltreffen im Juni 2005. Konrad Adenauer Stiftung, Europabüro, Brüssel.

Online in: >http://www.kas.de/wf/doc/kas_7420-544-1-30.pdf< Zugriff 15. 10. 2009.

Fischer, Joschka (1999): aus seiner Rede als deutsche Außenminister am 21. 1. 1999 vor dem NATO Rat. Online in: ><http://www.friedenskooperative.de/ff/ff99/2-22.htm#anfang>,<
Zugriff 15. 10. 2009.

Jacobs, Andreas; Mattes, Hanspeter (Hrsg.) (2005): Un-politische Partnerschaft, Eine Bilanz politischer Reformen in Nordafrika / Nahost nach zehn Jahren Barcelonaprozess, Eine Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Orient-Institut. Online in: >http://www.kas.de/wf/doc/kas_7520-544-1-30.pdf< Zugriff 16. 12. 2009.

KOM (2003) 104 endgültig, Brüssel, den 11.3.2003. Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament, Größeres Europa - Nachbarschaft: Ein neuer Rahmen für die Beziehungen der EU zu ihren östlichen und südlichen Nachbarn. Online in:

><http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2003:0104:FIN:DE:PDF><
Zugriff 15. 11. 2009.

KOM (2003) 393 endgültig, Brüssel, den 1. 7. 2003: Mitteilung der Kommission, Schaffung der Voraussetzungen für ein neues Nachbarschaftsinstrument. Online in:

>http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docoffic/official/communic/wider/wider_de.pdf
< Zugriff 15. 1. 2010.

KOM (2004) 373 endgültig, Brüssel, den 12. 5. 2004: Mitteilung der Kommission, Europäische Nachbarschaftspolitik, Strategiepapier. Online in:

>http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/strategy/strategy_paper_de.pdf< Zugriff 17. 1. 2010.

KOM (2006) 724 endgültig, Brüssel, den 4.12.2006: Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament über das allgemeine Konzept zur Ermöglichung einer Beteiligung von ENP Partnerstaaten an Gemeinschaftsagenturen und –Programmen. Online in: >http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/com06_724_de.pdf< Zugriff 15. 1. 2010.

KOM (2006) 726 endgültig, Brüssel, den 4.12.2006: Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament über die Stärkung der europäischen Nachbarschaftspolitik. Online in: >http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/com06_726_de.pdf< Zugriff 12. 1. 2010.

KOM (2008) 139 endgültig, Brüssel den 20. 5. 2008: Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament über den Barcelona- Prozess- Union für den Mittelmeerraum. Hier in Englisch, COM(2008) 319 (Final). Online in:

><http://www.cremo.edu.gr/Union%20for%20the%20Mediterranean%20Barcelona%20Process.pdf>.< Zugriff 10. 1. 2010.

KOM (2009) 188, Brüssel den 23.4.2009: Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat, Umsetzung der Europäischen Nachbarschaftspolitik im Jahr 2008.

Online in: >http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/progress2009/com09_188_de.pdf.< Zugriff 2. 4. 2010.

Konvention (2003): Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten in der Fassung des Protokolls Nr. 11 samt Zusatzprotokoll und Protokolle Nr. 4, 6, 7, 12 und 13, Kanzlei des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, September 2003.

Online in: ><http://www.echr.coe.int/NR/rdonlyres/F45A65CD-38BE-4FF7-8284-EE6C2BE36FB7/0/GermanAllemand.pdf>.< Zugriff 2. 5. 2010.

Marshall, George C. (1947): Marshall beschreibt die Ziele des ERP (the Economic Recovery Plan) am 5. Juni 1947. Online in: ><http://www.u-s-history.com/pages/h1852.html>< Zugriff 10. 11. 2009.

Medelci (2008): Der algerische Außenminister in einem Interview mit Le Matin (Maroc) am 10.07.2008. Online in: ><http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/57294>< Zugriff 15. 12. 2009.

Perthes, Volker (2004): Europa und Amerikas „Greater Middle East“ , SWP-Aktuell 5, Februar 2004. Online in: >http://www.swpberlin.org/common/get_document.php?asset_id=953< Zugriff 15. 12. 2009.

Pfeifer, Antje; Russ, Markus (2008): Politischer Bericht aus Brüssel 15. Juli 2008, „Barcelona-Prozess: Union für das Mittelmeer– eine neue französische Idee oder ein europäischer Rettungsversuch des Barcelona Prozesses“ Hanns Seidel Stiftung, Brüssel. Online in: >http://www.hss.de/uploads/tx_ddceventsbrowser/080715_PB_Barcelona-Prozess.pdf< Zugriff 12. 12. 2009.

Philipp, Peter (2005): Zehn Jahre euro-mediterrane Partnerschaft, Bescheidenheit auf ganzer Linie, Deutsche Welle/ DW- World.de 2005. Online in: >http://www.qantara.de/webcom/show_article.php/_c-468/_nr-444/i.html< zugriff 10. 1. 2010.

Schäfer, Isabel (2005): Zehn Jahre Barcelona-Prozess - Eine gemischte Bilanz, Qantara.de 2005. Online in: >http://de.qantara.de/webcom/show_article.php/_c-468/_nr-437/i.html< Zugriff 5. 1. 2010.

Schäfer, Isabel (2007): Die EU und Ägypten, Stabilität oder Demokratisierung? Online in: >http://de.qantara.de/webcom/show_article.php/_c-494/_nr-39/i.html< Zugriff 15. 12. 2009.

Schneider, Jörg (2008): Von der euro- mediterranen Partnerschaft zur Mittelmeerunion, in: Wissenschaftliche Dienste Nr.05/08 von 25. Jänner 2008, Deutscher Bundestag, Berlin. Online: ><http://www.bundestag.de/dokumente/analysen/2008/Mittelmeerunion.pdf>< Zugriff 15. 12. 2009.

Schmitter, Philippe C. (2005): Neo- Neo- Functionalism, European University Institute. In: Wiener, Antje, Diez, Thomas [eds.]: European integration theory, Oxford. Online in: ><http://www.eui.eu/Import/SPS/People/Faculty/CurrentProfessors/PDFFiles/SchmitterPDFfiles/NeoNeoFunctionalismRev.pdf>< Zugriff 15. 9. 2009.

Schwarzer, Daniela; Werenfels Isabelle (2008): Formelkompromiss ums Mittelmeer, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) – Aktuell 24. April 2008. Online: > http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=4849< Zugriff 12. 12. 2009.

Steinmeier, Frank Walter (2008): Interview mit dem deutschen Außenminister Steinmeier in der ägyptischen Tageszeitung al –ahram am 23.04. 2008. Online: ><http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Infoservice/Presse/Interviews/2008/080423-BM-alAhram.html>< zugriff 12. 12 2009.

Wessels, Wolfgang (2001): Jean Monnet – Mensch und Methode, Überschätzt und Überholt? Wien. Online: >http://www.ihs.ac.at/publications/pol/pw_74.pdf.< Zugriff 10.12. 2009.

Links

Internetseite der OECD: ><http://www.oecd.org/><

Internetseite der NATO: ><http://www.nato.int/><

Internetseite der WEU: ><http://www.weu.int/><

Internetseite des Europarats: ><http://conventions.coe.int/><

Internetseite der OSCE: ><http://www.osce.org/><

Internetseite der ENP: > <http://ec.europa.eu/world/enp/><

Internetseite der EuroMed: ><http://eeas.europa.eu/euromed/><

Internetseite der östlichen Partnerschaft: ><http://eeas.europa.eu/eastern/><

Internetseite des Europäischen Parlaments: ><http://www.europarl.europa.eu/de/><

Internetseite der Europäischen Kommission: ><http://ec.europa.eu/><

Internetseite des Rates der EU: ><http://www.consilium.europa.eu/><

Anhang:

Anhang 1	Die EMRK 1950
Anhang 2	Die Sozialcharta 1961
Anhang 3	Die Sozialcharta 1996
Anhang 4	Der Europarat, die OSZE und die EU 27
Anhang 5	Die Zeit zwischen Unterzeichnung und Ratifikation der EMRK und ESC
Anhang 6	Mitglieder der OSZE, EU 27 und der NATO 2010
Anhang 7	Militärische Einsätze der Vereinigten Staaten von Amerika 1945 bis 1989
Anhang 8	Militärische Einsätze der Vereinigten Staaten von Amerika 1990 bis 1999
Anhang 9	Außenhandel der EU 27 2005-2009
Anhang 10	Außenhandel in Vergleich 2005-2009

Abkürzungsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis

Abstrakt

Abstract

Lebenslauf

Anhang 1

Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten

Staaten	Unterzeichnung	Ratifizierung	Inkrafttreten
Albanien	13/7/1995	2/10/1996	2/10/1996
Andorra	10/11/1994	22/1/1996	22/1/1996
Armenien	25/1/2001	26/4/2002	26/4/2002
Aserbaidshan	25/1/2001	15/4/2002	15/4/2002
Belgien	4/11/1950	14/6/1955	14/6/1955
Bosnien und Herzegowina	24/4/2002	12/7/2002	12/7/2002
Bulgarien	7/5/1992	7/9/1992	7/9/1992
Dänemark	4/11/1950	13/4/1953	3/9/1953
Deutschland	4/11/1950	5/12/1952	3/9/1953
Mazedonien	9/11/1995	10/4/1997	10/4/1997
Estland	14/5/1993	16/4/1996	16/4/1996
Finnland	5/5/1989	10/5/1990	10/5/1990
Frankreich	4/11/1950	3/5/1974	3/5/1974
Georgien	27/4/1999	20/5/1999	20/5/1999
Griechenland	28/11/1950	28/11/1974	28/11/1974
Irland	4/11/1950	25/2/1953	3/9/1953
Island	4/11/1950	29/6/1953	3/9/1953
Italien	4/11/1950	26/10/1955	26/10/1955
Kroatien	6/11/1996	5/11/1997	5/11/1997
Lettland	10/2/1995	27/6/1997	27/6/1997
Liechtenstein	23/11/1978	8/9/1982	8/9/1982
Litauen	14/5/1993	20/6/1995	20/6/1995
Luxemburg	4/11/1950	3/9/1953	3/9/1953
Malta	12/12/1966	23/1/1967	23/1/1967
Moldau	13/7/1995	12/9/1997	12/9/1997
Monaco	5/10/2004	30/11/2005	30/11/2005
Montenegro	3/4/2003	3/3/2004	6/6/2006
Niederlande	4/11/1950	31/8/1954	31/8/1954
Norwegen	4/11/1950	15/1/1952	3/9/1953
Österreich	13/12/1957	3/9/1958	3/9/1958
Polen	26/11/1991	19/1/1993	19/1/1993
Portugal	22/9/1976	9/11/1978	9/11/1978
Rumänien	7/10/1993	20/6/1994	20/6/1994
Russland	28/2/1996	5/5/1998	5/5/1998

San Marino	16/11/1988	22/3/1989	22/3/1989
Schweden	28/11/1950	4/2/1952	3/9/1953
Schweiz	21/12/1972	28/11/1974	28/11/1974
Serbien	3/4/2003	3/3/2004	3/3/2004
Slowakei	21/2/1991	18/3/1992	1/1/1993
Slowenien	14/5/1993	28/6/1994	28/6/1994
Spanien	24/11/1977	4/10/1979	4/10/1979
Tschechische Republik	21/2/1991	18/3/1992	1/1/1993
Türkei	4/11/1950	18/5/1954	18/5/1954
Ukraine	9/11/1995	11/9/1997	11/9/1997
Ungarn	6/11/1990	5/11/1992	5/11/1992
Vereinigtes Königreich	4/11/1950	8/3/1951	3/9/1953
Zypern	16/12/1961	6/10/1962	6/10/1962
Staaten	Unterzeichnung	Ratifizierung	Inkrafttreten

Gesamtzahl der Unterzeichnungen ohne Ratifikation :	
Gesamtzahl der Ratifikationen/Beitritte:	47
Quelle : Vertragsbüro auf http://conventions.coe.int	

Anhang 2

Europäische Sozialcharta (1961)

Staaten	Unterzeichnung	Ratifizierung	Inkrafttreten	Hinw.
Albanien				52
Andorra				52
Armenien				52
Aserbaidshjan				52
Belgien	18/10/1961	16/10/1990	15/11/1990	52
Bosnien und Herzegowina				52
Bulgarien				52
Dänemark	18/10/1961	3/3/1965	2/4/1965	51
Deutschland	18/10/1961	27/1/1965	26/2/1965	51
Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien	5/5/1998	31/3/2005	30/4/2005	51
Estland				52
Finnland	9/2/1990	29/4/1991	29/5/1991	52
Frankreich	18/10/1961	9/3/1973	8/4/1973	52
Georgien				52
Griechenland	18/10/1961	6/6/1984	6/7/1984	51
Irland	18/10/1961	7/10/1964	26/2/1965	52
Island	15/1/1976	15/1/1976	14/2/1976	51
Italien	18/10/1961	22/10/1965	21/11/1965	52
Kroatien	8/3/1999	26/2/2003	28/3/2003	51
Lettland	29/5/1997	31/1/2002	2/3/2002	51
Liechtenstein	9/10/1991			
Litauen				52
Luxemburg	18/10/1961	10/10/1991	9/11/1991	51
Malta	26/5/1988	4/10/1988	3/11/1988	52
Moldau				52
Monaco				52
Montenegro				51
Niederlande	18/10/1961	22/4/1980	22/5/1980	52
Norwegen	18/10/1961	26/10/1962	26/2/1965	52
Österreich	22/7/1963	29/10/1969	28/11/1969	51
Polen	26/11/1991	25/6/1997	25/7/1997	51
Portugal	1/6/1982	30/9/1991	30/10/1991	52
Rumänien	4/10/1994			52
Russland				52

San Marino				51
Schweden	18/10/1961	17/12/1962	26/2/1965	52
Schweiz	6/5/1976			
Serbien				52
Slowakei	27/5/1992	22/6/1998	21/7/1998	52
Slowenien	11/10/1997			52
Spanien	27/4/1978	6/5/1980	5/6/1980	51
Tschechische Republik	27/5/1992	3/11/1999	3/12/1999	51
Türkei	18/10/1961	24/11/1989	24/12/1989	52
Ukraine	2/5/1996			52
Ungarn	13/12/1991	8/7/1999	7/8/1999	52
Vereinigtes Königreich	18/10/1961	11/7/1962	26/2/1965	51
Zypern	22/5/1967	7/3/1968	6/4/1968	52

Gesamtzahl der Unterzeichnungen ohne Ratifikation :	5
Gesamtzahl der Ratifikationen/Beitritte:	27

Hinweise:

(51) Unterzeichnerstaat der Europäischen Sozialcharta (revidiert) (SEV 163)

(52) Vertragspartei der Europäischen Sozialcharta (revidiert) (SEV 163).

Quelle : Vertragsbüro auf <http://conventions.coe.int>

Anhang 3**Europäische Sozialcharta (revidiert) (1996)**

Staaten	Unterzeichnung	Ratifizierung	Inkrafttreten
Albanien	21/9/1998	14/11/2002	1/1/2003
Andorra	4/11/2000	12/11/2004	1/1/2005
Armenien	18/10/2001	21/1/2004	1/3/2004
Aserbaidshan	18/10/2001	2/9/2004	1/11/2004
Belgien	3/5/1996	2/3/2004	1/5/2004
Bosnien und Herzegowina	11/5/2004	7/10/2008	1/12/2008
Bulgarien	21/9/1998	7/6/2000	1/8/2000
Dänemark	3/5/1996		
Deutschland	29/6/2007		
Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien	27/5/2009		
Estland	4/5/1998	11/9/2000	1/11/2000
Finnland	3/5/1996	21/6/2002	1/8/2002
Frankreich	3/5/1996	7/5/1999	1/7/1999
Georgien	30/6/2000	22/8/2005	1/10/2005
Griechenland	3/5/1996		
Irland	4/11/2000	4/11/2000	1/1/2001
Island	4/11/1998		
Italien	3/5/1996	5/7/1999	1/9/1999
Kroatien	6/11/2009		
Lettland	29/5/2007		
Liechtenstein			
Litauen	8/9/1997	29/6/2001	1/8/2001
Luxemburg	11/2/1998		
Malta	27/7/2005	27/7/2005	1/9/2005
Moldau	3/11/1998	8/11/2001	1/1/2002
Monaco	5/10/2004		
Montenegro	22/3/2005	3/3/2010	1/5/2010
Niederlande	23/1/2004	3/5/2006	1/7/2006
Norwegen	7/5/2001	7/5/2001	1/7/2001
Österreich	7/5/1999		
Polen	25/10/2005		
Portugal	3/5/1996	30/5/2002	1/7/2002
Rumänien	14/5/1997	7/5/1999	1/7/1999
Russland	14/9/2000	16/10/2009	1/12/2009

San Marino	18/10/2001		
Schweden	3/5/1996	29/5/1998	1/7/1999
Schweiz			
Serbien	22/3/2005	14/9/2009	1/11/2009
Slowakei	18/11/1999	23/4/2009	1/6/2009
Slowenien	11/10/1997	7/5/1999	1/7/1999
Spanien	23/10/2000		
Tschechische Republik	4/11/2000		
Türkei	6/10/2004	27/6/2007	1/8/2007
Ukraine	7/5/1999	21/12/2006	1/2/2007
Ungarn	7/10/2004	20/4/2009	1/6/2009
Vereinigtes Königreich	7/11/1997		
Zypern	3/5/1996	27/9/2000	1/11/2000

Gesamtzahl der Unterzeichnungen ohne Ratifikation :	15
Gesamtzahl der Ratifikationen/Beitritte:	30

Quelle : Vertragsbüro auf <http://conventions.coe.int>

Anhang 4

Der Europarat, die OSZE und die EU 27			
Staaten	ER	OSZE	EU 27
Albanien	1	1	
Andorra	1	1	
Armenien	1	1	
Aserbaidtschan	1	1	
Belgien	1	1	1
Bosnien- Herzegowina	1	1	
Bulgarien	1	1	1
Dänemark	1	1	1
Deutschland	1	1	1
Estland	1	1	1
Finnland	1	1	1
Frankreich	1	1	1
Georgien	1	1	
Griechenland	1	1	1
Großbritannien	1	1	1
Irland	1	1	1
Island	1	1	
Italien	1	1	1
Kasachstan		1	
Kirgisistan		1	
Kroatien	1	1	
Lettland	1	1	1
Liechtenstein	1	1	
Litauen	1	1	1
Luxemburg	1	1	1
Malta	1	1	1
Mazedonien	1	1	
Moldawien	1	1	
Monaco	1	1	
Montenegro	1	1	
Niederlande	1	1	1
Norwegen	1	1	
Österreich	1	1	1
Polen	1	1	1
Portugal	1	1	1
Rumänien	1	1	1
Russische Föderation	1	1	
San Marino	1	1	
Schweden	1	1	1
Schweiz	1	1	
Serbien	1	1	
Slowakei	1	1	1
Slowenien	1	1	1
Spanien	1	1	1
Tadschikistan		1	
Tschechische Republik	1	1	1
Türkei	1	1	

Turkmenistan		1	
Staaten	ER	OSZE	EU 27
Ukraine	1	1	
Ungarn	1	1	1
Usbekistan		1	
Vatikan		1	
Weißrussland		1	
Zypern	1	1	1
Kanada		1	
USA		1	
Summe	47	56	27

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Homepage des Europarates und der OSZE.
Europarat: <http://www.conventions.coe.int/>; OSZE: www.osce.org.

Anhang 5

Die Zeit zwischen Unterzeichnung und Ratifikation in Jahren			
Staaten	EMRK	SC61	SC96
Albanien	1		4
Andorra	2		4
Armenien	1		3
Aserbaidshan	1		3
Belgien	5	29	8
Bosnien- Herzegowina	1		4
Bulgarien	1		2
Dänemark	3	4	
Deutschland	2	4	
Estland	3		2
Finnland	1	1	6
Frankreich	24	12	3
Georgien	1		5
Griechenland	24	23	
Großbritannien	1	1	
Irland	3	3	1
Island	3	1	
Italien	5	4	3
Kroatien	1	4	
Lettland	2	5	
Liechtenstein	4		
Litauen	2		4
Luxemburg	3	30	
Malta	1	1	1
Mazedonien	2	7	
Moldawien	2		3
Monaco	1		
Montenegro	1		5
Niederlande	4	19	2
Norwegen	2	1	1
Österreich	1	6	
Polen	2	6	
Portugal	2	9	6
Rumänien	1		2
Russische Föderation	2		9
San Marino	1		
Schweden	2	1	2
Schweiz	2		
Serbien	1		4
Slowakei	1	6	10
Slowenien	1		2
Spanien	2	2	
Tschechische Republik	1	7	
Türkei	4	28	3
Ukraine	2		7
Ungarn	2	8	5
Zypern	1	1	4

	EMRK	SC61	SC96
Ratifikationen	47	27	30
Unterz. Ohne Rat.	0	5	15

Quelle. Eigene Darstellung in Anlehnung an Anhang 1 bis 3

Anhang 6

Mitglieder der OSZE, EU 27 und der NATO 2010			
Staaten	OSZE	EU 27	NATO
Albanien	1		1
Andorra	1		
Armenien	1		
Aserbaidshan	1		
Belgien	1	1	1
Bosnien- Herzegowina	1		
Bulgarien	1	1	1
Dänemark	1	1	1
Deutschland	1	1	1
Estland	1	1	1
Finnland	1	1	
Frankreich	1	1	1
Georgien	1		
Griechenland	1	1	1
Großbritannien	1	1	1
Irland	1	1	
Island	1		1
Italien	1	1	1
Kasachstan	1		
Kirgisistan	1		
Kroatien	1		1
Lettland	1	1	1
Liechtenstein	1		
Litauen	1	1	1
Luxemburg	1	1	1
Malta	1	1	
Mazedonien	1		
Moldawien	1		
Monaco	1		
Montenegro	1		
Niederlande	1	1	1
Norwegen	1		1
Österreich	1	1	
Polen	1	1	1
Portugal	1	1	1
Rumänien	1	1	1
Russische Föderation	1		
San Marino	1		
Schweden	1	1	
Schweiz	1		
Serbien	1		
Slowakei	1	1	1
Slowenien	1	1	1
Spanien	1	1	1
Tadschikistan	1		
Tschechische Republik	1	1	1
Türkei	1		1
Turkmenistan	1		

Staaten	OSZE	EU 27	NATO
Ukraine	1		
Ungarn	1	1	1
Usbekistan	1		
Vatikan	1		
Weißrussland	1		
Zypern	1	1	
Kanada	1		1
USA	1		1
Summe	56	27	28

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an der Homepage der NATO und der OSZE.

NATO: >www.nato.int<; OSZE: >www.osce.org<

Anhang 7

Militärische Operationen der USA 1945 bis 1989		
	ASIEN	
Korea-Krieg		27.6.1950 - 27.7.1953
Taiwan-Straße		23.8.1958 - 1.6.1963
Laos	Operation "Tailwind"	1970
Nordvietnam	Operation "Ivory coast/Kingoin"	21.11.1970
Nordvietnam	Operation "Endweep":	27.1.1972 - 27.7.1973
Nordvietnam	Operation "Linebacker I"	10.5.1972 - 23.10.1972
Nordvietnam	Operation "Linebacker II"	18.12.1972 - 29.12.1972
Nordvietnam	Operation "Pocket Money"	9.5.1972 - 23.10.1972
Nordvietnam	Operation "Freedom Train"	6.4.1972 - 10.5.1972
Südostasien	Operation "Arc Light"	18.6.1965 – 4.1970
Südvietnam	Operation "Rolling Thunder"	24.2.1965 – 10.1968
Südvietnam	Operation "Ranch Hand"	1.1962 - 1.1971
Kambodscha	Operation "Eagle Pull"	11.4.1975 - 13.4.1975
Evakuierung in Südvietnam	Operation "Freequent Wind"	26.4.1975 - 30.4.1975
Kambodscha	Operation "Mayaguez"	15.05.1975
	AFRIKA	
Kongo		14.7.1960 - 1.9.1962
	MITTLERER OSTEN	
Ägypten	Suez-Krise	26.6.1956 – 15.11.1956
Mittlerer Osten	Sechs-Tage-Krieg	13.5.1967 – 10.6.1967
Mittlerer Osten	Operation "Nickel Grass"	6.10.1973 – 17.11.1973
Libanon	Operation "Blue Bat"	15.7.1958 – 20.10.1958
Libanon	US-Multinational Force	25.8.1982 – 11.12.1987
Libyen	Operation "Golf von Sidra"	18.08.1981
Libyen	Operation "Attain Document"	26.1.1986 – 29.3.1986
Libyen	Operation "El Dorado Canyon"	12.4.1986 – 17.4.1986
Iran	Operationen "Eagle Claw/Desert One"	25.04.1980
Persischer Golf	Operation "Ernest Will"	24.7.1987 – 2.8.1990
Persischer Golf	Operation "Praying Mantis"	17.4.1988 – 19.4.1988
	Mittel Amerika	
Kuba-Krise		24.10.1962 – 1.6.1963
Dominikanische Republik	Operation "Powerpack"	28.4.1956 – 21.9.1966
El Salvador, Nikaragua		1.1.1981– 1.2.1992
Grenada	Operation "Urgent Fury"	23.10.1982 – 21.11.1983
Bolivien	Operation "Blast Furnace"	7.1986 – 11.1986
Panama	Operation "Just Cause"	20.12.1989 – 31.1.1990
Panama	Operation "Nimrod Dancer"	5.1989 – 20.12.1989

Quelle. Eigene Darstellung in Anlehnung an Der Freitag von 19.10.2001.
 Online in: ><http://www.freitag.de/2001/43/01430802.php>< Zugriff 7.9.2010.

Anhang 8

Militärische Operationen der USA 1990 bis 1999		
	Asien	
Südwest-Asien	Operation "Desert Calm"	März 1991 – Jänner 1992
Südwest-Asien	Operation "Desert Farewell"	Jän.92
Bangladesh	Operation "Productiv Effort/Sea Angel"	Mai u. Juni 1991
Philippinen	Operation "Fiery Vigil"	Jun.91
Kambodscha	Operation "Bevel Edge"	Jul.97
	Afrika	
Somalia	Operation "Eastern Exit"	Jän.91
Liberia	Operation "Sharp Edge"	Mai 1990 – Jänner 1991
Zaire	Operation "Quick Lift"	Sept. u. Okt. 1991
Sierra Leone	Operation "Silver Anvil"	Mai.92
Ruanda	Operation "Distant Runner"	Apr.94
Ruanda	Operationen "Quiet Resolve"/"Support Hope"	Juli – Sept. 1994
Somalia	Operation "United Shield"	Jänner – März 1995
Liberia	Operation "Assured Response"	April – August 1996
Südafrika	Operation "Laser Strike"	ab 1. April 1996
Zentralafrikanische Rep.	Operation "Quick Response"	Mai – August 1996
Zaire/Ruanda/Uganda	Operation "Guardian Assistance"	Nov. – Dez. 1996
Kongo	Operation "Guardian Retrieval"	März – Juni 1997
Sierra Leone	Operation "Noble Obelisk"	Mai – Juni 1997
Kenia	Operation "Noble Response"	Jänner – März 1998
Guinea-Bissau	Operation "Shepherd Venture"	Jun.98
Sudan/Afghanistan	Operation "Infinite Reach"	Aug.98
	Europa	
Adria	Operation "Maritime Monitor"	Juli – Nov. 1992
Adria	Operation "Maritime Guard"	Nov. 1992 – Juni 1993
Adria	Operation "Sharp Guard"	Juni 1993 – Dez. 1995
Adria	Operation "Decisive Enhancement"	Dez. 1995– Juni 1996
Bosnien-Herzegowina	Operation "Provide Promise"	Juli 1992 – März 1996
Bosnien-Herzegowina	Operation "Sky Monitor"	ab Okt. 1992
Bosnien-Herzegowina	Operation "Deny Flight"	April 1993 – Dez. 1995
Bosnien-Herzegowina	Operation "Determined Effort"	Juli – Dez. 1995
Bosnien-Herzegowina	Operation "Joint Edeavor"	Dez. 1995 – Dez. 1996
Bosnien-Herzegowina	Operation "Decisive Edeavor/Decisive Edge"	Jänner – Dez. 1996
Bosnien-Herzegowina	Operation "Deliberate Forke"	ab Juni 1998
Bosnien-Herzegowina	Operation "Joint Guard"	Jun.98
Serbien-Mazedonien	Operation "Able Sentry"	ab Juli 1994
Kroatien	Operation "Quick Lift"	Jul.95
Republika Srpska	Operation "Deliberate Force"	August – Sept. 1995
Taszar Ungarn	Operation "Nomad Edeavor"	ab März 1996
Albanien	Operation "Nomad Vigil"	Juli 1995 – Nov. 1996
Kosovo/Albanien	Operation "Determined Falcon"	Jun.98
Kosovo	Operation "Determined Force"	Okt. 1998 – März 1999
Kosovo	Operation "Eagle Eye"	Okt. 1998 – März 1999
Kosovo	Operation "Cobalt Flash"	ab März 1999

Kosovo	Operation "Sustain Hope/Allied Harbour"	ab April 1999
Kosovo	Operation "Shining Hope"	ab April 1999
	Irak, Kuwait u. Saudi Arabien	
Saudi Arabien	Operation "Desert Shield"	Aug. 1990 – Jän.1991
Irak	Operation "Desert Storm"	Jän. – Feb. 1991
Saudi Arabien	Operation "Desert Falcon"	ab März 1991
Nordirak	Operation "Provide Comfort"	April 1991 – Dez. 1994
Nordirak	Operation "Provide Comfort II"	Juli 1991 – Dez. 1996
Irak	Bombardements	13.Jän.93
Irak	Bombardements	17.Jän.93
Irak	Cruise Missile-Angriffe	Jun.93
Kuwait	Operation "Vigilant Warrior"	Okt. – Nov. 1994
Kuwait	Operation "Vigilant Sentine I"	ab Aug. 1995
Saudi Arabien	Operation "Desert Focus"	ab Juli 1996
Irak	Operation "Desert Strike"	03.Sep.96
Nordirak	Operation "Northern Watch"	ab 31. Dez. 1996
Irak	Operation "Pacific Haven/Quick Transit"	Sept. – Dez. 1996
Irak	Operation "Phoenix Scorpion I"	ab Nov. 1997
Irak	Operation "Phoenix Scorpion II"	ab Feb. 1998
Irak	Operation "Phoenix Scorpion III"	ab Nov. 1998
Irak	Operation "Phoenix Scorpion IV"	ab Dez. 1998
Irak	Operation "Desert Fox"	Dez.98
	Mittel- und Südamerika	
Panama	Operation "Promote Liberty"	Jän.90
Hawaii	Operation "Wipeout"	ab 1990
Bolivien	Operation "Ghost Zone"	1990 bis 1993
Zentral- und Südamerika	Operation "Coronet Nighthawk"	ab 1991
Haiti	Operation "Victor Squared"	Sep.91
Südamerika	Operation "Support Justice"	1991 – 1994
Haiti	Operation "Uphold/Restore Democracy"	Sept. 1994 – März 1995
Südamerika	Operation "Steady State"	1994 – 1996
Peru/Ekuador	Operation "Safe Border"	ab 1995

Quelle. Eigene Darstellung in Anlehnung an Der Freitag von 19. 10. 2001.
Online in: ><http://www.freitag.de/2001/43/01430802.php>< Zugriff 7. 9. 2010.

Anhang 9

Außenhandel der EU 27 (2005-2009) in Millionen US Dollars						
Staat	Type of Data	2005	2006	2007	2008	2009
Belgien	IMP	318758	351575	413562	470469	352181
	EXP	335862	366758	432269	476810	369934
	BAL	17104	15184	18707	6342	17752
Bulgarien	IMP	18162	23270	30086	37018	23343
	EXP	11739	15101	18575	22485	16503
	BAL	-6423	-8168	-11511	-14532	-6841
Dänemark	IMP	74265	85103	98859	109762	82038
	EXP	83569	91703	102865	115698	92515
	BAL	9303	6600	4006	5936	10477
Deutschland	IMP	780514	922376	1055997	1186681	939044
	EXP	977970	1122112	1323818	1451390	1127629
	BAL	197456	199736	267822	264709	188584
Estland	IMP	10188	13472	15170	16024	10189
	EXP	7676	9705	10948	12403	9051
	BAL	-2513	-3767	-4222	-3621	-1137
Finnland	IMP	58474	69448	81756	92160	60726
	EXP	65238	77287	90091	96890	62809
	BAL	6764	7839	8335	4730	2083
Frankreich	IMP	485242	538496	621557	702604	554432
	EXP	439125	483734	543482	598610	479261
	BAL	-46116	-54762	-78075	-103995	-75171
Griechenland	IMP	49817	59121	75100	77831	59293
	EXP	15511	20180	23472	25231	19868
	BAL	-34306	-38940	-51628	-52600	-39425
Großbritannien	IMP	483066	547543	622125	631554	484314
	EXP	371381	428261	434790	458781	356335
	BAL	-111685	-119282	-187335	-172773	-127978
Irland	IMP	69177	83889	85624	82658	62376
	EXP	109605	104639	122622	126144	115893
	BAL	40428	20750	36998	43485	53517
Italien	IMP	384837	440852	509937	563436	413811
	EXP	372962	416231	499933	544962	406228
	BAL	-11875	-24621	-10004	-18474	-7583
Lettland	IMP	8592	11430	15185	15778	9071
	EXP	5108	5896	7892	9281	7002
	BAL	-3483	-5535	-7293	-6497	-2069
Litauen	IMP	15510	19413	24445	31118	18273
	EXP	11782	14153	17162	23756	16493
	BAL	-3729	-5259	-7283	-7362	-1780
Luxemburg	IMP	17565	19434	22168	25514	18615
	EXP	12699	14172	16021	17590	12761
	BAL	-4866	-5262	-6147	-7924	-5854
Malta	IMP	3807	4073	4508	5049	3803
	EXP	2376	2705	2985	2993	2195
	BAL	-1432	-1368	-1523	-2056	-1608
Niederlande	IMP	310600	358510	421084	495043	384677
	EXP	349844	399635	476806	541445	431801
	BAL	39244	41125	55722	46402	47124
Österreich	IMP	119950	130945	156760	176087	136416
	EXP	117722	130376	157317	173090	131390
	BAL	-2228	-570	557	-2997	-5026
Polen	IMP	100759	127260	162437	204873	146812
	EXP	89214	110941	138756	168674	134670
	BAL	-11545	-16319	-23680	-36200	-12143
Portugal	IMP	53399	65605	76369	90284	69918

	EXP	32129	42890	50241	56091	43382
	BAL	-21270	-22715	-26128	-34193	-26537
Romania	IMP	40463	51106	69602	82965	54256
	EXP	27730	32336	40042	49539	40621
	BAL	-12733	-18770	-29560	-33426	-13635
Schweden	IMP	111324	126609	153463	168993	120056
	EXP	130205	147236	168979	183907	131321
	BAL	18881	20627	15516	14914	11265
Slowakei	IMP	36168	47250	62102	74034	54807
	EXP	31997	41939	57766	70982	55549
	BAL	-4171	-5311	-4336	-3052	742
Slowenien	IMP	19626	23014	29481	34000	23781
	EXP	17896	20985	26553	28624	22345
	BAL	-1730	-2029	-2928	-5377	-1436
Spanien	IMP	287610	326046	382651	417049	290744
	EXP	191021	213350	246752	277695	220848
	BAL	-96589	-112697	-135899	-139353	-69897
Tschechien	IMP	76343	93453	118467	141825	104851
	EXP	77988	95165	122760	146071	112885
	BAL	1645	1712	4293	4246	8035
Ungarn	IMP	65783	77206	94375	106380	78034
	EXP	62179	74217	93377	107466	84586
	BAL	-3604	-2989	-997	1085	6552
Zypern	IMP	6282	6951	8687	10873	7882
	EXP	1303	1153	1254	1755	1342
	BAL	-4979	-5798	-7433	-9118	-6540

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Angaben der UNO in Table 35-2010 Sep. Online in:
<http://unstats.un.org/unsd/trade/imps/analyticaltradetablesArchive.htm> Zugriff 7. 11. 2010.

Anhang 10:

Außenhandel im Vergleich 2005/2009

Export und Import im Vergleich in Millionen US Dollars						
Country or Area	Type of Data	2005	2006	2007	2008	2009
World	IMP	9976699	11467644	13227304	15271580	11637606
	EXP	9739223	11268667	12991286	15040427	11539928
	BAL	-237475	-198977	-236019	-231152	-97678
Japan	IMP	514988	579609	619845	762575	550554
	EXP	594986	649948	709668	786434	580845
	BAL	79998	70340	89823	23859	30291
NAFTA	IMP	2157362	2388367	2534932	2717103	2017450
	EXP	1357983	1543422	1702941	1874993	1457893
	BAL	-799379	-844944	-831991	-842109	-559557
OECD	IMP	7202565	8175954	9231821	10305001	7687203
	EXP	6474230	7319386	8367666	9308316	7193470
	BAL	-728335	-856568	-864155	-996685	-493734
OPEC	IMP	312996	369578	462633	582479	528130
	EXP	653391	781263	880205	1218029	780189
	BAL	340395	411685	417572	635550	252059
EU27	IMP	3975992	4583581	5355566	5965283	4439498
	EXP	3921540	4442990	5171539	5703582	4380966
	BAL	-54452	-140591	-184027	-261701	-58532

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Angaben der UNO in Table 35-2010 Sep. Online in:
<http://unstats.un.org/unsd/trade/imts/analyticaltradetablesArchive.htm> Zugriff 7. 11. 2010.

Abkürzungsverzeichnis

AA	Assoziationsabkommen
AOR	Area of Responsibility
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BNE	Bruttonationaleinkommen
BSP	Bruttosozialprodukt
EAG	Europäische Atomgemeinschaft
EB	Eurobarometer
EFTA	European Free Trade Association
EG	Europäische Gemeinschaft
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EIDHR	Europäische Initiative für Demokratie und Menschenrechte
EMRK	Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten
ENP	Europäische Nachbarschaftspolitik
ENPI	Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument
EPG	Europäische Politische Gemeinschaft
ERP	European Recovery Program
ESC	Europäische Sozialcharta
ESVI	Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EUV	EU Vertrag
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWU	Europäische Wirtschafts- und Währungsunion
FLN	Front de Libération Nationale. Die Algerische nationale Befreiungsfront
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GDP	Gross Domestic Produkt
GNI	Gross National Income
KSZE	Die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
KVAE	Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa
MEDA	Mésures d'accompagnement financières et techniques
NATO	North Atlantic Treaty Organisation
NGO	Non-Governmental Organization
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
OEEC	Organisation for European Economic Cooperation
ÖES	Ökonomisch Entwickelte Staaten
OSCE	Organization for Security and Co-operation in Europe
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PG	Prinzipiengemeinschaft
PK	Prinzipienkatalog
PKA	Partnerschafts- und Kooperationsabkommen
TNU	Transnationale Unternehmen
VVE	Vertrag über eine Verfassung für Europa
WEU	Westeuropäische Union
WG	Wertegemeinschaft
WWU	Wirtschafts- und Währungsunion

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1	Das System der Prinzipiengemeinschaft	37
Abbildung 2	Die gesamteuropäischen Organisationen nach 1945	39
Abbildung 3	Die Staaten der ENP 2004	76
Abbildung 4	Östliche Partnerschaft	79
Abbildung 5	Handelsbeziehungen der EU mit den Staaten der ENP	80
Abbildung 6	Union für den Mittelmeerraum 2008	83
Abbildung 7	Die gesamteuropäische Gemeinschaft	86
Abbildung 8	Die europäische Moderne nach 1945	87
Abbildung 9	Der Schwungradeffekt	89
Abbildung 10	Klassifikation nach Input I	91
Abbildung 11	Klassifikation nach Input II	92
Abbildung 12	Klassifikation nach Typus	92
Abbildung 13	Die Zeit zwischen Unterzeichnung und Ratifikation der EMRK	97
Abbildung 14	Stand der Ratifikation der ESC 1996	103
Abbildung 15	Wahlbeteiligung zum Europäischen Parlament 2009	114
Abbildung 16	Staatsverschuldung in % des BIP der EU 27 2006 - 2009	115
Abbildung 17	Nettozahler und Empfänger 2007	116
Abbildung 18	Klassifikation der internen Funktionen des PK. Output I	129
Abbildung 19	Klassifikation der externen Funktionen des PK. Output II	131
Abbildung 20	Verträge, Länderberichte und Aktionspläne der ENP	132
Abbildung 21	Input, Inhalt und Output des Prinzipienkatalogs	137
Abbildung 22	Formen und Auswirkungen des Wertetransfers	140
Abbildung 23	Problematik der Frage des Wertetransfers	141
Abbildung 24	Drei Ebenen des Wertetransfers	142
Abbildung 25	Instrumente des reflexiven Wertetransfers	143
Abbildung 26	Personalbestand der Gemeinschaftsorgane	145
Abbildung 27	Anzahl der geltenden Rechtsakte der Gemeinschaft	146
Abbildung 28	Klagen wegen Vertragsverletzung	147
Abbildung 29	Formen der Bindung des Individuums mit der Gemeinschaft	155
Abbildung 30	Identitätsformen und möglichen Auswirkungen	156
Abbildung 31	Europäische Identität	158
Abbildung 32	Die Einstellung zur europäischen Staatsbürgerschaft 1996	159
Abbildung 33	Zugehörigkeitsgefühl der Bürger 1996	160
Abbildung 34	Europäische und nationale Identität der EU 15 2002-2004	161
Abbildung 35	Verbundenheit der EU 25 2006	162
Abbildung 36	Nationalstolz der EU 15 2002	163
Abbildung 37	Europäischer Stolz der EU 15 2000-2002	163
Abbildung 38	Europäischer Stolz der Bürger der EU 15 2002	164
Abbildung 39	Nationaler Stolz gegenüber europäischem Stolz	164
Abbildung 40	Einstellung der Europäer zur Mitgliedschaft des Landes in der EU	165
Abbildung 41	Einstellung zur einheitlichen Währung 1996-2004	167
Abbildung 42	Einfluss des Euros auf die europäische Identität	168
Abbildung 43	Einstellung zur Währungsunion und zum Euro 1999-2008	169
Abbildung 44	Das Vertrauen gegenüber dem Europäischen Parlament 1999-2009	171
Abbildung 45	Das Vertrauen gegenüber der Europäischen Kommission 1999-2009	172
Abbildung 46	Das Vertrauen gegenüber der Europäischen Zentralbank 1999-2009	173
Abbildung 47	Rangordnung menschlicher Bedürfnisse	176
Abbildung 48	Gesellschaftsform, Ziele und individuelle Werte	177
Abbildung 49	persönliche Werte der Europäer 2006	180
Abbildung 50	Einstellung zur Werte der EU 2006	181
Abbildung 51	Einstellung zu europäischen und zu westlichen Werten	181
Abbildung 52	Einstellung zur Gemeinsamkeit der Werte der Europäer	182

Abbildung 53	Die Bedeutung der Europäischen Union	183
Abbildung 54	Prioritäten der EU nach Ansichten der Bürger der EU 30 2009	184
Abbildung 55	Reflexives Verhältnis der Protestkultur zum Prinzipienkatalog	186
Abbildung 56	BIP Zahlen in Vergleich 2007	190
Abbildung 57	ENP 2004 und die Union für den Mittelmeerraum 2008	191
Abbildung 58	Die politische Landschaft akzeptiert kein Vakuum	194
Abbildung 59	Die Teilung der Welt vor dem Ersten Weltkrieg	199
Abbildung 60	Das Absinken der Wachstumsrate des sowjetischen BSP	204
Abbildung 61	BIP Zahlen der USA 1990-2000	213
Abbildung 62	Karte der US Pacific Command	222
Abbildung 63	Die Weltmilitärausgaben 2008	223
Abbildung 64	Staatsverschuldung der USA 1997-2007	225
Abbildung 65	Anteil der europäischen Produktion auf dem Weltmarkt 1989	226
Abbildung 66	Anzahl der Transnationalen Unternehmen 1992-2008	228
Abbildung 67	Neue Mitglieder der NATO nach 1989	233
Abbildung 68	Karte der NATO 2010	234
Abbildung 69	Daten der EMRK der neuen EU Staaten	235
Abbildung 70	Zentrum-Peripherie-Verhältnis im Vergleich	236
Abbildung 71	BIP der neuen EU Staaten	236
Abbildung 72	BNE pro Einwohner der neuen EU Staaten 1992-2008	237
Abbildung 73	BIP Daten der EU 15 1990-2008	238
Abbildung 74	BNE pro Einwohner der EU 15 1992-2008	239
Abbildung 75	Reflexive Prinzipiengemeinschaft	265

Abstrakt

Das System der Prinzipiengemeinschaft der Europäischen Union ist unter anderem auf zwei Fundamenten gebaut: Auf die gesamteuropäische Gemeinschaft und auf den Prinzipienkatalog. Die gesamteuropäische Gemeinschaft ist ein Produkt der Summe aller Organisationen, Konventionen und Verträge der europäischen Staaten nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges.

Drei zentralen Aufgaben standen hier im Vordergrund: Die Friedenssicherung, die wirtschaftliche Integration und die Entwicklung der Menschenrechte und Grundfreiheiten.

Die wichtigsten drei Gruppen zu Erreichung dieser Ziele waren:

- 1) Die NATO, die WEU, die KSZE 1975 und die Charta von Paris 1990.
- 2) Die Organisationen der Europäischen Union von der Montanunion 1952 bis zum Reformvertrag 2009.
- 3) Der Europarat.

Eine vierte Gruppe, die die äußeren Grenzen einer Prinzipiengemeinschaft noch offen lässt, bildet sich aus Organisationen und Verträgen der Peripherie: Der Barcelona-Prozess 1995, die ENP 2004, die Union für den Mittelmeerraum 2008 und zuletzt die östliche Partnerschaft 2009.

Der Prinzipienkatalog ist die Zusammenfassung aller Prinzipien, Normen und Leitlinien, die die europäischen Organisationen und Verträge nach 1945 produziert haben. Im Vordergrund stehen die EMRK 1950, die ESC 1961 und 1996, die Kopenhagener Kriterien 1993 und die Helsinki Akte 1975.

Die Grundlinien der EMRK und der ESC wurden in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union 2009 wiedergegeben. Dadurch bekam die Union ein neues Gesicht und gilt nun als ein Hauptträger des Prinzipienkatalogs.

Durch den Werte- und Normentransfer werden die Inhalte des Prinzipienkatalogs in das Nationalrecht der Mitgliedstaaten, oft mit Verzögerung, übertragen. Die verstärkte Bindung des Nationalstaates an die Union beeinflusste sowohl den nationalen als auch den europäischen Identifizierungsgehalt der Unionsbürger. Das Wertesystem und die Werteprioritäten der Menschen in Europa sind sowohl durch die Öffnung der Grenzen innerhalb des Kontinents, als auch durch die wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Entwicklungen in den postindustriellen Gesellschaften geprägt.

Die Ausdehnung und die neue Positionierung der Europäischen Union im internationalen System verleihen der Frage des Imperiums Aktualität. Im Zentrum steht die Überlegung, ob die demokratische Qualität des Zentrums durch die Ausdehnung schwächer wird. Im

Unterschied zu Imperien des 19. Jahrhunderts beobachten wir eine willige Peripherie dem aktiven Zentrum gegenüber. Ein Sogeffekt der Peripherie trug massiv zur Ausdehnung der Union bei. Ein Vergleich mit den klassischen Imperien des 19. Jahrhunderts sowie mit der Weltmachtpolitik der Vereinigten Staaten von Amerika im 21. Jahrhundert zeigte die scharfen Trennlinien, die ein auf Gewaltlosigkeit und wirtschaftliche Beziehungen aufgebautes Europa des 21. Jahrhunderts kennzeichnen.

Und schließlich bietet die politische Theorie des 21. Jahrhunderts rationale Lösungen, sowohl zur Demokratisierung des möglichen Imperiums als auch zur Konsolidierung der Prinzipiengemeinschaft.

Abstract

The Community of Principles of the European Union is built on two pillars, which are the pan-European Community and the catalogue of principles. The pan-European community is product of the sum of all organizations, conventions and treaties of the European countries established after the Second World War. The three main tasks were peacekeeping, economic integration and the development of a European catalogue of human rights and fundamental freedoms.

The three most important groups to achieve these objectives were:

- 1) The NATO, the WEU, the CSCE 1975 and the Charter of Paris 1990.
- 2) The organizations of the European Union: from the Coal and Steel Community 1952 to the Reform Treaty 2009.
- 3) The Council of Europe

A fourth group, which keeps the external boundaries of the Community of Principles still open, consists of the organizations and treaties of the periphery: the Barcelona process 1995, the ENP 2004, the Union for the Mediterranean 2008 and most recently the Eastern Partnership 2009. The Catalogue of Principles is the summary of all the principles, standards and guidelines of the European organizations and contracts since 1945. In the most important are the ECHR 1950, the ESC 1961 and 1996, the Copenhagen criteria of 1993 and the Helsinki Act 1975. The base lines of the ECHR and the ESC were reflected in the Charter of Fundamental Rights of the European Union 2009. This gave the Union a new face.

The Process of Value- and Normtransfer applies the contents of the Catalogue of Principles in the national law of Member States. The increased integration of the Nation-state with the Union affected both the national and the European identification of the European citizens. The value systems and value priorities of the people in Europe are characterized both by the opening of borders within the continent as well as by the economic and scientific developments in post-industrial societies.

The expansion and repositioning of the European Union in the international system renewed the question of empire. The focus of the question, is whether the democratic quality of the Centre will get weaker, due to the further expansion of the European Union. Unlike empires of the 19th century, we observe a willing periphery. A suction effect of the periphery allows the expansion of the Union.

A comparison with the classical empires of the 19th century and with the world power politics of the United States of America in the 21st century shows the sharp distinction to Europe of non-violence and economic relations. And finally, the political theory of the 21 century offers

us rational solutions to the democratization of the prospect future Empire and so to consolidate the Community of Principles.

Lebenslauf

1953 geboren in Nablus/ Palästina

1971 Reifeprüfung

1972-1976 Studium der Maschinenbau und Flugzeugtechnik in Kairo

1976 Abschluss des Studiums zum Flugzeugingenieur

1976-1979 Arbeitsvertrag mit der Iraqi Airways in Bagdad- Irak

Auslandsaufenthalt in Syrien, Libanon und Großbritannien.

1995 Studium der Politikwissenschaft im Hauptfach mit der Fächerkombination Arabistik und Kommunikationswissenschaft in Wien.

Schwerpunkt des Studiums „Der Nahe Osten“

2000 Abschluss des Studiums mit Mag. Phil.

2008 Doktoratsstudium in Wien